

Die Konstitution des nationalen Raumes im Postsozialismus und seine Verschränkung mit „Europa“

Diskursive Wahrnehmung, Vermittlung und Erinnerung
des Staates Slowenien im Zuge seiner Unabhängigkeit
und Europäisierung

Matej Kralj

Dissertation zur Erlangung des Grads
eines Doktors der Sozialwissenschaft (Dr. rer. Pol.)
der Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät

Gutachter

Prof. Dr. Alexander Thumfart

Prof. Dr. Claudia Kraft

Disputation fand am 3. Juni 2016 in Erfurt statt.

Schlagworte

Raumsoziologie, Politischer Raum, Nationalstaat, Grenze, Slowenien,
Zerfall Jugoslawiens, Europäisierung, Transformationsforschung

urn:nbn:de:gbv:547-201600401

Danksagung

Für seine Betreuung gilt mein Dank *Prof. Dr. Alexander Thumfart*. Bei unserem ersten Treffen gaben Sie den Rat, die Arbeit möglichst in der vorbestimmten Zeit fertigzustellen, denn es käme über die Jahre gerne was dazwischen – das Leben. Sie hatten Recht. Danke für Ihren Umgang damit.

Für die Zweitbegutachtung und für Hinweise bei der Bewältigung der Empirie danke ich *Prof. Dr. Claudia Kraft*.

Eine besondere Erwähnung für seine Korrekturleistung und Unterstützung über die Jahre verdient *Daniél Kretschmar*. Danke für den Wodka!

Mit Korrekturen, bei der Vorbereitung auf die mündliche Prüfung und logistisch halfen *Andrea Hackenberg, Annekathrin Müller, Gerrit Woltemath, Katja Hill, Katrin Lang* und *Kevin Stützel*. Auch Euch, besten Dank.

Neben der emotionalen gab mir meine Familie die ebenso nötige finanzielle Unterstützung. Hvala *mama in ata*, hvala *teta Tatjana in botrca Vladka*, hvala *Gerrit*. Großzügig half auch *Boris Šverko*. Hvala.

Zuletzt gilt mein Dank den hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der *Universitätsbibliothek Maribor*, in der die Mikrofilm-Recherche stattfand. Dank Ihnen habe ich die Monate vor Ort genossen.

Matej Kralj

Berlin, November 2016

Zusammenfassung

Fragestellung

Die Gründung von postsozialistischen Nationalstaaten und deren Wettlauf um die europäische Integration verweist darauf, dass die postsozialistische Konstellation in nationalen Begriffen verankert war und zwar anscheinend in solchen, die den rasch vonstatten gehenden Europäisierungsprozess zuließen, ja sogar beförderten. Diese Arbeit geht von der Annahme aus, dass das ultimative postsozialistische Ziel – der Beitritt zur EU – durch politische Raumvorstellungen diskursiv festgeschrieben wurde. Das Ziel ist die Europäisierung im Postsozialismus durch eine dominante räumliche Ordnung zu beschreiben.

Slowenien als empirisches Beispiel

Der slowenische Nationalstaat entstand überhaupt erst im Jahre 1991 und eignet sich aufgrund der Spezifik der fehlenden nationalstaatlichen Tradition besonders als Gegenstand der Untersuchung. Der politischen Veräumlichung der Welt und der Verortung des „Eigenen“ darin wird, angefangen mit dem Loslösungsprozess von Jugoslawien Anfang der 1980er Jahre bis zum EU-Beitritt in 2004, diskursanalytisch nachgegangen. Als Grundlage dienen vorrangig die Aussagen von politischen und wissenschaftlichen Akteuren in zwei großen slowenischen Tageszeitungen.

Zur Theorie und Methode

Die Arbeit verbindet den raumsoziologischen Ansatz mit dem der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Politischer Raum, somit auch der des Nationalstaats und Europas, wird als Produkt des medial vermittelten Diskurses verstanden. Seine Wahrnehmung, Vermittlung und Erinnerung ist grundsätzlich ein Ergebnis von sprachlichen und nicht-sprachlichen Prozessen der Raumkonstitution: der Relationenbildung (dem Ein- und Ausschluss) von (symbolisch bedeutenden) Raumelementen, die in gesellschaftlichen Routinen repetitiv aufrechterhalten und aktualisiert werden.

Empirische Erkenntnisse

Der Zerfall Jugoslawiens geht auf die akuten jugoslawischen Wirtschaftsprobleme der 1980er Jahre zurück, die von politischen Akteuren grundsätzlich räumlich vermittelt wurden. In diesem Rahmen bekam „Europa“ den Stellenwert einer Antithese zu Jugoslawien, was auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene in zahlreichen Aussagen und gesellschaftlichen Routinen reproduziert wurde. Etwa in der politischen Erschaffung von neuen slowenischen und der Abschaffung von alten jugoslawischen Feiertagen, in neuen kulturellen Praktiken (der Entdeckung des eigenen Christentums), in der aktualisierten Historiografie oder Praktiken an neuen staatlichen Grenzen. Allen Aussagen gemeinsam ist die Bestrebung nach einer symbolischen Repositionierung des (neu-)entdeckten Nationalen. Diejenigen Raumelemente, die in der Beschreibung des „Eigenen“ auf Jugoslawien oder den Sozialismus deuten, werden im Diskurs gesellschaftlich vergessen und ausgeschlossen; diejenigen, die auf die vorsozialistische Zeit (die k. u. k. Monarchie) deuten, werden neu-erinnert und eingeschlossen.

Anhand dieser dominanten räumlichen Ordnung kann auch die mediale, politische, historiografische und rechtliche Rechtfertigung der EU-Annäherung Sloweniens erklärt werden. Insgesamt erfolgte diese nur wenig sachlich, sondern durch die Bezugnahme auf die für den nationalen Raum als bedeutend definierten symbolischen Raumelemente, wie der Betonung der gemeinsamen Kultur, der Werte, des Glaubens oder der Geschichte, die das nationale Slowenische mit Europa scheinbar stets verbunden haben.

Theoretische Schlussfolgerung

Die postsozialistische Konstellation war durch eine Reorganisation der Beschreibung des nationalen Raumes gekennzeichnet und resultierte in der Herstellung von symbolischen Bezügen zwischen dem Nationalen und dem Europäischen. Die europäische Integration ist somit als ein räumlicher Modus der gesellschaftlichen Interpretation des Nationalen zu deuten. Die Untersuchung resultiert in der Schlussfolgerung: Europa findet im Nationalen statt; Europäisierung und Nationalisierung sind Prozesse, die nicht konträr sind, sondern gleichzeitig stattfinden und sich gegenseitig bedingen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	8
I. Theoretische Grundlage: Raum – Nationalstaat – Diskurs	14
1. <i>Raum als soziologische Kategorie</i>	16
a. Relationaler Raumbegriff Martina Löws	19
b. Die Probe aufs Exempel: Raumkonstitutionen im Alltag	23
c. Soziale Differenzierungen und Grenzziehungen	26
2. <i>Nationalstaat als soziale Konstruktion</i>	31
a. Die historische Entstehung des Staates	34
b. Staat als die Verortung der Nation	36
c. Demokratisierung als Nationalisierung	40
3. <i>Vom nationalen Diskurs zum nationalen Raum</i>	42
a. Wie Geschichte untersuchen	44
b. Operationalisierung der Untersuchung	46
4. <i>Zusammenfassung: Theoretische und methodische Grundlage der Untersuchung</i>	49
II. Wandel der nationalen Raumsynthese: Die Wirtschaftskrise und der Zerfall Jugoslawiens	51
1. <i>Historische Grundlagen und die Erklärungsansätze des Zerfalls</i>	53
a. Unzufriedenheit mit dem System und der politischen Führung	55
b. Unhaltbares Entwicklungsgefälle	56
c. Nationale Distanz	57
2. <i>Die Vermittlung der Wirtschaftskrise: Die „Entwickelten“ und die „Unterentwickelten“</i>	59
a. Die negative Atmosphäre Jugoslawiens	61
b. Symbolische Zuschreibungen	65
3. <i>Die Politisierung der räumlichen Differenz</i>	68
a. Zwei innerjugoslawische Räume	70
b. Der „serbo-slawische“ Wirtschaftskrieg	72
c. Objektivierungsprozesse	74
4. <i>„Europa“ als politisches Argument</i>	76
5. <i>Zusammenfassung</i>	77
III. Die Konstitution des nationalen Raumes: Neue Raumroutinen und Raumrelationen	80
1. <i>Änderung der nationalen Raumroutinen</i>	81
a. Staatliche Feiertage	82
b. Nicht-diskursive Raumroutine: Tag der Jugend	84
c. Geschichtspolitische Raumroutinen: Kuriertasche und Zug der Brüderlichkeit und Einigkeit	85
2. <i>Der politische Ausschluss</i>	86
a. Die „Ausgelöschten“	88
b. Wahrnehmung von Kroatien	90
c. Der Fall Ljubljanska banka	91

3. Die kulturelle Verortung in Europa	94
a. Weihnachten	95
b. Der Raumbezug der neuen slowenischen Verfassung	97
4. Zusammenfassung	99
IV. Von der nationalen Raum- zur Geschichtssynthese: Die Bedeutung von symbolischen Raumelementen	101
1. Die Negativsetzung Jugoslawiens	104
2. Das postsozialistische Erinnern und Vergessen	109
a. Geschichtlicher Ausschluss	112
b. Geschichtlicher Einschluss	114
3. Europäisierung der Geschichtsschreibung	116
4. Zusammenfassung: Raumbezüge in der Geschichtsschreibung	119
V. Die neuen staatlichen Grenzen	121
1. Geschichtliche Konstruktion der Grenze zu Kroatien	124
a. Symbolische Raumelemente als Grenzsteine	128
b. Raumelement Sprache in der Historiografie	130
c. Raumelement Sprache in der Kartografie	133
2. Grenzen veranschaulichen die Relation zu abgegrenzten Räumen	135
a. Umdeutung im Grenzgebiet zu Österreich	135
b. Die Wiederbelebung der historischen Grenze zu Italien	139
3. Die Auswirkung der Grenze	142
a. Der anhaltende Grenzstreit: diskursive und territoriale Grenzverletzung	144
b. Europäisierung der Grenzen	146
4. Zusammenfassung: Verbindung der Grenze zum Raum	148
VI. Der EU-Beitrittsprozess	152
1. EU-Phorische geschichtliche Begründung	153
2. Das Hinterfragen des Nationalen	155
a. Der Konflikt mit Italien	155
b. Europa als Schutz der Souveränität	157
c. Eine alternativlose Entwicklung	159
3. Die wirtschaftliche Notwendigkeit	161
4. Zusammenfassung	163
VII. Auswertende Zusammenfassung	165
1. Zusammenführung der Geschichte Sloweniens	165
2. „Europa“ als nationales Konstrukt	167
3. Raumtheoretische Implikationen: Die Betonung des Symbolischen	167
4. Was die EU von Jugoslawien lernen kann	169
Literaturverzeichnis	171

Einleitung¹

Der Beitritt zur EU als außenpolitische Priorität war konstitutiv für eine Reihe von postsozialistischen Gesellschaften. Dieser Umstand wirkt beinahe paradox, wenn man bedenkt, wie viel Bedeutung in diesen Ländern gerade dem unabhängigen Nationalen zugeschrieben wurde, dass in seinem Namen noch vor einigen Jahren kriegерische Auseinandersetzungen stattfanden. Trotzdem wurde von der Forschung das Paradigma der *Rückkehr nach Europa* diagnostiziert, die sich auf der Behauptung eines im Sozialismus unterdrückten und später wiederentdeckten europäischen Zugehörigkeitsgefühls gründet.

In der politikwissenschaftlich geprägten Debatte wurde die Europäisierung als eine Dynamik gedeutet, die den Nationalisierungsprozessen gewissermaßen entgegengesetzt ist. Das Augenmerk wurde lange durch eine top-down Perspektive bestimmt (vgl. hierzu Chilla 2010). Europäisierung wurde als der Export europäischer Institutionen und Werte verstanden; es wurde festgestellt, dass die EU immer mehr Kompetenzen des Nationalstaates an sich reiße, womit der Eindruck entstehen konnte, dass sie diesen ablöse. Im Angesicht dessen wurde sogar das Ende des Konzeptes des Nationalstaates herbeigeschrieben (wie bei Jönsson et al. 2000).

Heute wird nicht zuletzt mit der Wirtschafts- und aktuell auch der sogenannten Flüchtlingskrise eine Dynamik festgestellt, die beinahe für unmöglich gehalten wurde: eine (erneute) Nationalisierung Europas fände statt, die das politische Projekt des friedlichen Zusammenlebens gänzlich infrage stellen könnte. Die Logik dieser Beobachtungen liegt in der irreführenden Annahme begründet, dass die europäische Integration als eine postnationale Entwicklung gedeutet wurde. Mit der nötigen zeitlichen Distanz kann heute, nach der letzten großen – der postsozialistischen –

¹ Zur Sichtbarmachung des auch in wissenschaftlichen Arbeiten unreflektierten Gebrauchs des generischen Maskulinums, wechsele ich kapitelweise zwischen dem maskulinen und dem femininen Genus der Substantive und Pronomina, wenn das Geschlecht der Person unbekannt ist oder wenn alle Geschlechter gemeint sind.

Europäisierungswelle gefragt werden, ob die postnationale Erzählung vielleicht nur deshalb so präsent war, weil sie selber ein nötiger Teil der Konstruktion Europas war.

Losgelöst von dieser dominanten Deutung, auch als Orientierungspunkt für den zukünftigen Europäisierungsprozess, verweist die Gründung postsozialistischer Nationalstaaten vor allem darauf, dass das Europäische nicht unabhängig vom Nationalen existiert. Korrespondierend mit der Abkehr vom Sozialismus war die postsozialistische Konstellation in nationalen Begriffen verankert; anscheinend in solchen, die den rasch vonstatten gehenden Europäisierungsprozess zuließen, ja sogar beförderten. Das Anliegen dieser Arbeit ist, das Phänomen „Europa“ aus dem nationalen Kontext heraus zu erklären, als einen Wandel kollektiver Vorstellungen, die auf einen – aus dem Nationalen heraus – gedachten europäischen Raum zielen. Der Verlauf der europäischen Integration insgesamt, sowohl ihr Fortschreiten wie die gegenwärtig wahrgenommene Krise, verlangen, dass eine auf Europa zielende Forschung gerade an der Schnittstelle zum Nationalen ansetzt (wie es etwa Vobruba 2008 vorschlägt). Heute wird eine Geschichtsschreibung benötigt, die aufhört „die leidige Frage nach der supranationalen ‚europäischen Identität‘“ zu stellen, sondern vielmehr eine, welche die „künstliche Neustiftung“ Europas in den Mittelpunkt stellt (Groys 2005: 43f).

Fragestellung

Das skizzierte Erkenntnisinteresse beruht auf der Annahme, dass die Beziehung zum Konstrukt „Europa“ vom nationalen Diskurs im Postsozialismus ausgeht; dass der Beitritt zur EU diskursiv vorbereitet und in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen (wie Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft) festgeschrieben wurde. Ich behaupte, dass diese Dynamik durch eine dominante räumliche Ordnung im Postsozialismus zu beschreiben ist, und zwar durch die Wahrnehmung, Vermittlung und Erinnerung des neu konstituierten Nationalstaates. Die Europäisierung ist daher als eine

Funktion der räumlichen Wissensverschiebungen in der postsozialistischen Konstellation aus der nationalen Tradition heraus zu verstehen. Die Eingliederung in europäische Strukturen geht so einher mit einer neu geschaffenen Form der symbolischen Verortung des „Eigenen“.

Hierzu schlage ich eine raumsoziologisch und diskursanalytisch fundierte Untersuchung des historischen Beispiels der Konstitution des nationalen Raumes des postsozialistischen Slowenien vor.

Theoretisch-methodische Annäherung

Inzwischen ist die Erkenntnis etabliert, dass Raum nicht nur eine geografisch-physische Ebene hat, sondern dass seine soziale Konstruiertheit in die Betrachtung einzubeziehen ist. Während sich die traditionelle Transformations- und Europaforschung zunächst auf die ökonomischen und politischen Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs und der europäischen Integration konzentrierte, geraten mit dem geschärften Blick auf die Geschichts- und Raumwahrnehmung auch historische und räumliche Bezugspunkte in den Blickwinkel der Forschung. Leitbegriffe hierbei sind *symbolische Geografie, imagined geography, mental maps, historische Räume, Geschichtsräume* (vgl. Dingsdale 2001; Schenk 2002; Sundhaussen 2005).

Die Nation ist zu einem wichtigen Gegenstand innerhalb des konstruktivistischen Ansatzes geworden. Sie ist nicht einfach nur die Frage nach bloßen territorialen Fakten, sondern nach Vorstellungen, Repräsentationen und Imaginationen, die mit den Bedeutungszuschreibungen in Einklang stehen (Sarasin 2003: 150-175; Anderson 2005). Auch „Europa“ verstehe ich in diesem Sinne nicht als ein festes geografisches oder politisches Gebilde, sondern vielmehr als ein diskursiv geschaffenes Konstrukt: Europa kann als Idee bezeichnet werden (vgl. Occhionero 2006) oder als (emotionale) Metapher (wie bei Koschmal 2006), jedenfalls als ein Schlüsselbegriff, der dem Einfluss bestimmter (nationaler) Prozesse unterliegt. „Europäisierung“ erscheint in diesem nationalen Kontext als ein räumlicher Modus der gesellschaftlichen Interpretation des Nationalen.

Die Fragestellung bedarf einer diskursanalytischen Vorgehensweise der Untersuchung, da diese es ermöglicht, Prozesse zu beschreiben, in denen räumliches Wissen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit wird und reale politische Konsequenzen hat. Als zentraler Analysegegenstand für den Datenkorpus werden Veröffentlichungen in Qualitätsmedien herangezogen, genauso wie die institutionelle Diskursproduktion (Aussagen von politischen Akteurinnen) und wissenschaftliche Arbeiten, welche ihren Anteil an der Konstruktion einer postsozialistischen Realität hatten.

Slowenien als empirisches Beispiel

Von den nach 1989 mehr als 20 neu konstituierten postsozialistischen Gesellschaften wurden die meisten auch durch eine Reorganisation des staatlichen Raumes bestimmt (die Ausnahmen sind Albanien, Bulgarien, Ungarn, Polen und Rumänien, vgl. hierzu Sakwa 1999: 52f). Mit Slowenien widme ich mich exemplarisch dem Beispiel einer Gesellschaft, die im Jahre 1991 überhaupt zum ersten Mal in ihrer Geschichte die eigene souveräne Staatlichkeit erlangte.² Die Loslösung von Jugoslawien erfolgte auf Basis des plebiszitär erklärten Willens der Bevölkerung im Jahre 1990, mit einer Zustimmung von 88%. Nur 13 Jahre später befürworteten die slowenischen Wahlberechtigten mit einer ähnlich beachtlichen Zustimmungsrate von 89% den Beitritt zur Europäischen Union. Die Orientierung an Europa und die Konzentration auf den EU-Beitritt erfolgte sehr schnell. Slowenien, das 2007 als erstes ex-sozialistische Neu-Mitglied die europäische Gemeinschaftswährung einführte, wurde oft als „Musterschüler“ beschrieben. Die Tatsache dieser glatten und dem Anschein nach bruchlosen europäischen Integration verwundert gerade aufgrund der historischen Bedeutung der Gründung des eigenen Nationalstaates und der Tatsache, dass diese erst wenige Jahre vorher

² Das moderne nationale Bewusstsein, im Sinne von politischen Förderungen, datiert bei Slowenien um die Mitte der 19. Jahrhunderts als Teil der k. und k. Monarchie. Nach dem ersten Weltkrieg im südslawischen Völkerverbund, zunächst im Königreich der Serben-Kroaten-und Slowenen, später in Königreich Jugoslawien, und nach dem 2. Weltkrieg wurde das sozialistische Jugoslawien gegründet. Einen Überblick zur Geschichte des heutigen slowenischen Territoriums bieten Repe/Nečak (2006), Štih et al. (2008) und Luthar (2008).

verwirklicht worden war. Aufgrund der Signifikanz der nationalen Komponente auf der einen Seite und der musterhaften europäischen Integration auf der anderen eignet sich die Entstehung Sloweniens besonders als Untersuchungsbeispiel.

Forschungsbedarf

Die Transformation der räumlichen Ordnung im Postsozialismus ist als ein blinder Fleck sowohl der Transformations- wie der Europaforschung zu bezeichnen. Obwohl sie nicht raumtheoretisch argumentieren, ist bereits den Arbeiten von Maria Todorova (1999) oder Milica Bakić-Hayden (1995) die Einbeziehung einer räumlichen Komponente gemein: Die Konstruktion des „Balkan“ beschreiben sie durch Fremd- und Selbstzuschreibungen, durch Dichotomien von europäischen und nicht-europäischen Bildern. Obwohl sie gezeigt haben, dass sowohl Europa als auch der Balkan keine neutralen geografischen Bezeichnungen sind, sondern unter anderem Konstruktionen historischer und kultureller Vorstellungen, sehe ich die Frage nach der Herstellung des europäischen Raumes im nationalen Kontext des Postsozialismus als noch immer unzureichend beantwortet.

Es wurden zwar einige Versuche unternommen der konstruktivistischen Idee „Europa“ nachzugehen (Delanty 1995; Benedikt 2004). In den letzten Jahren widmet sich die Forschung vermehrt auch den räumlichen Perspektiven, die mein zentrales Anliegen sind, vorrangig der Konstruktion der europäischen Grenzen (vgl. Reuber et al. 2005; Deger/Hettlage 2007; Eigmüller 2010). Eine Fixierung auf die gesamteuropäische Ebene steht jedoch auch hier im Mittelpunkt, indem etwa der Fokus auf räumliche Ordnungsverhältnisse in transnationaler Perspektive oder auf einzelne Politikbereiche der EU gelegt wird (wie z. B. in Bezug zu Grenzziehungen im Rahmen des Schengener Abkommens, durch die der Bedeutungsverlust der

nationalen Grenzen behauptet wurde).³ Der nationale Kontext der Konstruktion Europas wird auch hier weitestgehend außer acht gelassen.

Aufbau der Arbeit

Die theoretische Entwicklung eines für die Fragestellung nützlichen Raummodells bildet den ersten – theoretischen Teil der Arbeit (Kapitel I). Darin wird die Begrifflichkeit der Raumsoziologie, in der Raum grundlegend als sozialer Raum verstanden wird, auf die Konstitution des Nationalstaates übertragen. Da dieser somit als Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse verstanden wird, bietet sich eine diskursanalytische Herangehensweise für die Untersuchung an. Für die Analyse werden die Begriffe des *nationalen Diskurses* und des *nationalen Raumes* als Ergebnis des nationalen Diskurses erarbeitet.

Die weiteren Kapitel stellen eine theoretisch abgeleitete Darstellung der jüngsten Geschichte Sloweniens dar. Zunächst beschreibe ich, wie durch die räumliche Wahrnehmung der Wirtschaftskrise der jugoslawische Raum zerfiel (Kapitel II) und wie innerjugoslawische Räume entstanden, auf deren Grundlage schließlich der slowenische nationale Raum konstituiert wurde (Kapitel III). Es zeigt sich, dass es vor allem symbolische Raumelemente sind, auf deren Grundlage sowohl die Abkehr von Jugoslawien, als auch die kulturelle Verankerung und politische Abhängigkeit von Europa erklärt werden können. Dass dies vorrangig auf räumliche Vorstellungen und die gegenwärtige Konstitution des nationalen Raumes zurückgeht, wird in zwei weiteren Kapiteln verdeutlicht. Zunächst wird gezeigt, wie räumliche Vorstellungen Geschichtswahrnehmung produzieren (Kapitel IV), danach wie sich der erinnerte historische Raum in aktuellen politischen Grenzziehungen manifestiert (Kapitel V). Der letzte empirische Teil der Arbeit (Kapitel VI) beschäftigt sich mit dem EU-Beitrittsprozess und seinem Raum-Bezug.

³ Eine neue Entwicklung ist auch die Verbindung zwischen Geschichte und nationalen Raumkonstruktionen im Begriff der „Phantomgrenzen“ (vgl. Hirschhausen et al. 2015), der auf die Rolle der geschichtlich existierenden territorialen Grenzziehungen auf die heutigen Räume hinweist.

I. Theoretische Grundlage: Raum – Nationalstaat – Diskurs

„Ich erlebte das Dorf Rinkenbergr, dessen Weichbild sich in meinen Internatsjahren doch kaum geändert hatte – die Kirche, die niedrigen slowenischen Bauernhäuser, die uneingezäunten Obstgärten -, nicht mehr als einen Zusammenhang, sondern nur noch als eine ländliche Streusiedlung. Dorfplatz, Scheunenauffahrten, Kegelbahn, Bienenhäuser, Grasmatten, Bombenrichter, Altarstatue, Waldlichtung waren zwar vorhanden, ergaben jedoch nicht das Gefüge, in dessen Einheit ich mich früher bewegt hatte als ein Einheimischer unter Einheimischen, als ‚Hiesiger‘. Es war, als sei ein Schutddach weggefliegen, und in dem grellen, kalten Licht beständen keine Treffpunkte, Festorte, Schlupfwinkel, Blickfänge, Ruhestätten – überhaupt keine ineinander übergehenden Räumlichkeiten mehr. Anfangs meinte ich, das liege an dem Dorf, wo die Maschinen viele der Handwerksgeräte ersetzt hatten, und erkannte dann: Der Ungefüge (sic), der aus dem Zusammenhang Geratene, das war ich.“

(in Peter Handke: „Die Wiederholung“, 1986)

Veränderte soziale Verhältnisse haben räumliche Auswirkungen. Der junge Kärtner Filip Kobal aus Handkes Roman ahnt diesen Zusammenhang, als er nach langen Jahren im Internat zurück ins heimische Dorf kehrt. Dieses hat sich in der Zeit der Abwesenheit Kobals in natura kaum verändert, wird jedoch bei seiner Ankunft von ihm anders wahrgenommen als in seiner Erinnerung. Die materielle Gestalt Rinkenbergs, seine einzelnen Bausteine, zusammengefasst in eine dörfliche Einheit, werden nicht mehr wie seinerzeit als vertraut, als wohlbekannt angesehen; sie bilden nicht mehr die „ineinander übergehende Räumlichkeit“ von früher. Der dörfliche Raum zerfällt in der heutigen Wahrnehmung Kobals in einzelne Elemente. Er sieht zwar die zusammenhanglosen Stücke – ohne jedoch das Dorf als eine Einheit sehen zu können.

Der Grund für diese verlorene Einheit liegt jedoch nicht in Rinkenbergr, sondern in ihm selber. Der Verlust des dörflichen Lebenszusammenhangs geht mit dem Verlust des dörflichen Raumes einher. Er ist nicht mehr Teil der lokalen Gemeinschaft; für den sozial Ungefügtten, aus dem sozialen Zusammenhang gerissenen, zum Fremden gewordenen Kobal, verschwand auch der einst existierende Raum.

In nuce beschreibt Handke damit die grundlegende Prämisse der soziologischen Kategorie des Raumes: Räume haben keine vom sozialen Leben losgelöste Existenz; die Wahrnehmung von Raum als Zusammenhang ist ein gesellschaftliches Produkt und ist eingelassen in die gesellschaftliche Konstitution des Raumes. Was der Einzelne als einen einheitlichen Raum „sieht“ ist der sozialen Einbettung des Sehenden, der gesellschaftlichen Ordnung, in der er lebt, geschuldet – unabhängig davon, ob es sich um einen Mikroraum des Alltags handelt, einen dörflichen Raum oder um den als territorial wahrgenommen nationalen Raum mit seinen als eindeutig erscheinenden Grenzen. Eine Änderung der gesellschaftlichen Konstitution kann zur Folge haben, dass der Einzelne den Raum nicht mehr dechiffrieren kann und damit wie Kopal quasi aus der Zeit fallen.

Die für diese Arbeit wichtige Schlussfolgerung daraus ist, dass sich soziale Veränderungen auch auf die sozial geteilte Räume auswirken (können) und der soziale Wandel daher (auch) durch Raumphänomene nachvollziehbar wird. Andere/neue Formen des Nebeneinanders gehen also mit anderen/neuen Formen der Raumwahrnehmung und einer neuen Raumsynthese einher. Diese Arbeit soll nun eine spezifische Form des sozialen Wandels – die Neukonstitution und Europäisierung eines Nationalstaates im Postsozialismus – durch die Kategorie des Raumes nachvollziehen.

Zu diesem Zweck ist es zunächst notwendig, ein theoretisches Verständnis des Raumes zu erarbeiten. Ich stütze mich dabei, *erstens*, auf die Entwicklung der Raumsoziologie und beziehe diese, *zweitens*, auf die Konstitution des nationalen Raumes. In einem *dritten* Schritt wird die gesellschaftliche Produktion des (nationalen) Raumes diskurstheoretisch weitergeführt. In diesem Kapitel soll damit die theoretische und methodologische Grundlage für die empirische Arbeit geleistet und die eigene fachliche Positionierung verdeutlicht werden.

1. *Raum als soziologische Kategorie*

Die Raumsoziologie wird im Rahmen des sogenannten *spatial turns* seit etwa Anfang der 1990er Jahre entwickelt. Das Hauptcharakteristikum der Diskussion ist die aus der Physik und der philosophischen Ideengeschichte übertragene Abkehr von einem *absolutistischen* Raumverständnis hin zu einem *relativistischen* bzw. *relationalen* Modell.

Absolutistische Modelle beschreiben Raum als Etwas, das an sich existiert und als Container, Gefäß oder Behälter beschrieben werden kann. Dieser bestünde auch dann, wenn er vollkommen leer ist und ihm überhaupt keine sinnstiftende Bedeutung zugeschrieben wird. Falls ihm diese zugeschrieben werden kann, dann nur deswegen, da sich in ihm Menschen befinden und soziale Beziehungen in ihm abspielen. Bezogen auf politische Raumkonstruktionen hat ein solcher Raumbegriff weitreichende Implikationen, da auf seiner Grundlage die Staatsentwicklung und -politik als etwas vom Menschen losgelöstes verstanden werden kann. Friedrich Ratzel etwa beschreibt in seiner „Politischen Geographie“ zwar, dass nationale Gemeinschaften und nationale Ideen durch gemeinsame „Sprache und Sitte“ entstehen, sieht deren Entwicklung jedoch auf eine deterministische Weise verbunden mit der physischen Grundlage des Staates (vgl. Ratzel 1923: 162). Die physische Größe des Staates ist z. B. für ihn ein Maßstab für die Kultur der Menschen in diesem Staat. Geografisch kleinere Staaten befinden sich auf einer niedrigeren Kulturstufe, größere auf einer höheren (ebd.: 155). Dieses politische Raumverständnis war prägend für die Entwicklung der klassischen Geopolitik.⁴

⁴ Ratzel orientierte sich stark an der Evolutionstheorie Charles Darwins und bezog das Bild eines biologischen Organismus auf den Staat, in dessen Natur es liege, dass er wie ein Organismus wachsen möchte. Der schwedische Staatswissenschaftler Rudolf Kjellén bezog Ratzels räumlich-deterministische Komponente in seine Staatslehre (zum Vergleich und Auseinandersetzung zwischen den beiden siehe etwa Ante 1981: 7-24; O'Sullivan 1986: 25-32), welche weiteren Staatsrechtlern und politischen Geografen (wie Karl Haushofer und Otto Maul) als ideologische Basis zur Rechtfertigung der national-sozialistischen Expansionspolitik diente. Zur allgemeinen Entwicklung der klassischen Geopolitik bis 1945 siehe Agnew (2002: 52-84), zu den Einflüssen des Sozialdarwinismus siehe Bosler (1983: 23-26, 36-47), zur überhaupt semantischen Belastung des Begriffes des „Raumes“ im zentraleuropäischen Kontext Maresch/Werber (2002: 12-20).

Als direkte Reaktion auf Ratzel entwarf Émile Durkheim ein soziologisches Raumverständnis, welches vom physisch/geografischen Substrat gelöst ist und Raum primär als soziale Kategorie setzt. Georg Simmel machte den nächsten Schritt und unterbrach die Kausalität von physischen Territorium und dem sozialen Geschehen darin nicht einfach nur, sondern ging sogar noch weiter: Soziale Organisation beschrieb er als die Grundlage zur Schaffung einer wahrnehmbaren Raumorganisation (zu historischen Entwicklung vgl. Dünne 2006b: 289-291). Ab diesem Moment wurde historischer Raum, relativistisch gesehen, als Ergebnis sozialen Handelns gedacht, womit Simmel die Vorläuferrolle zum Denken des *spatial turn* gebührt.⁵

Die Container-Raumauffassung wurde damit allerdings nicht beerdigt und hält sich in der wissenschaftlichen Forschung unreflektiert weiter, sogar in derjenigen, die sich eindeutig gegen sie wendet, beobachtet Markus Schroer. Dass die viel beschworene Durchsetzung des relativistischen Raumes nicht vollzogen ist, hat vorrangig damit zu tun, dass die Vorstellung des Behälters eine Funktion im Denken über den Raum erfüllt. Während das relativistische Modell den Anteil menschlicher Akteure und deren Anteil an der Hervorbringung des Raumes betont, legt das absolutistische Modell den Schwerpunkt auf die Wirkungskraft des Raumes. Mit ihm werden „die Auswirkungen räumlicher Arrangements auf handelnde Akteure beschrieben“ (Schroer 2006: 174). Die Tatsache, dass der Raum ein Konstrukt ist, bedeutet nämlich nicht, dass er sich stets im Fluss befindet und beliebig veränderbar ist.

Im angelsächsischen Raum wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein positiver Begriff der Geopolitik entwickelt unter dem Stichwort *critical geopolitics*, die genauso davon ausgeht, dass jegliches politisches Handeln geografisch gebunden ist, sich jedoch nicht dem physischen Raum widmet, sondern vielmehr der Repräsentierung des Raums, der Raumrhetorik, und stellt die Frage, auf welche Art und Weise diese die internationale Politik beeinflusst (Agnew/Corbridge 1995: 7). Federführend hierbei Yves Lacoste (1990) und Gearóid Ó Tuathail (1996).

⁵ Simmel wird dennoch innerhalb der soziologischen Fachdiskussion eine primär geografische Sicht auf den Raum (vgl. Läßle 1991: 167) und ein Festhalten an der Behälterraumvorstellung (vgl. Sturm 2000: 159) vorgeworfen, da er auch von der Existenz eines soziologisch wirkungslosen und inhaltsleeren Raumes annimmt. Schroer (2006: 63f) wirft dieser Kritik wiederum Oberflächlichkeit vor und betont, dass Simmel grundlegend davon ausginge, dass Raum erst dann soziologisch Wirksamkeit zeige, wenn er sozial hergestellt wird; er würde von Simmel daher eben nicht absolutistisch als die Ursache des sozialen Geschehens gedacht.

Ähnlich sieht Dünne (2006: 302) den Ansatzpunkt für weitere theoretische Diskussion darin, dass Räume – als soziale Konstrukte – von Dauer und Stabilität gekennzeichnet sind und Handlungen vorstrukturieren. Der Raumsoziologie geht es aber um mehr als das. Raum soll als ein konstitutives Element der menschlichen Vergesellschaftung gesehen (vgl. Läßle 1991: 162) bzw. als ein integraler Bestandteil der Konstitution des Sozialen (vgl. Massey 1999: 10; zu ihr auch Glasze/Mattisek 2009: 42; Glasze 2013 (2015): 27) verstanden werden. Er erfüllt für Menschen eine wichtige Rolle, denn er wird „mit Bedeutung versehen, die ihrerseits Bedeutung – in Gestalt von Identitäten, Wissen, Kontexten etc. – evozieren“ (vgl. Ahrens 2001: 200). Nur so könne man sich im Raum „heimisch“ fühlen, gerade so wie es einst Handkes Kobal tat.

Um der Differenz zwischen absolutistischem und relativistischem Raumverständnis vollkommen zu entgehen, entwickelte Martina Löw ein *relationales*⁶ Raummodell, in dem der physische Raum überhaupt keine Rolle spielt, da er ausschließlich als ein permanent von Menschen aktualisiertes Relationsgefüge gefasst wird. Obwohl ihr Buch „Raumsoziologie“ bereits 2001 veröffentlicht wurde, lieferte es die bis heute vollständigste Theorie des soziologischen Raumverständnisses. Da Löw es schafft, räumliche gesellschaftliche Prozesse als Forschungsfeld zu operationalisieren, was Gabriele Sturm (2000: 142) allgemein für die Raumtheorie fordert, ist sie auch

⁶ Die Bezeichnungen relativistisch und relational werden in der Forschung häufig synonym verwendet. Ideengeschichtlich lässt sich ableiten, dass das relativistische Raumverständnis in Abgrenzung vom absolutistischen Behälterraum-Modell auch relational gedacht wurde. Zurückgeführt wird das auf Gottfried Wilhelm Leibniz und seine Abkehr von der Theorie Isaac Newtons (hierzu Günzel 2006: 26f). Während Newton auf einem Dualismus von Raum und Körper (bzw. Inhalt) besteht und Raum als eine Bedingung des Inhalts sieht, geht es Leibniz um die Relationen, die ein Körper einnehmen kann, womit es unmöglich erscheint, einen Raum zu postulieren, der jenseits der Relationen der Körper bestehen könnte.

wegweisend für die empirische Arbeit und wird hier deswegen komprimiert wiedergegeben.⁷

a. Relationaler Raumbegriff Martina Löws

Raum definiert Löw als *(An)Ordnung* von Raumelementen (sozialen Gütern und Menschen/Lebewesen) an Orten und bezeichnet ihn als *relational*, weil ein Bezug zwischen den einzelnen Elementen hergestellt wird, die als eine räumliche Einheit gelten (Löw 2001: 224). Mit *Ort* zielt Löw auf Lokalisierungen, auf konkret markierte Plätze, Vergegenständlichungen, die geografisch wahrgenommen werden können, jedoch ein Ergebnis der Anordnung sind. Ihre Schreibweise von *(An)Ordnung* zielt darauf, dass sich Räume als Form gesellschaftlicher Strukturen manifestieren (ebd.: 166). Sie schreibt von der *Dualität des Raumes* und meint damit die Gleichzeitigkeit zweier Aspekte: dem Prozess des räumlichen *Anordnens* liegt die Handlungsdimension zugrunde, dem der räumlichen *Ordnung* die Strukturdimension.⁸ Menschen als handelnde Akteure produzieren Räume, die sich auf struktureller Ebene verankern und auf das Handeln rückwirken, dieses ermöglichen oder verhindern. An einem Ort, an dem z. B. Tanzveranstaltungen gefeiert werden, bedarf es normativ anderer Verhaltensweisen als etwa in der Kirche; durch die Ausübung der Verhaltensweisen werden die entsprechenden Räume bestätigt. Auch was die Herstellung von neuen oder die Aktualisie-

⁷ Die soziologische Grundlagendiskussion über den Raum ist für die Belange dieser Arbeit wenig ergiebig; die fachliche Positionierung der einzelnen Autoren wird daher nur am Rande angesprochen. Im deutschen Sprachraum lieferten neben Löw zur Entwicklung der Raumsoziologie bedeutende Überlegungen noch Läßle (1991), Sturm (2000), Ahrens (2001); einen verdichteten Überblick bieten etwa Schroer (2006: 174-181; 2009), Löw/Steets/Stoetzer (2007: 51-66) oder Löw/Sturm (2005).

⁸ Maßgeblich schöpft sie aus der Theorie der Strukturierung von Anthony Giddens und Pierre Bourdieu. Ähnlich beschrieb auch Gabriele Sturm (2000: 173-175, zusammenfassend 183f), dass (neben dem relationalen Konzept Dieter Läßles) das Konzept Bourdieus zur weiteren Diskussion für ein Modell von Raum geeignet sei. Giddens wird an diesem Punkt von Löw kritisch betrachtet, denn er konzipiert Raum nicht als Ergebnis eines sozialen Prozesses (wie Bourdieu), sondern beschreibt ihn im Sinne konkreter Orte, die für das soziale Geschehen relevant sind. Für Löw, die auch von Orten spricht, muss hingegen denkbar sein, dass am selben Ort mehrere, sogar miteinander konkurrierende Räume gleichzeitig bestehen können (vgl. Löw 2001: 200f). Schroer (2006: 130f) erwidert auf die Kritik Löws wiederum, dass es sich auch bei Giddens um einen relationalen Begriff handelt; er würde zwar an der Behälterraumauffassung festhalten, diese jedoch mit dem relationalen Konzept verbinden.

rung von existierenden Räumen angeht, werden diese durch die bestehende Raumordnung verhindert oder erleichtert. Diese Dualität von Raum kann zu analytischen Zwecken getrennt beobachtet werden, in ihrer Wirkung gehört sie allerdings zusammen (ebd.: 226). Wichtig dabei ist, dass Löw nicht von zwei Realitäten ausgeht – einer des Raumes und einer der sozialen Beziehungen – sondern versucht, diese theoretisch zu integrieren. Es gibt bei ihr keinen Raum, der an und für sich außerhalb des Sozialen existent wäre.

Mit Dualität bezeichnet Löw aber auch, dass der Raum, obwohl er nicht physisch/materiell zu fassen ist, neben der ideellen auch eine materielle Komponente hat. Denn die einzelnen als eine räumliche Einheit gedachten Elemente können Materialität aufweisen, der Raum als solcher nicht: „Alle Räume haben eine *symbolische* und eine *materielle Komponente*. ... *Materielle Qualität* erhält der Raum dadurch, daß die sozialen Güter, welche zu Räumen verknüpft werden, ... materielle Güter sind. Die Relationenbildung selbst ist ein primär symbolischer Prozess. Der Raum als Ganzes hat demzufolge keine Materialität im Sinne eines physischen Substrats, sondern nur die einzelnen sozialen Güter und Lebewesen weisen Materialität auf“ (Löw 2001: 228; Hervorhebung im Original).

Mit Bezug auf Reinhard Kreckel verknüpft Löw Materie und Symbolik und definiert soziale Güter als *primär symbolisch* oder *primär materiell*. Für die Konstitution eines Zimmers z. B. sind materielle Güter, die angeordnet werden können: ein Schreibtisch, Stuhl, Bücherregal, Leselampe. Primär symbolische Güter können hingegen gesellschaftliche Vorschriften sein, Werte, Hymnen, Lieder etc., diejenigen, die primär keine Materialität vorweisen und denen eine von der zwischenmenschlichen Kommunikation ausgehende symbolische Ebene innewohnt. Im Zimmers eines Jugendlichen beispielsweise wären trotz ihrer materiellen Eigenschaften mögliche primär symbolische Güter etwa Plakate mit Vorbildern, bei Erwachsenen vielleicht bestimmte Bücher, die für das Selbstverständnis der Person und seiner sozialen Umgebung eine symbolische Bedeutung haben. Die Konstitution von

Raum kann letztendlich nur entschlüsselt werden, wenn die symbolische Eigenschaft der einzelnen Elemente berücksichtigt wird (ebd.: 153).

Des weiteren unterscheidet Löw hinsichtlich der Konstitution von Raum zwei aufeinander bezogene Prozesse: Das *Spacing* und die *Synthese*. Unter *Spacing* versteht Löw den Moment des Anordnens von sozialen Gütern und Menschen, wie z. B. das Aufstellen von Waren im Supermarkt; Positionieren des Bücherschranks, des Schreibtisches und des Leselichtes in einem Arbeitszimmer oder das Bauen von Häusern in einem Dorf. Mit *Spacing* wird die aktive Hervorbringung und Organisation des Raumes betont, es ist der Moment der aktiven Raumgestaltung. Zum Ergebnis der Raumkonstitution gehört allerdings auch, dass die einzelnen Elemente durch eine *Syntheseleistung*⁹ zu einem einheitlichen Gebilde verknüpft werden. Unter *Synthese* fasst sie *Wahrnehmungs-, Vorstellungs- und Erinnerungsprozesse* zusammen, auf deren Grundlage einzelne Elemente als ein zusammen-hängendes Ensemble und Raum als eine Einheit erscheinen (ebd.: 224).

Raumkonstitution ist gekennzeichnet durch die Gleichzeitigkeit von *Spacing* und *Synthese* und funktioniert nur dann, wenn sie repetitiv aufrechterhalten wird; also durch die Routinen des Alltags permanent reproduziert wird. Raumkonstruktionen reichen von unbewussten Routinen und der Selbstverständlichkeit des Alltags bis hin zu bewussten Aushandlungsprozessen. In jedem Fall bedürfen sie aber institutionalisierter Handlungen.

Durch diese permanente Wiederholung, durch gesellschaftliche Routinen, werden Räume reproduziert und können als auf Strukturebene verankert beschrieben werden. *Institutionalisierte Räume* definiert Löw als diejenigen, die unabhängig vom individuellen Handeln bestehen und normativ besetzte

⁹ In die Raumsoziologie übernommen wurde der Begriff von Norbert Elias, der Menschen grundlegend die Fähigkeit zur „wissensmäßigen Synthese“ zuschrieb und Raum (zusammen mit Zeit) nur durch die Syntheseleistung des gesellschaftlich dominanten Kollektivs als existent betrachtet (hierzu auch Sturm 2000: 170-172; Läßle 1991: 161).

Prozesse des Spacing und der Synthese nach sich ziehen – reproduziert in gesellschaftlichen Routinen von der Mikro- bis zur Makroebene (ebd.: 226). Ein Beispiel des institutionalisierten Raumes ist z. B. das schulische Klassenzimmer mit seiner klassischen Sitz-Anordnung für Schüler und Lehrende als Basis für den Frontalunterricht. Diese Anordnung fand sich in jeder staatlichen Schule wieder, war also institutionalisiert.

Bezug nehmend auf den Strukturbegriff Giddens spricht Löw von *räumlicher Struktur* dann, wenn die Konstitution des Raumes in gesellschaftlichen Institutionen durch Regeln und Ressourcen festgeschrieben und permanent reproduziert wird, was ein Prozess ist, der rekursiv abläuft.¹⁰

Das Räumliche ist für sie eine spezifische Form des Gesellschaftlichen; räumliche Strukturen sind Formen gesellschaftlicher Strukturen. Es existieren daher neben ökonomischen, rechtlichen, politischen und anderen gesellschaftlichen Strukturen auch räumliche, die im Handeln immer wieder verwirklicht werden und gleichzeitig das Handeln bedingen. Die gesellschaftlichen Strukturen sind interdependent. „In der Konstitution von Räumen realisieren sich zum Beispiel auch ökonomische, soziale oder rechtliche Strukturen, so wie diese deren Konstitution prägen. Rechtliche Strukturen, als ein anderes Beispiel, ermöglichen eine Form der Rechtsprechung, die im Vollzug die Regeln des Rechts reproduziert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nur juristische Strukturen die Rechtsprechung prägen. Ökonomische Strukturen (Gerichtskosten) und räumliche Strukturen (die Anordnung im Gerichtssaal) beeinflussen ebenfalls die Rechtsprechung und werden im Handeln ebenso reproduziert“ (Löw 2001: 172). Die räumliche Struktur des klassischen Schulzimmers etwa übt eine strukturelle Wirkung aus; durch diesen Raum werden Machtverhältnisse ausgehandelt und verfestigt, die den Lehrern andere Handlungschancen ermöglichen (sollen) als den Schülern. Löw bezieht die Konstitution von Raum auf die Dimensionen sozialer

¹⁰ Institutionen sind gemeinhin als generalisierte Verhaltensanweisungen/-Erwartungen zu verstehen, also als dauerhafte und regelmäßig wiederkehrende soziale Handlungen. Gesellschaftliche Regeln implizieren verankerte Verfahrensweisen für Aushandlungsprozesse in sozialen Beziehungen; mit Ressourcen sind Medien der Machtausübung gemeint, mit deren Hilfe adäquates Verhalten eingeübt wird (Löw 2001: 167).

Ungleichheit zurück (ebd.: 210-218) und spricht über Geschlecht¹¹, Klasse, ethnische und religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, mentale und körperliche Möglichkeiten als Strukturprinzipien der Raumkonstitution.

b. Die Probe aufs Exempel: Raumkonstitutionen im Alltag

Das theoretische Raumverständnis lässt sich exemplarisch rekapitulieren und auf diejenigen Charakteristika verdichten, die für die Übertragung auf den Nationalstaat signifikant sind. Der Raumsoziologie zufolge ist der Raum eine Synthese von einzelnen Raumelementen, zwischen denen ein relationaler Bezug hergestellt wird. Handke benutzt daher richtigerweise den Begriff „Gefüge“ als er beschreibt, dass Rinkenberg eine Einheit ist, zusammengesetzt aus einzelnen Bestandteilen wie dem Dorfplatz, den Scheunenauffahrten, der Kegelbahn, der Altarstatue. Jedem Handelnden wird die Leistung zur Raumsynthese zugestanden – auch zu einer abweichenden. Trotz der Tatsache, dass es sich für alle Dorfbewohner um dieselben Elemente Rinkenbergs handelt, denselben Dorfplatz, dieselben Scheunenauffahrten, Kegelbahn und Altarstatue, nimmt Kobal den Raum offensichtlich anders wahr, nämlich nicht als das Dorf aus seiner Jugend. Doch hat eine solche raumproduzierende Leistung des Einzelnen einen flüchtigen Charakter und ist für die dörfliche Interaktionsgemeinschaft unbedeutend, da sie nicht intersubjektiv geteilt wird. Gesellschaftlich relevante Räume müssen daher auch gesellschaftlich geteilt werden. Das Handeln eines Kobal, der in seiner Wahrnehmung von einem intersubjektiv existierenden dörflichen Raum abweicht, wird Rinkenberg als bestehendem Raum daher keinen Schaden zufügen. Erst wenn auch andere Dorfbewohner neue Konzeptionen des dörflichen Raumes entwickeln würden und diese Abweichung kollektiv und regelmäßig vonstatten ginge, wäre Rinkenberg als ein bestehender institutionalisierter Raum einer Veränderung ausgesetzt. Festzuhalten ist daher, dass – was auf jede gesellschaftliche Institution zutrifft – Räume nur so lange bestehen, wie sie von Menschen reproduziert

¹¹ Speziell zur Verbindung von gesellschaftlichen Räumen und Verteilungskämpfen zwischen den Geschlechtern siehe Löw (1997).

und aufrechterhalten werden; dass es kollektiver Praktiken bedarf um sie verändern zu können; und dass sie auch dann bestehen bleiben, wenn nur bestimmte Akteure oder gesellschaftliche Teilgruppen sie nicht reproduzieren.

Es ist sinnvoll die Wissenssoziologie Peter L. Bergers und Thomas Luckmanns (2004, Orig. 1966) zu bemühen, um beantworten zu können, wie Institutionalisierungen – übertragen auf die Kategorie des Raumes – zu verstehen sind. Unter den vielen *Wirklichkeiten* unterscheiden Berger und Luckmann eine, „die sich als Wirklichkeit par excellence darstellt. Das ist die Wirklichkeit der Alltagswelt“ (ebd.: 24). Ihr Werk widmen sie den Grundlagen des Alltags-Wissens und der Frage, wie dieses das Handeln beeinflusst und strukturiert. Löw (2001: 42f) wirft Berger und Luckmann vor, dass die Konstitution von Raum bei ihnen nur als Handlungshintergrund gefasst wird. Obwohl sie bemerken, dass die Alltagswelt sowohl räumlich wie zeitlich strukturiert ist, vernachlässigen sie die Kategorie des Raumes zugunsten der der Zeit sogar explizit (Berger/Luckmann 2004: 29; hierzu auch Schroer 2006: 17). An dieser Stelle knüpfe ich an und behaupte, dass der Kategorie Raum eine gesellschaftliche Dimension gerade auch als intersubjektiv geteiltes Wissen beizumessen ist. Der Einzelne richtet sein Handeln auch auf die Räumlichkeit aus, die sich ihm als objektiverte Wirklichkeit darstellt.

Wenn ich von mir ausgehe, kann ich die *räumliche Wirklichkeit*, die zu meinem Alltag gehört, wie folgt beschreiben: Zu ihr gehören die Städte und das Land, in denen ich aufgewachsen bin; die Stadt und das Land, in denen meine Eltern leben; die Stadt und das Land, in denen ich zur Zeit lebe und arbeite; mein Zimmer und meine Wohngemeinschaft in dieser Stadt; mein Arbeitsplatz in dieser Stadt; die Universität, an der ich studiere usw. Auch wenn ich sie nur teilweise aktiv mitgestaltet habe, ergibt sich meine Räumlichkeit aus der Anordnung von Menschen (wie den Nachbarn, Arbeitskollegen, Eltern) und sozialen Gütern (mein Spielplatz im Kindesalter, das Haus meiner Jugend, die Schule mit meinen Freunden). Deutlich wird,

dass ich soziale Güter und Menschen an konkreten Orten zu Einheiten synthetisiere: Die Stadt, in der meine Eltern wohnen, nehme ich in Verbindung mit ihnen wahr; auch die Universität, an der ich studiere, fasse ich mit der konkreten Stadt und den Menschen, denen ich hier wie dort begegne zusammen. Diese Synthesen gehen in die Konstruktion meiner Alltags-Räumlichkeit ein. Ich reproduziere sie in meiner Wahrnehmung und Erinnerung jedes Mal, wenn ich z. B. zur Universität fahre, um dort ein Seminar zu besuchen, wenn ich mit meinen Eltern telefoniere oder wenn ich auch nur an sie denke. Konkrete Orte (wie Städte, in denen ich gelebt habe oder lebe) haben mit meiner räumlichen Wirklichkeit insofern zu tun, als dass ich sie immer zusammen mit der Bedeutung, die sie für mich haben, wahrnehme.

Ich erkenne in der zwischenmenschlichen Kommunikation auch andere Orte, die allerdings nicht zu meinem Alltag gehören. So gehört das Nachbarland nicht zu meiner Alltagswelt; im Gegensatz zu meinem guten Freund, dessen Eltern in diesem Nachbarland wohnen. An den selben Orten sind so mehrere Alltags-Räume denkbar, denn an diesen leben schließlich auch andere Menschen, die sie in ihrer Wahrnehmung, Vorstellung und Erinnerung in ähnlicher Weise reproduzieren.

Die Räumlichkeit meiner Alltagswelt umfasst auch Phänomene, die physisch weit entfernt sind, was dafür spricht, dass die geografische Entfernung für Raumkonstruktionen an sich keine Bedeutung hat. Ein geografisch weit entferntes Land, in dem meine Eltern wohnen, kann *meiner* räumlichen Wirklichkeit „näher“ sein als ein Nachbarland, das ich nie bereist habe und zu dem ich keinen Bezug habe.

Umgekehrt konstituieren meine Eltern ihre räumliche Wirklichkeit ähnlich. Die Elemente die in die zwischen uns geteilte Raumsynthese eingehen, sind die selben. Wichtig dabei ist nicht deren Materialität, sondern die Tatsache, dass sie eine symbolische Wirkung haben, die uns verbindet. Für Kobal sind das etwa Treffpunkte, die darauf hindeuten, dass mit ihnen das dörfliche Interagieren, das „Einheimische“ gemeint ist.

Bei nationalstaatlichen Räumen sind Symbole die in die Raumkonstitution eingehen, etwa die Staatsflagge, das Wappen, die Hymne oder Schilder, die an den Grenzübergängen aufgestellt werden, um den Raum symbolisch zu markieren. Sie erfüllen ihre Funktion deshalb, weil die ihnen immanente Symbolik zwischen den Menschen auf einer breiten nationalen Ebene geteilt wird. Es sind Elemente, die regelmäßig in der Vorstellung von Menschen durch wiederholte Handlungen in die Raumkonstitution eingehen, am Beispiel des Staates z. B. durch jedes staatliche Gedenkritual, welches nichts anderes als eine typisierte Raumkonstitution darstellt. An jedem Gedenktag und bei jedem Symbol wird die objektivierte Wirklichkeit des Staates, die räumlich strukturiert ist, verfestigt.

c. Soziale Differenzierungen und Grenzziehungen

Zentrale Gedanken zur Raumtheorie Löws lassen sich auf folgende Begriffe summieren: *Raumwahrnehmung/-vorstellung/-erinnerung*, *Relationenbildung*, *Synthese angeordneter Elemente*, *symbolische Raumeigenschaften*, *repetitive typisierte Raumreproduktion*. Ihre theoretische Ausführung bietet jedoch einen Raumphänomen keine Aufmerksamkeit, welches für politische Räume wesentlich ist: der *Differenzfunktion*. Für die Untersuchung sozialer Differenzierungsformen ist Raum wegen seiner „Grenzeigenschaft“ (Pott 2002: 110f) von Bedeutung, denn er veranschaulicht die Abgrenzung zwischen dem „Eigenen“ und dem „Anderen“. Die Syntheseleistung – die Einheitsbildung – wird nur durch die Differenzsetzung denkbar und möglich. Das heißt, dass bestimmte Raumelemente, die in die Raumsynthese eingehen, zum Raum exklusiv dazugehörig definiert werden, andere hingegen nicht.

Löw benennt als Strukturprinzipien der Raumkonstitution die soziale Ungleichheit. Am leichtesten kann man sich diese am Beispiel des nationalstaatlichen Raumes vor Augen führen. Indem er eine homogene soziale Einheit herstellt, werden Menschen, die als zu dieser Einheit nicht zugehörig definiert werden, von sozialen Institutionen auch normativ ausgeschlossen und können Rechte, die der Staat den eigenen Bürgern garantiert, nicht

wahrnehmen. Raum, nicht nur der politische, ist also grundlegend angebunden an soziale Differenzierungsformen; seine Konstitution bedeutet gleichzeitig die Differenzsetzung zum Ausgegrenzten, zwischen „wir“ und „ihr“, dem Hiesigen und dem Fremden, dem Ein- und Ausgeschlossenen.

In Großstädten bilden sich etwa innerstädtische Räume aus, die häufig mit bestimmten Gruppen identifiziert werden: mit Ausländern, mit bestimmten sozialen Schichten oder mit bestimmten Berufsgruppen (bis hin zum Rotlichtmilieu). Norbert Elias und John L. Scotson (1994, Orig. 1965) untersuchten die Nachbarschaften der Gemeinde Winston Parva, am Stadtrand von Leicester in England. Obwohl Raum nicht im Zentrum ihrer Fragestellung steht, bieten sie einige Einblicke in die Konstitution städtischer sozialer Räume. Sie fragen nach dem Verhältnis von „newcomers“ und „old families“, die in der Gemeinde leben, und beschreiben die Formierung der Gruppe der Zugezogenen, deren Zugehörigkeit räumlich wahrgenommen wird. Interessant dabei ist, dass die dafür ausschlaggebende soziale Qualität weder die Nationalität, noch Hautfarbe, Ethnie oder Sprache ist. Sie basiert ausschließlich darauf, dass es sich um „newcomers“ handelt. So sind sie am Anfang der Untersuchung von einer durch Kriminalität gekennzeichneten Nachbarschaft ausgegangen, was der allgemeinen Wahrnehmung dieses Stadtteils entspricht, und obwohl sich im Laufe der Untersuchung zeigt, dass es die Unterschiede in der Delinquenz zwischen den Nachbarschaften nicht gibt oder diese sich im Laufe der Zeit sogar verringern, stellen sie fest, dass das, was nicht verschwindet, der als kriminell geltende und negativ besetzte Raum ist (Elias/Scotson 1994: xi). Der bereits institutionalisierte Raum der Zugezogenen ist geblieben und wirkt sich weiterhin stigmatisierend auf die Einwohner aus. Diese soziale Grenzziehung zwischen „we“ und „they“ wird auch zwanzig Jahre nach dem Zuzug der „newcomers“ räumlich wahrgenommen.

Auf den In- und Ausschlusscharakter des Raumes verweist auch Handke, als Kobal in einem selbst-reflexiven Prozess feststellt, dass er selber *der* sozial

Ungefügte ist und deshalb die dörfliche Raumkonstitution nicht mehr „sieht“. Er kann sein Fremdsein regelrecht fühlen. Handke beschreibt in seinem Buch auch die Zug-Reise des Protagonisten ins Jugoslawien des Sommers 1960. Dort erlebt der damals 20-jährige Kobal eine andere, eigene Räumlichkeit, die er bereits am anders aussehenden Bahnhof bemerkt. Er beobachtet, dass sich Menschen in seiner Wahrnehmung auf der Straße dort sogar anders als zu Hause bewegen und spricht davon, dass „ein anderes Raummaß“ zu gelten scheint.

Kobal nimmt die Erfahrung, sich in einem unvertrauten, anderen Raum zu bewegen, als befremdlich wahr. Der Raum ruft bei ihm eine emotionale Reaktion hervor. Das geschieht deswegen, weil Räume eine *Atmosphäre* entwickeln. „Man kann den ein- und ausschließenden Charakter von Räumen und auch das Ende von Räumen spüren. Man kann den Beginn neuer Räume sinnlich wahrnehmen“ (Löw 2001: 204). Dieser Effekt der Außenwirkung des Raumes entwickelt sich, wie Löw annimmt, aus der menschlichen Wahrnehmungsfähigkeit. Atmosphären müssen von Handelnden aktiv aufgegriffen werden und machen den Raum erfahrbar. Dadurch werden Gefühle von Zugehörigkeit und Fremdheit herausgebildet, Gefühle von Wohlbefinden, Unbehagen, Sicherheit und Angst produziert.¹²

Wie im Falle Kobals ablesbar, ist die staatliche Grenze als Raum-Übergang wahrnehmbar. Berger und Luckmann (2004: 28) sprechen von Enklaven, die durch eine geschlossene Sinnstruktur entstehen. Als Beispiel bringen sie den Vorhang im Theater vor, über den der Einzelne, durch seine Öffnung, in den Raum der Kunstwelt „eintritt“. Ein anderes Beispiel ist die Berührung des

¹² *Atmosphären* können auch gezielt inszeniert werden, um dadurch eine erwünschte Wahrnehmung des Raumes zu erzielen. Gernot Böhme (2006) verweist auf politische Manipulationen durch Architektur, die sich um atmosphärische Inszenierung bemüht und eine Wahrnehmung vorgibt. Ein Beispiel ist Daniel Libeskinds Ausbau des Jüdischen Museums in Berlin, welches durch die Mittel der Baukunst darauf zielt, eine verstörende Atmosphäre beim Besucher hervorzurufen. Der beängstigend leere zentrale Gang durch das Museum ist so platziert, dass ihn die Besucher mehrmals überqueren müssen. Es verwundert daher nicht, dass sich Libeskind in einem Interview für eine städtische Architektur ausspricht, die sich gegen die Auslöschung der Erinnerung einsetzt: Mit „Memory is built. Memory is not something which is just there“ (Libeskind 1999: 132) zielt er gerade auf den räumlichen Konstruktionscharakter der Erinnerung.

Weihwassers in der Kirche beim Übertritt in den sakralen Raum. Die Alltagswelt des Einzelnen wird durch das Betreten dieser Enklaven jedoch nicht in Frage gestellt. Denn das Ritual des Schließens des Vorhangs oder der Grenzkontrolle gibt es dann wieder beim Übertritt in die eigenen Alltags-Räumlichkeit. Übertragen auf Löw handelt es sich dabei nicht um unterschiedliche Orte, sondern um unterschiedliche Räume. Denn am selben Ort müssen mehrere Raumkonstruktionen denkbar sein; in einer Kirche zum Beispiel kann ein Nicht-Gläubiger auf das Ritual verzichten und sich dabei bewusst nicht in den sakralen Raum *übersetzen* lassen.

Die Überlegung bietet sich an, dass aus solchen Grenz-Ritualen und der unterschiedlichen Atmosphäre die Änderung der Räumlichkeit abzulesen ist. An den zwischenstaatlichen Grenzen ist es die Qualität der Grenze, das Regime, welches an ihr herrscht. Nicht zufällig gibt es eine Verbindung zwischen den politischen Beziehungen zweier Staaten und ihrem Grenzregime: Es ist die Art der administrativen Verwaltung und die Art der technischen Maßnahmen zu ihrer Kontrolle, welche die Grenze als eine eher geschlossene bzw. stark kontrollierte oder eine eher offene wahrnehmen lässt. Je institutionalisierter die Gruppe ist, die eine Grenze durchsetzt, eine politische Organisation wie die EU z. B., desto organisierter und technisierter erscheint ihre Grenze, wie zum Beispiel die immer weiter ausgebauten europäischen Agentur Frontex zeigt.

Grenzen markieren den Raum und sind genauso soziale Konstrukte wie der Raum selbst. Die staatliche Grenze macht den Raum so deutlich spürbar, weil sie mit ihm verbunden ist und auf seine Konstitution hinweist. Nicht zuletzt wird das auch aus der Platzierung von symbolischen Raumelementen an der Grenze erreicht. So ist beim Eintritt in den Raum eines Staates der Mitglied des Schengener Abkommens ist, an einem slowenisch-kroatischen Grenzübergang etwa, neben dem slowenischen im Rahmen der inner-europäischen polizeilichen Kooperation auch ein deutscher Beamter an der Grenze platziert. Der Reisende tritt somit erkennbar nicht nur in einen

nationalen slowenischen, sondern einen gemeinsamen europäischen Raum ein.

Natürliche erdräumliche Bedingungen spielen weder für die Konstitution von Räumen wie von Grenzen eine Rolle. Da wo es einen Fluss oder eine Bergkette gibt, können diese zur staatlichen Raumkonstitution herangezogen werden. Doch sie werden für die Raumgestaltung nicht benötigt. Gebraucht werden vielmehr Akteure, die den Raum konstituieren und ihn vermitteln, wie Politiker und Kartografen, welche die Grenze aufzeichnen, und Beamte, die sie „schützen“. Durch Objektivierungsprozesse wirken Grenzen immer als etwas natürliches, schon immer oder sehr lange Dagewesenes und nicht als ein Produkt der politischen Auseinandersetzung. Wie Schlögel über die Grenzen zwischen den USA und Kanada oder zwischen den USA und Mexico schreibt, sehen sie „nicht nur aus wie mit dem Lineal gezogen, sie wurde auch mit dem Lineal gezogen und dennoch ist sie eine stimmige akzeptierte Grenze...“ (Schlögel 2007: 142). Insofern gilt: Der Gedanke, dass die über Nacht gebaute Mauern künstlicher sind als ein Fluss, der sich in Jahrhunderten der Geschichte als Grenze entwickelt hat, täuscht; es gibt keine natürlichen Grenzen.

Physische Bedingungen der Erdoberfläche vereinfachen höchstens die Kontrolle der Grenze. Da wo es sie nicht gibt, wird mit dem Bau einer Mauer, mit Steinen oder Stacheldraht nachgeholfen, um die Grenze sichtbar zu machen und Räume zu trennen. Dabei denke ich nicht nur an die jahrhundertalte Chinesische Mauer, sondern auch an die modernen Mauern und Zäune: die das israelische Kernland vom Westjordanland trennen, die griechisch-von den türkisch-zypriotischen Bewohnern von Nikosia, Nord- von Südkorea, Mexiko vom US-amerikanischen San Diego; aber auch die, die in Bagdad nach dem Irakkrieg um die für den Westen bedeutende Teile der Stadt errichtet wurden oder die heute innerhalb der Europäischen Union entstehen. Es sind schwer zu überwindende Grenzen, die nicht nur vor Aggressoren schützen oder nationale und ethnische Gruppen trennen sollen, sondern auch Grenzen

zwischen der sogenannten ersten und dritten Welt, zwischen Arm und Reich, zwischen sozialen Gruppen: wie die im tschechischen Ústí nad Labem zwischen ethnischen Tschechen und Roma; im italienischen Padua um einen von Migranten bewohnten Bezirk (vorgeblich um die Kriminalität einzudämmen); oder in der spanischen, mithin europäischen Enklave Melilla in Nordafrika.

Grenzziehungen schaffen vermeintlich Sicherheit, sie sind Teil militärischer Strategien, sollen Gewalt eindämmen und Menschengruppen schützen – obwohl bis jetzt verdeutlicht wurde, dass sie das Gegenteil schaffen: Genauso wie mit der Raumkonstitution die Anders-Setzung von sozialen Gruppen einhergeht, schaffen es die Grenzen diese erlebbar zu machen und festzuschreiben.

Im Zentrum der Fragestellung dieser Arbeit befinden sich die institutionalisierten Räume, die den politischen Raum auf der gesamten Welt strukturieren. Auf politische Räume bezogen finden die Institutionalisierungstendenzen ihren bisherigen Höhepunkt im Gebilde des Nationalstaates:

2. Nationalstaat als soziale Konstruktion

Will man die Annahme, wonach Raum im Allgemeinen als eine soziale Konstruktion zu verstehen ist, auf den staatlichen Raum beziehen, ergibt sich bei der Sichtung der Forschung zur Staatlichkeit ein Paradoxon: beide theoretischen Raummodelle, das absolutistische und das relationale, scheinen in der heutigen Diskussion auf den Staat gleichzeitig angewendet zu werden. Obwohl auch die postsozialistischen Transformationsprozesse darauf hindeuten, dass der Staat ein veränderbares Raumkonstrukt ist, wird er dennoch persistent und stillschweigend weiterhin nach der absolutistischen Raumvorstellung als ein starrer Container, den es jenseits der sozialen (und politischen) Prozesse gibt, wahrgenommen. Anklänge dieser Sichtweise finden sich auch in der Globalisierungs- und der Europäisierungsdebatte.

Der Staat soll sich aufgrund der Entstehung globaler Netzwerke und einer neuen politischen Ebene im Wandel befinden, da globale ökonomische Prozesse, globale Migration, Internationalisierung der Medien und moderne Transporttechnologien eine Autonomie besitzen, die sich der (demokratischen) staatlichen Kontrolle entziehen und die politische Gestaltungsmacht des Staates einschränken (siehe Jönsson et al. 2000: 20-23). Wenn als Reaktion auf diese Prozesse von der Entstehung der „Festung Europa“, der „Vereinigten Staaten von Europa“, oder von lokalen Sezessionsbewegungen in Europa gesprochen wird, basieren die Diagnosen auf der theoretischen Vorstellung eines staatlichen Containers, der sich heute entweder (supranational) ausdehnt oder (lokal) schrumpft. Wenn allerdings die Rede von der Vernetzung von global cities ist, von der Entstehung neuer transnationaler Räume, von Phänomenen wie Global Governance, der Entstehung einer Weltöffentlichkeit und einer globalen ökonomischen (und auch politischen) Struktur (wie Albert/Steinmetz 2007), basieren diese Beschreibungen auf der Vorstellung eines relationalen Modells; denn sie versuchen aufzuzeigen, dass Staat und Politik nicht gleichbedeutend sind, sie unabhängig voneinander existieren und dass die Frage nach der Zugehörigkeit der Menschen heute neu und jenseits des Nationalstaates gestellt wird.

Wie allerdings Schroer (2009: 359) erklärt, würde die Feststellung einer neuen und vom Staat losgelösten räumlichen Organisationsformen des Politischen bedeuten, dass mit dem angeblichen Zerfall des Staates Prozesse der Deterritorialisierung stattfinden müssten. Empirische belege hierfür sieht er jedoch nicht und bemängelt, dass die Globalisierungsdebatte mit einem Raumvoluntarismus einhergeht und die Tendenz hat, die Wirkkraft der bestehenden Räume zu vernachlässigen (Schroer 2006: 78; auf ihn bezogen auch Dünne 2006b: 302). Die politische Macht wird auch in Zeiten der Globalisierung weiterhin durch den Territorialstaat ausgeübt; die Vorstellung des staatlichen Containers kann demnach nicht einfach durch ein relationales Konzept ersetzt werden. Politisch ist die Welt und überhaupt die Menschheit in territorialstaatliche Einheiten aufgeteilt. Der Staat ist für

jedermann *der* Bezugspunkt, da nur von ihm die Staatsgewalt ausgeht und ihm grundlegend die politische Legitimationskompetenz zugeschrieben wird.

Sich den Nationalstaat als einen starren Container vorzustellen mag illusorisch sein – doch ist diese Illusion außerordentlich nachhaltig (so Schroer 2006: 179; auch 2009: 364). So kommt es dazu, dass der Staat zwar als ein absolutistischer Raum wahrgenommen wird, seine Konstruiertheit jedoch trotzdem nach dem relationalen Verständnis aufzuschlüsseln wäre.

Der Staat wird als Territorium, ja nahezu als Körper deswegen wahrgenommen, weil er dem Einzelnen als eine objektive Faktizität gegenübersteht. Im Kern von Berger und Luckmanns Überlegungen steht gerade die Feststellung, dass menschliches Handeln eine objektiviert Welt hervorbringt; und auch Löw schreibt von der Objektivierung des Raumes: „Er wird ..., wenn die Relationenbildung institutionalisiert ist, als gegenständlich erlebt. Der Raum wird zur Objektivation“ (Löw 2001: 228f). Räumliche (An)Ordnungen, obwohl Produkt menschlicher Tätigkeit, werden sie durch die institutionalisierte Relationenbildung und Synthese, durch repetitive alltägliche Aufrechterhaltung und die Verankerung auf der strukturellen Ebene als gegenständlich erlebt.

Das Bild, wonach die Erde aus staatlichen Körpern besteht, die Dimensionen haben, sich ausdehnen und nach ihren, für sie bestimmten Orten suchen und danach greifen wird mit Thomas Hobbes identifiziert. An seinen Schriften wird in der politischen Ideengeschichte der historische Wandel (vom Ort der Polis) hin zum staatlichen Raum festgemacht (vgl. Dicke 2002: 12-20). Auch in der juristischen Staatslehre besitzt der körperlich-territorialer Staat bis heute Gültigkeit. Nach der von Georg Jellinek entwickelten völkerrechtlichen *Drei-Elementen-Lehre*, die bis heute maßgeblich als Grundlage der Rechtsordnung und speziell des Völkerrechts gilt (vgl. Battis/Gusy 2011: 1), wird ein Staat durch das *Staatsvolk*, das

Staatsgebiet und die *Staatsgewalt* definiert.¹³ Das Territorium, auf dem politische Kontrolle durch die Vorstellung einer homogenen Einheit Volk ausgeübt wird, ist ein Hauptcharakteristikum der modernen Staatlichkeit. Carl Schmitt bezeichnete prominenterweise die Funktion des politischen Raumes als „Urgrund“ des politischen Denkens und bezog sich auf die „Einheit von Ordnung und Ortung“, in dem erst das Moment der Ortung dem Gesetz Substanz gibt (Dünne 2006a: 376-378).

a. Die historische Entstehung des Staates

Dass Politik an eine territoriale Grundlage gebunden ist, ist eine Entwicklung, die gemessen an den großen historischen Epochen eher neueren Datums ist. Das Mittelalter etwa kannte keine übergeordnete zentralisierte politische Macht, vielmehr gab es mehrere nebeneinander unterschiedliche Organisationsformen (Fürsten, Adel, Stände oder Kirchen), die gleichzeitig existierten (vgl. Schroer 2006: 189f). Mit der Neuzeit gewann das Konzept Nationalstaat an Bedeutung und setzte sich als Idee ab dem 18. Jahrhundert vollständig durch; bis zu dem Punkt, ab dem keine politische Organisationsform mehr existierte, die nicht auf den Staat bezogen gewesen wäre.

Die Geschichte der Macht Michael Manns (1990, Orig. 1986; 2001, Orig. 1993) bietet eine theoretische und empirische Sammlung zur Frage der Herausbildung des Nationalstaates. Er interpretiert Gesellschaft grundlegend als ein Gebilde aus sich überschneidenden sozial-räumlichen interaktionsbestimmten Machtgeflechten (Mann 1990: 14). Er untersucht daher, wie in kollektiven Zusammenhängen Macht ausgeübt wird.¹⁴ Nach Mann geht es darum „Machtwirkungen über die ... Fähigkeiten sozialer Akteure, große

¹³ Die Grundbausteine der jellinekschen Staatslehre und das daraus abgeleitete Souveränitätsverständnis des Staates liegt z. B. dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 zum Vertrag von Lissabon zugrunde (vgl. Kersten 2011). Die EU wurde vom Gericht als Nichtstaat definiert und deshalb geschlussfolgert, dass sie völkerrechtlich vielmehr einer internationalen Organisation ähnelt.

¹⁴ In der Auseinandersetzung mit dem Strukturfunktionalismus Talcott Parsons bezeichnet er die These eines geteilten Werte- und Normenkonsenses, anhand dessen die gesellschaftliche Stabilität erklärt wird, als historisch auf die Entstehung des Nationalstaats nicht übertragbar, da sie die Rolle der Machtkonstellationen vernachlässigt (vgl. Brink 2008: 157-167, der auch einen komprimierten Überblick der Hauptthesen Manns bietet).

Menschengruppen, Güter und Informationen über soziale und geografische Räume hinweg zu kontrollieren“ (Haferkamp/Knöbl 2001: 314). Es waren hauptsächlich Kriege und der Militarismus des 18. und 19. Jahrhunderts (bzw. die „politisch-militärische Macht“), die staatliche Wachstumsprozesse beeinflussten, indem sie für Kriegskosten und -schulden durch Steuern und weitere Aufrüstung einen zentralisierten und territorialen Kern beförderten.

Die Dynamik der Herausbildung des territorialen Kerns, der das Soziale im wesentlichen in ein politisches Netz geknüpft hat und sich später zum Nationalstaat entwickelte, bezeichnet Mann als *caging*. Dadurch erklärt er die Bindung der sozialen Akteure an den Staat und an seine Verteilungsmechanismen. Wegen der wachsenden Bedeutung der Finanzverwaltung fand eine immer engere Kooperation zwischen den Herrschern und den kapitalkräftigen gesellschaftlichen Gruppen statt. Indem Akteure auf die zentralen politischen Institutionen – und nur auf diese – ausgerichtet waren, ging die politisch-administrative Durchdringung des Sozialen mit einer territorialorganisierten Politisierung der Gesellschaft einher. Die Bildung der prinzipiell durch den Staat begrenzten und auf diesen ausgerichteten Klassen ermöglichte die Formulierung politischer Forderungen. Durch diese Institutionalisierung wurde das politische Handeln grundlegend auf den Staat ausgerichtet. Mann analysiert z. B. die Organisation der Arbeiterklasse und ihrer -bewegung und beschreibt, dass sich Parteien und Gewerkschaften mit einer breit gefassten transnationalen sozialdemokratischen oder sozialistischen Gemeinschaft zwar identifizierten, doch blieb dies auf der Ebene der Rhetorik, denn aufgrund der grundlegenden nationalen Orientierung waren sie zu ihr gar nicht fähig (vgl. Mann 2001: 125f). Ihre Forderungen konnten sie ausschließlich an den Staat stellen.¹⁵ Dieser schränkt so strukturell die Handlungsmöglichkeiten von Menschen ein, z. B. von bestimmten Klassen, indem er ihre Internationalisierung grundlegend

¹⁵ Die Erklärung für die übernationale Identifikation leitet Mann historisch ab: Monarchien bestraften nicht konforme Handwerker im 19. Jahrhundert durch Exil; diese organisierten sich in liberalen Städten und schufen dadurch Netzwerke, durch die sich eine übernationale Aufklärung bei der Vermittlung der politischen Ziele (wie der Idee des Sozialismus) ergab, die bis heute andauert (vgl. Mann 2001: 280f).

verhindert. Grund für die Stabilisierung des Territorialstaats und den Rückgang anderer politischer Organisationsformen sieht Mann auch im Klassenkampf der industriekapitalistischen Phase, durch die der Staat mehr und mehr Zivilfunktionen übernahm. Der Prozess mündete schließlich in einer „Naturalisierung“ der Klassen und der Bevölkerung und führte (durch das Schulwesen etwa oder die Gesundheitsvorsorge) letztendlich zu einer Verknüpfung des Staates mit der emotionalen Sphäre familiärer Interaktion (ebd.: 213).

Manns Begriff des *caging* zielt darauf, dass der nationalstaatliche Raum, wie er sich historisch entwickelte, Menschen in einen staatlichen „Käfig“ einschloss und sie von ihm abhängig machte. Er bezieht das auf alle Menschen im Käfig, wenn er schreibt: „Staat war ihr Staat“ geworden (ebd.: 283). Eine Illusion, die jedoch als gegenständlich erlebt wurde und Auswirkungen auf das soziale Leben hatte.

b. Staat als die Verortung der Nation

Benedict Anderson bezeichnet die Idee der Nation als eine „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“ (Anderson 2005: 15).¹⁶ Die Betonung auf „vorgestellt“ und „begrenzt“ bedeutet, dass sich der Einzelne mit einem „nationalen“ Interesse identifizieren kann; und dass dies auf dem Ausschluss von *Anderen* basiert. Dieses Interesse fußt damit grundlegend auf einer räumlichen Vorstellung von Gemeinschaft, dem „wir“ einer Gruppe die gemeinsame historische Erfahrungen und Charakteristika wie Kultur und Sprache teilt und auf einem Territorium lebt, das sie als Heimatland betrachtet (Mellor 1989: 4f). Raum ist die Verbindung zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, führt Agnew (2002: 122)

¹⁶ Benedict Andersons meist zitierter Satz, die Nation sei eine „imaginierte“ Gemeinschaft, wird in der Forschung häufig falsch verwendet, da er die Nation nicht etwa als eine Erfindung beschreibt, wie die deutsche Übersetzung des Buchtitels nahelegt, sondern mit „imagined communities“ auf die Vorstellungskraft zielt: von einer Nation könne nur dann gesprochen werden, wenn die Angehörigen dieser fähig sind, sich die Existenz anderer Mitglieder der Nation vorzustellen, ohne dass sie diese „face-to-face“ kennen müssten (hierzu Hroch 2005: 247; Jansen/Borggräfe 2007: 92).

aus. Gerade weil der Staat eine eindeutige Grenzziehung vorgibt, erleichtert er die Identifikation jedes Einzelnen mit ihm (was eine Voraussetzung für die Entstehung der Identität ist, siehe Metzeltin 2000). Die Beschreibung der Autoren zielt darauf ab, dass nationale Räume eine so tiefe Identifizierung ihrer Mitglieder ermöglichen, dass diese bereit sind, sie mit dem eigenen Leben zu schützen. In dem selben Maße wie Räume geteilt werden, müssen auch die damit verbundenen Identifikationen gepflegt werden. Diese Verbindung wird durch zahlreiche soziale Institutionen aufrechterhalten und vom Staat sogar normativ vorgeschrieben. Anderson spricht vom Schulwesen, Karl Schlögel (2007: 205) von Schulwandkarten als den primären Medien, auf die die nationalstaatliche Orientierung der Massen zurückzuführen sei. Grenzen als eindeutige Linien auf einer Karte, die „mit nichts Sichtbarem auf dem Boden in Verbindung“ stehen, trotzdem aber „die Demarkationslinie einer exklusiven Souveränität in Abgrenzung zu anderen“ bilden, müssen erlernt werden (Anderson 2005: 174). So ist es auch kein Zufall, dass massenhafter Buchdruck und die mechanische Reproduktionsmöglichkeit von Karten die historische Entstehung der Nationalstaaten beförderten.

Anderson und Schlögel würden Berger und Luckmann zustimmen, wenn sie beschreiben wie Sozialisation per Wissensvermittlung die gesellschaftliche Wirklichkeit hervorbringt und es schafft, dass sie der Einzelne verinnerlicht. Schlögel spricht über „innere Karten“, mit denen er die „Subjektivierung der Raumvorstellungen“ bezeichnet (Schlögel 2007: 244). Begriffe wie *kognitive Karten*, *mental maps*, *Landschaften im Kopf*, *imagined geography*, *Kartenbilder* zielen genau auf die Verinnerlichung räumlicher Verhältnisse, „die sich denken lassen“ (ebd.: 86).

Ich versuchte oben phänomenologisch meine eigene Räumlichkeit zu beschreiben, die Vorstellungen von meiner Umgebung, von meiner Heimat, meinem Studienort. Und obwohl es sich dabei um meine eigene Räumlichkeit des Alltags handelt, ist diese mehr als meine subjektive Wahrnehmung. Kevin Lynch (1960) untersuchte die mentalen Abbilder, die Stadtbewohner von

ihrer Stadt haben. Es ging ihm um die Rezeption und Visualisierung des Urbanen, mit dem Ziel, die Stadtplanung so anzupassen, dass sie für Menschen leicht ablesbar und einprägsam wäre (zu Lynch vgl. Ipsen 2006: 41f). Er befragte Probanden und bat sie, eine Karte der Stadt aufzuzeichnen, um ein „mental picture“ dieser Stadt zu erhalten. Was er fand, war, dass räumliche Vorstellungen von der Stadt Gruppenidentitäten abbildeten (Lynch 1960: 8f). Die Abbildungen – Verinnerlichungen des städtischen Raumes – verfälschen den Raum gewissermaßen, doch gleichzeitig werden diese verfälschten Bilder gruppenspezifisch geteilt. So war sein Befund auch, dass sie von Menschen nicht nur geteilt werden, sondern darüber hinaus sogar die sozialen Praktiken in der Stadt bestimmen (ebd.: 125f). Bewohner bewegen sich zwar in der Stadt nicht unbedingt wie es der Stadtplaner mit Haupt- und Nebenstraßen und Wegen vorhergesehen hat, doch teilen diese abweichenden Bewegungsrouten mit anderen.

Auf Lynchs Untersuchung bezogen lässt sich sagen, dass mit den untersuchten kollektiven räumlichen Vorstellungsbildern und Praktiken die eigentliche räumliche Realität beschrieben werden kann. Obwohl sie also imaginiert sind, handelt es sich um kein Phantasma. Gerade weil sie stattfinden, weil Menschen sie teilen, werden sie von ihnen reproduziert und objektiviert. Der Stadtplaner ist daher gut beraten, wenn er sich dieser Wirklichkeit anpasst und z. B. für die Gestaltung eines Platzes auf den Winter wartet. Denn die Spuren, die Passanten auf dem Platz im Schnee hinterlassen, zeigen ihm, wo er den Weg über den Platz planen könnte, sodass das Grünanlagen nicht zertrampelt werden.

Doch was, wenn sich die aktive Raumgestaltung nicht den Menschen, die sie betrifft, anpasst? Das ist der Regelfall (nicht nur) bei abrupten gesellschaftlichen Umbruchprozessen. Eine so grundlegende Verortung des Eigenen wie es der nationalstaatliche Raum bietet ist nur schwer zu ändern. „Dies geschieht nicht per Dekret“, schreibt Schlögel (2007: 86). Der Fall der Berliner Mauer lässt die Räume, die sie getrennt hat, nicht gleich verschwin-

den. Auch mehr als zweieinhalb Jahrzehnte später ist noch immer die Rede von Ost und West. Im gesellschaftlichen Umbruch werden die alten Symbole entfernt, Schulwandkarten, Geschichtslehrbücher ersetzt, Straßennamen geändert; „Die Massenmedien – ob Zeitungen, Schulwandkarten oder Fernsehschirm – werden zur großen Wand“ (ebd.: 87), auf die die Bilder der neuen Ordnung projiziert werden. Die Art und die Schnelligkeit, wie das passiert, sprechen dafür, dass sich politische Akteure des Konstruktionscharakters des Raumes bewusst sind und diesen aktiv gestalten. Sie sind sich bewusst, dass die Veränderung der Karten im Kopf nur durch Wissensaktualisierung vonstatten geht.

Trotzdem, trotz neuer Karten und der Anstrengungen der politischen Akteure, sind institutionalisierte und strukturell verankerte Räume nachhaltig. Denn sie resultieren aus ehemals fest etablierten und als dauerhaft wahrgenommenen Verhältnissen. Nach 1989, mit dem Zerfall des Sozialismus in Europa, entstanden aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawien zwei Dutzend neuer Staaten. Gehe ich von der inneren Landkarte eines um 1900 geborenen Menschen aus, so hat er auf dem selben Grund und Boden zu Lebzeiten mehrere Staatskonstrukte entstehen und zerfallen sehen: auf dem Boden des heutigen Sloweniens die Österreich-Ungarische Monarchie, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, später das Königreich Jugoslawien, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien und schließlich das selbstständige Slowenien. Innerhalb eines Jahrhunderts war eine solche Person ohne je umgezogen zu sein Teil von unterschiedlichen Staatsformen, mit unterschiedlichen Namen, den damit verbundenen Symbolen, Hymnen, Flaggen, Gründungsvätern, politischen Anführern, Literaten, Währungen. Alle der miterlebten geschichtlichen Umbrüche waren auch mit unterschiedlich synthetisierten Räumen verbunden. Die räumlichen Vorstellungen einer Person, die diese geschichtliche Umbrüche miterlebt hat, unterscheiden sich zwangsläufig von denjenigen derer, die an dem selben Ort einige Jahrzehnte später geboren wurden.

c. Demokratisierung als Nationalisierung

Nationalismus erfüllt allgemein die Funktion, den Zusammenhang zwischen dem Staat und einem als Einheit wahrgenommenen Volk festzuschreiben. Die Bildung eines Staates zu untersuchen bedeutet daher zwangsläufig auch die Untersuchung der Nationswerdung. *Statebuilding* und *nationbuilding* sind unterschiedliche Prozesse, die sich aber überlappen können. Das wäre idealtypisch dann der Fall, wenn sich alle Menschen im Staat mit der Nation identifizieren, die vollständig deckungsgleich mit dem Staat wäre. Der Maxime, dass eine Nation einem Staat gleiche, ist die Minimierung von kulturellen, ethnischen, sprachlichen, religiösen etc. Unterschieden inhärent. Doch ein vollkommen homogener Nationalstaat ist eine Idee, die nirgendwo auf der Welt in dieser Idealform verwirklicht ist (vgl. Schlögel 2007: 140f); ganz abgesehen davon, ob eine vollkommene Homogenisierung der Bevölkerung wünschenswert oder überhaupt möglich ist, auf einem Gebiet zumal, in dem Menschen in ihrer Lebenszeit bereits mehreren unterschiedlichen nationalstaatlichen Konstrukten angehört haben, ohne je umgezogen zu sein. Und dennoch ist es genau diese Vorstellung eines einheitlichen staatlichen Containers, die sich auch in der postsozialistischen Transformationsforschung widerspiegelt.

Der Grund dafür ist, dass Demokratie grundlegend von der Staatlichkeit abhängig gedacht wird; nach der Maxime: Ohne Staat keine Staatsbürgerschaft, ohne Staatsbürgerschaft keine Wahlen, ohne Wahlen keine Demokratie (vgl. Linz/Stepan 1996: 28). Juan Linz und Alfred Stepan beschreiben im postsozialistischen Demokratisierungsprozess das *stateness problem*: Der Anteil der Bevölkerung, der die Staatlichkeit anerkennt, gilt als eine Schlüsselvariable für den Erfolg des Transformationsprozesses. Bei der Staatsbildung beschreiben sie eine Inkongruenz zwischen den Aspirationen der politischen Elite und der empirischen Realität der Bevölkerung; je mehr sich die Vorstellungen über die Bildung des Nationalstaates von politischen Akteuren und der Bevölkerung unterscheiden, desto schwieriger die Bildung; je mehr Überlappung zwischen State- und Nationbuilding, desto leichter die

Konstitution des Staates. Diese wird dann gefährdet, „when there are profound differences about the territorial boundaries of the political community’s state and profound differences as to who has the right of citizenship in that state” (ebd.: 16).

Die Frage ist letztendlich eine der Jellinkschen Trinität, der Idee also, dass ein Staat deckungsgleich mit einem einheitlichen Territorium und einheitlichem Volk – welches den Staat vollkommen anerkennt – ist. Empirische Untersuchungen bestätigen, dass die erfolgreichsten postsozialistischen Reformprozesse gerade in den Staaten stattfanden, in denen die Bürger am homogensten waren (Slowenien, Ungarn, Tschechien, Polen; vgl. hierzu Merkel 2010: 327f). Für die national, ethnisch, kulturell einheitlichen Gruppen ist es offenbar einfacher, sich als demokratische Staaten zu konsolidieren.

Bedeutend für diese Untersuchung ist, dass der Konstruktionscharakter des Staates und seiner Bürger nicht verschleiert werden darf. Die Fragen, die sich stellen, sind nämlich gerade wie die Homogenität der Menschen, ohne die offensichtlich demokratische Staatlichkeit nicht denkbar ist, von der politischen Elite gefördert wird. Slowenen hatten es mit der Staatsentstehung nicht etwa deswegen leichter, weil sie an sich homogen sind, sondern weil sie Rahmen der Konstitution des slowenischen Nationalstaates homogen „gemacht“ wurden. Den Weg dazu haben demokratische Strukturen geebnet.¹⁷

¹⁷ In diesem Zusammenhang ist die „tragische Pointe“ (Calic 2010: 341), dass es gerade die Demokratisierung war, welche auch auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien als Brandbeschleuniger der nationalistischen Polarisierung diente und zu Kriegen führte. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Demokratisierungsprozesse mit der Verschärfung ethnischer Konfliktlinien einhergehen. Linz/Stepan (1996: 33) schreiben, dass im Prozess des *nation-making* politische Akteure neue Dichotomien erfinden (können), um damit um Stimmen zu werben. Neben den jugoslawischen Nachfolgestaaten benennt Merkel (2010: 326f) auch die baltischen Staaten, den Kaukasus und die Slowakei, wo der Ausbau demokratischer Institutionen zur Folge hatte, dass bei den ersten freien Wahlen Politiker durch eine starke nationalistische Positionierung Konflikte verursachten. Im Falle Jugoslawiens führte dies zu Krieg zwischen Menschen, die über Jahrzehnte in Frieden miteinander gelebt hatten. Historisch gesehen ist dies jedoch keine Besonderheit, denn die Entstehung von Nationalstaaten verlief in der Regel gewalttätig und durch

Es geht darum, die räumliche Konstruktion der Illusion Nationalstaat auch dadurch zu beleuchten, dass die Tendenz zur Nationalisierung seitens der politischen Eliten untersucht wird. Gesellschaftlich geteilter Raum, auch der des Nationalstaates, ist daher als Ergebnis menschlicher Kommunikationsprozesse zu sehen. Über den Staat und die Nation muss gesprochen werden, um sie also solche wahrzunehmen, sie müssen auf der Karte vermittelt werden, um wissenssoziologisch betrachtet als objektive gesellschaftliche Faktizität zu erscheinen, es muss Wissen über sie transportieren werden. Seine Entstehung muss sich in Äußerungen von Politikern, Historikern und Geografen widerspiegeln. Eine diskursanalytische Perspektive bietet sich deshalb als Herangehensweise der Untersuchung an.

3. Vom nationalen Diskurs zum nationalen Raum

Bereits den Begriff *Diskurs* in einem wissenschaftlichen Vortrag zu verwenden kann beim Publikum eine ablehnende Reaktion hervorrufen. Dabei sind Diskurse sehr real und strukturieren die soziale Welt dadurch, dass sie Wissen transportieren, welches „die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln und die Gestaltung von Wirklichkeit“ ist (Jäger 2001: 87).¹⁸ Diskurse bzw. die Diskursanalyse sind „eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden“ (Keller 2004: 64). Mit ihnen ist also eine institutionalisierte Aussagenproduktion gemeint, ein konkretes Sprechen über Themen, das nach bestimmten Regeln verläuft und in zahlreichen Reden, Zeitungsartikeln, Vorträgen, wissenschaftlichen Büchern, Landkarten etc. zu finden ist.

Kriege. Hans-Ulrich Wehler verbildlicht die Entstehungsgeschichte mit der „blutige[n] Spur in der Geschichte der politischen Neuzeit“ (Wehler 1999), die bis zu den Balkankriegen reicht.

¹⁸ Beim Begriff des Wissens geht es nicht etwa um die wissenschaftliche Erkenntnissuche, sondern um die Regeln der gesellschaftlichen Wissensbildung, also darum was gegenwärtig als gesichertes Wissen, als wahr und gültig angesehen wird (Marquardt/Schreiber 2013 (2015): 38).

Reiner Keller (Keller 2001; 2006; 2008) schlägt eine wissenssoziologische Ausrichtung der Diskursanalyse vor.¹⁹ Ihr Ausgangspunkt ist die Wissenssoziologie von Berger und Luckmann, kombiniert mit der Diskurstheorie Michel Foucaults. Für Keller sind beide Theorieansätze komplementär: die Wissenssoziologie nimmt die Institutionalisierung des Wissens auf der gesellschaftlichen Mikroebene in den Fokus, Foucault hingegen institutionelle Mechanismen auf Strukturebene; die Vermittlung zwischen beiden liefert der symbolische Interaktionismus. Vielmehr als um eine konkrete Methode handelt es sich um ein Forschungsprogramm, das auf unterschiedlichen theoretischen Positionen aufbaut (Keller 2006: 55) und Wissensproduktion in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen untersuchen kann. Deshalb lässt es sich auch auf die Kategorie des gesellschaftlich geteilten Raumes beziehen.

Menschen handeln gegenüber „Dingen“ auf der Grundlage der Bedeutung, die diesen Dingen zugeschrieben wird (Keller 1999: 2). Diskurse sind Aussagepraktiken, die diese Dinge in der sozialen Interaktion mit Bedeutung füllen. Und genauso ist diskursanalytisch auch der *nationale Raum* zu sehen – als ein Ding, welches mit Sinn gefüllt wird und das Handeln der Menschen beeinflusst. Ab dem Moment, da über Raum gedacht und gesprochen wird, ist dieser als Wissen vermittelbar. Gesellschaftlich geteilte Raumvorstellungen sind also Ergebnisse von Sprechakten. Raumkonstruktion wird gewissermaßen als Text gelesen.

Sowohl gesellschaftlich dominante Räume wie Diskurse müssen institutionalisiert werden, um als gesellschaftliche Wirklichkeit beschrieben

¹⁹ Allgemein gibt es drei Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung, welche jeweils unterschiedliche Aspekte der übergeordneten Fragestellung der Konstitution gesellschaftlicher Wirklichkeit betonen. Neben der wissenssoziologischen Diskursanalyse, gibt es noch den strukturalistischen und den poststrukturalistischen Ansatz. Zentral beim strukturalistischen sind sozioökonomische Strukturen und die Frage, wie die herrschende Ideologie von dominanten Gruppen reproduziert wird; beim poststrukturalistischen Ansatz ist die Bedeutung der Sprachentheorie und der Zeichensysteme für die Produktion des sozialen Sinns im Mittelpunkt (Glasze/Mattisek 2009: 30-34). Als kleinsten gemeinsamen Nenner unterschiedlicher diskursanalytischer Perspektiven summiert Keller, dass es sich immer um die Untersuchung der „Beziehung der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte symbolische Sinnsysteme“ handelt (Keller 2004: 7).

werden zu können, sie müssen vom Menschen repetitiv in den Routinen des Alltags reproduziert werden. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig nur sprachlich erfolgen. Denn ein Beamter, der an der staatlichen Grenze steht und diese kontrolliert, konstituiert den staatlichen Raum nicht sprachlich, diese institutionalisierte Handlung gehört dennoch zur Reproduktion des Raumes, denn sie zieht in der Wahrnehmung der Menschen, die etwa die Grenze passieren, die ursprüngliche Raumkonstitution nach sich.²⁰

Räume zu untersuchen und zu beschreiben bedeutet für Löw (2003: 16), „die Idee vom einheitlichen Blick als Perspektive der dominanten Gruppe“ zu dechiffrieren. Ähnlich ist das Anliegen der Diskursforschung, einen dominanten Aussage-Strang zu beschreiben und nicht davon auszugehen, dass die Welt der Diskurse zweigeteilt wäre, zwischen herrschenden/zugelassenen und beherrschten/ausgeschlossenen Diskursen (Bauriedl 2007: 28). Diskurse bestehen aus mehreren Teildiskursen (Jäger 2004: 117) und die Aussagenproduktion findet in unterschiedlichen Kontexten statt, in teilöffentlichen Spezialdiskursen, die nur wenige Rezipierende erreichen, wie in der Wissenschaft, und allgemeinöffentlichen Diskursen, wie es die Medienlandschaft darstellt (Keller 2001: 122). Einzelnen Fragmente sind jedoch miteinander verbunden, denn es wird davon ausgegangen, dass verstreuten Aussageereignissen derselbe (zunächst hypothetisch unterstellte) Strukturierungszusammenhang zugrunde liegt (Keller 2006: 59).

a. Wie Geschichte untersuchen

Es stellt sich zunächst die Frage, was bei der Untersuchung geschichtlicher sozialer Prozesse zu beachten ist. Das Problem historischer Forschung zum

²⁰ In der Diskursforschung wird das Zusammendenken von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken mit dem an Foucault angelegten Begriff des *Dispositivs* bezeichnet (Marquardt/Schreiber 2013 (2015): 38f). Keller bezeichnet mit Diskurs ausschließlich eine (sprachliche) Aussagepraxis, mit Dispositiv das umfassende Set an (auch nicht-sprachlichen) Praktiken und Institutionen, die mit der Aussageproduktion zusammenhängen, mit ihr verbunden sind und sie reproduzieren (Bührmann/Schneider 2007: 7; siehe auch Bührmann/Schneider 2008).

sozialen Wandel²¹ ist, dass die Erklärungsversuche oft in linearen Ursache-Wirkung-Modellen münden, die historische Ursachen vom heutigen Standpunkt als solche interpretieren. Dieser Vorwurf wird auch der Transformationsforschung gemacht, die sich nicht von vornherein auf die Modernisierungstheorie bezieht und sich für einen offenen Ausgang der Wandlungsprozesse einsetzt. Linz/Stepan versuchen allgemeingültige Bedingungen der Transformation zu definieren, an deren Ende eine konsolidierte Demokratie steht. Die angestrebte politische Zielrichtung – ein demokratisches System – ist bei ihnen vergleichsweise vage formuliert: Eine Demokratie ist dann konsolidiert, wenn sie für die relevanten Akteure „the only game in town“ darstellt (Linz/Stepan 1996: 5), es also keine ernstzunehmenden gesellschaftlichen Teilgruppen gibt, die sie in Frage stellen würden. Obwohl sie keine konkrete politische Agenda (im Sinne von konkreten Implementierungsvorschlägen und eindeutigen institutionellen Lösungen) verfolgen, sind sie doch spezifisch im Ausgang; insofern, als dass es sich um Demokratien handeln soll, wobei das konkrete Verständnis derselben einigen Spielraum zulässt.

Raj Kollmorgen (2007) greift in einer Nachbetrachtung der theoretischen Ausrichtung der Transformationsforschung diese Demokratiefixiertheit als Verlegenheit derjenigen Autoren an, die sich als modernisierungskritisch und abseits von jeglichem Evolutionismus verstehen – wie auch O'Donnell und Schmitter (1986) in ihrer Definition der Transition als „movement from something to something else“. Er stellt die Behauptung zur Diskussion, dass die Kritik an Modernisierungstheorien zum Stillstand gekommen sei, da die zwei Ansätze eigentlich komplementär sind: „Wie haben O'Donnell/Schmitter typologisch eine politische Transition bestimmt? (...). Das ist – ob man will oder nicht – analytisch banal oder schlicht: tautologisch und in jedem Fall nicht forschungsleitend. [...] In ihren konkreten Länder-

²¹ Der Begriff des sozialen Wandels wird hier sehr breit gefasst und beinhaltet nicht nur die postsozialistische Transformationen bzw. Transitionen in Europa nach 1989, auf die diese Arbeit zielt. Zur Betrachtung postsozialistischer Umwälzungen als ein besonderer Typus des sozialen Wandels vgl. Kollmorgen (2005).

bzw. Fallanalysen und den daran anschließenden Verallgemeinerungen wird sich denn auch finden, dass die Forschergruppe gleichsam konstraintendiert doch dem Paradigma der westlichen Moderne und genauer: einer demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft folgte“ (Kollmorgen 2007: 10).

Diese Untersuchung will mögliche Eigenentwicklungen und eine allgemeine Unbestimmtheit des Ausgangs des Wandels bzw. der Transformation zulassen (vgl. Thumfart 1999: 216f).²² Das Denken über konkrete geschichtliche Ereignisse verleitet allzu leicht zu einer Definition des Ausgangs im Voraus. Wie es Walter Benjamin (1974) in seinen Thesen zur Geschichte schreibt, ist sie ein Gegenstand der Konstruktion, die die Jetztzeit erfüllt. Es ist daher sinnvoll, dass sich die Forschung ihres Heute-Bezuges bewusst wird.

Was bedeutet das diese Untersuchung? Ich habe mich gegen eine stärkere Eingrenzung der Untersuchungs-Zeiträume im Voraus entschieden. Eine zeitliche Reduktion auf z. B. einige größere historische Einschnitte (von heute aus interpretiert) würde mögliche latente Deutungszusammenhänge und systematische Auslassungen im Diskurs vernachlässigen. Vor allem bei der Reorganisation des politischen Raumes ist das institutionelle Vergessen zu berücksichtigen. Dieses außer Acht zu lassen würde bedeuten, dass ich die offizielle Geschichtsschreibung – die bereits bestehenden historischen Synthesen – schlicht unter einem räumlichen Gesichtspunkt reproduzieren würde.

b. Operationalisierung der Untersuchung

Konkret ist es die Aufgabe auf einer möglichst breiten gesellschaftlichen Ebene, im Rahmen eines *nationalen Diskurses* nach Aussagen zu suchen, die beim Leser die Wahrnehmung und die Vorstellung eines slowenischen

²² Zur auch chronologischen Entwicklung der *Transformationsforschung* nach 1989, von länderübergreifenden und (modernisierungs-)theoretischen Gesetzmäßigkeiten hin zu einem differenzierterem fallspezifischen und pluralen Modell der *Transitionsforschung* siehe auch Thumfart (2002: 20-42).

nationalen Raumes befördern, und zu fragen, auf welche Weise – in den Kategorien der Raumtheorie – es zum Prozess des *caging* kam. Im Fokus stehen repetitive Aussagen über das Nationale, das Eigene und die Staatlichkeit, von denen die Vereinheitlichung/Synthese bestimmter Raumelemente ausgeht – durch die gleichzeitige Differenzsetzung und den Ausschluss anderer Raumelemente. Begriffe, welche dabei interessant sind, sind etwa „eigen“/„fremd“, „hier“/„dort“, „unser“/„fremder“, die auf Differenzierungsmechanismen schließen lassen; Differenzierungen, welche dann in die Beschreibung der Konstitution des Eigenen eingehen und welche in Verbindung mit der politischen Forderung nach einem eigenen Staat stehen. Interessant ist dabei die aktive Hervorbringung durch Akteure: In welchen Situationen, mit welchen Auswirkungen und durch welche Akteure wurde nationaler Raum wie synthetisiert, welche Raumelemente und symbolische Eigenschaften sind dominant, welche (politischen) Auswirkungen hat dieser Prozess und wie änderte er sich historisch?

Da Raum eine allseitig vorhandene Kategorie ist und häufig metaphorisch benutzt wird, bedarf es einiger Kriterien an die empirischen Beispiele und an die zu untersuchenden Aussagen:

- Der Prozess der Raumsynthese (der Wahrnehmung als Einheit) und die Relationenbildung zwischen Raumelementen (der Ein- und Ausschluss) muss in der Wahrnehmung des Rezipienten erfolgen.
- Es müssen Beispiele sein, von denen aus das Handeln der Menschen mit vorrangig politische Folgen (wie die Forderung nach Sezession oder nach dem Beitritt zur EU) in Verbindung stehen. Aussagen müssen also mit realen politischen Konsequenzen kontextualisiert werden.
- Routinierte (nicht-sprachliche) Raumpraktiken werden dann herangezogen, wenn sie in der Vorstellung des Rezipienten die sprachliche Raumsynthese nach sich ziehen.

Als empirische Grundlage der Analyse dient die Aussagenproduktion vom Anfang der 1980er Jahre bis zum EU-Beitritt Sloweniens 2004, die in den slowenischen Qualitätszeitungen Delo und Večer gedruckt wurden, für die wegen des hohen Verbreitungsgrades der Zeitungen davon ausgegangen werden kann, dass sie alle relevanten politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure für die Verbreitung eigener Ideen nutzen konnten und somit ein breites Spektrum an Meinungen wiedergeben. Die Zeitungsrecherche begann nach dem Muster einer *stichprobenartigen Tiefenbohrung*, wobei ich mich zunächst auf die Dezember-Ausgaben der Tageszeitungen konzentrierte, da Ende des Jahres von Medien Jahresrückblicke angeboten werden. Aus dem Forschungsprozess heraus ergab sich die Notwendigkeit, andere Quellen heranzuziehen, die weitere Einblicke in die Konstitution des nationalen Raumes bieten. Der letztendlich zusammengestellter Datenkorpus umfasst um die 900 Zeitungsartikel, mehrere wissenschaftliche Texte, dazu einige Regierungsdokumente, Flyer und Plakate von politischen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, einige politische Landkarten und auch zwei Ausstellungsführer.

Keller orientiert sich bei der Feinanalyse an den Vorschlägen der sequenzanalytischen Vorgehensweise der objektiven Hermeneutik (2001: 136f; Keller 2004: 93-108; 2006: 62). Die Sequenzanalyse besteht darin, anfangs möglichst viele Lesearten für die jeweiligen Textpassagen zu entwerfen.²³ Diese Interpretationshypothesen werden nach und nach überprüft und angenommen oder verworfen bis die treffendste – die dominante Interpretation gefunden ist.

Um letztendlich die Geschichte, die der Diskurs schreibt – eine Nacherzählung - bezogen auf die Forschungsfrage, produzieren zu können, müssen die Ergebnisse der einzelnen Feinanalysen kumuliert werden. Es liegt also eine

²³ Hilfreich dabei ist das Vorgehen der *minimalen* bzw. *maximalen Kontrastierung* (Keller 2004: 88ff). Die *minimale Kontrastierung* zielt darauf ab, Texte mit möglichst ähnlichen Aussagen zu analysieren, um dadurch diskursspezifische Konzentrate zu bilden, die mehreren Diskursfragmenten als Grundlage dienen. Mit der *maximalen Kontrastierung* vergleicht man hingegen möglichst stark voneinander abweichende Fälle, wodurch nach und nach die Gesamtheit des vorhandenen Datenmaterials bzw. der unterschiedlichen Deutungen systematisch erfasst wird.

induktive Methode vor, bei der, ausgehend von Einzelaussagen zur Konstitution des nationalen Raumes, allgemeine Aussagen über den nationalen Diskurs als Ganzes getroffen werden können.

4. *Zusammenfassung: Theoretische und methodische Grundlage der Untersuchung*

Raum wird als sozialer Raum verstanden, der keine vom sozialen Leben und politischen Prozessen losgelöste Existenz hat, sondern durch diese als solcher wahrgenommen, vermittelt und erinnert wird. Der soziologischen Raumforschung zufolge ist Raum als die Synthese von einzelnen Raumelementen zu verstehen, die relational als eine Einheit wahrgenommen, und die in repetitiven gesellschaftlichen Routinen reproduziert und institutionalisiert wird, bis sie als Objektivation beschrieben werden kann.

Der objektivierte nationalstaatliche Raum kann wissenssoziologisch als verdinglichte, zur Faktizität gewordene gesellschaftliche Wirklichkeit verstanden werden. Obwohl er auch in der Forschung als ein starrer Container gilt, ist er ein Produkt des *nationalen Diskurses*, das heißt ein Ergebnis eines kommunikativen Konstitutionsprozesses. Durch diesen werden Menschen und Raumelemente, die für das Nationale eine symbolische Bedeutung haben, als eine homogene Einheit konstruiert, die im staatlichen Raum ihren festen Platz haben. Die Relationenbildung basiert auf dem gleichzeitigen Ausschluss der nicht-dazugehörigen Menschen und Raumelemente. Die räumliche Differenzierung geht so mit einer sozialen einher, indem die Einheitsbildung auf kulturellen, ethnischen, nationalen, sprachlichen, religiösen oder sonstigen Zuschreibungsmechanismen aufbaut. Soziale Veränderungen wie es die Entstehung eines Nationalstaates und dessen Europäisierung sind, wirken sich auf den gesellschaftlich geteilten nationalen Raum aus und sind durch diesen nachvollziehbar. Da von einer diskursiven Konstruktion des nationalen Raumes ausgegangen wird, bietet es sich an, die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse – den Diskurs – mit Hilfe der wissenssoziologischen Diskursanalyse zu untersuchen. Da Raum eine allseitig vorhandene Kategorie ist und häufig auch metaphorisch benutzt

wird, wurden Kriterien zu seiner Definition entwickelt: Der Prozess der Raumsynthese (der Wahrnehmung als Einheiten) und der Relationenbildung (der Ein- oder Ausschluss) von (symbolischen) Raumelementen muss erfolgen; routinierte (nicht-sprachliche) Raumpraktiken werden dann beschrieben, wenn sie die sprachliche Raumsynthese nach sich ziehen; weiterhin müssen die Beispiele das politische Handeln (die Staatsgründung oder die Forderung nach dem EU-Beitritt) erklären können.

II. Wandel der nationalen Raumsynthese: Die Wirtschaftskrise und der Zerfall Jugoslawiens

„Die Raumbilder sind Träume der Gesellschaft. Wo immer die Hieroglyphe irgendeines Raumbildes entziffert sind, dort bietet sich der Grund der sozialen Wirklichkeit dar.“

(in Siegfried Kracauer: Über Arbeitsnachweise, 1929)

„Die Träume von Nationen (...) sind gefährlich. Ein übersteigertes Wir-Ideal ist ein Symptom einer kollektiven Krankheit.“

(in Norbert Elias: Etablierte und Außenseiter, 1965)

Der blutige Zerfall Jugoslawiens – mit 200 000 Kriegstoten und zwei Millionen Flüchtenden – illustriert besonders dramatisch, wie Raumbilder zu einer „gefährlichen Krankheit“ werden können. Mit der Ölkrise und dem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, die im kapitalistischen Teil der Welt das Ende des Wirtschaftswunders und der industriellen Nachkriegsepoche einleiteten (vgl. Calic 2010: 255-263), befand sich auch das sozialistische Jugoslawien seit dem Ende der 1970er Jahre in einer Rezession, die sich bis Mitte der 1980er zu einer gravierenden Wirtschaftskrise entwickelte; eine Krise, die jede einzelne Jugoslawin in ihrem Alltag spürte, die für eine allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung sorgte und das politische Geschehen sukzessive bestimmte. Es scheint, als ob das Heilmittel gegen die Krise im Nationalismus gesehen wurde – in einer umfassenden neuen Deutung der zunächst wirtschaftlichen und später auch politischen Gegenwart, in der unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme unter einer einzigen, nationalen Frage subsumiert wurden.

Eine „kollektive Krankheit“ verbreitete sich; deren erste Symptome waren nationalistische Fantasien über die Bedrohung des (neu-)konstruierten Eigenen; gefolgt von politischen Forderungen nach Sezession. So beschreibt auch Holm Sundhaussen (2012) die letzten Jahre Jugoslawiens als einen epistemologischen Zusammenbruch und zielt damit auf die Überbetonung der gesellschaftlich geteilten „Wir-Ideale“. Waren es zunächst Intellektuelle, die als erste nationalistische „Enttäuschungen und Erwartungen, Ängste und Hoffnungen“ äußerten, schlossen sich dieser Deutung auch Journalistinnen, Politikerinnen und Geistliche an. Sie alle hofften von den angestrebten

politischen Veränderungen zu profitieren. Durch die so gebündelten Kräfte wurde die Masse der Bürgerinnen mobilisiert; es ereignete sich, wie Sundhaussen es ausdrückt, „das Volk“ (ebd.: 516). Er zielt damit auf die Entstehung der nationalistischen Stimmungsdemokratien, die zum Zerfall des gemeinsamen Staates führten und kommt zu dem Ergebnis, dass die Menschen schließlich „kollektiv den Verstand aufgaben“ (ebd.).

Am Zerfall Jugoslawiens lässt sich die Deutung Sundhaussens bestätigen und an empirischen Beispielen belegen: Dass die ökonomische Krise im nationalen Diskurs grundlegend räumlich wahrgenommen und vermittelt wurde, soll in diesem Kapitel aufgezeigt werden. Die räumlichen „Hieroglyphe“ der Selbstbeschreibungseinheiten „Nation“, „Ethnie“, „Volk“ und anderer Ethnonyme versteckten sich im Sprechen und Schreiben über die Nettozahlerinnen und Nettoempfängerinnen, über die finanziell Ausgenutzten und die Nutznießerinnen, über die national Unterdrückten und Unterdrückerinnen und resultierten schließlich in einer Differenzsetzung des nationalen „Eigenen“ und des „Anderen“, das bis vor kurzem noch zum Eigenen gehörte. Es war eine solche räumliche Dynamik der 1980er Jahre, die dazu führte, dass aus dem einen, jugoslawischen, zwei getrennte politisch-ideologische Räume synthetisiert und mit Zuschreibungen versehen wurden, bis Jugoslawien schließlich auf ein erweitertes Serbien reduziert wurde, welches das eigene, slowenische, bedrohte und von dem es sich politisch abzulösen galt.

Festzustellen bei dieser Beobachtung ist, dass sie der gängigeren Geschichtsschreibung zum jugoslawischen Zerfall widerspricht. Daher widme ich mich, *erstens*, den geschichtswissenschaftlichen Synthesen und einigen Mythen, die heute auch im nationalen Diskurs allgemeingültig als Erklärung des Endes des jugoslawischen Staates dienen. In einem *zweiten* Schritt beschreibe ich, auf welche Art die Wirtschaftskrise medial vermittelt wurde, wie sie in nationale Raumkategorien übersetzt wurde, auf deren Grundlage eine

Neukonstruktion des nationalen Raumes stattfand und es dadurch, *drittens*, zu politischen Forderung nach der Unabhängigkeit Sloweniens kam.

1. Historische Grundlagen und die Erklärungsansätze des Zerfalls

Sundhaussens Ansatz stellt eine neuere Entwicklung in der wissenschaftlichen Beschreibung des Zerfalls Jugoslawiens dar. Es ist allgemein anerkannt, dass Jugoslawien durch die in den einzelnen Teilrepubliken verbreiteten Nationalismen auseinanderbrach. Eine „nationalistische Wende“ fand statt (Calic 2010: 341), eine tief greifende „Krise des identifikatorischen Bezugssystems“ (Kumer 1999: 323), welche das „Ende einer symbolischen Politik“ und die „Etablierung einer neuen (ethnozentrischen) Symbolik“ (Mančić 2012: 154) einleitete. Wo die Meinung der beiden Autoren auseinander geht, ist die Frage, wie die folgenschweren Nationalismen entstanden sind. Während Sundhausen sie als Folge der Wirtschaftskrise versteht (explizit in Sundhausen 2008: 12), wird das labile Nebeneinander der jugoslawischen Völker, die „Nation als eine latente Ressource“ (Kumer 1999: 392), die im Rahmen der Demokratisierung so deutlich in den Vordergrund trat, als ein von Anbeginn des jugoslawischen Integrationsprozesses vorherrschendes Phänomen beschrieben (vgl. auch Džaja 2002: 268f).²⁴ Marie-Janine Calic benennt neben der nie überwundenen ethnischen Distanz auch das sozioökonomische Entwicklungsgefälle und die unterschiedlichen historisch-politischen Traditionen der einzelnen jugoslawischen Republiken, schon für den Gesamtstaat kennzeichnend waren die (vgl. Calic 2010: 334-342). Die Wirtschaftskrise wird von ihr als etwas beschrieben, das das Fass letztendlich zum Überlaufen gebracht hat. Doch wird der Grund des Zerfalls in Strukturmerkmalen der *longue durée* gesehen, die dazu führten, dass sich „das Land von innen aufzehrte“; die Krise erscheint für sie als ein

²⁴ Seitens der Transformationsforschung ist das theoretische Argument, dass im Rahmen eines totalitären Staates bestehende (ethnische, religiöse etc.) Konflikte eingefroren werden und für die bestehende politische Ordnung deshalb keine Bedrohung darstellen, doch im Rahmen der Demokratisierung der politischen Strukturen wieder aufkommen (vgl. Merkel 2010: 326, siehe auch Teil I.2.c in dieser Arbeit).

strukturell bedingtes „Nebenprodukt“ und wird lediglich als ein „situativer Faktor“ erklärt (ebd.: 341).

Calics und Sundhaussens Deutung bilden idealtypisch zugespitzt zwei gegensätzliche Positionen. Calic (vgl. 2012) warf Sundhaussen die (sonst für die nationalsozialistische Machtergreifung verwendete) „Verführungsthese“ vor; bezeichnet ihn als „Intentionalist der alten Schule“, wenn er glaube, es wären die (serbischen)²⁵ Eliten gewesen, die Jugoslawien zugrunde richteten. Umgekehrt warf Sundhaussen Calic vor, die Gründung Jugoslawiens zwar als ein ergebnisoffenes und nicht von vornherein zum Scheitern verurteiltes politisches Projekt beschreiben zu wollen, dies jedoch in ihrem Buch nicht mit der nötigen Konsequenz zu Ende zu denken und das Land statt dessen als ein brüchiges „Kartenhaus“ dastehen zu lassen, welches „schließlich in sich zusammenstürzte“ (vgl. Sundhaussen 2010: 603).

In der Forschung sind derartige Erklärungen häufig zu finden, die den Geschichtsverlauf als geradezu zwangsläufig deuten und Jugoslawien von vornherein zu einem nicht überlebensfähigen „Experiment“ (Lampe 2000: 300), einem „kommunistischen Laboratorium in jeglicher Hinsicht“ (Granda 2008: 226) und so zu einem schlicht widernatürlichen Staat erklären. Es mag lediglich als eine weniger gewichtige Frage erscheinen, an welcher Stelle in der historischen Erklärung einzelne Aspekte des Zerfalls akzentuiert werden. Dieser Zerfall wird schließlich – und dem widerspricht kein sich mit Jugoslawien beschäftigender Forscher und Forscherin, auch nicht Sundhaussen – durch vielschichtige Ursachenkomplexe erklärt.²⁶ Die Frage der Akzentuierung ist jedoch von großer Tragweite, da sie eine

²⁵ Auf die Verantwortung von Politikerinnen, Literatinnen und Wissenschaftlerinnen als nationalistische Brandstifter bei der Desintegration Jugoslawiens weist neben Sundhaussen etwa auch Höpken (2010) hin, wobei auch hier die Betonung der Entstehung des Konflikts dem serbischen Nationalismus zugeschrieben wird. Der slowenische bzw. kroatische wird als Reaktion auf den Serbischen beschrieben.

²⁶ Nach Merkel sind politische Transformationsprozesse ohnehin stets und nur durch ein Faktorenbündel zu verstehen: Durch eine Beschreibung der wechselseitigen Verschränkung der Strukturveränderungen im (hauptsächlich) politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, verbunden mit Handlungen von (meist politischen) Akteurinnen, welche die Transformation befördern (vgl. Merkel 2010: 97).

abschließende Beurteilung nach sich zieht und jedwede weitere Diskussion als obsolet erscheinen lässt.

Da ich von der Annahme ausgehe, dass der Zerfall Jugoslawiens hauptsächlich auf die Entwicklung in den 1980ern zurückgeht, gilt es zunächst, einige der in der Forschung häufig verbreiteten Erklärungen zum Zerfall des Landes zu hinterfragen: *Erstens*, dass der demokratische Umbruch und das Streben nach der eigenen staatlichen Selbstständigkeit die Unzufriedenheit mit der sozialistischen Politik und den Wunsch nach Demokratisierung hervorrief; *zweitens*, dass Jugoslawien durch ein unhaltbares innerstaatliches Entwicklungsgefälle von innen aufgezehrt wurde; *drittens*, dass der multinationale, -sprachliche und -religiöse Staat den falschen Umgang mit Nationalismen pflegte und diese so lange unterdrückte, bis die Menschen sich das nicht mehr gefallen lassen wollten.

a. Unzufriedenheit mit dem System und der politischen Führung

Die slowenischen Soziologen Ivan Bernik, Brina Malnar und Niko Toš (Bernik et al. 1997) arbeiten über die Paradoxien in der slowenischen politischen Kultur und stützen ihre Befunde hauptsächlich auf Untersuchungen der öffentlichen Meinung. Sie stellen fest, dass die Unzufriedenheit mit dem sozialistischen Jugoslawien bei den Slowenen der 1980er Jahre ausschließlich auf der „economic performance“ des Staates basierte und nicht auf der „authoritarian political nature“ des Systems (ebd.: 64-66). Ergebnisse der öffentlichen Meinungsumfragen zeigen eine grundsätzliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit der kommunistischen Führung und zwar auch nachdem die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation (laut den Umfragen ab 1984) bereits dramatisch angestiegen war. Die kommunistische Führung genoss also eine relativ stabile Legitimität. Demnach war es auch nicht eine massenhafte politische Opposition, die das System in Slowenien zum Sturz gebracht hatte. Egon Pelikan (2006) bezeichnet diese These eindeutig als einen Mythos. Die Homogenität eines demokratischen antikommunistischen Lagers, das mit einer Stimme sprach und Reformen durchsetzte, ist ein

Konstrukt neueren Datums, welches von politischen Akteuren bis heute im Sinne einer historischen Affirmation der eigenen aktuellen politischen Forderungen benutzt wird (hierzu auch Pesek 2008; 2007).

Der Wunsch nach einem eigenen, von Jugoslawien unabhängigen, Staat entspringt laut der Untersuchung der öffentlichen Meinung ökonomischen Faktoren – und gerade nicht politischen; pragmatische Gründe standen über den ideologischen: Eher egoistischen Motiven ist der Wunsch nach Demokratisierung zu verdanken, von der man sich erhoffte, die individuelle Lage verbessern zu können; 30% der Sloweninnen waren auch bereit, fürs erste weniger zu verdienen, wenn es dem Ziel der langfristigen Steigerung des Lebensstandards (vgl. Bernik et al. 1997: 66-70) diene. Dies bedeutet nicht, dass die Entwicklung nicht durch starke nationalistische, xenophobe und ethnozentristische Tendenzen begleitet war; denn diese belegen die Untersuchungen genauso.

b. Unhaltbares Entwicklungsgefälle

Das von Beginn des jugoslawischen Integrationsprozesses an feststellbare Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle wird in der Forschung geografisch beschrieben und zwar in der Trennung zwischen Sloweninnen und Kroatinnen im wirtschaftlich leistungsfähigeren Norden und dem von Serbinnen bewohnten Süden, welches jedoch das Zentrum der politischen Macht war. Sundhaussen (2012: 162) veranschaulicht die sozioökonomische Kluft mit der Formel, dass das Sozialprodukt der wirtschaftlichen Vorreiterregion Slowenien stets etwa mit dem Neuseelands vergleichbar war, während sich dasjenige des Kosovo auf dem Niveau Pakistans befand. Es drängt sich die Vermutung auf, dass die nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien deswegen die Loslösung vom Zentralstaat anstrebten, weil sie in der Wirtschaftskrise nicht mehr bereit waren, Geld an die weniger entwickelten Teile des Landes zu zahlen. Obwohl die Frage eigentlich eine wirtschaftswissenschaftliche ist, konnte ich – mit einer einzigen Ausnahme – keine von Wirtschaftswissenschaftlerinnen durchgeführte Untersuchung

finden, ob das von Historikerinnen beschriebene Gefälle auch ökonomischen Tatsachen entsprach. Die Ausnahme ist Zoran Jovičević (2008), der in einem Artikel wirtschaftswissenschaftlich danach fragt, wer in Jugoslawien wen ausnutzte. Er bestätigt, dass diejenigen Republiken, die das meiste Geld erwirtschafteten (Slowenien und Kroatien), tatsächlich auch das meiste Geld in den gemeinsamen Strukturfonds zur innerjugoslawischen Umverteilung einzahlten. Zu der Überzeugung, dass diese Republiken jedoch zu Gunsten der weniger entwickelten Republiken und Regionen ausgenutzt worden seien, kann man – so seine Feststellung – jedoch nur unter Ausblendung aller anderen ökonomischen Daten kommen. Werden alle Mechanismen betrachtet, über die sowohl die weniger wie die mehr entwickelten Republiken und Regionen finanzielle Mittel vom Bund erhielten, könne man, so seine Schlussfolgerung, nur zu dem Schluss kommen, dass sich die finanziellen Vorzüge und Nachteile der föderalen Mittelverteilung gegenseitig kompensierten (ebd.: 80-82). In Jugoslawien gab es seiner Meinung nach keine übermäßige Belastung von einzelnen (reicheren) Republiken. Die Vorstellung, dass Jugoslawien ein ungerechtes internes finanzielles Verteilungsproblem hätte, muss daher einen anderen Ursprung haben – sie ist das Ergebnis von räumlich (also nationalistisch) übersetzten Deutungen der Wirtschaftslage.

c. Nationale Distanz

Das Land wird in der Forschung als ein Sammelsurium unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiösen Identitäten gezeichnet (vgl. auch Calic 2010: 333f). Diese hätten schon früh zu einer grundlegenden ethnischen Polarisierung führen können. Die politischen Konfliktlinien verliefen zu Zeiten Jugoslawiens jedoch nicht zwischen den ethnischen oder nationalen Zuschreibungen, auch nicht zwischen den Republiken, sondern durch sie hindurch. Es „stritten nicht unbedingt Serben mit Kroaten, sondern zuallererst bürgerlich Liberale, Rechtsnationalisten und Kommunisten um die bessere Ordnung“ (ebd.: 337). Es gab zwei dominante Strömungen

bezüglich der konstitutionellen Ordnung, welche das politische Geschehen im Land bestimmten: auf der einen Seite die Verfechterinnen der Zentralisierung des Bundes, auf der anderen die Befürworterinnen der Föderalisierung und Liberalisierung. Die Auseinandersetzungen innerhalb Jugoslawiens waren ein ordnungspolitischer Kampf und mit den Verfassungsänderungen von 1963 (welche den Republiken auch ein Sezessionsrecht einräumte) und 1974 wurde die Föderalisierung Jugoslawiens weitgehend vorangetrieben, im Kontext einer allgemein stattfindenden politischen Liberalisierung.

Die gefühlte ethnische Distanz zwischen den Menschen war jedenfalls wenig ausgeprägt. Die Legitimation der Gründung des gemeinsamen Staates der Südslawinnen war in der Nachkriegszeit das Zukunftsversprechen auf ein besseres Leben in Wohlstand. Die Anfangszeit des Sozialismus wird als eine erstaunliche Zeit der Modernisierung beschrieben. Calic spricht von einer „Entwicklungsdiktatur“, die Jugoslawien in eine „völlig neue Ära“ katapultierte und „epochale“ Neuerungen erzielte, sowohl auf dem Gebiet des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, wie im sozialen Bereich, in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Mobilität, der Geschlechterbeziehungen und auch einer grundsätzlich liberaleren Einstellungen der Bevölkerung (Calic 2010: 188). Diese (sozioökonomische) Grundlage ermöglichte eine übergreifende nationale Identifikation. Das Bekenntnis zum gemeinsamen Staat erfolgte für viele Bürgerinnen auch aufgrund der politischen Besonderheiten und der Stellung in der Weltpolitik: dem genuin jugoslawischen Sozialismusmodell der Selbstverwaltung, der Entstalinisierung, der Politik der Blockfreiheit und nicht zuletzt auch der schlichten Tatsache, dass jugoslawische Bürgerinnen sowohl in den politischen „Osten“ wie „Westen“ reisen konnten (vgl. Svetličič 1996: 192). Solange dies anhielt, so die Deutung, war die ethnische und nationale Frage nicht virulent. „Es war möglich, sich sowohl als Slowene, Kroate, Serbe etc. wie als Jugoslawe zu empfinden, ohne dass dies als Widerspruch oder gar als „Verrat“ an der jeweiligen Nation empfunden wurde“ (Sundhaussen 2012: 157).

Das Ziel der Homogenisierung *einer* jugoslawischen Nation aber hat die kommunistische Führung nur wenige Jahre nach Kriegsende verfolgt und Anfang der 1960er Jahre gänzlich aufgegeben (ebd.: 167-169). Der Berliner Slawist Christian Voss (2008) beschreibt die Nationalitätenpolitik aus sprachlicher Perspektive und zeigt wie zunächst (auch in der Zwischenkriegszeit) das Serbokroatische als eine gemeinsame Sprache mit unterschiedlichen nationalen Aussprachen galt. Die Zäsur der 1960er war eine, in der „die Idee der jugoslawischen Integration zugunsten einer Renationalisierung bzw. Reethnisierung der Gesellschaft aufgegeben“ wurde (ebd.: 12). Dazu gehörte die territoriale Verfestigung der Sprachen: Jeder Sprache wurde eine Republik zugeordnet.²⁷

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Jugoslawien nicht deswegen zerfiel, weil es sich um ein von Anfang an nicht überlebensfähiges Experiment handelte, welches, da kommunistisch, von den Menschen verachtet wurde; welches eine falsche Nationalitätenpolitik führte, in der einige Nationen (Serbien) andere unterdrückten; und wo die wirtschaftlich weniger entwickelten Republiken auf Kosten von besser entwickelten lebten. Vielmehr war Jugoslawien ein funktionierender politischer Raum, mit dessen Politik die Menschen in dem Maße zufrieden oder unzufrieden waren und der von ähnlichen sozioökonomischen Gefällen und ethnischen Spannungen gekennzeichnet war, wie sie auch in vielen anderen Staaten zu beobachten sind.

2. *Die Vermittlung der Wirtschaftskrise: Die „Entwickelten“ und die „Unterentwickelten“*²⁸

Die Unterschiede in der Entwicklung der jugoslawischen Republiken und Regionen wurden in jugoslawischen Medien nicht verschwiegen. Umgekehrt:

²⁷ Was grob auch die Grenzen sind, entlang derer Jugoslawien später zerbrach.

²⁸ Bei der Darstellung der empirischen Erkenntnisse handelt es sich um die *Story line* bzw. um den *Plot*, welcher durch die Interpretationsarbeit gewonnen wird (vgl. Keller 2004: 63; 2003: 210). Es ist der rekonstruierte „rote Faden“, die gewonnene Erzählung, die der Diskurs schreibt und die bezogen auf die Fragestellung Antworten liefern soll.

es war ein durch die gesamte jugoslawische Geschichte politisch präsent Thema. In der Berichterstattung Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre wurden stets die Bemühungen um eine jugoslawienweite Angleichung des Lebensstandards und der wirtschaftlichen Leistung vermittelt. Obwohl politische Priorität und von politischen Akteurinnen unhinterfragt vertreten, wurde diese Angleichung nie erreicht. Die sozioökonomische Schere innerhalb Jugoslawiens ging im Laufe der Jahrzehnte sogar weiter auseinander.

So war einer der wesentlichen Punkte der Fünfjahrespläne, wie sie typischerweise in Medien dargestellt wurden, die „Sorge um eine ausgeglichene Entwicklung und die Beseitigung der historisch geerbten Entwicklungsstände der einzelnen Regionen“ (Večer 1980b).²⁹ Als Maxime galt, wie im Jahr 1980 im Artikel über den Wirtschaftsplan 1981-85 ein Kommentator der Zeitung Večer betonte: „Eine politische Gleichheit in unserem Vielvölkerstaat ist ohne eine wirtschaftliche Gleichheit und die Gleichstellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Aller nicht möglich“ (ebd.). Nüchtern bemerkte er, dass die Bestrebungen bis jetzt nicht den gewünschten Erfolg hatten und formulierte zu diesem Zeitpunkt die einzig mögliche politische Konsequenz, die aus dieser Erkenntnis zu ziehen sei, dass nämlich die Bemühungen verstärkt werden müssten. Ähnliche Äußerungen wurden in anderen Artikeln schablonenhaft wiederholt. Es gab daher institutionalisierte Darstellungen über das Vorhaben und die Anstrengungen, etwa über den Anteil des Bruttoinlandsprodukts, den Slowenien direkt in die Entwicklungsfonds für die weniger entwickelten Republiken und Regionen Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Montenegro abgab (im Jahre 1980 waren es 1,97%), ohne dabei jedoch auf die oben erwähnten Rückflüsse von Bundesmitteln nach Slowenien einzugehen.

²⁹ Diese und folgende Übersetzungen aus dem Slowenischen wurden vom Autor dieser Arbeit vorgenommen.

Mitte der 1980er Jahre ist ein Wandel im Schreiben über das Thema der innerjugoslawischen Umverteilung im Rahmen des neuen Fünfjahresplanes zu beobachten. Die schlichte Berichterstattung über die Fünfjahrespläne wurde durch eine eher auf die Problematisierung setzende Darstellung ersetzt. Sehr umständlich und unübersichtlich wurde über die Summen berichtet, die in die Entwicklungsfonds zu zahlen waren, und nach deren Sinn gefragt. Im Vordergrund stand dabei weniger die Frage, wie viel Investition in die weniger entwickelten Republiken notwendig gewesen wären, sondern wie viel die Republiken bereit waren zu geben. 1985 wurde der Konflikt detailliert medial ausgetragen, inklusive der exzessiven Benutzung des Wortes „Krise“ (für einen Kommentar, der die inflationäre Verwendung des Begriffes reflektiert, vgl. Delo 1986b).

Das Schreiben darüber erfolgte auf eine Weise, die repetitiv die Vorstellung von zwei Lagern reproduzierte, dasjenige der „Entwickelten“ und das der „Unterentwickelten“. Jelka Zupanič schrieb über die Verhandlungen: „Was haben sie [die Unterentwickelten] mit dem Geld, das wir ihnen gaben, getan, was haben sie gebaut...? Einen genauen Einblick darüber, wo das Geld hingeht, gibt es bis heute nicht. Und wenn die Entwickelten genaue Daten fordern, wird [von den Unterentwickelten] gesagt, man würde ihnen nicht vertrauen“ (Večer 1985d). Aktiv und unmissverständlich wurde das Wort „Entwickelte“ für die Selbstverortung Sloweniens verwendet und gezeigt, dass es sich in der schwierigen wirtschaftlichen Situation um eine Frage von Republik gegen Republik handelte. Nationale Begriffe jedoch und die Behauptung, dass es sich dabei um keine reinen Wirtschaftsfragen, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Nationen handele, sind Mitte der 1980er Jahre nicht festzustellen.

a. Die negative Atmosphäre Jugoslawiens

Einher mit dem Bild von innerjugoslawischen Räumen mit unterschiedlichen Entwicklungsständen ging das Schreiben über die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Beklagt wurde eine spürbare Verarmung der

Privathaushalte als Spiegelbild der miserablen wirtschaftlichen Lage Jugoslawiens (Večer 1983b); die Überschuldung der Unternehmen (Večer 1984b); die Inflation der Verbraucherpreise, die 1984 bereits 67% betrug (Večer 1985c). Vor allem aber wurde die Frage des sinkenden Lebensstandards thematisiert. 1983 betrug der Anteil des Einkommens, den eine statistische Durchschnittsfamilie für Lebensmittel ausgab ca. 50% (Večer 1984a), im Jahre 1987 waren es ca. 70% (Delo 1987i). In der zweiten Hälfte der 1980er betrug die Inflationsrate jährlich um die 50% und während es 1989 in Slowenien eine Arbeitslosenquote von 3,5% gab, konnte in den „unterentwickelten“ Republiken mit Quoten um 50% (Kosovo z. B. 57,8%) von einer sozialistischen Vollbeschäftigung keine Rede mehr sein (Delo 1989p).

Theoretisch beschrieben wurde, wie Räume durch menschliche Wahrnehmungsfähigkeit Atmosphären entwickeln. Diese Atmosphären machen den Raum erfahrbar und sind mit Gefühlen von Zugehörigkeit und Fremdheit verbunden – Gefühlen von Wohlbefinden, Unbehagen, Sicherheit und Angst. Jugoslawien als Staat war Mitte der 1980er durch eine auf Emotionen setzende Art des journalistischen Schreibens deutlich negativ besetzt. Jug Grizelj schreibt in einem Kommentar: „Unser Ideal ist offensichtlich, dass wir alle im selben Maße un erfolgreich sind. ... es geht uns nur noch darum, wie wir die Armut am besten verteilen“ (Večer 1985b). Das Jugoslawien des Jahres 1985 ist für ihn die Propaganda einer „Gleichheit in Elend und Misere“. Es handelt sich um keine nationalistische Argumentation, allerdings um eine, die mit dem Gedanken, auf dem das sozialistische Jugoslawien aufbaut, bricht; der Vorstellung nämlich, dass die Gleichheit der Menschen ein Wert an sich sei, welcher ein so lohnendes Ideal ist, dass dafür auch einen Teil des persönlichen Wohlstandes zu opfern wäre: „Fleißige Arbeit wird nicht belohnt, denn alle Arbeiter werden gleich bezahlt, und das obwohl es so viele Faulenzer gibt“, so weiter im Text (ebd.). In anderen von Grizelj nicht weiter benannten Staaten sei das anders. Die Idee, dass Menschen für gleiche Arbeit

ungleich bezahlt werden sollten, ist eine, die allerdings eher mit der kapitalistischen Welt in Verbindung gebracht werden kann.

Der Ruf nach der Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen wurde am Anfang des Jahrzehnts häufig formuliert, wenn auch zunächst sehr vage und unbestimmt. Jugoslawien sollte nicht einfach nur durch ökonomische Reformen gerettet werden können, vielmehr müsse „eine Reform des Bewusstseins“ stattfinden (Večer 1980a), da „wir keine Besonderheit darstellen und bei uns keine anderen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten herrschen als in der Welt“ (Večer 1980c). Jugoslawien müsse sich den „Regeln der Ökonomie“ anpassen, eine Formulierung, die häufiger verwendet wurde und die ganz offensichtlich auf prinzipielle Reformen der Wirtschaftsordnung zielt. Konkrete Vorschläge sind dann in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zu beobachten. Von einer Versammlung der slowenischen Wirtschaftskammer im Jahre 1988 wurde über die Forderung der Unternehmen berichtet, nach der „Notwendigkeit von tief greifenden Änderungen der wirtschaftlichen Politik, zu denen es nur dann kommen wird, wenn sich die Ökonomie vom Druck und der Vorherrschaft politischer Mechanismen befreit. Nur leider herrscht immer noch eine Verdrängung der ökonomischen Grundgedanken und der Logik...“ (Večer 1988b). Das Schreiben über das Leid der Wirtschaft mündete in politischen Forderungen, die als Konsequenz zu ziehen seien.

In den Jahren von 1986 bis 1989 kam es in ganz Jugoslawien zu einem Wechsel in der Riege der kommunistischen Führung, wobei konservative kommunistische Kräfte ersetzt wurden.³⁰ In Slowenien wurde 1986 Milan

³⁰ In der zweiten Hälfte der 1980er wurde die Bezeichnung „konservativ“ für die Beschreibung derjenigen politischen Akteurinnen (gerne auch „Alt-Kommunisten“ genannt) verwendet, die sich gegen wirtschaftliche Reformen aussprachen. Als „progressiv“ und „fortschrittlich“ wurden nicht nur die sich für Reformen aussprechenden Kommunistinnen bezeichnet, sondern auch Vertreterinnen der neuen demokratischen Opposition, obwohl diese sich stark nationalistisch und auf christliche Werte berufend profilierten (Richard Sakwa nennt es eine Paradoxie der postsozialistischen Transformation, dass es sich dabei um eine „anti-revolutionäre Revolution“ handelt, vgl. Sakwa 1999: 86f). Der Begriff „konservativ“ wurde in der ersten Hälfte der 1990er erneut umgedeutet und auf Parteien des rechten politischen Lagers bezogen.

Kučan als Repräsentant einer modern denkenden Generation zum Vorsitzenden des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Sloweniens gewählt. Stane Dolanc, ein ehemaliger Berater Titos, wurde 1989 aus dem Amt des Republikvertreters im Staatspräsidium verdrängt und an seiner Stelle Janez Drnovšek, ein bis dahin kaum bekannter Wirtschaftswissenschaftler, mit einer Reihe anderer reformorientierter Personen berufen.³¹ In Serbien kam 1986 Slobodan Milošević an die Macht.

Die neue politische Elite bediente sich des in den Medien bereits vorhandenen Reform-Vokabulars und leitete somit die Abkehr von der früheren Ideologie ein. Einer der slowenischen Kommunisten der ersten Stunde Mitja Ribičič äußerte im Jahre 1986: „Die Antwort auf die ‚brutale‘ Krise ist eine wirtschaftliche Politik, die sich den Veränderungen auf den Weltmärkten anpasst und nicht hinter ihnen zurückbleibt“ (Večer 1986b). Milan Kučan sagte zwei Jahre später: „60% der Jugoslawen leben an der Schwelle zur Armut. Die Glaubwürdigkeit des Systems auf das wir bis jetzt gesetzt haben, muss deshalb zur Diskussion stehen“. Offensiv benutzte er auch das Wort Kapitalismus und kritisierte, dass Jugoslawien mit der Ablehnung alles Kapitalistischen einen Fehler machte (Delo 1988a). Boris Jež porträtierte den Parteichef im selben Jahr und stellte dabei fest, dass „Kučan politisch und vor allem sozialpsychologisch als ein Symbol der Liberalisierung und der Demokratisierung dasteht...“ (Delo 1988b). Auch das Zentralkomitee stand im Jahre 1988 vollkommen auf der Seite der wirtschaftlichen Öffnung und forderte in seinem Plan den „Rückzug der Schwerindustrie und die Entwicklung hin zu einer mehr flexiblen Produktion, welche eine hohe

³¹ Noch in Jugoslawien gewann Kučan 1990 die ersten freien slowenischen Präsidentschaftswahlen (bzw. die Wahlen zum Vorsitzenden des Präsidiums der Republik Slowenien, wie das Amt vor der Unabhängigkeit hieß), wurde danach zweimal im Amt bestätigt und blieb Staatspräsident bis 2002. Drnovšek wurde 1992 zum Ministerpräsidenten gewählt und blieb in dieser Funktion bis 2002 (die Ausnahme sind wenige Monate in 2000, als aufgrund eines konstruktiven Misstrauensvotums die Regierung abtreten musste; die anschließenden Parlamentswahlen konnte er jedoch erneut für sich entscheiden). 2002 wurde Drnovšek in das Amt des Staatspräsidenten gewählt und übte die Funktion bis 2007 aus.

Qualität der Waren liefern und den Konkurrenzkampf der ausländischen Märkte überstehen wird“ (Večer 1988a).

b. Symbolische Zuschreibungen

Vor 1988 wurden wirtschaftliche oder politische Forderungen nicht konkret geäußert. Sie versteckten sich in vagen Formulierungen, etwa in der Vorstellung, dass die Unternehmen zu stark auf den jugoslawischen Binnenmarkt ausgerichtet seien und mehr auf Export setzen müssten.³² Offen wurde die Debatte über wirtschaftliche Änderungen hingegen anhand symbolischer Zuschreibungen geführt. Die Frage der Faulheit und des Fleißes von Arbeiterinnen wurde als eine Frage der unterschiedlichen Mentalitäten diskutiert. Für Kučan war der Außenhandel deshalb so wichtig, weil er die „Mentalität der Arbeiter ändert“; auf seiner Grundlage können Menschen lernen, dass „nur mit Pünktlichkeit Resultate und Qualität erzielt werden“ (Delo 1986g). In diesem Arbeitsdisziplin-Diskurs finden die ersten Vergleiche mit anderen als politisch gedachten Räumen statt. Janez Stanovnik, Mitglied der Staatsversammlung, sprach über den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland und äußerte, dass dieser auf der Mentalität der Deutschen beruhe. Marken mit der Kennzeichnung „Made in Germany“ hätten im internationalen Ranking das beste Ansehen, stellte er fest, „ohne Zweifel wegen der Kraft der Bevölkerung und seines Unternehmertums“ (Delo 1986f). Solche pauschalen Zuschreibungen führten dazu, dass bestimmte Räume als entweder stark positiv oder stark negativ aufgeladen vermittelt wurden.

Der nächste Schritt war, solche symbolischen Zuschreibungen auf die jugoslawischen Republiken anzuwenden. Die Tatsache, dass diese wirtschaftlich unterschiedlich entwickelt seien, war eine begleitende Feststellung, die für niemanden neu war. Was allerdings eine objektive Beschreibung sein könnte, markierte aufgrund der Zuschreibungsmechanismen Menschen

³² Wobei Slowenien (ca. 8% der Bevölkerung Jugoslawiens) mit seinen Produkten ca. 25% des gesamtjugoslawischen Exports tätigte (vgl. Delo 1987f).

als unmittelbare Ursachen. Strukturelle Begründungen der unterschiedlichen Wirtschaftsleistung verschwanden nach und nach aus dem Sichtfeld, anstelle dessen wurden bestimmte Menschengruppen als besser und disziplinierter beschrieben. Eine höhere Produktqualität wurde somit als quasi-natürlich angesehen.

Auch in Jugoslawien interessierte Menschen die Herkunft der Ware. In einem Artikel berichtete ein Kommentator – nicht ohne dabei ein Gefühl des Stolzes zu vermitteln – über seine Erfahrung in einem Zagreber Baumarkt, wo der Kunde vor ihm den Verkäufer explizit nach „slowenischem Holzschutz“ fragte. „Unsere Ware ist überjugoslawischer Qualität“, stellte er fest (Delo 1987h). Deswegen müsse man überlegen das „Made in Yugoslavia“-Zeichen mit „Made in Slovenia“ zu ersetzen (ebd).

Das ist nur ein Indiz, dass zu dieser Zeit Jugoslawien diskursiv anfang in Räume zu zerfallen, die als national wahrgenommen wurden. In der Vorstellung der Leserin wurde räumlich eine signifikante Differenz zwischen „uns Slowenen“ und den „Anderen“ erzeugt, die repetitiv reproduziert wurde. Verschränkt wurde dies mit dem Thema der Verschleierung der nationalen Herkunft slowenischer Exportware. Oleg Vrtačnik, Direktor der slowenischen Möbelfabrik Meblo, sprach 1986 in einem Interview darüber, dass Unternehmen Strategien entwickelt hätten, die eigenen Produkte „im Westen“ unter anderen Markennamen zu verkaufen. Als Vorbild diene das Beispiel der Haushaltsgeräteherstellerin Gorenje, die das deutsche Unternehmen Körting gekauft hatte (nachdem sie mit ihm über Jahre kooperierte, indem die Produktion in Jugoslawien stattfand). Unter den deutschen Namen konnten, so Vrtačnik, slowenische Produkte auf dem deutschen Markt besser vermarktet werden (Delo 1986e). Ähnlich operierte die Wohnwagen-Produzentin IMV (heute: Adria-Mobil), die bereits Ende der 1970er über ein belgisches Unternehmen arbeitete. Geschlussfolgert wurde, dass die Qualität der slowenischen Ware „westlichen Standards“ entspreche und die eigenen Produkte zu „europäischen Preisen“ verkauft werden

können, jedoch nur, wenn die Käuferinnen nicht wussten, wo die Ware produziert wurde (Večer 1985a).

Im zeitlichen Verlauf der Diskussion ist festzustellen, dass der Blick weiter Richtung „Westen“ gerichtet wurde, an dem sich Jugoslawien wirtschaftlich orientieren sollte. Dafür wurden synonym unterschiedliche Bezeichnungen verwendet: mal war es einfach nur ein Vergleich Jugoslawiens bzw. Sloweniens mit „der Welt“ (Delo 1986c; 1986a; Večer 1980c; 1986b), mal mit „normalen Märkten“ (Delo 1987c; 1990c), mal mit „Europa“ (Delo 1989j; Večer 1988e). Damit wurde ein Vergleichs-Raum konstruiert, der zwar nicht genau definiert wurde, der aber gerade deshalb als wünschenswert, respektabel, als die Vergleichsnorm schlechthin gelten konnte.

Erst auf dieser Grundlage – ausgehend von Wirtschaftsfragen – wurden politische Forderungen gestellt, wie etwa von Viktor Žakelj, einem Funktionär der Sozialistischen Allianz des Arbeitenden Volkes³³, der festhielt, dass „unsere [slowenische] Wirtschaft sich vor der Jugoslawischen auszeichnet“, sie auf den jugoslawischen Markt zwar angewiesen sei, sich aber auch umorientieren (Delo 1989r) könne. Dabei vergaß er nicht zu erwähnen, dass eindeutig zu viel des von Slowenien erwirtschafteten Wohlstandes in weniger entwickelte Republiken transferiert werde. Am Ende seiner Ausführung setzte er seine Erkenntnisse noch in Beziehung zum „Westen“: „Unsere Wirtschaft tritt in Jugoslawien stark hervor... doch müssen wir uns auch eingestehen, dass es sich um einen relativen Erfolg handelt,

³³ Bei der „Socialistična zveza delovnega ljudstva - SZDL“ handelt es sich um die Nachfolgeorganisation der „Befreiungsfront“ (manchmal auch „Volksfront“ genannt), die an den Wahlen 1945 (zur Verfassungsgebenden Versammlung, welche nach dem Krieg die Monarchie aufhob und die Volksrepublik Jugoslawien proklamierte) aus mehreren Parteien gegründet wurde und 90,5% der Stimmen erhielt (wobei Oppositionsparteien massiv an ihrer Arbeit gehindert wurden, vgl. Melcic 2007: 192). 1947 gingen überhaupt alle politische Parteien in Jugoslawien (mit Ausnahme der Kommunistischen Partei) in die Volksfront auf. Bis zum Zerfall Jugoslawiens war die (1953 umbenannte) Allianz die größte Organisation Jugoslawiens, deren Mitglieder die Mehrheit der Erwachsenen umfasste und die zum Ziel den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft hatte. Allgemein wird sie heute als eine Marionettenorganisation der Kommunistischen Partei beschrieben.

denn er verblasst sofort, wenn wir auf unsere westlichen und nördlichen Nachbarn schauen“ (ebd.).

3. *Die Politisierung der räumlichen Differenz*

Es war der bereits zitierte Janez Stanovnik, welcher im Jahr 1988 zum (letzten sozialistischen) Präsidenten Sloweniens ernannt wurde,³⁴ der es schaffte, die Kritik der wirtschaftlichen Lage mit nationalistischen Forderungen zu verbinden, indem er sich dabei auf eine nationale Symbolik stützte. Beim 120. Jubiläum der ersten slowenischen politischen Versammlung („Taborsko gibanje“)³⁵ betonte er zunächst, dass „in Jugoslawien nur noch Slowenen etwas wertvolles zu produzieren in der Lage sind“, und es zu viel verlangt sei, davon das ganze Land zu (Večer 1988d) alimentieren. Das veranlasste ihn zu der Schlussfolgerung: „Die Wirtschaftskrise können wir nur überstehen, wenn wir es schaffen, die nationale Frage zu lösen.“ Es stand also Slowenien dem Rest Jugoslawiens gegenüber, wobei Stanovniks weitere Ausführung verrieten, dass er darunter vor allem Serbien verstand. Er benutzte dafür die Symbolik, die für die Vorstellung eines slowenischen Raumes stets von Bedeutung war – die slowenische Sprache. „Was den Serben im Kampf gegen die Türken eine Waffe war, das war für uns unsere Sprache“ (ebd.).

Was als wirtschaftliches Problem begann, wurde also im Rahmen der Krisenjahre in politisch-nationale Kategorien übersetzt. Die Wahrnehmung eines slowenischen nationalen Raumes lief, wie beschrieben, über symbolische Zuschreibungen. Die Sprache eignete sich für die Wahrnehmung eines slowenischen nationalen Raumes deshalb, da zu dieser Zeit parallel auch eine Diskussion über die Gefährdung der Sprache stattfand. Wurde diese Debatte

³⁴ Offiziell Vorsitzender des Präsidiums der Sozialistischen Republik Slowenien. Das Amt wurde mit der jugoslawischen Verfassungsreform 1974 eingeführt und mit der neuen demokratischen Verfassung 1991 in das des Staatspräsidenten überführt.

³⁵ 1868 wurde im slowenischen Ort Ljutomer zum ersten Mal auf einer öffentlichen Kundgebung zur politischen Vereinigung aller Slowenen aufgerufen. Auch wurde gefordert, dass das Slowenische als allgemeine Amts- und Schulunterrichtssprache gelten soll (verwirklicht erst nach dem Zerfall der k. u. k. Monarchie innerhalb des jugoslawischen Integrationsprozesses).

zunächst nur in philologischen Fachkreisen geführt, avancierte die Debatte um den Stellenwert der jugoslawischen Sprachen im Verlauf der 1980er auch in anderen Republiken zum wichtigsten Bestandteil der innenpolitischen Auseinandersetzungen (Cvetković-Sander 2011: 297f).³⁶

In Slowenien veröffentlichte 1987 die Zeitschrift „Nova revija“, die heute als „Plattform des slowenischen Frühlings“ (Valič Zver 2012) bezeichnet wird, mit Heft Nr. 57 die „Beiträge für ein slowenisches nationales Programm“. Darin diskutierten Intellektuelle die politische und soziale Benachteiligung Sloweniens in Jugoslawien. Als eines der wichtigsten Argumente für die Notwendigkeit der politischen Reformen wurde die Sprache verwendet. Der Philosoph Tine Hribar erklärte, dass diese „unsere natürliche Sprache, als Sprache der slowenischen Nation“ ohne die Herausbildung einer eigenen Staatlichkeit nicht überleben würde (Hribar 1987: 28). Der Soziologe Dimitrij Rupel³⁷ schrieb, dass Jugoslawien kein Land von gleichberechtigten Sprachen sei; das Slowenische hätte in Jugoslawien einen zweitrangigen Status, da Sloweninnen in der Schule zum Lernen des Serbokroatischen gezwungen würden, wobei Serbinnen und Kroatinnen überhaupt keinen Slowenischunterricht hätten (Rupel 1987: 63). Darüber hinaus kam er zum Schluss, dass die Mentalität von Sloweninnen ohnehin mehr der in den modernen europäischen Nationen ähnele (ebd.: 64).

So kam es zu der außergewöhnlichen Situation, dass sowohl Unternehmensdirektorinnen wie kommunistische Politikerinnen, Literatinnen und

³⁶ Auch davor gab es nationale Forderungen, die sich um die nationalen Sprachen drehten. Im sog. „Kroatischen Frühling“ in den späten 1960ern und frühen 1970ern wurden seitens Kroatiens Rufe nach einer Dezentralisierung Jugoslawiens laut (vgl. Džaja 2002: 142f, 269). Unter den Forderungen nach mehr Autonomie für die Republiken waren der Gebrauch der kroatischen Staatsflagge und auch die Benutzung der kroatischen Schriftsprache vom kroatischen PEN als akutes Problem benannt worden, da man sich durch das Serbokroatische benachteiligt sah. Die Forderungen resultieren schließlich in der umfassenden jugoslawischen Verfassungsreform von 1974, die die Autonomierechte der Republiken erweiterte.

³⁷ Rupel wurde im Rahmen der Demokratisierung zum aktiven Politiker, war der erste Außenminister Sloweniens, Parlamentsabgeordneter, Bürgermeister von Ljubljana, Botschafter in den USA und von 2000 bis 2008 erneut Außenminister. Zunächst Mitglied der Liberaldemokratischen Partei (reformierter Bund der Sozialistischen Jugend Sloweniens – „Zveza socialistične mladine Slovenije“), wechselte er in das bürgerliche Lager.

Wissenschaftlerinnen dieselbe Position vertraten und ähnliche Sätze von sich gaben, was die Annahme bestätigt, dass es sich um einen dominanten nationalen Diskurs handelte, der von allen relevanten gesellschaftlichen Akteurinnen einseitig und nationalistisch reproduziert wurde. Sichtbar ist dies etwa an der Aussage des Schriftstellers Miloš Mikeln, der im Namen des slowenischen PEN über die Wirtschaft sprach: Die wirtschaftliche Lage werde sich nur dann verbessern können, „wenn wir endlich wissen, wer trinkt und wer die Rechnung dafür bezahlt“ und das sei, so Mikeln weiter, nur in einer Marktwirtschaft möglich (Delo 1987d). Der Dichter und Partisanenkämpfer Matej Bor sekundierte: „Wenn unsere Abgaben für unterentwickelte Orte des Landes nicht übermäßig wären, würde unser Lebensstandard nicht so weit hinter dem unserer Nachbarn liegen“ (Delo 1987e). Literatinnen beteiligten sich in der Diskussion so nicht nur als Sprachschützerinnen, sondern auch als Wirtschaftsschützerinnen. Es wurde der Eindruck erweckt, dass es sich nicht mehr um die im Vergleich einfache Lösung der innerstaatlichen Verteilung des Geldes handelte, sondern um das Ganze – das Nationale an sich. Sichtbar wurden dadurch die Konturen der Konstruktion des nationalen Raumes, der sich, samt seiner Symbole, vermeintlich in Gefahr befand.

a. Zwei innerjugoslawische Räume

Zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1987, waren die meisten Menschen in Slowenien zwar für mehr Autonomie der Republiken, eine andere Zukunft als die in der Föderation haben die Bürgerinnen jedoch noch nicht befürwortet (Toš et al. 1999: 67). Das änderte sich, nachdem auch ein innerjugoslawischer Raum vermittelt wurde, von dem aus die Gefahr für das Eigene ausging. Synthetisiert wurde ein „serbisches Lager“ (Delo 1987f), welches mit Zuschreibungen versehen wurde und das eigene Slowenische, samt seiner Sprache, gefährdete. Rupel erklärte, dass es zwischen Serbien und Jugoslawien überhaupt keinen Unterschied gäbe, und sprach über „Jugoslawien in Form des erweiterten Serbiens“ (Delo 1987e). Seine Ausführungen

stützte er auf Symbole, die allgemein sowohl mit Jugoslawien wie auch mit Serbien identifiziert wurden: beiden sei die Bedeutung Belgrads, der jugoslawische Armee und der serbokroatischen Sprache gemein. Daraus ergab sich für ihn das Bild des „serbo-jugoslawischen Unitarismus“ (ebd.). Das Interessante ist, dass er dieses Bild tatsächlich wie einen Raum konstruierte, als eine Relation zwischen bestimmten symbolisch (negativ) aufgeladenen Elementen. Ähnliche Deutung sind von jedem sichtbaren Oppositionspolitiker Ende der 1980er zu lesen.

Die Synthese Sloweniens geht daher mit der Vorstellung der innerjugoslawischen Feindin einher. Was vorher zum eigenen politischen Raum gehörte, ist nun zum äußeren „Anderen“ geworden. Das weitere politische Geschehen verfestigte diese Wahrnehmung, im April 1991 etwa mit der Wahl des neuen slowenischen Vertreters im jugoslawischen Staatspräsidium Drnovšek, der auf einer konsultativen Volksabstimmung gewählt wurde und nicht mehr wie zuvor als nur Entsandter der politischen Republikbehörde gelten konnte, sondern als ein demokratisch gewählter Vertreter (Meier 1995: 201f). Damit erhielt das sich im Reformprozess befindende Slowenien eine demokratische Legitimierung, durch die das zu Reformen unfähige Serbisch/Jugoslawische als in der Vergangenheit verblieben beschrieben werden konnte; das Slowenische hingegen als einer neuen glücklicheren Welt zugehörige.³⁸ Weitere politische Entscheidungen, wie die Änderung der slowenischen Verfassung vom September 1989, in der politischer Pluralismus die Einparteiherrschaft ablöste und das Recht auf privates Eigentum festgeschrieben wurde, oder die ersten demokratischen Wahlen im April 1990, wurden medial auf eine ähnliche Weise dargestellt: als Gegensatz zu Restjugoslawien/ Serbien.

³⁸ Die politische Auseinandersetzung zwischen der slowenischen und der jugoslawischen politischen Führung bezog sich vor allem auf die Versuche der slowenischen (und kroatischen) Seite nach einer Reorganisation der föderalen Strukturen in Richtung eines loseren jugoslawischen Bundes, einer Konföderation.

Gegenpositionen zu der Darstellung Jugoslawiens bzw. Serbiens als der ultimativen Gefahr sind Ende der 1980er Jahre selten und auch sie nur in Leserbriefen zu finden.³⁹ Doch auch dort wurde ein Kampf zwischen zwei homogen erscheinenden zueinander antagonistischen Räumen vorausgesetzt. Stane Rakovec schrieb z. B. die Schuld an dem Streit den Sloweninnen zu, bzw. „der falschen Preis- und Verteilungspolitik der slowenischen Regierung... Ihre Strategie sind hohe Preise für slowenische Waren, mit denen sie einen höheren Lebensstandard erreichen wollen. Auf wessen Kosten das läuft, ist nicht schwer herauszufinden“ (Delo 1989).

b. Der „serbo-slawische“ Wirtschaftskrieg

Im Dezember 1989 wurde von Seiten Serbiens zu einer Demonstration unter dem Titel „Versammlung der Wahrheit“ („Miting resnice“) aufgerufen, die in Ljubljana stattfinden sollte. Die politische Reaktion in Slowenien vermittelte das Bild eines eigenständigen nationalen Territoriums. Wie ein angegriffener Nationalstaat schloss Slowenien seine Grenze. Die slowenischen Behörden verboten die Kundgebung und hielten die in Gruppen ankommenden Demonstrantinnen an der slowenischen Grenze auf und verboten ihnen die Weiterreise (vgl. Vodopivec 2006: 497). Dies war zu diesem Zeitpunkt eine beispiellose politische Reaktion, denn in Jugoslawien wurden die Grenzen zwischen den Republiken nie gesetzlich geregelt und waren lediglich Verwaltungsgrenzen der Kommunen (vgl. Zajc 2006: 12-16; Celar 2002: 112-

³⁹ Leserbriefen haben im Allgemeinen ein schlechtes Ansehen bei Analysen von medialen Diskussionen, erweisen sich jedoch als eine gute Quelle, das Feld der möglichen Positionierungen zu einem bestimmten Thema zu überblicken. In der Zeit vor der Ausrufung der Selbstständigkeit umfassten Leserbriefe in der Zeitung Delo vier bis sechs Zeitungsseiten (im damals noch üblicheren großen sog. „Broadsheet“-Zeitungsformat). Viel benutzt wurden sie auch unter anderem von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um die eigene Positionierung zu verbreiten.

117). Obwohl für den Augenblick deeskalierend⁴⁰ wirkend, verschärfte die Maßnahme den Konflikt, da Serbien als Reaktion darauf für slowenische Produkte eine Wirtschaftsblockade verhängte.

Die Tageszeitung Delo titelte am 2. Dezember mit „Serbien blockiert Slowenien“; Danijel Pučko von der slowenischen Wirtschaftskammer sprach in militärischen Begrifflichkeiten von der „Gewalt gegenüber der Ökonomie“ und rief den politischen Vertretern zu, dass „auf wirtschaftliche Reaktionen eindeutig politische folgen müssen“ (Delo 1989k). In Kommentaren wurde Slowenien als „in Gefahr“ beschrieben, weswegen das Land politisch reagieren müsse (Delo 1989j); die Bezeichnung „ökonomischer Krieg“⁴¹ wurde verwendet, welcher die „Einheit des jugoslawischen Binnenmarktes zerstört“ (Delo 1989c). Eine beliebte politische Raumkategorie, derer man sich bediente, war das Bild der slowenischen Souveränität: „Sind wir ökonomisch souverän?“, schrieb Žakelj und meinte damit, ob Slowenien souverän von „Serbo-Slawien“ sei (Delo 1989r).

Mündete die Diskussion um die Geldverteilung innerhalb Jugoslawiens also zunächst in eine Terminologie, welche die Vorstellung des nationalen Raumes beförderte, wirkte daraufhin die Postulierung eines sich in Gefahr befindenden Nationalen auf die Politik zurück. Am Ende standen politische Sanktionen, die die jugoslawische Volkswirtschaft weiter in kleinere nationale Einheiten aufspaltete.

⁴⁰ Die Kundgebung konnte nicht stattfinden, wodurch auch erwartete Zusammenstöße verhindert wurden. 2009 erhielt Tomaž Ertl, der Leiter der damaligen Staatssicherheit, vom Staatspräsidenten eine hohe Auszeichnung, da seine Entscheidung zur Grenzschließung positiv zur Unabhängigkeit Sloweniens beitrug. Die Ehrung eines hohen Funktionärs des alten Systems führte zwei Jahrzehnte danach zu einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung zwischen Politikerinnen – auf der einen Seite den reformierten Kommunistinnen, auf der anderen den Vertreterinnen der bürgerlichen Opposition der 1980er Jahre. Drei Parteien legten sogar eine Verfassungsbeschwerde gegen den Präsidenten ein, die allerdings erfolglos blieb.

⁴¹ Auf die Emotionalisierung der Sprache und der Raumbilder deutet der Militärjargon, der auch in Texten zu finden ist, in denen er nicht unbedingt zu erwarten wäre. Die in der Zeitung abgedruckte Werbung des slowenischen Elektrotechnik-Unternehmens Iskra spricht vom eigenen Erfolg als vom „Kampf auf dem Kriegsfeld des Marktes, aus dem wir frei und stark herausgehen“, was eine direkte politische Referenz auf den slowenischen Kampf nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit ist (Delo 1987j).

Ein serbisches Verbot des Verkaufs von in Slowenien hergestellten Waren lässt sich anders als ein Kampf zwischen zwei Räumen nicht deuten. Boris Jež stellte in einem Kommentar deshalb fest, dass Jugoslawien „bereits zu einer Konföderation zerfallen ist, einer von Serbien und der von allen anderen, wobei sich serbische Ziele von denen aller anderen unterscheiden“ (Delo 1989e). Für die Zukunft erwartete er nur noch die Verstärkung der innenpolitischen Gegensätze.

c. Objektivierungsprozesse

Diskurse bringen eine objektivierte Welt hervor, wodurch Räume als Faktizität wahrgenommen werden, als etwas Natürliches. Ende der 1980er sind Objektivierungsprozesse zu beobachten, in denen die einzelnen innerjugoslawischen Räume als jeweils homogene Einheiten auftreten. Andrej Novak schrieb in einem Kommentar, dass „die Homogenität der Serben größer ist als unsere“ (Delo 1989h), was die Bedrohung von deren Seite umso gefährlicher erscheinen lassen musste. Auch „müssen wir uns eingestehen, dass das ‚serbische Lager‘ wesentlich kompakter und aggressiver auftritt“ (ebd.). Die zwei Räume als Objektivationen können schließlich auch mit geschichtspolitischen und zukunftsorientierten Zuschreibungen versehen werden. „Es handelt sich dabei [bei den zwei innerjugoslawischen Lagern] um zwei Konzepte der Entwicklung. Die Wahlen in Serbien ... bestätigen, dass das Serbische seinem Wesen nach leninistisch-byzantinisch ist, was vollkommen den laizistischen und liberalen Prinzipien entgegensteht, die in Slowenien, Kroatien und bei der liberalen Intelligenz in anderen Teilen des Landes entwickelt werden“ (ebd.). Serbien galt daher als rückwärtsgewandt und unwillig zu Reformen, ja als „Balkan“. Boris Jež argumentierte ähnlich, beschrieb die „zwei Welten“ aber als „byzantinisch“ und „germanisch“ (Delo 1989d).

Durch Historisierungen wurden politische Forderungen nach der Unabhängigkeit des Landes formuliert, die schließlich im Dezember 1990 in dem Volksentscheid über die Loslösung Sloweniens von Jugoslawien endeten.

France Bučar, Kämpfer in der Befreiungsfront und später politischer Dissident, erklärte bereits 1987 Jugoslawien zu einer "Idee der Vergangenheit" (Delo 1987e). Im Gespräch mit dem Historiker Janko Prunk äußerte er, dass Jugoslawien die Slowenen in einen „politisch-kulturellen Kreis, der im Gegensatz mit unseren nationalen Überlieferungen steht, und der uns als Volk und als Personen verneint, gezogen hat“ (Zitat in: Prunk 1990: 117). „Slowenen“ hatten in Jugoslawien deshalb „weder die Möglichkeit für eine eigene nationale Entwicklung... noch für eine eigene kulturelle Zugehörigkeit“. Ähnlich argumentierte der aufgrund regierungskritischer Tätigkeit in Jugoslawien zu Haftstrafen verurteilte Jože Pučnik, der Vorsitzende des Oppositionsbündnisses DEMOS⁴² war: In seiner Erzählung war Slowenien gezwungen worden, Jugoslawien beizutreten, weshalb der jugoslawische Bund keine historische Legitimität besitze (Delo 1990e).

Dafür, dass die Räume hier bereits objektiviert waren und durch sie etwa auch der Geschichtsblick gelenkt wurde, spricht auch, dass sie zu diesem Zeitpunkt schon als geografische Räume beschrieben wurden. Die Grenze zwischen „zwei politisch-wirtschaftlichen Systemen“ in Jugoslawien setzte der Kommentator Vojko Flegar am Fluss Drina⁴³ (Delo 1990b). „Jugoslawien platzt an nahezu der selben Stelle, an der im 4. Jahrhundert Europa geplatzt ist“. Er beschreibt jenseits des Flusses eine Gegenströmung zu Europa: „Nach beiden Weltkriegen, gefolgt vom Zerfall von Staaten, entschieden diese sich damals für eine Integration. Heute integriert sich Europa. Und Jugoslawien muss objektiv gesehen auseinanderfallen“ (ebd.).

⁴² Es handelt sich um eine breite Koalition der sich als explizit antikommunistisch definierenden Oppositionsparteien (die Abkürzung DEMOS steht für „Demokratische Opposition Sloweniens“). Das Bündnis gewann die ersten demokratischen Wahlen 1990 und regierte unter der Führung von Lojze Peterle bis 1992, als die Koalition aufgrund von zu großen politischen Differenzen zerfiel. Die neue Regierung stellten ab da über viele Jahre die reformierten Kommunistinnen („Liberalna Demokracija Slovenije“ unter der Leitung von Janez Drnovšek; es handelt sich um den reformierten Bund der sozialistischen Jugend - „Zveza socialistične mladine Slovenije“), die das Land beinahe durchgehend bis zum EU-Beitritt in 2004 führten.

⁴³ Die Drina bildet über weite Strecken die Grenze zwischen Bosnien und Herzegowina und Serbien.

4. „Europa“ als politisches Argument

„Wohin wollen wir gehen?“, fragte sich in einem Interview Milan Kučan (Delo 1989g). Die Kommunistische Partei vermittelte die Einführung des politischen Pluralismus darüber, „dass wir auf dem Weg nach Europa sind“, wie vom letzten Kongress des Bundes der slowenischen Kommunisten in Dezember 1989 berichtet wurde (Delo 1989i). Am Ende des Jahrzehnts wurde durch den (auch diskursiv geführten) Wirtschaftskrieg mit Jugoslawien/Serbien und durch die mühevollen Gespräche über Reformvorhaben innerhalb Sloweniens der Idee einer möglichen staatlichen Unabhängigkeit zusätzliche Legitimation verliehen.

Waren über Jahre einzelne symbolische Elemente des nationalen Raumes sichtbar gemacht und umgedeutet worden, konnte man schließlich den als objektive Faktizität wahrgenommenen Raum der Sloweninnen mit einem genauso konstruierten Raum „Europa“ in Beziehung setzen. In die zunächst unkonkrete Hülle „Europa“ wurden dieselben symbolischen Zuschreibungen projiziert wie sie für die Beschreibung des Eigenen verwendet wurden: Europa sei eine Frage der (besseren) Mentalität, der Werte, der (höheren) wirtschaftlichen Standards, ein Raum, „in dem die Integration von Menschen gelingt“, was man für Jugoslawien nicht sagen könne (Delo 1988a). Europa war das, was Jugoslawien nicht war. Deshalb funktionierte die Metapher des Weges nach Europa, mit der Reformen nach europäischem – und eben nicht jugoslawischem – Muster gemeint waren. Das spiegelt sich auch in einem Kommentar des Journalisten Damijan Slabe Ende 1989 wieder, wenn er beschreibt, dass Jugoslawien – würde das Land auch bestehen bleiben – nicht mehr den früher privilegierten Status zwischen den ehemaligen politischen Blöcken genießen würde; er verwendet das Bild eines Flusses: „Niemand betrachtet uns mehr als die Brücke zwischen dem Westen und dem Osten... Und wenn wir nicht mehr die Brücke sind, dann müssen wir ein Bestandteil der laufenden europäischen Prozesse werden – ansonsten bleiben wir auf den anderen Flussseite“ (Delo 1989o).

Das Bedürfnis nach „Europa“ wurde als politisches Argument verwendet und immer wieder hervorgekehrt, wenn es um die Frage der möglichen Staatlichkeit des neuen Slowenien ging. Ablesbar ist das an Werbekampagnen und Parteiprogrammen im Rahmen der ersten freien Parlamentswahl (April 1990) und des Referendums über die Loslösung von Jugoslawien (Dezember 1990). Die reformierte kommunistische Partei (damals „Partei der demokratischen Erneuerung“ – „Stranka demokratične prenove“) gab sich den Wahlspruch „Europa jetzt!“, welches die neue Parteiflagge schmückte; die „Ode an die Freude“ wurde zur Hintergrundmusik ihres Fernsehspots. „Slowenien in Europa“ war der Spruch der Christdemokratischen Partei; mit Slowenien in das „gemeinsame Haus Europa“ der Sozialdemokraten (Beispiele sammelte Podnar 2000: 70f). Im Programm des Wahlbündnisses DEMOS stand das Ziel, den „kulturellen, zivilisatorischen und politischen Standard Europas“ zu erreichen, von dem sich das slowenische Volk im alten System entfernt habe (DEMOS 1990). Beim Referendum über die Unabhängigkeit stand in der Zeitungsanzeige der reformierten kommunistischen Partei „Mein Land ist unser Staat – Slowenien – Europa jetzt!“ (Delo 1990g); in der von der Christdemokratischen „Gehen wir zum Wahlstand und stimmen wir mit JA für die Integration des unabhängigen Sloweniens in Europa!“ (Delo 1990f).

5. Zusammenfassung

Die Ausführungen zum Zerfall Jugoslawien lassen sich geschichtlich in Bezug auf die darin enthaltenen Raumkonstruktionen wie folgt rekapitulieren: Zwischen dem slowenischen und dem übernationalen jugoslawischen politischen Raum bestand bis in die 1980er Jahre hinein kein Gegensatz. Vielmehr kann die Multinationalität des gemeinsamen Staates als ein soziales Gut mit integrierender Wirkung beschrieben werden. Die innerjugoslawischen wirtschaftlichen Differenzen riefen vorerst keine wesentlichen politische Forderungen hervor. Es waren die akuten jugoslawischen Wirtschaftsprobleme der 1980er Jahre, welche für eine allgemeine

Unzufriedenheit in der Bevölkerung sorgten, die dann von Akteurinnen (Journalistinnen, Politikerinnen, Literatinnen und Wissenschaftlerinnen) im medialen Diskurs räumlich vermittelt und mit einer emotionalen Aufladung nach dem einfachen Positiv-/Negativ-Schema versehen wurden. Durch symbolische (mentale, sprachliche, politisch-ideologische und geschichtliche) Zuschreibungen entstand eine Differenz zwischen zwei jeweils homogen erscheinenden politischen Räumen, das negativ aufgeladene Jugoslawien einerseits und andererseits das positiv besetzte nationale Eigene. Jugoslawien wurde schließlich auf ein erweitertes Serbien reduziert, von dem eine Gefahr für dieses „Eigene“ ausging und von dem es sich abzulösen galt.

Der nationale Raum wurde nach dem Vorbild des nationalstaatlichen Containers konstruiert, nach dem Muster: ein Staat, ein Volk, ein staatlicher Raum. Alle späteren politischen Aussagen wurden auf seiner Grundlage getätigt. Die Geschichte der slowenischen Sezession von Jugoslawien ist daher eine Geschichte der Verschiebung der Beschreibung des eigenen nationalen Raumes.⁴⁴

Die gängige Geschichtssynthese erscheint daher als vereinfacht, wenn der Zerfall Jugoslawiens dadurch erklärt wird, dass im Rahmen des totalitären politischen Systems bestehende nationale Konflikte eingefroren wurden, um später als etwas latent stets Vorhandenes wieder aufzukommen. Vielmehr handelt es sich um eine Neukonstruktion des nationalen Raumes, die als Ergebnis des nationalen Diskurses anzusehen ist.

⁴⁴ Die Ausführung zum Zerfall Jugoslawiens bietet auch eine Antwort auf die in Deutschland immer noch gestellte Frage, welche Rolle die vorzeitige deutsche Anerkennung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeit dabei spielte. Anhand der beschriebenen Prozesse lässt sich sagen, dass Jugoslawien als politischer Raum zum Zeitpunkt der Anerkennung längst nicht mehr existent war. Den Zerfall des Landes hätte die internationale Gemeinschaft somit nicht aufhalten können. Die deutsche Anerkennung (im Dezember 1991) folgte auch erst ein halbes Jahr nach der kriegesischen Auseinandersetzung in Slowenien (Ende Juni 1991). In diesem Sinne zeigt auch Tamara Griesser-Pečar (2012), dass sich die öffentliche Meinung in Deutschland und die Berichterstattung der deutschen Medien erst mit der Gewaltanwendung und mit den ersten Toten änderte und die politische Reaktion Deutschlands danach sogar relativ lange auf sich warten ließ. Zu betonen ist allerdings, dass die Gefahr der Ausweitung des Krieges in andere Teile des ehemaligen Jugoslawien in der deutschen Anerkennungspolitik offensichtlich keine Rolle spielte (vgl. das Interview mit Marie-Janine Calic in: FAZ 2012).

„Europa“ erscheint im Diskurs als eine postsozialistische Zukunftsvision, eine lose Hoffnung auf eine bessere Zukunft und ist das Resultat der Abkehr von Jugoslawien. Sprachlich massenhaft reproduziert wurde nach einer „europäischen“ Lösung der Probleme gesucht, wobei auffällt, dass die Vorstellung des „Europäischen“ nirgendwo konkretisiert wird. Vielmehr wird auch hier mit symbolischen Zuschreibungen gearbeitet und in den entwickelten Raum „Europas“ alles Positive und damit auch das Nationale projiziert.

III. Die Konstitution des nationalen Raumes: Neue Raumroutinen und Raumrelationen

Bisher wurde beschrieben, wie das Jugoslawische durch symbolische Zuschreibungen negativ besetzt und als Bedrohung wahrgenommen wurde. Durch die Dynamik der Abkehr von Jugoslawien wurde „Europa“ als wünschenswert und grundlegend positiv erfahren. Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit ist die Wirkung dieser räumlichen Logik auch in den 1990er Jahren zu beobachten. Intensiviert mit dem 10-Tage Krieg⁴⁵ führte sie zu einer weiteren Homogenisierung des nationalen Raumes und seiner Abkehr von allem Jugoslawischen, das sowohl außerhalb wie innerhalb der Grenzen des neuen Staates zu finden war. Das äußerte sich in einer Änderung der Gedenk- und Feiertage, die mit der neuen Relationenbildung innerhalb der Konstitution des nationalen Raumes entstanden sind und an denen die Neuorientierung Sloweniens abzulesen war. Hinzu kam der politische Ausschluss von Menschen, die mit dem früheren Staat identifiziert wurden. Die weitere Ausrichtung an Europa zeigte sich in kulturellen Mustern, die im Diskurs als „westlich“ und „europäisch“ wahrgenommen wurden; das verbindende Element zu Europa war dabei vorrangig die Neuentdeckung des eigenen Christentums.

⁴⁵ Auch „Slowenischer Unabhängigkeitskrieg“ genannt. Dieser fand vom 26. Juni bis 7. Juli 1991 statt und war eine direkte Folge der slowenischen Unabhängigkeitserklärung am Tag zuvor. Auf der einen Seite kämpften die Angehörigen der jugoslawischen Volksarmee, auf der anderen die der sogenannten slowenischen Territorialverteidigung (die „Teritorialna obramba“ war die Vorgängerin der später gegründeten Slowenischen Armee und wurde 1968 nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei als eine bewaffnete zivile Landesverteidigung gegründet). Nachdem die Territorialverteidigung mit der erklärten Unabhängigkeit die Kontrolle an den Außengrenzen (zu Österreich, Italien und Ungarn) übernahm, war der Auftrag der jugoslawischen Volksarmee, die Hoheit über die jugoslawischen Außengrenzen wieder zu erlangen. Mit insg. 62 Toten und 382 Verletzten (die meisten auf Seiten der Volksarmee) gilt die Auseinandersetzung als der Beginn der Jugoslawienkriege. Er wurde durch das „Brioni-Abkommen“ beendet: Die jugoslawische Bundesregierung verpflichtete sich, die jugoslawische Volksarmee aus Slowenien abzuziehen, dafür setzten Slowenien und Kroatien für drei Monate den Vollzug der Unabhängigkeit aus. Obwohl die anschließenden Verhandlungen in kein neues Abkommen mündeten, fanden nach dem Ablauf des Moratoriums in Slowenien keine neuen Angriffe statt. Während die Unabhängigkeit Sloweniens von der jugoslawischen Führung hingenommen wurde, besetzte die Volksarmee daraufhin ein Drittel des heutigen Territoriums Kroatiens; der „Kroatische Unabhängigkeitskrieg“ dauerte bis 1995 (vgl. auch Calic 2010: 308-311).

Im Folgenden werden anhand dieser Punkte die an „Europa“ orientierten Veränderungen in der Transformationsphase beschrieben: *Erstens*, die Änderung von staatlich vorgegebenen routinierten Feierlichkeiten, an denen der Zerfall des jugoslawischen und die Neukonstitution des slowenischen nationalen Raumes ablesbar sind. *Zweitens* wird die Konstruktion von Nicht-Slowenen beschrieben – der Ausschluss von neu definierten Fremden, die vor kurzem noch zum Eigenen gezählt wurden. Und *drittens* wird die Neuentdeckung der Religion betrachtet, etwa an der staatlichen vorangetriebenen Einführung der Weihnachtsfeier, welche beispielhaft für die neue Relationenbildung des noch jungen Staates steht.

1. Änderung der nationalen Raumroutinen

Theoretisch ausgeführt wurde, dass Räume durch repetitive Reproduktion aufrechterhalten werden müssen, um bestehen zu können. Staatliche Räume entwickeln zahlreiche routinierte Handlungen, zum Beispiel in Form von Nationalfeiertagen, die symbolisch die ursprüngliche Konstitution des nationalen Raumes in Erinnerung rufen. Ein Unabhängigkeitstag ist wohl die direkteste Form mit feierlichen Handlungen und einer starken medialen Reproduktion des jeweiligen nationalen Schöpfungsaktes der Staatsentstehung zu gedenken. Ob es sich dabei um die Erinnerung an die Unabhängigkeitserklärung, um die faktische Anerkennung durch die Staatengemeinschaft oder um historische Geschehnisse handelt, welche als wichtige Schritte auf dem Weg zur Entstehung des Staates gezählt werden; stets sind die Rituale mit kollektiven Handlungen verbunden, denen sich der einzelne Bürger kaum entziehen kann.

Jugoslawien kannte zahlreiche solcher Rituale, welche mit dem Selbstverständnis des Staates in Verbindung standen. Die slowenischen Historiker Franc Rozman, Vasilij Melik und Božo Repe beschreiben Gedenktage im sozialistischen Jugoslawien als massenkulturelle ideologische Veranstaltungen, die die jüngste Vergangenheit betonten, d. h. die Geschichte der

Arbeiter-, Revolutions- und Befreiungsfront, durch die „das Regime das historische Bewusstsein nach seinen eigenen Vorstellungen zu formen“ versuchte (Rozman et al. 1997: 330). Sie dienten dazu, „den Glauben an den selbstverwalteten Sozialismus als das beste System der Welt“ zu stärken (ebd.).

a. Staatliche Feiertage

Ab 1990 wurden in Slowenien einige jugoslawische Bundesfeiertage nicht mehr begangen und ab 1991, mit der Unabhängigkeit, bestimmte das demokratisch gewählte Parlament neue Feiertage, die direkt als Reaktion auf die veränderte Geschichtssynthese des neuen demokratischen Staates zu sehen sind. Vollständig abgeschafft wurden zwei große jugoslawische Feiertage: „Der Tag der Kämpfer“ am 4. Juli (der daran erinnerte, dass 1941 das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zu einem Volksaufstand ausrief) und der jugoslawische Nationalfeiertag, der „Tag der Republik“ am 29. November (der Tag, an dem 1943 die zweite Sitzung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens „AVNOJ“ stattfand, welche den föderativen Staatsaufbau des neuen Jugoslawiens beschloss und 1945 am selben Datum die Föderative Volksrepublik Jugoslawien ausrief). Delo berichtete 1990 darüber, dass „in ganz Slowenien keine einzige Feier stattfand. Der Tag verlor den Glanz, den er noch im Vorjahr hatte“ (Delo 1990d).

Neu geschaffen wurden an deren Stelle: der „Tag der Staatlichkeit“ am 25. Juni (an dem 1991 vom slowenischen Parlament die Unabhängigkeit des Landes ausgerufen wurde) und der „Tag der Selbstständigkeit“ am 26. Dezember (an dem 1990 die Ergebnisse des Plebiszits über die Unabhängigkeit veröffentlicht wurden). Dazu wurde ein Nationalfeiertag am 8. Februar eingeführt, dem Todestag des Nationaldichters France Prešeren, dessen Gedicht „Zdravljica“ als Text der slowenischen Nationalhymne Verwendung findet. Prešeren, der auf der slowenischen 2-Euro-Münze abgebildet ist, fungiert auch als Namensgeber der höchsten

staatlichen Auszeichnung für Leistungen im Kulturbereich. An diesem per Gesetz arbeitsfreien Tag wird die slowenische Kultur gefeiert und die „Prešeren-Preise“ werden verliehen. Zusätzlich wurde ein Kanon an arbeitsfreien kirchlichen Feiertagen eingeführt: Ostern, Maria Himmelfahrt, Reformationstag und Weihnachten.

Neben Neujahr wurden weitere jugoslawische Feiertage beibehalten, erhielten allerdings eine Umdeutung: So der internationale Tag der Arbeit am 1. Mai, der seit 1890, also zu Zeiten der Habsburgermonarchie gefeiert wurde. 1989 bezeichnete ihn eine Kommentatorin als „ein Ereignis ohne ein Ereignis“ (Večer 1989b). Der Kampf und die (revolutionären) Errungenschaften der Arbeiterbewegung seien dem Tag abhandengekommen (vgl. Rozman et al. 1997: 296) und werden nicht mehr in der Berichterstattung erwähnt. Der 27. April, der in Jugoslawien als Tag der Befreiungsfront gefeiert wurde (dem Tag der Gründung der „Anti-imperialistischen Front“ 1941 gedenkend), wurde im neu konstituierten Slowenien zum „Tag des Kampfes gegen die Okkupation“ umbenannt.

Nimmt man nicht nur die höchsten staatlichen Feiertage in den Blick und schaut auf andere alljährliche Raumroutinen, gibt es bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die ersten Anzeichen für eine Umdeutung von Raumpraktiken. Die Negativsetzung Jugoslawiens im Rahmen der Wirtschaftskrise übertrug sich zuallererst auf jene Tage, die am ehesten mit den Symbolen des Staates identifiziert wurden – das betraf an allererster Stelle Daten, die eng mit der Person Titos verbunden waren. Exemplarisch beschreibe ich drei alljährliche Raumroutinen und deren Änderung: „Den Tag der Jugend“, einer vorrangig nicht-sprachlichen Raumroutine, die den politischen Raum als eine Einheit verband; die sogenannte „Kuriertasche“, die eine alljährliche erinnerungspolitische Praxis war; und den „Zug der Brüderlichkeit und Einigkeit“, der als eine Mischform bezeichnet werden kann.

b. Nicht-diskursive Raumroutine: Tag der Jugend

Der 25. Mai wurde in Jugoslawien als Geburtstag Titos gefeiert (vgl. Škrbić Alempijević/Hjemdahl 2006).⁴⁶ Zunächst bestand die Feiertagsroutine aus mehreren parallel stattfindenden Staffelläufen, mit denen aus dem gesamten Land physisch (auf einem Stück Papier in der Staffel) Glückwünsche an Tito überbracht wurden; ab 1957 war es eine einzige Staffel, welche ca. 9 000 Kilometer durch alle Republiken getragen wurde, und so den staatlichen Raum als eine Einheit markierte, bis sie mit den Glückwünschen in Titos Hände übergeben wurde. Neben den sich abwechselnden Staffelträgern (deren Auswahl als besondere Auszeichnung galt) liefen streckenweise insgesamt bis zu 1,5 Millionen Menschen mit. Dazu wurde der Tag mit weiteren sportlichen und kulturellen Veranstaltungen begleitet. Im Jahre 1986 findet sich der erste Artikel, in dem sich ein Autor über die Staffel und die mediale Berichterstattung lustig macht: Das Volk möchte wissen, so der Kommentator, „wo die Staffel übernachtet hat, was sie nachts träumte und was sie zum Frühstück aß“ (Delo 1986b). Als ein Objekt mit hohem symbolischen Wert wurde die Staffel von den Medien tatsächlich personifiziert. Die letzte Staffel aus Slowenien wurde 1987 auf ihren Weg geschickt. Im darauffolgenden Jahr hoben die Medien besonders hervor, dass der Lauf nun ausgeblieben sei: „Die Staffel, Symbol der Brüderlichkeit und Einigkeit, wurde abgeschafft, denn mit dem Tod des Menschen, für den sie bestimmt war, verlor sie ihre Funktion“ (Večer 1988c). 1989 findet sich nur noch eine kurze Nachrichtennotiz (Večer 1989a) zum Thema.

Titos Tod wurde erst im Nachhinein als geschichtlicher Einschnitt gedeutet und zu einem symbolischen Meilenstein in der sich verändernden politischen Wahrnehmung Jugoslawiens gemacht. 1989 reflektierte der Politikwissenschaftler Anton Bebler den Wandel der Deutungen über Tito von den „guten jugoslawischen Zeiten“ bis hin zu dem von ihm repräsentierten „autoritären Staat“ (Delo 1989a). Tito stand am Ende des Jahrzehnts

⁴⁶ Der Tag wurde 1945 von der Union der kommunistischen Jugend Jugoslawiens („Savez komunističke omladine Jugoslavije“, kurz SKOJ) bestimmt.

für das Gegenteil dessen, was er an seinem Anfang verkörperte. In diesem Kontext sei auch die Abschaffung der Staffel zu verstehen.⁴⁷

c. Geschichtspolitische Raumroutinen: Kuriertasche und Zug der Brüderlichkeit und Einigkeit

Im Mai jeden Jahres begaben sich jugoslawische Pioniere mit der sogenannten „Kuriertasche“ an Orte des Befreiungskampfes. Darüber wurde regelmäßig in den Medien berichtet, inklusive einer Darstellung der erinnerten historischen Ereignisse an diesen Orten. In den Taschen befanden sich Nachrichten der Pioniere, die wie bei der Staffel am „Tag der Jugend“ an Tito gerichtet (Večer 1981) waren. Hier wurde Jugoslawien als Geschichtsraum bestätigt, denn im Vordergrund stand die diskursive Wiederholung der historischen Leitbilder des Landes. Der Tag verschwand genauso sang- und klanglos wie der „Tag der Jugend“. Nach 1986 wurde er in den Medien überhaupt nicht mehr erwähnt. Dafür wurde ab 1992 an den slowenischen Schulen ein „Europäischer Tag“ eingeführt, der ebenfalls im Mai stattfindet (Večer 1991d).

Dasselbe Schicksal traf auch den sogenannten „Zug der Brüderlichkeit und Einigkeit“. Nach 1961 fuhr zwischen der slowenischen Stadt Maribor und dem serbischen Kraljevo jährlich ein Sonderzug, der an Kriegereignisse erinnern sollte, in deren Folge 1941 nach der deutschen Okkupation gut 7000 Bewohner Maribors in Kraljevo aufgenommen wurden. Die Reise durch Slowenien, Kroatien und Serbien und die Ankunft in Kraljevo war von breiter medialer Aufmerksamkeit begleitet und diente als Fest des jugoslawischen Staates, das die gegenseitige Hilfsbereitschaft und das harmonische Zusammenleben der unterschiedlichen jugoslawischen Völker hervorheben sollte (Večer 1983a). Die letzte Fahrt fand im Jahr 1989 statt. Wegen der

⁴⁷ Dafür, dass die Umdeutung der Person Titos einer räumlichen Logik folgt, spricht, dass Tito in der serbischen Presse in derselben Zeit genauso negativ besetzt wurde; allerdings auf Grundlage der biografischen Tatsache, dass er in Kroatien geboren worden war (Delo 1987a). Haben also Slowenen Tito gegenüber Serbien/Jugoslawien als das Symbol der Unterdrückung des eigenen Nationalen wahrgenommen, taten Serben das gleiche.

angespannten politischen Lage nahmen bereits deutlich weniger Menschen als in den Vorjahren daran teil.

Zwischen den beiden Städten bestand in Jugoslawien eine Gemeindepartnerschaft, die später annulliert wurde. In den letzten Jahren ist jedoch eine erneute Annäherung zu beobachten. 2011, zum 50. Jubiläum der ursprünglichen Zugfahrt, wurde versucht, die alte Tradition wieder zu beleben, diesmal durch fünf Busse, unter dem Motto „Freundschaft für eine neue Ära“ (Večer 2011). Zwischen den Städten gibt es inzwischen wieder eine Partnerschaft, etwa mit alljährlichem Kinderferien-Austausch.

Hören die Menschen auf, jährlich den „Tag der Jugend“ zu feiern und eine Staffel durch das Land zu tragen, erlebt auch der damit als zusammenhängend beschriebene Raum eine Änderung. Einher geht damit das Vergessen der identitätsstiftenden Rolle Titos. Tragen Pioniere keine Tasche mehr an bedeutende Orte des Befreiungskampfes, erlebt auch die damit verbundene Geschichte eine Änderung und wird vergessen. Der Ausschluss des Jugoslawischen war eine konsequente räumliche Praxis, die sich nicht nur auf die alljährliche Raumroutinen des jugoslawischen Staates beschränkte:

2. Der politische Ausschluss

Theoretisch wurde beschrieben, dass Räume, einmal konstruiert und von Menschen alltäglich reproduziert, sich aufgrund der strukturellen Interdependenz auf andere soziale Bereiche auswirken und unter anderem sozialen Ausschluss produzieren. Das Beispiel der sogenannten „Ausgelöschten“ ist gerade deshalb interessant, weil offensichtlich aufgrund der Konstitution des slowenischen nationalen Raumes Menschen dadurch sozial ausgeschlossen wurden, dass sie massenhaft auf ihre (vermeintliche) Eigenschaft des für den Staat bedrohlichen Jugoslawischen reduziert wurden.

Maruša Pušnik untersuchte die Rolle des medialen Diskurses bei der Konstruktion der slowenischen Nation und stellte fest, dass Medien die

Kategorien zwischen Slowenen und Nicht-Slowenen bereits früh festgeschrieben hatten und über die Jahre aufrechterhielten (vgl. Pušnik 1999: 803). Dies machte sie unter anderem anhand einer Untersuchung von Überschriften von Zeitungsmeldungen fest, mit denen diese Differenz für den Leser durch emotionale Aufladung transportiert werden sollte (z. B.: „Achtung, böser Serbe!“, siehe ebd.).⁴⁸ Weiterhin beschäftigte sie sich mit den wegen des Kriegsausbruchs in anderen Regionen des ehemaligen Jugoslawien nach Slowenien kommenden Flüchtlingen und beschreibt ihren Eindruck, dass es sich um eine „leise Abmachung zwischen Politikern, Medien und der Öffentlichkeit“ handelte, die Flüchtlinge durchweg als eine aus dem Süden kommende Gefahr darzustellen (ebd.: 804).

Genauso wie in der zweiten Hälfte der 1980er, die Tendenz zur Herstellung von innerjugoslawischen Räumen aufgrund von symbolischen Zuschreibungen zu beobachten ist, gibt es korrespondierend die Konstruktion der „Südländer“ („južnjaki“), womit die restlichen – nicht-slowenischen – Bürger Jugoslawiens gemeint waren. Večer berichtete 1990 über die Angst, dass die besten Immobilien des Landes in nicht-slowenischen Händen gelangen könnten, da sie angeblich von Südländern aufgekauft würden (Večer 1990c). In den darauffolgenden Jahren und mit den ersten ankommenden Flüchtlingen intensivierte sich diese Rhetorik. Dabei griff sie auf kulturelle Zuschreibungen zurück, auf angebliche Unterschiede in der Mentalität der Menschen, etwa: Flüchtlinge wurden als gefährlich, als kulturell unangepasst und als undankbar beschrieben (Delo 1992e; 1993; 1999c).⁴⁹

⁴⁸ Die plakativsten Beispiele findet sie in der Sensationspresse, die auch sonstige Ereignisse stark vereinfachend, einseitig und emotionalisierend vermittelt.

⁴⁹ Es sind ähnliche Formulierungen in Bezug auf die Flüchtlinge aus den jugoslawischen Kriegsgebieten zu finden, wie sie auch 2015 in den Medien beim Thema der Flüchtenden aus Syrien, Afghanistan oder dem Iran, die durch Slowenien nach „Europa“ reisen wollen, reproduziert werden: Flüchtlinge werden als andere Menschen wahrgenommen, als einem anderen kulturellen Kreis zugehörig. Dazu werden sie auch als eine Gefahr für die innere Sicherheit beschrieben, häufig wird auch Undankbarkeit bei ihnen unterstellt, die man nicht nachvollziehen könne.

1992 gab es beinahe eine Hetzjagd, als die „nicht-slowenischen“ Verkäufer als angebliches Sicherheitsrisiko vom Markt in Ljubljana verbannt werden sollten (Delo 1992c). Nachdem die DEMOS-Regierung zerfiel, tat sich der Direktor des Marktes im Wahljahr 1992 mit den Worten hervor, dass der Platz „vom Schmutz, der dorthin nicht gehört, bereinigt werden“ müsse (ebd.). Ähnlich wie auch heute immer wieder Bauarbeiter ohne slowenische Staatsangehörigkeit für ihre Arbeit in Slowenien nicht entlohnt werden, gab es den ersten größeren Fall der Ausbeutung der Arbeiter „aus dem Süden“ schon im Jahr 1995, als zwei Mazedonier in einen Hungerstreit traten, um öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Ansprüche zu erhalten (Večer 1995e).

Die Angst, welche die Medien transportierten, war die vor einer möglichen erneuten „Jugoslawisierung“ des jungen Landes. Der Kommentator Gregor Uranič äußerte 1991: „Wir dürfen uns nicht auf die Geschichte berufen... Die Strategen unserer Zukunft (die Partei) haben damals diese Menschen importiert. Das war ihre Vision, dass die Slowenen auf das Niveau der Jugoslawen verdünnt werden“ (Večer 1992c). Ähnlich feindselig äußerte sich der Parlamentsabgeordnete Marjan Poljšak: „Im Jahr 1991 haben wir das slowenische Slowenien gegründet und dieses müssen wir auch in die Praxis umsetzen. Bei den Zugezogenen aus dem Süden handelt es sich nicht um eine ökonomische, sondern um eine politisch geplante Migration mit dem Ziel der erneuten Jugoslawisierung Sloweniens. Deswegen muss dieses Problem auch politisch gelöst werden“ (Delo 1995a). Dabei war eine „politische Lösung“ schon bald nach der Gründung des neuen Staates gefunden worden:

a. Die „Ausgelöschten“

Nach der Unabhängigkeit Sloweniens legte das neue Bürgerschaftsgesetz fest, dass rund 200 000 in Slowenien offiziell wohnende, aber aus anderen jugoslawischen Republiken stammende Bürger binnen sechs Monaten durch eine außerordentliche Naturalisierung die slowenische Staatsbürgerschaft annehmen können. Mit welchen symbolischen Zuschreibungen das Thema

besetzt war, wird in einem Interview mit Nada Končina, damals Abteilungsleiterin im slowenischen Innenministerium, deutlich. Končina sprach darüber, dass es sich bei diesem Vorgang eigentlich darum drehte „welche Werte Slowenien in Zukunft haben möchte“ (Večer 1991a). Dahinter stand die offenbar im Raum stehende Sorge, dass die neuen Slowenen nicht slowenisch genug sein könnten. Končina versuchte die Öffentlichkeit mit dem Hinweis zu beruhigen, dass sich die Bürger Sloweniens in Slowenien auch entsprechend der dort anerkannten Werte benehmen müssten, „und wenn diese Bürger die staatliche Grenze passieren, dürfen sie sich so benehmen wie Bürger eines anderen Staates“ (ebd.).

172 000 Menschen (darunter auch 40 000 gebürtige Slowenen) nahmen die Möglichkeit der außerordentlichen Naturalisierung wahr (Večer 1995c). Ca. 25 000 Menschen versäumten jedoch die Frist, woraufhin sie aus dem Register der Bevölkerung Sloweniens gelöscht wurden. Obwohl sie zum großen Teil seit Jahren und gar Jahrzehnten in Slowenien lebten, verloren sie über Nacht jegliche Bürgerrechte, Arbeits-, Kranken- und Sozialversicherungsansprüche, den Zugang zum Bildungswesen, und auch die Erlaubnis überhaupt im Land verbleiben zu dürfen.

Es dauerte mehrere Jahre bevor die Öffentlichkeit überhaupt anfang über das Thema zu sprechen und die „Auslöschung“ als mögliches Unrecht zu diskutieren. 1995 gab es sogar eine – letztlich durch das Verfassungsgericht gestoppte – Referendumsinitiative, nach der den durch das Gesetz naturalisierten Menschen die slowenische Staatsbürgerschaft wieder aberkannt werden sollte. Es war auch das Verfassungsgericht (Večer 1995c), das 1999 den Vorgang der „Auslöschung“ als verfassungswidrig einstufte. Für die daraus folgende Rehabilitierung ließ sich der Gesetzgeber noch einige Jahre Zeit. Erst im Jahr 2004 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Wiedergutmachung, inklusive Entschädigungszahlungen. Darüber wurde erneut ein Referendum angestrengt, in dem 94% der Abstimmenden (31% der Wahlberechtigten insgesamt) das Gesetz (Večer 2004) ablehnten. Die Vorgaben des Verfassungsgerichtes setzte die slowenischen Regierung

schließlich 2010 um (vgl. Republik Slowenien 2010), wobei das begleitende Gesetz über die finanzielle Entschädigung erst 2014 in Kraft trat. Zwischenzeitlich entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil vom Juni 2012, dass Slowenien mit diesem Vorgang die Europäische Menschenrechtskonvention gebrochen habe und ordnete an, den Klägern eine Entschädigung von jeweils 40 000 Euro auszusprechen. 23 Jahre nach der „Auslöschung“ begann Slowenien mit der zurzeit noch laufenden Wiedergutmachung, wobei über die Höhe der Entschädigungen auf individueller Basis bis heute gestritten wird (die höchste Entschädigung beträgt 13 000 Euro, die niedrigste 50 Euro).

b. Wahrnehmung von Kroatien

Der Ausschluss von allem mit Jugoslawien identifizierbarem, als räumliche Dynamik, die unterschiedlichen Politiken zugrunde liegt, spiegelt sich auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen Sloweniens zu Kroatien wieder. Beide Staaten sind im Rahmen der jugoslawischen Reform- und später Unabhängigkeitsbestrebungen als Verbündete anzusehen. Die jeweilige Selbstständigkeit riefen sie in Absprache sogar am selben Tag aus (Večer 1991b). Dass aber zwischen den Staaten, die vor der Unabhängigkeitserklärung Kampfgenossen gegen den gemeinsamen Feind waren, schon bald ein kühles Verhältnis herrschte, überraschte nicht nur den Historiker John Lampe (2000: 393): „The reluctance to entertain any multi-lateral connection smacking of the former Yugoslavia has been understandable, the chilly relations with Croatia somewhat surprising.“

Dieser Umstand wird jedoch verständlicher, bedenkt man, dass die nationalstaatliche Raumkonstitution durch *das Andere* definiert wird, durch den Ausschluss, der sowohl innerhalb wie außerhalb des nationalen Raumes gesucht wird. Wurde früher Serbien/Jugoslawien als Gefahr für das Eigene wahrgenommen, übertrug sich dies bis 1993 auf Kroatien, als 55% der Slowenen bereits die Meinung vertraten, dass Kroatien das Land sei, welches Slowenien am stärksten (Večer 1993a) gefährdete.

Bald nach der Selbstständigkeit sah ein Kommentator von Večer den Unterschied zwischen beiden Staaten als beinahe unüberbrückbar an: „ganze Welten liegen dazwischen“ (Večer 1993c). Er beschrieb, dass die Übergangswährungen beider Staaten zu Beginn gleichwertig waren, sich jedoch in kurzer Zeit sehr unterschiedlich entwickelt hatten: „[H]eute ist der slowenische Tolar für sie [eine gut stehende] Fremdwährung“; die kroatischen Grenzbeamten müssten „bei Regen draußen stehen, während unsere Häuschen haben“. Allgemein sieht er, dass „die Kroaten sehr apathisch geworden“ seien (ebd.). Mentalitätszuschreibungen, durch die im Rahmen der Wirtschaftskrise innerjugoslawische Räume wahrgenommen wurden, finden ihre Fortführung so in den 1990ern. Die Welten, welche die beiden Staaten trennen, nimmt der Journalist in einer Weise wahr, die auf eine erst in den 1990er Jahren manifestierte räumliche Ordnung verweist. Eine Ordnung, in der Slowenien zum fortschrittlichen, zivilisierten Teil der Welt gehört. Kroatien stellt dazu das Andere dar – als Echo der alten jugoslawischen Rückständigkeit.

c. Der Fall Ljubljanska banka

Ein weiteres Beispiel des politischen Ausschlusses betrifft die Spareinlagen von Nicht-Slowenen und bedarf wegen der komplizierten Sachlage einiger Klärung: Jugoslawien übernahm die Garantie für jede Spareinlage in Devisen, die jugoslawische Bürger einer jugoslawischen Bank anvertrauten. Auch im sozialistischen Staat der 1980er Jahre waren die Banken kommerzielle Institutionen, klassische Kreditinstitute (hierzu Lazarević/Prinčič 2000: 393f), die zwar in einer der jugoslawischen Teilrepubliken ihren Sitz hatten, in einer anderen Republik jedoch Außenstellen haben konnten. Für den einzelnen Sparer bedeutete dies, dass er seine vielleicht als Gastarbeiter verdienten Deutschen Mark bei einer in Slowenien angesiedelten Bank, die in der kroatischen Teilrepublik Filialen hatte, anlegte.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens bedurfte es jedoch einer Einigung zwischen den post-jugoslawischen Staaten, wer für das hinterlegte Geld haften und die

Auszahlung übernehmen sollte: der neue Staat, der nach dem Territorialprinzip die Bürgschaft für alle Banken in seinen Grenzen übernahm, oder der Staat, aus dem die Bank ursprünglich kam (eine detailliertere Darstellung ist in slowenischer Sprache zu finden, vgl. Štiblar 2010: 73-79). Sowohl Kroatien als auch Slowenien haben diese Garantien für Banken auf dem jeweils eigenen Territorium im Allgemeinen übernommen und – falls notwendig – auch aus dem öffentlichen Haushalt gegenfinanziert. Im Fall der slowenischen Ljubljanska banka, die auch in Kroatien Filialen hatte, kam es jedoch dazu, dass Kroatien nicht haften und Slowenien die Rückzahlung nicht leisten wollte.⁵⁰

Ungefähr 230 000 Sparer, hauptsächlich Kroaten, konnten daraufhin über Geld in Gesamthöhe von etwa 160 Millionen Mark, die sie bei der Ljubljanska banka in Kroatien eingezahlt hatten, nicht mehr verfügen. Andreas Veres führte bezogen auf den Bankenstreit Interviews mit slowenischen Experten und stellte fest, dass „viele Gesprächspartner diese Frage als den größten Fehler Sloweniens im Zuge seiner Unabhängigkeit einstuf[t]en“ (Veres 2007: 158). Denn infolge der Verweigerung der Auszahlung der Guthaben wurde die größte slowenische Bank in Kroatien geschäftsunfähig (Delo 2003). Der Konflikt musste Slowenien so sehr viel mehr gekostet haben, als wenn der Staat bzw. die größte staatliche Bank, die volle Summe der Deviseneinlagen einfach ausgezahlt hätte (vgl. Štiblar 2010: 78).

Dass es sich um einen räumlichen Ausschluss, der in Verbindung mit dem nationalen Raum steht, handelte, ahnte auch Veres in seiner Untersuchung, als er feststellte, dass die von seinen Gesprächspartnern bei der Bewertung des Vorgangs verwendeten Referenzrahmen Raumbilder von Europa und dem Balkan waren (vgl. Veres 2007: 158f). Mit der Wahrnehmung dieses

⁵⁰ Die Sachlage ist unter anderem deswegen kompliziert, weil die Ljubljanska banka kurz vor der Unabhängigkeit Sloweniens zentralisiert wurde: Ihre Außenstellen in anderen Teilrepubliken galten nicht mehr als eigenständige juristische Personen, sondern wurden der Zentrale in Slowenien untergegliedert. Beim absehbaren Zerfall Jugoslawiens bestand nämlich die Gefahr, dass das Geld der Bankfilialen in anderen Republiken nicht unter Kontrolle zu bringen wäre. So wurde die „Nova Ljubljanska banka“ gegründet, auf welche die Aktiva der „alten“ Bank übertragen wurden, um wegen möglicher Klagen seitens der Sparer eine Insolvenz der Bank zu verhindern.

räumlichen Gegensatzpaares sind sie derweil nicht allein. Zur Frage der Spareinlagen äußerte Außenminister Rupel bei einem Treffen der EU-Außenminister im Jahr 2006, dass „wir [die Slowenen] uns vor dem Antlitz Europas europäisch benehmen...“ und vergaß dabei nicht den Zusatz: „...nicht mehr balkanisch“ (Večer 2006c; Finance 2006; Delo 2006). Rupel vertiefte das Argument des europäischen Benehmens Sloweniens nicht weiter, doch es diente eindeutig der Abgrenzung von Kroatien, dem Balkan. Auch Dnevnik kommentierte, das balkanische an Kroatien sei deutlich zu erkennen, denn es möchte „die Kosten auf die reichere Nachbarin umwälzen“ (Dnevnik 2003). Der Oppositionsführer (und spätere Ministerpräsident) Janez Janša übersetzte die Auseinandersetzung gar in militärischen Jargon und sprach von einer „Defensivhaltung Sloweniens“ und einer „Aggression Kroatiens“ (STA 2003). Der Präsident des slowenischen Juristen-Vereines Lojze Ude widmete sich in der slowenischen juristischen Fachzeitung ebenfalls der Bankenfrage. Trotz seiner insgesamt sehr sachlichen Abhandlung endet er seine Ausführung mit den schon bekannten herablassenden Zuschreibungen: „Ob in der Zukunft ein anderes Handeln der kroatischen Seite erwartet werden kann, ist ungewiss, denn alle Politiker in Kroatien sind Gefangene des im ‚Kroatienkrieg‘ gebildeten nicht-rationalen Nationalismus, welcher sich im Verhältnis zu Slowenien auch auf Grundlage des ‚Übelnehmens‘ der Tatsache ausformte, dass sich Slowenien auf eine schmerzfreie Weise verselbstständigte und in einer ziemlich besseren wirtschaftlichen Lage, Mitglied der EU und im NATO ist. Leider beeinflussen diese Umstände entscheidend auch die Formierung von rechtlichen Standpunkten“ (Ude 2006: 4).

Dieser Fall ist der „Auslöschung“ der ehemaligen jugoslawischen Bürger ähnlich: Nicht nur handelt es sich um den politischen Ausschluss von Menschen, denen ihre Rechte verwehrt wurden, sie werden dazu als bedrohlich wahrgenommen, was mit wiederum symbolischen Zuschreibungen untermauert wird.⁵¹

⁵¹ Dazu macht der slowenische Ökonom Franjo Štiblar darauf aufmerksam, dass diese Bank, wie das slowenische Bankwesen insgesamt eine Grundlage der Sicherung der sloweni-

Passend fügt sich daran an, dass Slowenien nach dem eigenen EU-Beitritt mit einer politischen Blockade der kroatischen EU-Beitrittsverhandlungen drohte (Delo 2006), was von beinahe allen politischen Akteuren in Slowenien als „rechtlich und politisch gerechtfertigt“ angesehen wurde (Delo 2003). Jedoch hatten bereits während des slowenischen EU-Beitrittsprozesses kroatische Sparer mehrere Appelle an europäische Institutionen gerichtet, die vom EU-Chefverhandler Jaime Garcia-Lombardero mit dem Hinweis zurückgewiesen wurden, dass die Lösung dieser Frage nicht Teil des Beitrittsprozesses sein könne (Delo 2001).

Dessen ungeachtet entschied im November 2012 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Republik Slowenien für den Verlust der Spareinlagen haften müsse. Seit Dezember 2015 können die Sparer nun bei der Ljubljanska banka einen Antrag auf die Auszahlung stellen, für deren Deckung der slowenische Staat einen Fond bereitgestellt hat. Inzwischen rechnet die slowenische Regierung mit Forderungen in einer Gesamthöhe von 385 Millionen Euro.

3. Die kulturelle Verortung in Europa

Ähnlich wie die beschriebenen nationalen Raumroutinen, mit denen die Raumkonstitution repetitiv bestätigt wird, gibt es kulturelle Praktiken, die genauso als Raumroutinen gedeutet werden können. An erster Stelle waren das im Falle Sloweniens religiöse Praktiken bzw. das Reden und Schreiben über diese, wobei christliche Wurzeln und Werte als das verbindende Element zu Europa gedeutet wurden – auch deshalb, weil dadurch die Abkehr vom Sozialismus noch deutlicher gemacht werden konnte.

schen Identität war und ist (Štiblar 2010: 15). Die Bank spielte auch eine wichtige Rolle im Rahmen der Unabhängigkeit des Landes: Sie war angeblich an der Finanzierung der Waffen für den slowenischen Unabhängigkeitskrieg beteiligt; sie war ein international anerkanntes ökonomisches Subjekt noch vor der internationalen Anerkennung Sloweniens. Die Außenstellen der Bank wurden für die Herstellung der diplomatischen Beziehungen genutzt; noch heute residieren die slowenischen Botschaften in Japan und in Tschechien in Räumlichkeiten, die früher der Bank gehörten (ebd.: 16f). In diesem Sinne könnte argumentiert werden, dass die Ljubljanska banka wie ein symbolisches Gut in die Konstitution des nationalen Raumes einging – jedoch fehlen dafür im medialen Diskurs die Anzeichen, weshalb diese These in vorliegender Untersuchung nicht bestätigt werden kann.

a. Weihnachten

Im Dezember 1986 wurde dem slowenischen Erzbischof Alojzij Šuštar erlaubt, im staatlichen Fernsehen einer breiten Öffentlichkeit frohe Weihnachtstage zu wünschen. 1989 wurde Weihnachten als staatlicher Feiertag erneut eingeführt, nachdem die Regelung 1953 aufgehoben worden war. Bis zu den Dezembertagen 1990, als das slowenische Referendum über die Loslösung von Jugoslawien erfolgte, entdeckten sowohl die neuen demokratisch-gewählten wie die alten reformierten kommunistischen politischen Akteure, dass das slowenische Volk vom Christentum geprägt sei: „Mit anderen mitteleuropäischen Staaten verbinden uns die gemeinsamen christlichen Werte und die Liebe zum eigenen Grund und Boden“, so Außenminister Dimitrij Rupel (Delo 1989m). Die häufig gefühlsbetonte Rhetorik der politischen Akteure und des Klerus, die Weihnachten oder das Christentum generell mit der Vorstellung eines slowenischen nationalen Raumes in Verbindung bringen sollte, ist nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass das Referendum über die Loslösung von Jugoslawien 1990 nur einen Tag vor Heiligabend stattfand. So hatte der Erzbischof den auf die Ergebnisse des Referendums wartenden Slowenen in einem Interview nahegebracht, dass Weihnachten „mit der Erfüllung der Sehnsüchte und der Erwartungen“ zusammenhänge, denn wie man auf die Geburt des Staates warte, so warte man auch auf die Geburt Christi, welche „die Slowenen in der Geschichte von jeher gefeiert haben“. Es handele sich um eine Feier, die „in unseren kulturellen Wurzeln“ eingeschrieben sei (Večer 1990e).

Eine Folge dieser diskursiven Praktik war die plötzliche Beliebtheit des Weihnachtsmannes. Zum Zeitpunkt des Plebiszits zeigte eine Erhebung der öffentlichen Meinung, dass drei Viertel der Slowenen Weihnachten – einen christlichen Feiertag, der bis dato kaum öffentliche Erwähnung fand – stets gefeiert (Večer 1986a) hätten. Damit einher ging auch das Verschwinden der bis dahin beim Ausklang des alten Jahres institutionalisierten Praktik des

Väterchen Frosts. Dieser wurde innerhalb weniger Jahre institutionell komplett vergessen.⁵²

Die Medien brachten den Menschen die neu entdeckten nationalen Sitten regelrecht bei. Beschrieben wurde die Rolle des Heiligen Nikolaus, der traditionell artige Kinder beschenkt und der zu den „beliebtesten Heiligen im katholischen Mitteleuropa“ zählt (Večer 1991e). Wie der Weihnachtsmann wurde er „in sozialistisch-kommunistischen Staaten vergessen“ und kehrt jetzt wieder (Večer 1992b). Weihnachten wurde als „verwurzelt im Volk und künstlich niedergetreten“ beschrieben, deshalb „kommt es jetzt naturgemäß zurück“ (Delo 1989q).

Das Weihnachtsfest kann als eine Raumroutine des nationalen Raumes verstanden werden, weil es im Zuge der Entstehung des neuen Staates diskursiv vermittelt wurde. Obwohl Weihnachten an sich nichts mit Raum zu tun hat, keine Räume konstituiert oder als Raumpraktik zu bezeichnen wäre, finden sich in Aussagen über Weihnachten zahlreiche räumliche Vergleiche. „Weihnachten“, „Christentum“ als symbolische Elemente werden eindeutig mit Räumen wie „Europa“, „Mitteleuropa“, „Slowenien“ synthetisiert, so dass daraus das Bild eines europäischen Raumes ersichtlich wird, zu dem eindeutig auch Slowenien zählt. Dass mit dem slowenischen Postsozialismus 1995 auch eine Neuübersetzungen der Bibel anstand, veranschaulicht diese Logik (Večer 1995a).

Weihnachten als Praktik ist eine gesellschaftliche Routine, die breit geteilt wird, nicht zu hinterfragen oder zu verändern und jedes Jahr aufs Neue zu wiederholen ist. Wenn über 20 Jahre nach Ausrufung der Unabhängigkeit eine slowenische Familie Weihnachten feiert, ist das sicherlich eine Praktik, die keine neuen Sinnkonstitutionen mehr nach sich zieht, keine neuen

⁵² Der Weihnachtsmann und Väterchen Frost existierten parallel zueinander als eine Praktik der Besenkung von Kindern z. B. in öffentlichen Einrichtungen bis Mitte der 1990er Jahre. Danach findet so gut wie keine Erwähnung von Väterchen Frost in den Dezemberausgaben der Zeitschriften statt. In der Zeitungsannonce des Einkaufshauses „Kvik“ hieß es noch 1992: „Der Weihnachtsmann und Väterchen Frost kaufen bei uns ein! Ein Einkaufshaus für jedermann!“ (Delo 1991l).

Zusammenhänge erstellt und kein Wissen über ein gedachtes „wir“ konstruiert. Doch im Jahre 1990 war das anders. Dass heute die meisten Slowenen in Umfragen sagen, dass sie seit jeher Weihnachten gefeiert hätten – was sie wahrscheinlich auch tatsächlich glauben – zeigt den Erfolg der damaligen Sinnkonstitution.⁵³

Die Tendenz zur Wiederentdeckung der eigenen christlichen Wurzeln ging mit der Forderung nach einer politischen und moralischen Erneuerung der Gesellschaft einher. Die Gesellschaft sei unter dem Einfluss des nicht-moralischen Marxismus gewesen, was zu moralischem Zerfall geführt habe. Dieser konnte nur mit der „richtigen“ Moral behoben werden – der Moral der katholischen Kirche.

b. Der Raumbezug der neuen slowenischen Verfassung⁵⁴

Die sozialistischen Staaten kannten einige Frauenrechte, die als vergleichsweise liberal bezeichnet werden können. Hierzu gehörte auch das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, welches das sozialistische Jugoslawien 1974 in seiner Verfassung verankerte und das alle jugoslawischen Teilrepubliken und somit auch Slowenien übernahmen. Nach den ersten Parlamentswahlen begann ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess der neuen demokratischen Verfassung, der medial breit rezipiert wurde. Obwohl davon ausgegangen wurde, dass die in der alten sozialistischen Verfassung garantierten (Menschen-)Rechte unangetastet bleiben sollten und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch bis dahin den höchsten aller juristischen Ränge einnahm, wurde dieses Recht in Frage gestellt und schließlich als eine von der Verfassung garantierte Freiheit (und eben kein Recht) umgedeutet.

⁵³ In der nationalen Geschichtsschreibung wird die katholische Kirche als ein entscheidender Faktor bei der Bildung des nationalen slowenischen Bewusstseins beschrieben. Wegen der überwiegend bäuerlich geprägten Bevölkerung, waren die Geistlichen, die einzigen Slowenen mit einer höheren Bildung. Sie errichteten Schulen und betrieben die Alphabetisierung der slowenischen Bevölkerung mit großer Vehemenz (Meier 1995: 98). Heute definieren sich ca. 73% der Slowenen als römisch-katholisch.

⁵⁴ Zur Frage der nationalen Identitätsfindung im Rahmen der Entstehung der slowenischen Verfassung veröffentlichte ich einen Konferenzbeitrag (siehe Kralj 2009). Mit dem Thema der Frauenrechte und des Schwangerschaftsabbruches im Postsozialismus beschäftigte ich mich in meiner Diplom-Arbeit (Kralj 2006).

Westlich-christliche Werte spielten auch hierbei eine Rolle. Ivan Štuhec, Professor der theologischen Fakultät in Ljubljana stellte fest, dass „eine solche Verfassungsregelung [...] keines der zivilisierten europäischen Länder, nach denen wir uns so gerne umsehen, besitzt“ (Večer 1991g). Dazu schreibt Jurij Zalokar im Namen der Christdemokraten des Ortsverbandes Škofljica, dass „jedem Durchschnittsbürger, der diesen Artikel sorgfältig liest, [...] schnell klar ist, wovon der pervertierte Text handelt. Unserer Meinung nach handelt es sich um eine Fortführung der Verfassung aus den realsozialistischen Jahrzehnten, in denen negative als richtige Werte dargestellt werden“ (Delo 1991k).

Eines der wesentlichen Argumente war gerade der Vergleich mit Europa. „Europa, auf dessen Anerkennung wir ungeduldig warten, wägt unsere [...] Reife sorgfältig ab. Wir sind zwar nicht für eine blinde Ausrichtung an Europa, doch wir dürfen uns vor ihm auch nicht lächerlich machen“, schrieb ein Kommentator der Zeitung Večer (Večer 1991f). In einem Leserbrief in Delo fand die Autorin noch einen ganz anderen Referenzpunkt: „Das afrikanische Ländchen Zimbabwe ist das einzige auf unserem Planeten, das das Recht zum Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung durchgesetzt hat. Liebe Abgeordnete, halten Sie uns nicht zum Narren und drängen Sie uns nicht in die Armut!“ (Delo 1991c). Das Abrufen dieser räumlichen Bilder ist gleichzeitig mit deren Wertung verbunden. Nicht zufällig ruft der Vergleich mit Zimbabwe die Sorge vor der (in Jugoslawien) drohende „Armut“ ab. Es wird das Konstruktionsmuster des „Anderen“ bedient, auf das Negatives projiziert wird, um sich von ihm abzusetzen. „Zimbabwe“ befindet sich auf einer mentalen Karte der räumlichen Zuschreibungen im Slowenien der frühen 1990er gleich neben dem „Balkan“.

Da es sich bei der Verfassungsregelung des Schwangerschaftsabbruches nicht zuletzt um ein politisches Kräfteressen zwischen reformierten Kommunisten und (christlich orientierten) Oppositionellen handelte, überraschen solche Stellungnahmen zur sozialistischen Regelung, die als antieuropäisch und antizivilisatorisch dargestellt wird, kaum. Sie demons-

trieren, dass das angestrebte gesellschaftliche Ziel im Rahmen des Diskurses auf ein sehr diffuses Konstrukt reduziert wird. So wurde in den Diskursfragmenten zwar festgestellt, dass Europa ein solches Verfassungsrecht nicht kenne, es wurde jedoch nicht diskutiert, wie die zweifellos stattfindenden Schwangerschaftsabbrüche dort juristisch geregelt waren (vgl. Kralj 2009: 99). Es zeigt sich eine Positivsetzung dieses Raumes, die so absolut zu sein scheint, dass gar nicht sachbezogen argumentiert werden musste. Die Debatte verließ auf diese Weise die Ebene des Rationalen und bediente sich emotional aufgeladener räumlicher Atmosphären.

4. Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde der weitere Homogenisierungsprozess Sloweniens beschrieben. Durch die Änderung der nicht-diskursiven Raumroutinen, die sich vorrangig in staatlichen Feiertagen widerspiegeln, wird das Streben nach der Abgrenzung zum früheren Jugoslawien weiter intensiviert. An Stelle der alten jugoslawischen Feiertage traten neue slowenische. Das Interessante dabei ist, dass dies auch die alljährlichen Routinen betraf, die nicht vom Staat vorgeschrieben waren. Da sie sich aber (wie im Falle der „Zuges der Brüderlichkeit und Einigkeit“) auf seine geschichtliche Synthese beriefen, mussten sie genauso ausgelassen werden.

Bereits im vorigen Kapitel wurde gezeigt, dass die Konstitution des neuen nationalen Raumes auf einer Negativsetzung Jugoslawiens, einer Beschreibung des früheren Staates als Gefahr, fußte. Die Gefährdung des Slowenentums ist seither ein dominantes politisches Thema. Die räumliche Logik der Abgrenzung findet sich in den 1990ern im politischen Kontext wieder, womit eine Praxis in Gang gesetzt wurde, die bis heute politisch fortgeschrieben wird und vor allem im Verhältnis zu Kroatien immer wieder für Konflikte sorgt. Die in den 1980ern konstituierten innerjugoslawischen Räume wurden nach der Unabhängigkeit im Inneren Sloweniens gesucht und gefunden. Bedrohliche Außenseiter wurden definiert, gerade weil sie zuvor noch zum gemeinsamen jugoslawischen Raum gezählt hatten. Die in Slowenien

lebenden Ex-Jugoslawen, welche nicht die slowenische Staatsbürgerschaft annehmen wollten oder konnten, wurden durch den Entzug der Bürgerrechte aus dem neu abgegrenzten Raum verbannt.

Schließlich entstanden auch neue kulturelle Praktiken (wie das Feiern von Weihnachten), welche von Beginn an (durch eine institutionalisierte Aussagenproduktion) die Wahrnehmung einer europäischen Verankerung Sloweniens ermöglichten und somit eine Synthese des Eigenen mit dem nicht klar definierten Europäischen einging, die bis heute reproduziert wird.

IV. Von der nationalen Raum- zur Geschichtssynthese: Die Bedeutung von symbolischen Raumelementen⁵⁵

„Das moderne nationale Bewusstsein entstand bei den Slowenen gegen Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals formulierten sie als Volk auch ihr national-politisches Programm: die Vereinigung aller von Slowenen bewohnten Länder in eine Verwaltungseinheit, die in der Habsburgermonarchie in den Genuß einer nationalpolitischen Autonomie kommen sollte. Ende des 19. Jahrhunderts vertrat bereits die Mehrheit des slowenischen Volkes dieses Programm, da ihr nationales Zusammengehörigkeitsgefühl damals schon voll entwickelt war.

Da das slowenische Volk seine nationalpolitische Autonomie innerhalb der Habsburgermonarchie nicht realisieren konnte, glaubte es, zwecks besserer Perspektiven für die nationale Entwicklung, am Ende des Ersten Weltkriegs die Habsburgermonarchie verlassen und sich gemeinsam mit den Serben und Kroaten an der Errichtung eines südslawischen Staates beteiligen zu müssen. In ihm festigte es durch ein Dreivierteljahrhundert eine Existenz und sein politisches Bewusstsein hinsichtlich der Notwendigkeit eines eigenen Nationalstaates.

In der neuen gesellschaftspolitischen Konstellation im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entschloß sich das slowenische Volk, Jugoslawien zu verlassen, das zum Hemmschuh der weiteren zivilisatorischen Entwicklung und zum Hindernis einer unmittelbaren Verbindung mit der Europäischen Union geworden ist. Es proklamierte die selbständige Republik Slowenien (Republika Slovenija).“

(in Prunk 1996: 10f)

Wie ein stimmiges Drehbuch liest sich diese Chronologie der Entstehung des slowenischen Staates, die in der Einleitung zu einem Geschichtsbuch des slowenischen Historikers Janko Prunk zu lesen ist. Nationale Geschichtserzählungen sind ein typisches Beispiel für den nachträglichen Konstruktionscharakter in der Erzählung vom Vergangenen – sie werden von einem späteren Wissensstandpunkt aus und beinahe wie menschliche Lebensgeschichten, die nicht weniger konstruiert sind, verfasst (vgl. Sarasin 2003: 160). Obwohl man über ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, wie von Prunk beschrieben, erst ab dem 19. Jahrhundert sprechen kann, wird ein Raum, in dem Sloweninnen seit je gelebt hätten, als historische Tatsache dargestellt. Daher fängt die Geschichte dieses Raumes in Prunks Einleitung nicht zufällig noch vor unserer Zeitrechnung an. Das Phänomen, dass sich

⁵⁵ Eine inhaltlich gekürzte Ausführung wurde als eigenständiger Artikel veröffentlicht (siehe Kralj 2014).

auch neu entstandene Nationen als sehr alt betrachten, beschreibt Anderson: „Es werden Sachen erzählt, die keiner weiß, weil er sie nicht wissen kann – denn das, was nicht erinnert werden kann, muss erzählt werden“ (Anderson 2005: 206). Eric Hobsbawm führt das Beispiel einer Untersuchung über fünftausend Jahre Pakistan an, obwohl überhaupt der Name – wie auch der Staat – ein Produkt des 20. Jahrhunderts sind (vgl. Hobsbawm 2001: 18, Orig. 1997). Es sind Narrative, die von einem Heute aus gesehen werden, und die ihren Anfang in einer fernen Vorzeit suchen. Deswegen kann die Geschichte nur rückwärts konstruiert werden.

Zur natürlichen Heimat und sogar zum Ursprung Sloweniens und überhaupt des Slowenentums wird die Europäische Union erklärt. Deutlich wird dies in der Einleitung der slowenischen Ausgabe, wo Prunk schreibt, Slowenien hätte sich entschieden Jugoslawien zu verlassen, um sich „in seinem ursprünglichen westeuropäischen Inkulturationsrahmen, welchen die Europäische Union darstellt, zu entfalten“ (Prunk 2008: 7). Die Gegenwart Prunks leitet den Geschichtsblick auch in eine noch fernere Vergangenheit. So wird der Übergang von der Monarchie zum jugoslawischen Integrationsprozess von ihm ganz ähnlich als einer „vom westeuropäischen zivilisatorischen Raum zum balkanischen“ (ebd.) beschrieben.⁵⁶

Prunk weiß, dass die Europäische Union diesen ursprünglichen historischen Rahmen von Sloweninnen nicht darstellen kann. Es handelt sich um eine politische Deutung im Dienste des neuen nationalen Raumes.⁵⁷ Denn ähnliches lässt sich nachlesen in den Aussagen von politischen Vertreterinnen, wie in der des langjährigen slowenischen Außenministers Dimitrij

⁵⁶ Anderson zählt ähnliche Erzählungen auf, „die in seltsamer Umkehrung der üblichen Genealogien in einer ursprünglichen Gegenwart beginnen. Der Zweite Weltkrieg erzeugt den Ersten Weltkrieg; aus Sedan geht Austerlitz hervor; der Vorfahre des Warschauer Ghettoaufstandes ist der Staat Israel“ (Anderson 2005: 207; zu dieser Ausführung Andersons vgl. auch Sarasin 2003: 160, Anm. 28) auf.

⁵⁷ Nicht zufällig wird das Buch vom slowenischen Presseamt als Werbematerial an Journalisten verteilt; es wurde auch in viele Sprachen übersetzt und mehrmals aufgelegt. Es ist eine Synthese der Entstehung des heutigen slowenischen Staates, die als unhinterfragbares Wissen im nationalen Diskurs besteht. Es bildet die Grundlage der politischen Bildung in Slowenien und entspricht dem, was eine slowenische Schülerin heute über Slowenien im Geschichtsunterricht lernt.

Rupel: „Jugoslawien hat die eigenen Völker mehr bedroht als zuvor Österreich bzw. Österreich-Ungarn. Jugoslawien war schlechter als Österreich-Ungarn vor allem, weil sein Führungsvolk das am wenigsten entwickelte von allen war. Slowenien hat Jugoslawien verlassen, um sich an der Globalisierung bzw. an der EU-Erweiterung angemessen beteiligen zu können“ (Večer 2002).

Es ist eine weit verbreitete These, dass die Geschichtsschreibung im Sozialismus „sehr einseitig und [politisch] kontrolliert war“, wie es der Historiker und konservativer Politiker, zwischenzeitlich auch Kulturminister, Vasko Simoniti (1992: 387) über Jugoslawien schrieb; deswegen bedürfe die neue politische Gegenwart auch einer neuen Geschichtsschreibung, welche die historiografischen Fehler des früheren Systems korrigiere.⁵⁸ Doch das Pferd, das hinter statt vor den Karren gespannt wird, wenn der Beitritt Sloweniens zur EU im Jahre 2004 zum Grund für den Zerfall Jugoslawiens im Jahre 1991 erklärt wird, deutet darauf hin, dass die Aktualisierung der slowenischen Geschichtsschreibung im Einklang mit der neuen politischen Gegenwart steht, was auch auf die jugoslawische Historiografie zutrifft: Von der Gegenwart ausgehend erscheint der jeweilige politische Raum als ein schlüssiges Endprodukt der Geschichte, die somit eine stringente Erzählung seiner Entstehung bietet.

Bisher wurde im Rahmen des nationalen Diskurses die Gefährdung Sloweniens durch Jugoslawien und die Orientierung an ein unbestimmtes „Europa“ beschrieben. Dieser medial vermittelte Diskurs zeigt eine Verschränkung mit der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung und der

⁵⁸ Dass Kollektive ihre Geschichte nicht nur zur Funktion der Gegenwart machen, sondern sie sogar das Überlieferte negieren und zerstören können, ist ein verbreitetes Phänomen. Anderson (2005: 194) beschreibt das am Beispiel des Französischen Nationalkonvents vom 5. Oktober 1793, welcher im Nachhinein bestimmte, dass die Zeit mit der Proklamation der Republik am 22. September 1792 neu gezählt wurde. Der s. g. Revolutionskalender war die sprichwörtliche *Stunde Null*, die nicht nur für das Neue stand, sondern vor allem das Vergangene löschen sollte (vgl. auch Sewell 2005: 228f). Sarasin (2003: 160) führt an dieser Stelle auch die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft an, welche mit einem Beschluss aus dem Jahre 1891 die eigene Gründung im Jahr 1291 bestimmte.

Aussageproduktion von Historikerinnen; diese stehen in diesem Kapitel im Mittelpunkt und dienen als empirische Grundlage.

Im Folgenden wird, *erstens*, die geschichtspolitische Diskussion in Slowenien, speziell die Negativsetzung des jugoslawischen Raumes dargestellt. *Zweitens* wird dem gesellschaftlichen Gedächtnis nachgegangen, das in der Differenz zwischen erinnern und vergessen besteht, ähnlich wie der Raum in der Differenz zwischen Ein- und Ausschluss wahrgenommen wird, wodurch ein selektiver Geschichtsblick erklärt werden kann. Schließlich wird, *drittens*, die Rolle gezeigt, welche die Europäisierung der Geschichte in der nationalen Geschichtsschreibung spielt.

1. Die Negativsetzung Jugoslawiens

Es ist nicht die Ausrufung der Selbstständigkeit im Jahr 1991, die in der slowenischen Historiografie einen Bruch darstellt, mit dem angefangen wird, Jugoslawien auch im geschichtlichen (Teil-)Diskurs negativ zu bewerten. Der Bruch erfolgte bereits in den Achtzigerjahren, als sich im Rahmen der jugoslawischen Wirtschaftskrise die Vorstellungen über die jugoslawische Zukunft zwischen den politischen Führungen einzelner Teilrepubliken zu unterscheiden begannen und als nationale Forderungen bzw. Zukunftsperspektiven formuliert wurden (vgl. Vodopivec 2004: 21). In der Geschichtswissenschaft, deutlich in Verbindung zum politischen Geschehen stehend, ging dies zunächst mit der Dekonstruktion der Person, die als Symbol, als Kult, als gesamtjugoslawische Identitätsreferenz behandelt wurde – Josip Broz Tito. Auch die nationale Interpretation des Befreiungskampfes im Zweiten Weltkrieg geht damit einher.⁵⁹ Es folgten neue Erkenntnisse über die dunkle Seite der sozialistischen Ära: über die massenhaften Tötungen der slowenischen Landwehrverbände (der „Domobranci“, die mit den deutschen Besatzerinnen kollaborierten) nach

⁵⁹ Eine Interpretation, derzufolge jede Nation ihre eigenen politischen Ziele im Krieg verfolgt habe, die von den Kommunisten lediglich für die Vorbereitung der Revolution missbraucht wurden.

dem Zweiten Weltkrieg, über die Inhaftierung von politischen Gegnerinnen und die (Neu-)Entdeckungen von Massengräbern. Am Ende stand das Postulat, dass es sich bei Jugoslawien um einen totalitären Staat nach sowjetischem Muster gehandelt habe, was im nationalen Diskurs zu einer allgemein anerkannten negativen Beurteilung der sozialistischen Vergangenheit führte.⁶⁰

„Die Geschichte zerbricht. Die können nicht mal unterscheiden, wer Cowboy und wer Indianer war“ (Večer 1990b) kommentierte im Jahr 1990 der Journalist Uroš Mencinger die Verlorenheit der jungen Pionierinnen, deren Geschichtsbilder sich im Begriff der Veränderung befanden. Doch die Aussage betrifft auch Erwachsene: Die Negativsetzung der sozialistischen Vergangenheit wurde sowohl von politisch linken wie rechten Politikerinnen und der Mehrheit der Wissenschaftlerinnen vertreten. Abweichende Positionen waren automatisch vom Diskurs ausgeschlossen.⁶¹ Selbst Konvertitinnen, dem Regime ehemals nahestehende Historikerinnen und

⁶⁰ Autorinnen benutzen für die Beschreibung Jugoslawiens unterschiedliche Fachtermini und es scheint so, als sei die Wahl auch von der jeweiligen politischen Gesinnung der Schreibenden abhängig. Der als politisch links verortete slowenischer Historiker Repe lässt nach soziologischen Kriterien (die er nicht weiter benennt) den Begriff *totalitär* für Jugoslawien nicht gelten (Repe 2011: 21), höchstens für die Nachkriegsjahre. Ohne fallspezifisch genauer zu argumentieren bezeichnet Merkel in seiner Einführung in die Transformationsforschung den jugoslawischen Staat hingegen als Beispiel einer *autoritär-kommunistischen Führerdiktatur* (Merkel 2010: 43), was in seiner Klassifizierung eine Mischform darstellt: Führerdiktaturen werden sonst von ihm als totalitär, kommunistische Regime hingegen als autoritär bezeichnet. Zumindest muss für Jugoslawien anerkannt werden, dass es im Vergleich zu Staaten des Ostblocks (zu denen das Land nicht gehörte) weitgehend freiheitliche Rechte und im Rahmen der Einparteiherrschaft auch einen höheren Grad an politischen Partizipationsmöglichkeiten garantierte. Auch Höpken beschreibt, dass jugoslawische Bürgerinnen im Vergleich größere Freiräume genossen, sie keine „Nischen des Rückzugs“ wie etwa in der DDR benötigten, und schlussfolgert, dass mit Blick auf Jugoslawien mehr als nur „graduelle Unterschiede[n] kommunistischer Herrschaft“ angeführt werden müssen (Höpken 2013: 57f).

⁶¹ Sichtbare Gegenstimmen aus der Zeit der Konstitution der Staatlichkeit gibt es nicht. Die einzige Ausnahme, die ich fand, war der Historiker Janko Pleterški, den Kreisen der reformierten Kommunistinnen zugehörig, von 1986 bis 1989 auch Mitglied des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Sloweniens. In einem Zeitungsartikel, wenige Monate nach der kriegesischen Auseinandersetzung mit der jugoslawischen Armee, betonte er, Jugoslawien sei für das slowenische Volk eine gute Entscheidung gewesen, ohne die es letztendlich keine Unabhängigkeit gegeben hätte; er wendete sich vehement gegen die Deutung, dass der jugoslawische Verbund ein historischer Irrtum war (Delo 1991i). Doch seine Ausführung fand damals keinen Eingang in den nationalen Diskurs und wurde weder in der Zeitung noch im wissenschaftlichen Teildiskurs weitergeführt.

reformierte Kommunistinnen, haben dieser Deutung nicht widersprochen, sondern, wie der Historiker Božo Repe in einem Zeitungsartikel von 2010 selbstkritisch bemerkt, selber an sie geglaubt (Mladina 2010). Das verhalf den reformierten Kommunistinnen dazu, das Land – nachdem sie die ersten Parlamentswahlen gegen eine breite Koalition der früheren demokratischen Opposition verloren – von 1992 bis 2004 beinahe durchgehend zu regieren. Die Diskussionsdynamik hatte aber auch zur Folge, dass die neuen bürgerlichen Kreise im Gegenzug mit ihrer Forderung nach einer radikaleren Abrechnung mit dem alten System und seinen früheren Vertreterinnen, d. h. nach der politischen Lustration, nicht erfolgreich waren.

Erst in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre sind nach einigen Jahren des Postsozialismus in den Medien auch positive Bezüge zum ehemaligen Jugoslawien samt seinen Symbolen zu finden, hauptsächlich ausgehend von politischen Akteurinnen, die den reformierten Kommunistinnen nahe standen. Leicht ablesbar ist der Wandel an Meinungsumfragen. Nach der Unabhängigkeit bewertete ein Fünftel der Bevölkerung die Rolle der Domobranzi-Landwehr während des Zweiten Weltkrieges positiv. Ende der Neunzigerjahre ist jedoch ein Absinken der Zustimmung auf rund ein Achtel der Bevölkerung zu verzeichnen. War in den Umfragen während der Anfangsjahre des Staates die jugoslawische Ära vermehrt als eine Zeit der Repression bewertet worden, sank auch dieser Wert einige Jahre später. Ein Anstieg hingegen war bei der Bewertung Jugoslawiens als einem Land, in dem es sich gut leben ließ, festzustellen; und auch Tito wurde mit der Zeit positiver eingeschätzt (zur allgemeinen Entwicklung vgl. Repe 2010: 38-44; zu statistischen Umfragedaten Toš et al. 1999). Es handelt sich hierbei um

weit verbreitete Nostalgie-Phänomene, wie sie für postsozialistische Staaten typisch sind.⁶²

Einen Höhepunkt erreichte die geschichtspolitische Diskussion 1998 mit der Ausstellung des Museums für neuere Geschichte „Die dunkle Seite des Mondes – eine kurze Geschichte des Totalitarismus in Slowenien 1945-1990“. Obwohl die Ausstellung die massenhaften Exekutionen der Domobranci nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges thematisierte,⁶³ spitzte sich die Debatte zunächst entlang der Totalitarismus-These zu. Denn auf Grundlage des Nachkriegsgeschehens wurde – ganz im Sinne der negativen Umdeutung der sozialistischen Geschichte – das gesamte Jugoslawien als Unrechtsstaat negativ beurteilt und z. B. mit dem Pol-Pot-Regime in Kambodscha verglichen. In den darauf folgenden Jahren änderte das Museum die geschichtspolitischen Leitbilder weiter, aus denen Jugoslawien seine Legitimität schöpfte. So gab es eine neue historiografische Periodisierung: Die Abkehr von der Sowjetunion wurde nicht mehr als Trennlinie in der politischen Geschichte angesehen. Dadurch wurden die Unterschiede Jugoslawiens zu anderen sozialistischen Staaten verwischt. Regelmäßig für Streit sorgte aber vor allem die Bewertung von Kollaboration und Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Auf Widerspruch stieß eine Verschiebung der Rollen von Täterinnen und Opfern. Durch die Überbetonung der Morde und des von Kommunistinnen begangenen Unrechts sei nämlich, so die Kritik, nicht nur alles Kommunistische (einschließlich des gesamten Jugoslawiens) delegitimiert, sondern die Kollaboration (als Kampf gegen den

⁶² Postsozialistische Nostalgie wird häufig missverstanden und verrät viel über die Verbindung Geschichte – Gegenwart – Zukunft. Obwohl sie sich auf den Sozialismus positiv bezieht, handelt es sich vielmehr um eine konkrete politische Forderung an die Gegenwart. Wie der Soziologe Mitja Velikonja schreibt, widerspricht sie nicht der Transformation, sondern legitimiert sie vielmehr: Sie ist eine Strategie des Umgangs mit dem Schmerz und der Leere des postsozialistischen Neoliberalismus und Neokonservatismus; sie erleichtert die emotionale Anpassung daran, dass die postsozialistischen Versprechen nach einer zufriedeneren und wohlhabenderen Zukunft für die meisten Menschen nicht eingetreten sind (siehe Velikonja 2008: 126f).

⁶³ Die Zahl der Opfer ist schwer zu ermitteln und wird zwischen 40 000 und 90 000 geschätzt. Sicher ist, dass nach Kriegsende mehr Sloweninnen ums Leben kamen als während des Krieges, der ungefähr 40 000 Tote forderte (vgl. Hösler 2006: 37).

Kommunismus) entschuldbar und als „funktionelle Kollaboration“⁶⁴ nachvollziehbar geworden. Im Kern lautete der Vorwurf also, dass es sich um eine „ideologische Mythenbildung“ (Repe 2010: 61-86) und „revisionistische Reinterpretation“ (Luthar/Luthar 2010: 119) handelte.

Darstellungen, die den totalitären Charakter betonen und dadurch Jugoslawien grundlegend negativ bewerten, weisen in der Regel erhebliche fachliche Mängel auf, denn sie arbeiten mit historischen Auslassungen. So wird beispielsweise gerne vergessen, dass die Domobranzi nicht nur gegen die Kommunistinnen gekämpft hatten, sondern antisemitisch waren, Hitler die Treue schworen und gelobten, gegen die Alliierten zu kämpfen. Die Gründung der antifaschistischen, erst viel später kommunistisch dominierten Widerstandsbewegung war die Antwort auf Besatzung und Kollaboration und nicht umgekehrt.

Ab 2004, unter der ersten konservativen Regierung, die nach der Unabhängigkeit eine Parlamentswahl gewonnen hatte, eskalierte der Streit zu einem „kulturellen Bürgerkrieg“ (Godeša 2009).⁶⁵ Exemplarisch lässt sich das am 20. Jahrestag der Ausrufung der slowenischen Souveränität zeigen. Zu diesem Jubiläum schrieb das Schulministerium – geleitet durch einen Minister der Sozialdemokraten („Socialni demokrati“, SD), der Partei, die sich aus der ehemaligen KPS entwickelte – einen Wettbewerb für Schülerinnen aus, die aufgefordert waren, über die Entstehung des Staates nachzudenken, zu forschen und zu schreiben. „Ereignisse, die unsere Zukunft veränderten“

⁶⁴ Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff siehe Luthar/Luthar (2006).

⁶⁵ Die Politikwissenschaftlerin Sabrina Ramet stellt fest, dass historische Fakten bei dieser stark politisch motivierten Diskussion ohnehin keine Rolle spielen (vgl. Ramet 2008: 42). Die Frage der Diffamierung des Partisanenkampfes und der moralischen Rehabilitierung der Domobranzi ist für politische Akteurinnen auf beiden Seiten auch deswegen so emotional aufgeladen, weil sie häufig eng mit der eigenen Familiengeschichte verbunden ist. Die Trennlinie verläuft im Wesentlichen zwischen den reformierten Kommunistinnen und den neuen bürgerlichen Parteien. Die zwei Lager stimmen zwar darin überein, dass es sich um Unrecht gehandelt hat, auch teilen sie die Ansicht, dass dieses untersucht werden soll. Doch nach Jahren der politischen Vormachtstellung der reformierten Kommunisten, ist bei diesen ein Fehlen des politischen Willens zur Aufarbeitung feststellbar (vgl. Ferenc 2008). Es war die bürgerliche Opposition, die es wagte, in den Achtzigerjahren an das Schicksal der Domobranzi zu erinnern. Bis heute sind mehr als 400 Massengräber bekannt. Der Vorwurf der Verharmlosung des Nachkriegsgeschehens, der sich an das linke politische Lager richtet, ist deshalb nachvollziehbar.

hieß es auf dem Plakat zu dieser Ausschreibung, das für Aufregung sorgte. Denn als zukunftsverändernd wird neben dem 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Sloweniens auch der 70. Jahrestag der Gründung der antifaschistischen Befreiungsfront aufgeführt. Die öffentliche Diskussion darüber ging so weit, dass einige der bedeutendsten Vertreterinnen der demokratischen Opposition der Achtzigerjahre – darunter auch der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Lojze Peterle – ihre Teilnahme am zentralen Staatsakt zum Unabhängigkeitstag absagten. Bemängelt wurde, dass es sich bei dem Plakat aufgrund der Aufwertung der Befreiungsfront um eine Abwertung des neuen Staates handele. Die Gegnerinnen stützten sich auf eine Geschichtssynthese des slowenischen Staates, zu der die mit dem Sozialismus identifizierte Befreiungsfront aufgrund des Nachkriegsgeschehens nicht zählen durfte.

Wer in diesem geschichtspolitischen Bürgerkrieg die Deutungshoheit letztendlich gewinnt, ist noch immer nicht entschieden. Repe sieht im aktuellen Geschichtsbild jedenfalls eine Rechtsorientierung (Repe 2011: 2 und 22).

2. Das postsozialistische Erinnern und Vergessen

Beschrieben wurde die Abwertung der geschichtspolitischen Leitbilder Jugoslawiens: die Umdeutungen der Gestalt Titos, der (als sozialistisch gedeutete) Kampf gegen die Okkupation, die Kollaboration mit den Besatzerinnen, dazu die historische Auslassung der jugoslawischen Abkehr von der Sowjetunion. Damit wird das Bild eines totalitären Staates konstruiert, wodurch der politische Wandel, die Loslösung und die anschließende Europäisierung Sloweniens als positiv bewertet werden. Als gemeinsamer Nenner der geschichtspolitischen Diskussion dient die Konstruktion einer sozialistischen Zeit, in die eine politische Fehlsteuerung projiziert und die deshalb negativ bewertet wird.

Das historische Erinnern hat mit der Art zu tun, wie das Gedächtnis auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene funktioniert. Elena Esposito betont,

dass das soziale Gedächtnis stets ein Phänomen der Gegenwart ist, und macht deutlich, dass es in der Differenz zwischen Erinnern und Vergessen besteht (Esposito 2002: 24f). Erinnert wird das, was auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene, wie in den Tagesmedien, kommunikativ wiederholt wird; was jedoch nicht wiederholt wird, wird vergessen. Nehme ich daher an, dass der Begriff einer postsozialistischen Jetztzeit, die sich von der sozialistischen Jetztzeit unterscheidet, verwendet wird, dann bedeutet das gleichzeitig, dass das sozialistische Gedächtnis anders war, als es das postsozialistische ist. Im Sozialismus wurde anderes erinnert und vergessen als nach seinem Niedergang.

Esposito fügt zu der Vergangenheits- auch eine Zukunftskonzeption hinzu, die der jeweiligen Gegenwart eigen ist, und beschreibt die „Projektionen in Vergangenheit und in Zukunft“ als „Modi‘ des Umgangs mit Daten aus der Gegenwart“ (Esposito 2002: 31). Die Vergangenheit und die Zukunft werden so zu Funktionen der gegenwärtigen, der heutigen Perspektive. In diesem Verständnis wird die Zeit wie eine Kette von aufeinanderfolgenden Gegenwarten imaginiert: Die gegenwärtige Gegenwart verfügt über eine eigene Zukunft und über eine eigene Vergangenheit, die von der vergangenen Gegenwart verschieden ist, welche genauso eine eigene (vergangene) Vergangenheit und (vergangene) Zukunft voraussetzte (vgl. ebd.: 275).

Es wird eine Zwangsläufigkeit in der chronologischen Abfolge historischer Ereignisse angenommen. Deshalb konstatiert der Kulturwissenschaftler Jan Assmann in einem Nachwort zu Espositos Buch, sie sei dem soziologischen Präsentismus verfallen. Er vermisst die Anachronismen, „die Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen, das Gestern im Heute, die vielschichtige Komplexität kultureller Zeit“ (Assmann 2002: 414). Er vermisst die Einbeziehung der Beobachtung, dass historische Phänomene unterschiedliche Zeitqualitäten aufweisen; etwas, das Reinhart Koselleck mit *Zeitschichten* bezeichnete, womit er die unterschiedlichen Wandlungsgeschwindigkeiten der sozialen Veränderung beschrieb (vgl. Koselleck 2000: 26). Menschliche Handlungsmuster weisen unterschiedliche Dauer auf. Unterschiedliche Zeitwahrneh-

mungen existieren nur deswegen, weil sich diese Handlungsmuster unterschiedlich schnell – in mehreren Zeitschichten – wandeln (vgl. zu Kosselck auch Baur 2005: 100f).

Dennoch übt die Gegenwart im nationalen Diskurs eine Dominanz aus, fußt auf konkreten Regeln (im vorliegenden Fall der Negativ-Setzung des sozialistischen Jugoslawiens) und ist bestimmt durch *Kontingenz*. Esposito stützt sich auf die Überlegungen Aristoteles' und beschreibt den kontingenten Geschichts- und Zukunftsentwurf: Kontingent ist die Zukunft in dem Sinne, dass sie zwar unbekannt ist, dass man nicht weiß, wie sie aussehen wird, sie trotzdem aber *nicht* ungewiss ist; denn die Zukunft wird ähnlich wie die Gegenwart vorherbestimmt; die Zukunft steht „im Einklang mit der Vorstellung einer wohlgeordneten Welt“ (Esposito 2007: 28). Dieses Modell wird auch in die Geschichte projiziert. So zeigt sich am Beispiel des slowenischen nationalen Diskurses, dass die sichere bzw. angestrebte Zukunft eine europäische ist; der jugoslawische Sozialismus findet in der Erzählung nur dann Platz, wenn er als überwunden beschrieben wird.

Wenn das Gedächtnis in der Differenz zwischen Erinnern und Vergessen existiert, dann existiert eine historische Erzählung in der Differenz zwischen vorher und nachher. Mit Hilfe der Begrifflichkeit Espositos kann gefragt werden, was gestern erinnert und vergessen wurde, und was heute erinnert und vergessen wird – das sind jeweils die erwähnten Projektionen in die Gegenwart und in die Zukunft. Der gesellschaftliche Bruch, die Änderung, kann schließlich dadurch erklärt werden, dass Historikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen in Aussagen anfangen das gesellschaftliche Gedächtnis zu ändern. In dem Moment, da Erinnern und Vergessen anders organisiert ist, kann auch die Zukunft anders konzipiert werden. Wenn eine andere zukünftige Realität vorgestellt wird und dies kommunikativ vermittelt und wiederholt wird, ist die Gegenwart eine andere.

Anhand der Raumkonstitution wird sichtbar, dass es dieselben Raumelemente sind, die in gleicher Weise sowohl in den nationalen Raum- wie in die wissenschaftliche Deutungen eingehen: die Einen werden über die

Erinnerung eingeschlossen, die *Anderen* über das Vergessen ausgeschlossen. Vergessen wird das, was mit dem früheren Jugoslawien in Relation gebracht wird; neu-erinnert wird das, was mit Europa bzw. dem k. u. k. Raum identifiziert wird.

a. Geschichtlicher Ausschluss

Das Augenmerk soll zunächst auf den Auslassungen in der Narration der Entstehung des unabhängigen Staates gelegt werden. Orientiert wird sich dabei am Vorschlag von Mary Douglas. Bei der Frage, welches Essen Menschen zu sich nehmen, schlägt Douglas nicht etwa vor, die betreffende Personengruppe zu fragen, was sie isst oder was sie erinnert, gegessen zu haben; sie schlägt vor deren Müll danach zu untersuchen, was sie weggeworfen hat und „vergaß“ zu erwähnen (Douglas 1991: 76, Orig. 1986).⁶⁶

Nicht nur wurde Tito als Mythos dekonstruiert, vergessen und umgedeutet, sondern auch wer Täterin und wer Opfer im Zweiten Weltkrieg war, ebenso wie die Frage, ob die nationale Befreiungsfront zur Staatswerdung Sloweniens beitrug oder die Tatsache, dass Jugoslawien nicht von der Sowjetunion dominiert war, sondern politisch eine eigene Form des Sozialismus (die Arbeiterselbstverwaltung) entwickelte. Die slowenische postsozialistische Geschichtsschreibung vergisst zu erwähnen, dass es bereits in dem sich im Reformprozess befindlichen Jugoslawien der Achtzigerjahre eine politische Tendenz zur Europäisierung gab. Die Kommunistische Partei Sloweniens veröffentlichte im Jahr 1989 ein Programm mit dem Titel „Europa jetzt! Mit Jugoslawien nach Europa“, in dem

⁶⁶ Sie bezieht sich auf mehrere Arbeiten Robert Mertons, in welchen er den „back-door approach“ wählt: Er fragt nicht danach, wie Menschen über den Einfluss, den die Gesellschaft auf sie ausübt, denken, sondern wie bestimmtes Denken überhaupt verunmöglicht wird, wie gewisse Erinnerungen vergessen werden, sodass ein soziales System weiterhin funktionieren kann. Die Frage ist „What are the impossible thoughts?“ (Douglas 1991: 76) und sie beschäftigt auch die Diskurstheoretikerinnen. Siegfried Jäger z. B. spricht über die „Begrenzung des Sagbaren“ als bestimmte Aussagen, welche im dominanten Diskurs nicht geäußert werden dürfen (Jäger 2001: 83f; 2004: 130).

sie für einen europäischen Weg plädierte.⁶⁷ Der kommunistische Parteiveteran France Klopčič formulierte bereits im Jahr 1983 ein von der politischen Elite diskutiertes Programm, in dem er für mehr nationale Unabhängigkeit und eine Neuverhandlung des finanziellen Ausgleiches zwischen den Republiken eintrat (Interview mit Klopčič in: Sodobnost 1984; siehe auch Vodopivec 2006: 472f). Diese Sachverhalte fügten sich zehn Jahre später nicht in die vorherrschende Deutung ein, nach der das rückständige Jugoslawien zu verlassen war. So blieb die Rolle der reformierten Kommunistinnen in den historischen Synthesen häufig unerwähnt. Es ist eine Entwicklung, die im heutigen historischen Narrativ keinen Platz hat. Denn geschichtlich wird im nationalen Diskurs gerade die Reformunfähigkeit der Kommunistinnen und zivilisatorische Rückständigkeit Jugoslawiens betont, um die Sezession zu rechtfertigen. Eine mögliche alternative historische Entwicklung, in der Jugoslawien tatsächlich demokratische Reformen durchführte und sich um eine EWG-Mitgliedschaft bemühte, kann heute nicht gedacht werden. Sie stellt vielmehr eine systematische Auslassung dar; ja sie wird sogar negiert und dahingehend gedeutet, dass Jugoslawien zu solch einem Projekt gar nicht in der Lage gewesen wäre.

Ähnlich verhält es sich mit der Erzählung über die Einheit des slowenischen Volkes, welches sich beim Referendum über die Selbstständigkeit fast einstimmig für einen neuen politischen Weg außerhalb des jugoslawischen Staatenbundes entschied. Doch obwohl eine beeindruckende Mehrheit im Dezember 1990 für die Loslösung von Jugoslawien gestimmt hat, ergaben Meinungsumfragen nur wenige Wochen vor der Ausrufung der Selbstständigkeit im Juni 1991, dass – einige Monate nach dem Referendum – fast die Hälfte der Bevölkerung ihre Meinung geändert hatte. Dieser Umstand ließe sich mit der drohenden Gefahr eines Vergeltungsanschlags der

⁶⁷ Siehe auch Teil II.4 dieser Arbeit. Es handelte sich zu diesem Zeitpunkt weniger um eine konkrete politische Forderung nach einem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vielmehr um eine als „europäisch“ beschriebene Entwicklungsrichtung der Parteireformen (vgl. Balažic 2002). Die KPS behielt jedoch auch nach den ersten demokratischen Wahlen und ihrer Umbenennung in die „Partei der demokratischen Erneuerung“ den Slogan bei und übersetzte ihn in ein politisches Programm der europäischen Annäherung.

jugoslawischen Armee erklären. Gleichwohl ist aber die nationale historische Erzählung mit der Durchsetzung bestimmter konstruierter Wahrheiten verknüpft: mit der Deutung, dass ein Volk mit einer Stimme über seinen weiteren politischen Weg entschieden hatte.

b. Geschichtlicher Einschluss

Was aber wurde neu erinnert oder sogar neu entdeckt? Die Geschichte, die mit der gewählten Zukunftskonzeption im Einklang steht und die Hinwendung zu Europa vorwegnimmt. Das Positiv-/Negativ-Schema wird dabei noch weiter in die Vergangenheit projiziert: So sind historische Personen, die für das eigene Staatliche von symbolischer Bedeutung sind, noch vor wenigen Jahren anders gedeutet bzw. gar vergessen worden. Ein Beispiel ist die Reiseschriftstellerin Alma Karlin, die zwischen den Weltkriegen einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hatte. Sie wurde Ende des 19. Jahrhunderts in Celje, in der damaligen Habsburgermonarchie geboren – heute ist die Stadt Teil des slowenischen Nationalgebietes. Nach längeren Auslandsaufenthalten kehrte Alma Karlin immer wieder in ihren Geburtsort zurück. Dass sie aber aus einer deutschsprachigen Familie stammte und ausschließlich in deutscher Sprache schrieb, war kein Hinderungsgrund, sie im postsozialistischen Slowenien neu zu entdecken: Zahlreiche ihrer Bücher wurden erst nach der Selbstständigkeit des Landes ins Slowenische übertragen; in der medialen Berichterstattung wird sie häufig als „slowenische Autorin“ bezeichnet; in ihrem Geburtsort wurde ihr ein Denkmal gesetzt.⁶⁸

Die Monarchie erlebte im Rahmen des Systemwechsels ohnehin eine Wiedergeburt.⁶⁹ Prunk beschreibt die gegen die k. u. k. Monarchie gerichtete Idee eines südslawischen Verbundes bereits am Ende des 19. Jahrhunderts,

⁶⁸ An diesem Beispiel wird erneut deutlich, dass die raumtheoretische Unterscheidung zwischen einem konkret lokalisierbaren (geografischen) Ort und Raum sinnvoll ist. Denn es muss denkbar sein, dass mit einem Ort unterschiedliche Räume verbunden werden. Der Geburtsort Celje (im heutigen Slowenien) ist Teil zweier historischer Raumkonstrukte: des slowenischen und des österreichischen Staates und der damit verbundenen Geschichtsdeutungen, die den nationalen Raum konstituieren.

⁶⁹ Bezeichnend ist auch die Tatsache, dass Otto von Habsburg (in seiner Funktion als langjähriger Europapolitiker) bereits im Jahr 1990 die (neue konservative) politische Führung besuchte.

als etwas, dass „den Sinn und die Notwendigkeit des slowenischen Staates und manchmal auch die Perspektive des slowenischen Volkes negiert hat“ (Prunk 1990: 10).

Ähnlich wurden nach 1991 Ausstellungen und Bücher dem genauso auf dem heutigen slowenischen - damals österreich-ungarischen - Gebiet geborenen „slowenischen Erfinder und Industriellen“ Janez Puh bzw. Johann Puch gewidmet. Obwohl er sowohl seine Ausbildung wie auch die spätere Gründung der Puch-Werke auf dem Gebiet des heutigen Österreichs leistete und seine Fabrik Lieferant des Heeres der Habsburgermonarchie war, wird ihm heute zugeschrieben, dass er seine slowenische Identität stets bewahrt habe, wie es die slowenische Historikerin Kristina Šamperl Purg (2000: 380) schreibt. Es wird ihm jedoch offensichtlich auch eine österreichische Identität und Bedeutung für Österreich zugeschrieben, denn im (heute österreichischen) Graz ist ihm ein Museum gewidmet - genauso wie in seinem (heute slowenischen) Geburtsort Sakušak. Seit der Konstituierung des slowenischen Staates wurden Puh/Puch einige historische Ausstellungen gewidmet. Die slowenische Historikerin, die im Postsozialismus zu seiner Person veröffentlichte, stellte sich sogar selber die Frage, wieso er im sozialistischen Slowenien in Vergessenheit geraten war. Sie führt dies auf mehrere Faktoren zurück (wie z. B. die Quellenlage), von denen aber keiner mit dem Phänomen der neuen slowenischen Staatlichkeit zu tun hat (vgl. Šamperl Purg 1998).

Ein prominentes Beispiel der für das Nationale bedeutenden symbolischen Elemente, die in die Konstruktion der heutigen Staaten eingehen, sind auch die Lipizzaner. Die Pferde werden mit der Spanischen Hofreitschule in Wien und mit dem kaiserlichen Hof der Habsburgermonarchie verbunden. Doch ist der Name mit dem Gestüt im heute slowenischen Ort Lipica assoziiert – der Zuchtstätte der Lipizzaner in der Monarchie. Nachdem Slowenien 1999 bei der Welthandelsorganisation eine geografische Ursprungsbezeichnung registrieren lassen wollte, um Slowenien als alleiniges Ursprungsland der Lipizzaner anzuerkennen, ging der Streit so weit, dass die Republik

Österreich mit einer Blockade der slowenischen EU-Beitrittsverhandlungen drohte (siehe Delo 1999b).⁷⁰

3. *Europäisierung der Geschichtsschreibung*

Einen Verbündeten fanden die Gegnerinnen der positiven Aneignung der sozialistischen Vergangenheit in der europäischen Erinnerungspolitik, in der jegliche Totalitarismen verurteilt werden. So erreichte die Diskussion zum 60. Jahrestag des Sieges über den Faschismus einen weiteren Höhepunkt, als die konservative Regierung im Rahmen der Jubiläumsfeier auch der Opfer der Nachkriegsverbrechen gedachte. Kritikerinnen machten erneut auf die Täterin-Opfer-Umkehr aufmerksam.

Der Deutungskampf wurde auch an anderen Fronten weitergeführt. Nachdem z. B. 1991 „Tito-Straße“ in Ljubljana symbolischerweise in „Wiener Straße“ und später in „Slowenische Straße“ umbenannt wurde, beschloss der Stadtrat 2009 eine neu gebaute Straße wiederum nach Tito zu benennen. Konservative Politikerinnen und Kulturschaffende verabschiedeten eine Erklärung dazu und schrieben, dass sich das Land mit seiner neuen Verfassung für europäische Grundsätze ausgesprochen habe – Grundsätze, die in Titos Jugoslawien missachtet worden seien, mit dem erneuten Verweis auf die Nachkriegsverbrechen (vgl. Delo 2010). Nachdem das Verfassungs-

⁷⁰ Auf Betreiben Österreichs intervenierte die Europäische Kommission bei der WTO, um die Eintragung zu verhindern. Slowenien und Österreich trafen daraufhin die Vereinbarung, die Frage in bilateralen Gesprächen zu klären, wobei Lipizzaner schließlich bis heute kein eingetragenes Warenzeichen sind, Lipica als Ursprungsort der Lipizzaner mittlerweile aber von Österreich anerkannt wird. Da es sich auf beiden Seiten um ein nationales Symbol handelt, kam es dennoch 2002 erneut zu Streitigkeiten bzgl. des Rechts auf die Stammbaumführung (vgl. Ferenc/Repe 2004). Den Stellenwert der nationalen Bedeutung bezeugt auch, dass sich im Streit regelmäßig sichtbare slowenische Literatinnen äußerten. Boris A. Novak gründete den „Verein der Freunde von Lipica“ und warf der damaligen Regierung vor, die Lipizzaner für den EU-Beitritt des Landes verraten zu haben (Delo 1998b).

Entschlüsselt man den heutigen slowenischen und den österreichischen nationalen Raum, stößt man auf die symbolische Bedeutung der Lipizzaner auf beiden Seiten. Als symbolisches Element gehen sie in die Raumsynthese dies- und jenseits der Grenze mit ein. Auf dieser Ebene lässt sich erklären, wieso es für die Vertreterinnen des österreichischen Staates nahezu unmöglich war, die Stammbaumführung der Lipizzaner dem anderen Land zu überlassen. Dies würde nicht zuletzt die eigene nationale Geschichte hinterfragen. Ein ähnliches Beispiel sind die EU-Beitrittsverhandlungen Mazedoniens, die aufgrund des symbolischen (und geschichtlichen) Namensstreites mit Griechenland seit 2005 (als Mazedonien offiziell Beitrittskandidat wurde) blockiert werden.

gericht in der Sache angerufen worden war, erklärte dieses die Benennung 2011 für verfassungswidrig, da sie die Menschenwürde verletze. Die Richterinnen begründeten ihre Entscheidung mit der Resolution des Europarates zur Verurteilung der Verbrechen von totalitären kommunistischen Regimen von 2006, in der die Achtung der einzelnen Schicksale der Menschen, die am System gelitten hatten, in den Vordergrund gestellt wird. Auch auf die „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ von 2009 beriefen sich konservative Politikerinnen darauf, dass der jugoslawische Kommunismus nicht weniger totalitär gewesen sei als derjenige in anderen Staaten und dass er sich nicht wesentlich von dem sowjetischen System unterschieden habe. Da jedoch die Gegner der Totalitarismus-These stets über ausreichend politischen Einfluss verfügten, ergaben sich daraus keine weiteren Konsequenzen. So hat sich das slowenische Parlament zwar über die europäische Entschließung informieren lassen, selbst aber keinen symbolisch unterstützenden Beschluss gefasst.

Öffentlich diskutiert wurde in Slowenien auch eine Studie der Europäischen Kommission von 2009 zum Bewusstsein in der EU über die Verbrechen der totalitären Regime (Closa Montero 2009). Die Autorinnen der Studie gehen davon aus, dass die Aufarbeitung aller totalitären Regime, zu denen sie auch Jugoslawien zählen, nach denselben Kriterien erfolgt. Für Slowenien bemängeln sie die Tatsache, dass es – im Gegensatz zum Umgang mit den faschistischen Verbrechen – keine Verurteilung der kommunistischen Verbrechen gab (ebd.: 24 und 227); und ebenso, dass politische Funktionärinnen des alten Systems, darunter auch Richterinnen, ihre Positionen behalten durften und dass für sie eine informelle „De facto-Amnestie“ bestünde (ebd.: 192 und 195).⁷¹ Die Studie berücksichtigt jedoch nicht die Besonderheit, dass ein Teil der slowenischen Kommunistinnen schon früh einen Reformprozess durchlaufen und eine positive Rolle in der Demokratisierung des Landes gespielt hatten. Eine allgemeine politische

⁷¹ Slowenien verabschiedete eine einzige indirekte Lustrationsmaßnahme: Diejenigen, die an Verbrechen gegen Menschenrechte beteiligt waren, dürfen nicht als Richterinnen arbeiten.

Verurteilung von Personen ist tatsächlich schwer umzusetzen, denn selbst Ministerpräsidentinnen und Staatspräsidentinnen des demokratischen Sloweniens bekleideten zum Teil schon im alten System hohe Ämter und Funktionen. Die Studie wurde auch von Historikerinnen als vereinfachend kritisiert; das an ihr mitwirkende „Studienzentrum für nationale Versöhnung“ hingegen nahm sie in Schutz und nutzte die Gelegenheit, um öffentlich anzuprangern, dass die europäische Resolution vom slowenischen Parlament nicht bestätigt worden ist (Valič 2011).

Obwohl die europäische Integration erfolgreich abgeschlossen wurde und daher eine negative Verurteilung der sozialistischen Vergangenheit keine Funktion über die tagespolitische Auseinandersetzung hinaus mehr erfüllte, gewann das Konzept durch die europäische Dimension wieder an Bedeutung. So wurde 2008 das oben genannte Studienzentrum durch die konservative Regierung gegründet, welches den kommunistischen Totalitarismus in Slowenien wissenschaftlich untersuchen soll und sich vor allem mit den Nachkriegsverbrechen beschäftigt. 2011 hat dieselbe Regierung die allgemeine Begehung des europaweiten Tages des Gedenkens für die Opfer aller totalitären Regime in Slowenien beschlossen. In den Jahren zuvor, seit seiner europäischen Einführung, wurde der Tag nur vereinzelt begangen, z. B. durch öffentliche Veranstaltungen seitens des Studienzentrums.

Ein verallgemeinerndes Gedenken an totalitäre Regime, das nicht zwischen sozialistischen und faschistischen unterscheidet und letztlich auch die Unterscheidung zwischen Täterinnen und Opfern verwischt – welches vor allem für das jugoslawische Selbstverständnis von Bedeutung war – lässt sich in die slowenische Erinnerungslandschaft weiterhin nur konflikthaft übertragen.

Der vollzogene Beitritt Sloweniens zur EU als nationaler Erfolgsgeschichte und Realisierung des wichtigsten gesellschaftlichen Zieles wäre an sich Grund genug, dass die Geschichtswissenschaft erneut nach europäischen Bezügen in der nationalen Geschichte sucht. Es überrascht daher nicht, dass

von Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen z. B. eine paneuropäische Idee beschrieben wird, welche Sloweninnen bereits vor der jugoslawischen Ära unterstützt hätten (Rahten 2007). Dazu wird eine Deutung der Nationalgeschichte vorgenommen, welche die Erfüllung des historischen Wunsches nach der Vereinigung aller Sloweninnen (auch derjenigen, die Jugoslawien aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen verließen) in einem Staat mit der europäischen Integration vollzogen sieht (Klemenčič 2007). Doch wird dadurch, gestärkt durch die europäische anti-totalitäre Erinnerung, auch die sozialistische Zeit mitverhandelt. Der slowenische Unabhängigkeitsweg mit der Abkehr vom Sozialismus wird rückwirkend als richtig bestätigt und absolut gesetzt.

4. Zusammenfassung: Raumbezüge in der Geschichtsschreibung

Die jugoslawische Geschichtsschreibung erlebte im Postsozialismus eine Aktualisierung. Festzuhalten ist dabei, dass politische Umbrüche mit einer geschichtlichen Selektivität zusammenhängen, die sich als räumlich strukturiert zeigt. Der Prozess der Konstitution des politischen Raumes korrespondiert auch mit seiner Geschichtsschreibung. Dies war in Jugoslawien nicht anders als heute in Slowenien der Fall.

Das geschieht, weil im nationalen Diskurs sowohl räumliche Vorstellungen wie geschichtliche Erinnerung durch eine auf zwei Ebenen analog verlaufende Differenzsetzung konstruiert werden: einerseits als Raum in der Unterscheidung zwischen Ein- und Ausschluss; andererseits als Geschichte in der Unterscheidung zwischen dem, was institutionell erinnert und was vergessen wird. Der nationale Raum erlaubt bestimmte historische Synthesen und verhindert andere. Er wird von der Jetztzeit aus in Geschichte (und Zukunft) projiziert: Deshalb wird Europa zum Ursprung Sloweniens. Deshalb wird die k. u. k. Geschichte positiv und die jugoslawische negativ bewertet.

Damit wurde in der geschichtspolitischen Debatte eine Norm gesetzt, die bis heute ihre Wirkung zeigt. Gestärkt wird sie von der aktuellen Entwick-

lung der europäischen anti-totalitären Gedenkkultur, die in den nationalen Diskurs Sloweniens als Gedenken an die massenhaften Exekutionen nach dem Zweiten Weltkrieg übersetzt wird. Jeglicher positive Bezug zum Sozialismus wird durch „Europa“ undenkbar. Infolgedessen bleiben spezifische historische Besonderheiten der slowenischen sozialistischen Geschichte in der Debatte ausgespart. Ob „Europa“ (nicht nur) in Slowenien dabei einen einseitigen Geschichtsblick fördert und das sozialistische Jugoslawien allzu pauschal verurteilt wird, müsste von der Forschung jedenfalls diskutiert werden.

V. Die neuen staatlichen Grenzen

Vor dem Referendum über die Unabhängigkeit erstellte die erste demokratisch-gewählte slowenische Regierung⁷² Arbeitsmaterialien, in denen sie Stellung zu Fragen der möglichen bevorstehenden Unabhängigkeit Sloweniens bezog, darunter auch zur Frage der neuen Grenzen des slowenischen Staates (Republik Slowenien 1990a: 31). Darin wird die Erwartung ausgedrückt, dass die Ausrufung der Unabhängigkeit Sloweniens auf die drei bereits bestehenden zwischenstaatlichen Grenzen zu Österreich, Italien und Ungarn keine Auswirkungen haben werde. Diese waren zwischen Jugoslawien und den einzelnen Nachbarländern mit bilateralen Abkommen bereits verbindlich festgelegt.⁷³ Die Abkommen würde Slowenien im Rahmen der Sezession übernehmen, was nach der Unabhängigkeit auch geschah. Die Grenze zu Kroatien hingegen war im jugoslawischen Bund eine zwischen zwei Republiken, die keine größere politische Rolle spielte und lediglich als Verwaltungslinie diente. Mit der möglichen Ausrufung der Unabhängigkeit sah das Dokument vor, die bereits existierenden Republikgrenzen als Staatsgrenzen festzulegen.⁷⁴

Historisch war die Frage des slowenisch-kroatischen Grenzverlaufs seit dem 19. Jahrhundert, als sowohl von Seiten der Slowenen wie der Kroaten erste nationale politische Forderungen innerhalb der k. u. k. Monarchie

⁷² Genauer: Exekutivrat der Versammlung der Republik Slowenien („Izvršni svet skupšine Republike Slovenije“), der offiziell im darauf folgenden Jahr 1991 in die Regierung der Republik Slowenien umbenannt wurde.

⁷³ Die staatliche Grenze zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Italien wurde im Friedensvertrag 1947 verhandelt. Das Freie Territorium Triest (Artikel 4 des Vertrags) wurde 1954 durch das Londoner Memorandum zwischen den beiden Staaten aufgeteilt und durch den Vertrag von Osimo 1975 eindeutig als zwischenstaatliche Grenze festgeschrieben. Die Grenze zu Österreich wurde seit dem Vertrag von Saint-Germain nach dem Ersten Weltkrieg nicht geändert und 1976 durch ein bilaterales Abkommen bekräftigt. Die Grenze zu Ungarn wurde im Friedensvertrag mit Ungarn 1947 geregelt und seitdem ebenfalls nicht geändert.

⁷⁴ Die Frage wurde zuvor bereits ähnlich von der sich in Reform befindenden kommunistischen Führung Sloweniens, die sich für eine Reorganisation und Dezentralisierung der Föderation einsetzte, behandelt (siehe das interne Arbeitspapier des letzten einparteiischen Exekutivrats: Republik Slowenien 1990b). Die neue anti-kommunistische Regierung wollte die Dokumentation nicht übernehmen, tat dies allerdings automatisch, da die Regierungsstellen, welche die Positionen erstellten, größtenteils von den selben Personen wie vor der Sezession besetzt waren (hierzu Repe 2003: 71).

formuliert und verbreitet wurden, kein Thema das einer Lösung bedurfte. Vielmehr als die Unterschiede zwischen den beiden Völkern wurde aus Angst vor Germanisierung und Romanisierung die „Brüderlichkeit und Einigkeit“ – einst Parolen Jugoslawiens – betont. Politisch handelte man einträchtig (Podgoršek 2008: 385). Deswegen wurde auch nach dem Zerfall der Monarchie, im Königreich Jugoslawien, wie auch später im sozialistischen Jugoslawien, eine politische Grenze zwischen dem slowenischen und dem kroatischen Teil der Föderation nie gesetzlich geregelt (hierzu Zajc 2006: S. 12-16; Celar 2002: S. 112-117). Die ersten politischen Verwaltungsbestimmungen wurden im Königreich Jugoslawien erlassen, welches 1939 mit der Gründung des teilautonomen Verwaltungsbezirks (Banschaft) Kroatien den zentralistischen Staatsaufbau und das Konzept eines unitären zugunsten eines föderalen Jugoslawiens verließ (Celar 2002: 109-11). Gestärkt wurde diese Verwaltungsgrenze während des Zweiten Weltkriegs, als es zu operativen Abmachungen zwischen der slowenischen und der kroatischen Befreiungsfront kam (Kristen 2002: 121).⁷⁵ Die Hoheit über das Meer gehörte dagegen gänzlich dem jugoslawischen Bund, welches die Seegrenzen zwischen den Republiken mangels eines politischen Anlasses, in keiner Form eindeutig bestimmte (Celar 2002: 170-172).

Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit verpflichteten sich beide neu entstandenen Staaten, den geografischen Verlauf der Verwaltungseinheiten am Tag der Ausrufung der Unabhängigkeit, dem 25.6.1991, als zwischenstaatliche Grenze zu respektieren. Die Seegrenze galt es im Rahmen des internationalen Seerechts zu klären. Doch es stellte sich heraus, dass es an Land zu Überlappungen in den Katastereinträgen kam, sodass Gebiete entstanden, die beide Staaten beanspruchten. Zur Klärung sollten „minimale

⁷⁵ Als grober Schlüssel zur Bestimmung der Grenze wurde dabei die Sprache benutzt. Kommandant Milan Guček schreibt in seinen Memoiren, dass die Grenze „dort war, wo die Menschen noch ausgeprägt slowenisch sprechen“ (zitiert nach Josipovič 2011: 247). Josipovič bemerkt, dass die „Reinheit“ der slowenischen Sprache dabei idealisiert war und sich die Vorstellung über einen Raum der Slowenen „aus den Köpfen der Kommandanten“ geografisch niederschlug.

Abweichungen“ – so der Wortlaut aus dem slowenischen Außenministerium (Delo 1991d) – in den Katastereinträgen angepasst werden. Doch solche versöhnlichen Töne währten nicht lange. Bis heute sind von den ursprünglichen 53 Diskrepanzen vier Gebiete auf dem Festland und der Verlauf der Grenze im Meer insgesamt umstritten.⁷⁶

Bei der Messung der öffentlichen Meinung 1991 hatten sich beinahe zwei Drittel der Slowenen dafür ausgesprochen, dass die Grenze zu Kroatien entweder gar nicht oder lediglich vorübergehend, bis zum Ende des Krieges in Kroatien kontrolliert werden sollte (Toš et al. 1999: 93). Gleich zu Beginn des Grenzstreits war jedoch ein abrupter Wandel der öffentlichen Meinung zu beobachten. Als 1990 die Frage gestellt wurde, welches Land die größte Gefahr für Slowenien darstelle, wurde an erster Stelle (mit 47,2%) Serbien genannt, Kroatien (mit 3,8%) rangierte weit hinter den anderen Nachbarstaaten. Durch die gesamten 1990er hindurch rangierte hingegen an erster Stelle der Gefahren gerade Kroatien, im Jahre 1992 bereits mit 46,5%, (Serbien 17%).⁷⁷

Die neue slowenisch-kroatische Grenze wurde in kürzester Zeit von einer vollkommen offenen zu einer geschlossenen Grenze umgedeutet, von der eine Gefahr für das gesamte Slowenien ausging. In diesem Zusammenhang zeigt sich ein weiteres Phänomen: Obwohl es die Grenze in dieser Form nie zuvor gab, wurde sie – nachdem sie einmal markiert war – als eine historisch gegebene wahrgenommen; sie wurde sowohl seitens der politischen Akteure als auch von Wissenschaftlern zu der schlechthin ältesten Grenze in Europa erklärt: zu einer Grenze zwischen dem Heiligen Römischen Reich und dem Ungarischen Königreich, etabliert um das Jahr 1200, zur Grenze zwischen der k. u. k. Monarchie und dem Osmanischen Reich, auch zur Grenze zwischen

⁷⁶ Während Slowenien für sich den Zugang zu internationalen Gewässern beansprucht, will Kroatien einen direkten territorialen Kontakt am Meer zu italienischen Gewässern (welcher den slowenischen Zugang zu internationalen Gewässern versperren würde).

⁷⁷ Nach 1992 wurde die Frage danach, ob die Grenze zu Kroatien eher eine offene oder eine geschlossene sein sollte, gar nicht mehr gestellt; es gab auch keine öffentliche Diskussion mehr über die Gestalt der Grenze. Für die Entwicklung über die Jahre siehe Toš et al. (1999: 20, 93, 201, 272, 438, 475, 617).

dem österreichischen und dem ungarischen Teil der Doppelmonarchie (siehe etwa Grafenauer 1991; Fatur 2008; Troha 2011).

Dem Phänomen der Historisierung dieser Grenze ist ein *erster* Schritt der folgenden Ausführung gewidmet. Darin wird gezeigt, dass die Grenze auf dieselbe Weise konstituiert wurde wie der Raum, indem die im nationalen Diskurs bedeutenden symbolischen Raumelemente an der Grenze platziert wurden, wodurch der Raum als objektive Faktizität wahrgenommen werden konnte. Die Verbindung zwischen Raum und seiner Grenze wird, *zweitens*, auch an empirischen Beispielen an der Grenze zu Österreich und Italien verdeutlicht, die im Rahmen des nationalen Diskurses umgedeutet wurden. *Drittens* wird beschrieben, wie Grenzen, einmal etabliert, auf die soziale Welt zurückwirken; diese Dynamik wird auch auf die Europäisierung der Grenze bezogen.⁷⁸

1. *Geschichtliche Konstruktion der Grenze zu Kroatien*⁷⁹

Der Wandel in der Konstitution der Grenze wird im nationalen Diskurs nachvollziehbar: zunächst geht die territoriale Grenzziehung auf medial vermittelte sprachliche Akte im Rahmen der parlamentarischen Diskussion zurück. Nachdem die Nationalversammlung die Grundverfassungsurkunde über die Selbstständigkeit Sloweniens verabschiedete und Slowenien seine Unabhängigkeit von Jugoslawien ausrief, titelte die Tageszeitung Delo auf der ersten Seite feierlich „Republik Slowenien eigenständiger Staat!“. Begleitet wurde dies von einer Beschreibung und einer Fotografie der neuen Grenze auf der ersten Seite. Gezeigt wurde, wie slowenische Polizisten am Vortag „an acht ‚Grenzübergängen‘ [Anführungszeichen im Original], eigentlich an Grenzkontrollpunkten mit Kroatien“ standen und als Vorbereitung auf die

⁷⁸ Die Grenze zu Ungarn spielt im slowenischen nationalen Diskurs eine zweitrangige Rolle, ist die am wenigstens präsente Grenze und deshalb auch kein Teil dieser Darstellung.

⁷⁹ In abgewandelter Form sind die Abschnitte 1 und 2 als eigenständiger Artikel veröffentlicht (vgl. Kralj 2014 (2015)).

Ausrufung der Unabhängigkeit den Verkehr kontrollierten (Delo 1991a).⁸⁰ Die Grenze wurde auch detailliert beschrieben: „Der Grenzkontrollposten steht 300 Meter vor der Grenze zu Kroatien. Er besteht aus einer Betonplatte und Containern, in denen sich Büros, eine Küche und Schlafplätze befinden... An der Grenze stehen eine Schranke und eine Tafel mit der Aufschrift Republik Slowenien“ (ebd.).

Die beschriebene Konstitution dieser Grenze weist alle Elemente der Konstitution des Raumes auf und entspricht der Raumdefinition, der diese Arbeit folgt. Es handelt sich um die Anordnung von bestimmten Elementen, die den Grenzraum bilden (Betonplatte, Container). Dass es sich um die staatliche Grenze handelt, wird noch deutlicher durch die Betonung der symbolischen Elemente (die Tafel mit der Aufschrift und dem Staatswappen, die Nationalflagge). Weiter wird beschrieben: „Zum Zeitpunkt der Ausrufung der Selbstständigkeit wird die Grenzpolizei antreten und die slowenische Nationalflagge wird gehisst“ (ebd.). Die neue slowenisch-kroatische Grenze wurde vom ersten Tag ihrer Entstehung an unmittelbar mit der Entstehung des Staates verbunden, fungierte als sein Stellvertreter und Symbol.

Über Grenzübergänge wurde zur Zeit der Ausrufung der Unabhängigkeit noch nicht diskutiert, zumal davon ausgegangen wurde, dass zunächst nur Grenzzorte markiert werden sollten. Erst danach würde man über die „Natur“ der Grenze sprechen können – ob sie „offener“ oder „geschlossener“ gestaltet werden sollte (Delo 1991d). Die acht Grenzübergänge wurden mit einem Euphemismus bezeichnet: Das Wort Grenzübergang wurde durch die Anführungszeichen relativiert, als ob es sich tatsächlich um Verkehrskontrollpunkte handelte, die beinahe zufällig an der neuen Grenze installiert waren. Doch steht die vermeintliche Verkehrskontrolltätigkeit im Widerspruch dazu, dass die Beamten auf der Abbildung mit Sturmgewehren ausgestattet sind.

⁸⁰ Bilder (Fotografien, Entwürfe, Zeichnungen, Gemälde) bilden nicht nur die Wirklichkeit ab, sondern sie konstruieren sie auch, denn durch die aktive Gestaltung des Bildes wird eine räumliche Atmosphäre produziert (vgl. Löw 2008: 171).

Die Titelseite ist von einer inhaltlichen Diskrepanz, zwischen der Funktion der zwischenstaatlichen Grenze und dem, wie sie zunächst vermittelt wurde, geprägt: Auf der einen Seite sollte sie beim Nichtrespektieren des Staates offensichtlich mit physischer Gewalt (Gewehre) sanktioniert werden, auf der anderen Seite bestand man auf den Anführungszeichen und der Feststellung, dass es sich um bloße Verkehrskontrollen handele. „Am wichtigsten dabei ist, dass die Grenze zu Kroatien normal geöffnet bleiben wird und dass der Verkehr nicht gestört wird, dass es also kein Ende der Welt ist, wie einige befürchteten“, so weiter im Text. Doch zeigte sich bald, dass obwohl sie nicht das Ende *der* Welt gewesen sein mochte, sie gleichwohl das Ende einer Welt und den Beginn einer anderen markiert.

Die Anführungszeichen wurden in derselben Ausgabe auch erklärt. Der Vorsteher der Polizeiinspektion in Koper, Emil Čebokli, wendete sich ausdrücklich gegen den Begriff des Grenzüberganges und erläuterte: „Es handelt sich um reine Polizeiarbeit, die wir auch bisher bereits gemacht haben. ... Nachts wird das Gelände zwar beleuchtet sein, wir hätten die Arbeit aber auch ohne das Bauen der Plattform und anderer Maßnahmen (Beleuchtung, Markierungen, Container) erfüllt, was wir nur aus Sicherheitsgründen taten. Das heißt aber nicht, dass wir es hier mit einem Grenzübergang zu tun haben, denn wir haben nicht mal eine Schranke“ (Delo 1991b).

In der Debatte zur Verabschiedung des Verfassungsaktes über die Unabhängigkeit in der Nationalversammlung war das Thema der neuen Grenze dasjenige, das am längsten besprochen werden musste. Unter den politischen Akteuren herrschte Uneinigkeit über die Funktion der Grenze. Es wurde lange darüber diskutiert, ob eine Bestimmung verabschiedet werden sollte, welche die Offenheit der Grenze zu Kroatien garantierte (Delo 1991e), wofür der Abgeordnete France Kolečnik plädierte. Innenminister Igor Bavčar erklärte, dass „die Grenzkontrolle vorrangig da [sei], um die Flüchtlinge aus dem Osten, aus Afrika und Asien zurückzuweisen“ und betonte, dass die Grenze ohnehin „eher formaler Natur sein“ werde (Delo 1991b; Večer

1991c). 1991 widmete der erste demokratische gewählte Präsident Milan Kučan einen Teil seiner Rede über die Ausrufung der Selbstständigkeit auch der Grenzfrage und betonte dabei, dass die Schranken offen bleiben sollten (Delo 1991h). Vor allem reformierte Kommunisten, also jene, die auch historisch am längsten an der Zugehörigkeit zu Jugoslawien festgehalten hatten, hatten die größten Schwierigkeiten, die Grenze als eine geschlossene zu deuten.

Ähnliche Töne waren auch von kroatischer Seite zu hören. In einem Gespräch des kroatischen Vize-Premiers Andrej Ocvirk mit Vertretern von in beiden Ländern lebenden Menschen, wurde diesen gesagt, dass die „staatlichen Grenzen eben markiert werden müssen, wenn wir souveräne Staaten bilden“ und dass an diesen Grenzen „die Bewegungen der Ausländer kontrolliert werden, nicht jedoch die Bewegung der Einheimischen“; „für die hier lebende Bevölkerung wird es eine Grenze nicht geben“, so Ocvirk weiter (Delo 1991g).

Am Anfang stand die Schaffung der neuen staatlichen Grenze zu Kroatien im Zeichen des gemeinsamen politischen Raumes, in dem Slowenen und Kroaten historisch gelebt hatten. Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit begann der 10-Tagekrieg mit der jugoslawischen Armee, die auch Stützpunkte in Slowenien hatte. Ab diesem Moment war die Kontrolle der Grenze angesichts der „Gefahr aus dem Süden“, wie es Verteidigungsminister Janez Janša (Delo 1991f) formulierte, eine politische Priorität. Und es scheint, als ob die Grenze auch darüber hinaus ein Eigenleben entwickelte.

Der abrupte Wandel hielt nach der kurzen kriegesischen Auseinandersetzung an. Angesichts der kilometerlangen Schlangen von Flüchtlingen aus den sich im Krieg befindenden jugoslawischen Gebieten (Delo 1992e) wurde über den „Druck auf die südliche Grenze“ (Delo 1993) geschrieben. Häufiger wurde über bekannte Jugoslawen, z. B. beliebte Musiker berichtet, die an dieser Grenze abgewiesen worden waren oder von vornherein von Slowenien kein Visum genehmigt bekommen hatten (siehe etwa Večer

1993b; 1995d). Ab diesem Zeitpunkt war mit dieser Grenze eine negative Atmosphäre verbunden; von der anfänglichen politischen Erklärung ihrer Offenheit blieb wenig übrig. Bis heute ist diese Grenze zu Kroatien, die als geschlossenste wahrgenommen und am strengsten kontrolliert wird.

a. Symbolische Raumelemente als Grenzsteine

Der politische Streit mit Kroatien nahm seinen Ausgang mit der Auseinandersetzung um die 240 Bewohner zählende slowenische Ortschaft Razkrižje. Obwohl auch im gemeinsam Jugoslawien zur slowenischen Teilrepublik gehörend, war die dazugehörige Pfarrgemeinde seit den 1950er Jahren Teil des kroatischen Erzbistums Zagreb – so auch nach Ausrufung der Selbstständigkeit der beiden Republiken. Das bedeutete, dass der dortige Pfarrer ein Kroat war, der die Messedienste und den kirchlichen katholischen Unterricht in kroatischer Sprache abhielt. Dieser Umstand wurde zum politischen Zündstoff: politische Akteure produzierten Aussagen über eine „Entnationalisierung“ und „Assimilierung“ der slowenischen Einwohner von Razkrižje zugunsten Kroatiens; der Ruf zum „Kampf um das Slowenentum“ aufgrund der „Gefährdung der slowenischen Sprache“ wurde laut. Es war die Rede davon, dass sich Kroatien in das slowenische Nationalgebiet „aggressiv hineinfresse“. Die Ordensschwester Vida Žabot. erlangte über Nacht den Status einer nationalen Heldin, weil sie vor Ort den katholischen Religionsunterricht in slowenischer Sprache anbot. Im Jahre 1993 wurde sie zur „Slowenin des Jahres“ gekürt.⁸¹ Die Pfarrgemeinde selbst wurde im Jahre 1994 – als vorübergehende Lösung – dem slowenischen Bistum in Maribor zugeschrieben und wird noch heute, bis zur Klärung der Grenzfrage, partiell aus dem Vatikan administriert.

⁸¹ Aus einem Zeitungsinterview mit ihr wird deutlich, dass es für sie undenkbar war, eine negative Rolle zu spielen und den Disput zwischen Menschen dort zu schaffen, wo es vorher keinen gab. „Mein Anliegen ist es zu verbinden... Wir haben einen Dialog angefangen, sind vor die Tür gegangen, haben die Hand ausgestreckt. Wenn die andere Seite nicht antworten will, ist das nicht unsere Entscheidung...“ (Večer 1993d).

Das Sprechen der kroatischen Sprache wurde medial als eine Grenzverletzung dargestellt, darüber hinaus gar als Gefährdung des (im Zuge des Postsozialismus neu entdeckten) Glaubens.⁸²

Die Durchsetzung einer neuen staatlichen Grenze bis zu dem Punkt, ab dem sie als unhinterfragt und sinnvoll erscheint, ist ein lang andauernder Prozess, der nicht allein durch das Aufstellen eines Grenzpostens abgeschlossen ist. Dieser Grenzposten muss sinnvoll erscheinen, der Einzelne muss nachvollziehen, wieso er aufgestellt wurde, er muss glauben, dass er – wenn auch nicht unbedingt gerecht und natürlich – aus einleuchtenden Gründen da ist und deswegen respektiert werden muss. Deshalb bedurfte es gar einer Intervention des Staatspräsidenten Kučan, der den in Razkrižje lebenden Slowenen versicherte, dass „der Staat allen garantiert, auf seinem Territorium die Verfassungsrechte zu genießen, inklusive die der Nutzung der Muttersprache“ (Večer 1990d).

Die Problematisierung des kroatisch sprechenden Pfarrers verweist auf die Konstitution des neuen Staates. Es wird eine Differenz geschaffen, ein Unterschied hergestellt, wo es früher keinen gab. Der falsche Pfarrer und seine falsche Sprache stellten eine solche Gefahr dar, dass durch das Sprechen des Kroatischen der gesamte slowenische Raum infrage gestellt schien – der Pfarrer musste letztlich auch physisch die Grenze passieren und das Land verlassen. Das Sprechen der falschen Sprache wird als Grenzverletzung gedeutet. Obwohl es sich um eine rein sprachliche und damit im weitesten Sinne immaterielle Praktik handelt, wird es zur Frage der Verletzung des materiellen Raumes.

An der Grenze manifestieren sich symbolische, für den gesamten Raum bedeutende Elemente. Das Hissen der Flagge und das Aufstellen des

⁸² Interessanterweise findet sich im Jahr 1994 eine kleine Zeitungsnotiz, in der darüber berichtet wird, dass der slowenische Erzbischof in der Kirche der Ortschaft Šenpeter eine Predigt auf Deutsch hielt (Večer 1994d). Der Anlass war die Heirat der Tochter des Grafen Carlo de Villavicencia. Ein weiteres politisches Echo hat diese Tatsache damals nicht ausgelöst, was dafür spricht, dass die kroatische unerwünschter als die deutsche Sprache war.

Wappens gehören ebenso dazu wie die Sprache.⁸³ Sprache ermöglicht wesentlich die räumliche Unterscheidung zwischen Menschen, zwischen Slowenen, die zum nationalen Raum gehörten, und Nicht-Slowenen, die von ihm ausgeschlossen waren. Dadurch wurde die Grenzbildung für den Einzelnen erfahrbar.

b. Raumelement Sprache in der Historiografie

Nach 1991 finden sich zahlreiche Beispiele für die Betonung der Bedeutung von Sprache für die Entstehung Sloweniens. Es gibt keinen Feiertag, an dem nicht eine bestimmte historische Synthese der slowenischen Geschichte wiederholt wird: die Sicht auf Slowenien als eine Kulturnation, die als solche bereits seit Jahrhunderten existiert. Alljährlich wird ihre Bedeutung am 8. Februar zelebriert, der den Todestag des slowenischen Nationaldichters und Autors der slowenischen Nationalhymne, France Prešeren, markiert. Ähnlich ist es mit dem Reformationstag: An jedem 31. Oktober wird von höchsten politischen Vertretern der ersten Schriften in slowenischer Sprache gedacht, die im Zuge der Reformation im 16. Jahrhundert entstanden sind.

Auch in der Geschichtsschreibung zur Entstehung der slowenischen Nation wird der Sprache größere Bedeutung für die Konstitution des nationalen Raumes attestiert. France Bernik beschreibt, dass sich das erste Gruppenbewusstsein der Vorfahren der Slowenen zwischen dem 7. und 9. Jahrhundert herausbildete (Bernik 2006: 109). Die Geburtsstunde der slowenischen Nation korrelierte mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Sprache, der als identitätsstiftendes Moment fungiert. Die slowenische Literatur teile so das Schicksal der Menschen – als Untertanen fremder Machthaber über Jahrhunderte (ebd.: 118). Die Sprache ist für Bernik das verbindende Element der nationalen Identität. Die slowenischen Protestanten entdeckten eine Einheit zwischen Menschen, die „unterschiedliche Dialekte der slowenischen Sprache“ sprachen, und das obwohl sie „eine klare

⁸³ Die Symbolik der Flaggen der einzelnen Republiken war übrigens ein brisantes Thema in den 1980ern. Gestritten wurde, ob es sich dabei um Wahrzeichen der nationalen Zugehörigkeit oder um die Staatlichkeit der einzelnen Republiken gehandelt habe.

Grenzlinie noch nicht aufzeichnen konnten“, so die Broschüre zur Ausstellung über die Geschichte der Slowenen von 2010, an der namhafte slowenische Historiker mitarbeiteten (Slovenska zgodovina 2010: 26). „Die heutige Form der Benennung Slowene, Slowenen, können wir bereits vom 11. Jahrhundert an verfolgen, jedoch ist der Name das erste Mal erst Mitte des 16. Jahrhunderts (1555) beim protestantischen Reformator und ‚Vater der slowenischen Sprache‘ Primus Truber (Primož Trubar) belegt. Mit diesem Namen verband er alle Bewohner jenes Gebietes, welches die slowenische Sprache vereinigte.⁸⁴ Trotz allem dauerte es bis zum 19. Jahrhundert, dass die lokalen Bezeichnungen Krainer, Kärntner, Unterkrainer ... durch den Begriff ‚Slowenen‘ ersetzt wurden“ (Repe/Nečak 2006: 19). Trubar setzte in diesem Sinne eine Sprachnorm, die sich über die Geschichte in die heutige slowenische Sprache entwickelte.

Obwohl es im Falle der Slowenen politische Forderungen erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts gab, wird die Einheit und ein Gebiet „Slowenien“ diskursiv weit früher angesiedelt und vom heutigen Wissensstandpunkt aus die Ethnogenese der Slowenen über die ihnen eigene Sprache rückwärts konstruiert. Die slowenische Geschichtsschreibung geht davon aus, dass sich aus der Sprache das ethnische und später nationale Bewusstsein herausbildete. Es ist jedoch auch zu beobachten, dass erst mit der Vorstellung eines Raumes der Slowenen der Sprache ihre Bedeutung zugeschrieben wurde. Gerade wegen ihrer raumverbindenden Funktion eignete sie sich als politische Begründung für die Abkehr von Jugoslawien.

⁸⁴ Der 500. Jahrestag der Geburt Trubars fiel 2008 zusammen mit der ersten slowenischen EU-Ratspräsidentschaft, was die slowenische Regierung veranlasste 2008 zum Trubar-Jahr zu erklären. In der Broschüre dazu heißt es: „Hätten wir auch noch so gezielt nach einem passenden Zeitpunkt für eines der Trubar-Jubiläen gesucht, so hätten wir keinen besseren finden können als diesen...: die slowenische Schriftsprache – Trubars Erbe – ist das stärkste Element, das Slowenien verbindet und ausmacht. Seit 1991 ist Slowenisch Amtssprache der Republik Slowenien, seit 2004 eine der Amtssprachen der Europäischen Union und gerade im Jahr 2008 – dem internationalen Jahr der Sprachen und der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft – auch eine der Arbeitssprachen dieses Organs“ (Trubarjevo leto 2008: 31).

Die seltenen Dekonstruktionsversuche der neuen slowenischen Historiografie werden in der Forschung eher kritisch rezipiert (wie etwa bei Wakounig 2009). Dabei zeigte Gorazd Makarovič (2008) eindrucksvoll, dass es sich bei der Annahme einer historischen Identität der Slowenen um nationale Mythenbildung handelt. Er untersuchte ethnische Identitäten vor der Entstehung des slowenischen Nationalbewusstseins und veranschaulichte, dass die slowenische Sprache in der Zeit der Reformation vielmehr als eine künstliche Sprache zu verstehen sei, die nicht über kleine Gruppen hinaus einheitlich verstanden wurde und der daher keine ursprünglich identitätsstiftende Funktion zugeschrieben werden kann. Mit der Bezeichnung „Slowenen“ verbindet er ethnisch unterschiedliche Menschen mit verwandten südslawischen Sprachen. Den Begriff „slowenisch“ versteht er abseits der heutigen ethnischen oder nationalen Bedeutung und übersetzt ihn in die zeitgenössische Sprache als „*slawisch*“ oder präziser als „*westsüdslawisch*“. Er bietet auch einen Einblick, wie es zu der Verwechslung gekommen ist: Die erste slowenische Grammatik, veröffentlicht im Jahr 1584, wurde – bei der Übertragung aus dem Lateinischen ins Slowenische – im Kontext des erst später entstandenen nationalen Bewusstseins übersetzt; dasselbe Wort wurde im Kontext des 19. Jahrhunderts einmal als „slowenisch“, ein anderes Mal als „slawisch“ übersetzt; eine Unterscheidung, die es im 16. Jahrhundert jedoch noch nicht gab (ebd.: 48-57). Die Begriffe wurden im Laufe der Zeit bei jeder weiteren (Neu-)Übersetzung aktualisiert – mit Blick auf das jeweilige nationale Bewusstsein. Vor dem 19. Jahrhundert konnten protestantische Schreiber jedenfalls höchstens wissen, dass es einige slawische Dialekte in der Region gab, die sich aneinander mehr ähnelten als die aus anderen Regionen.⁸⁵

⁸⁵ Mit dem 19. Jahrhundert entstanden dann erste literarische Schriften in slowenischer Sprache. Obwohl einige davon im öffentlichen Diskurs als genuin slowenisch gelten, sind sie freie Übersetzungen, meist aus dem Deutschen. So z. B. die Komödie von Anton Tomaž Linhart „Županova micka“, die als „Geburt des slowenischen Theaters“ gilt (Delo 1989b). (Hierzu Stanovnik 2005: 42-67; sie betont allerdings auch, dass es zu dieser Zeit bei Übersetzungen nicht üblich war, den ursprünglichen Autor des Werkes zu nennen).

c. Raumelement Sprache in der Kartografie

Historisch geht das Bemühen um die Bestimmung der Grenze, innerhalb derer Slowenien verortet wird, auf das Jahr 1848 zurück, als in der k. u. k. Monarchie zur Zeit der „nationalen Erweckung“ die erste Volkszählung stattfand. Carl von Czoernig (1857), ein Statistiker der ersten Stunde, bemühte sich um eine Bestimmung der ethnischen Zugehörigkeit der auf dem Gebiet der Monarchie lebenden Menschen. Sein Kriterium dafür war die Frage nach der im Alltag gebrauchten Sprache der Menschen, woraus schließlich eine ethnografische Karte mit 38 „Sprach-Gränzen zwischen den einzelnen Völkerstämmen“ entstand (ebd.: 25). Die erste geografische Abbildung des Territoriums der Slowenen entstand kurz darauf, im Jahr 1853, von der Hand Peter Kozlers. Es war die erste Karte mit ausschließlich slowenischen topografischen Bezeichnungen, die die ethnischen Grenzen der Slowenen zeigte (Gašperič 2007: 258f). Doch wie sich später herausstellte, stützte sich die Darstellung Kozlers auf eine Vereinfachung. Während Czoernig eine breite Landzunge zwischen den slowenischen und kroatischen Sprachgebieten beschrieb, die er weder dem einen noch dem anderen eindeutig zuordnen konnte, schlug Kozler das gesamte Gebiet den Slowenen zu. Czoernig beschreibt in der Vorrede zum ersten Band seiner „Ethnographie der österreichischen Monarchie“ ein Gebiet, durch das auch heute die umstrittene Staatsgrenze verläuft: *„In keinem Gebietsteile der Monarchie haben sich im Verhältnisse zu dem Umfange so viele Reste verschiedener Nationalitäten und von Abstufungen derselben noch mehr als in der Sprache, in der Kleidung und Sitte erkennbar erhalten, als in der kleinen Halbinsel von Istrien. (...) Aber nicht allein die dreizehn ethnographischen Nuancen, welche der Unterzeichnete daselbst festzustellen vermochte ... sind es, welche der ethnographischen Darstellung Verlegenheit bereiten. sondern insbesondere die Verschmelzungen verschiedener Abtheilungen einander nahe stehender, ja selbst der entgegengesetztesten Volksstämme, welche keine Schriftsprache haben, und deren gesprochene Mundart aus den verschiedensten kaum zu entwirrenden Elementen besteht...“* (Czoernig 1857: VIII-IX).

Kozler vernachlässigte diesen Umstand und zog eine klare geografische Linie da, wo objektiv keine war. Auf diese Karte stützte sich zunächst die slowenische Intelligenz des 19. Jahrhunderts in der Formulierung der nationalen Forderungen und später auch die Geschichtswissenschaft (Mihelič 2008: 320-325; 2011: 109). Im Geiste dieser Karte entstand auch der „Atlant“, der erste Weltatlas in slowenischer Sprache, publiziert 1869 bis 1877, der Slowenien eindeutig in der Welt verortete und damit in den folgenden Jahren zur Untermauerung nationaler Forderungen diente (vgl. Urbanc et al. 2006). Seine Bedeutung für die Abgrenzung zu Kroatien wird auch dadurch sichtbar, dass der Atlas nach der Staatsentstehung Sloweniens neu aufgelegt wurde.

Karten haben das Image einer hohen Objektivität und Glaubwürdigkeit und dienen der Raumvisualisierung. Nicht zuletzt deswegen ist ihnen die nationalstaatliche Orientierung der Massen zu verdanken. Obwohl sie ein (auch historisches) Narrativ vermitteln, erzählen sie nichts von der Konstruktion des Raumes (und der Geschichte). „Wohlwollend verweisen sie auf die Kompetenz des Kartenmachers, dass er ausgehend von statistischen und wissenschaftlichen Daten die Geschichte im Kartenbild wissenschaftlich und wertfrei auf den Punkt, in diesem Falle auch auf die ‚Linie‘ gebracht habe“ (Böttcher 2009: 5). Obwohl wirkmächtig, sind die Eindeutigkeit und Klarheit, das Selbstverständnis von einem „Wir“ und „den Anderen“, als Bausteine der kollektiven Prozesse der Raumkonstitution, unübersehbar artifiziell.

Mit der Entstehung des slowenischen Staates wurde auch die vollkommen neue Grenze zu Kroatien konstruiert. Sie erscheint wie der Staat selbst als eine historische, schon immer vorhandene objektive Faktizität. Einerseits zeigt sich damit die Verbundenheit der politischen Geografie mit der nationalen Geschichtsschreibung, gleichzeitig aber auch die wechselseitige Konstituierung des nationalen Raumes und der territorialen Grenze. Aus

diesem Grunde manifestiert sich das Raumelement Sprache gerade an der Grenze: Der Raum wird dadurch vermittelt, historisiert und erscheint gerechtfertigt. Dass es sich dabei um eine diskursive Konstruktion handelt, wird dadurch allerdings verwischt. Der zweite Blick bietet schließlich die genau umgekehrte Einsicht: Es war gerade die Grenzziehung, welche überhaupt zur Homogenisierung der Sprache führte.

2. Grenzen veranschaulichen die Relation zu abgegrenzten Räumen

Die Grenze zu Kroatien wurde zum Sinnbild der Abkehr Sloweniens vom südslawischen Verbund. Die Relation zum anderen Raum wird durch die an der Grenze manifestierten Praktiken sichtbar, die die Atmosphäre der Grenze negativ und die Grenze überhaupt als eine geschlossene vermitteln. Im Grenzgebiet zu Österreich und Italien sind ähnliche Praktiken zu beobachten, die die neue gesellschaftspolitische Ausrichtung darstellen, dort aber mit einem positiven Vorzeichen.

a. Umdeutung im Grenzgebiet zu Österreich

Noch in den 1980er Jahren wurde das Grenzgebiet zu Österreich als politisches Problem behandelt. Hauptsächlich weil in Kärnten eine slowenische Minderheit lebt.⁸⁶ Die Rechte der Minderheit regelt der Österreichische Staatsvertrag von 1955 und es gab eine in Phasen auftretende Auseinandersetzung darüber, ob Österreich alle Verpflichtungen erfüllte. Auch diese Streitigkeiten bezogen sich auf symbolische Elemente, die

⁸⁶ Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges gab es kämpferische Auseinandersetzungen zwischen dem neu gegründeten SHS-Staat (dem Vorläufer Jugoslawiens) und Freiwilligen darüber, zu welchem Staat das Gebiet Kärnten gehören sollte, in dem ca. die Hälfte der Bevölkerung slowenischsprachig war. Die Siegermächte ließen eine Volksabstimmung durchführen und die Mehrheit entschied sich gegen die Teilung Kärntens und für den Verbleib bei Österreich.

gleichsam in die Raum- und Geschichtssynthese eingingen.⁸⁷ Darunter fiel auch die Frage des Stellenwertes der slowenischen Sprache in Kärnten. Als Ende 1980er die Landesregierung der zweisprachigen Schule ihre finanzielle Unterstützung entzog, schrieb der renommierte Historiker Bogo Grafenauer, dass es sich dabei um eine Beschleunigung der Politik des Ethnozids handelte, der nach dem Nationalsozialismus weiter geführt würde (Delo 1987b; 1989f). Dabei ist jedoch festzustellen, dass die Betonung der Gefährdung des Slowenentums ab 1991 gegenüber der Politik Kärntens milder ausfällt. Die Lösung der Fragen wurde nämlich im Sinne der „europäischen Prozesse, in denen die Mauern und Grenzen zwischen den Völkern fallen“ (Delo 1989n) gesucht und gefunden.

Im Allgemeinen kann der außenpolitische Wandel anhand der allgemeinen Grenzhistorik dargestellt werden. Der slowenische Präsident Kučan etwa äußerte nach einem Treffen mit seinem österreichischen Kollegen 1991, dass „die Karawanken nur noch eine geografische Grenze sind, die politische gibt es nicht mehr“ (zitiert nach: Zalokar 2009: 24). Doch interessanter ist es zu beobachten, wie die Grenze bzw. das Grenzgebiet symbolisch markiert wird. Denn auch dieser Grenze wird der Geschichtsumbruch manifestiert.

Die Hinwendung zu einem europäisch gedachten Raum wurde als Aufwertung der vorsozialistischen Geschichte beschrieben. So wurden nach 1991 bedeutende historische Persönlichkeiten neu entdeckt, die in der k. u. k. Monarchie auf dem (heute) slowenischen Territorium lebten oder geboren wurden und denen eine slowenische Identität zugeschrieben wird. Wir verwiesen bereits auf die Reiseschriftstellerin Alma Karlin und den Industriellen Janez Puh, die im sozialistischen Jugoslawien in Vergessenheit

⁸⁷ Seit den 1970ern gab es den sogenannten Ortstafelstreit, bei dem es um die Anzahl der zweisprachigen (deutschen und slowenischen) topografischen Aufschriften geht, welche die österreichische Verfassung garantiert. Der Streit wurde 2011 gelöst, nach dem Tod des populistischen Landeshauptmannes Jörg Haider. Einen weiteren symbolischen Streit gab es um die Abbildung des Fürstensteins auf den slowenischen 2-Cent-Münzen. Im 7. Jahrhundert entstand das slawische Fürstentum Karantanien. Der Stein bildet ein Denkmal der österreichischen Geschichte, denn auf ihm wurden rituell die Fürsten vereidigt, später auch teilweise die Habsburger Herzöge in Kärnten.

geraten und im Postsozialismus neu entdeckt worden waren, inklusive der Denkmalsetzung für Karlin in ihren Geburtsort Celje und der Errichtung eines Museums für Puh. Denkmäler werden zu symbolischen Orten und Produkt bestimmter Geschichtsdeutungen. Es liegt in ihrem Wesen, dass sie neben der gesellschaftlichen Erinnerung auch Teil der Raumsynthese sind, wenn also, wie in den oben beschriebenen Beispielen, ihre symbolischen Eigenschaften für den gesamten Raum entschlüsselt werden können und wenn diese auf die Verbundenheit zu einem historischen Raum, in diesem Fall auf die k. u. k. Monarchie, rekurrieren. Deshalb funktionieren sie ähnlich wie Grenzsteine.

In Slowenien sticht besonders eine Denkmalsetzung hervor. Es ist das in Maribor im Jahr 1987 errichtete Denkmal für Rudolf Maister, Major der k. u. k.-Armee, später General der Armee des Königreichs SHS. Er wird als Vater des slowenischen Staates angesehen, da ihm der heutige Grenzverlauf zu verdanken sei. Am Ende des Ersten Weltkrieges sicherte er mit lokalen Freiwilligen einen Teil jenes Territoriums, durch welches später die Grenze zwischen Österreich und dem SHS-Staat verlief. Der 23. November ist seit 2005 ein Nationalfeiertag zu seinen Ehren. Interessant an Maister ist auch, dass er zwei Gedichtbände auf Slowenisch veröffentlichte – diese wurden nach der Unabhängigkeit neu aufgelegt.⁸⁸

Die patriotische Militäraktion des k. u. k.-Offiziers und slowenischen Dichters deutete Tomaž Kladnik (2011) als Ausgangspunkt des slowenischen Unabhängigkeitsstrebens und schrieb, dass seine Aktion „die Entwicklung des slowenischen Staates gesichert und seine Unabhängigkeit geschützt hat“ (ebd.: 48). Gleichzeitig sah sie Vincenc Rajšp (2011) als Folge längerer Bemühungen um die Etablierung der nördlichen Sprachgrenze. Er beschrieb Vorschläge zur Etablierung dieser Grenze bereits im 19. Jahrhundert, als Änderungen der Diözesengrenzen stattfanden. „Die Grenze wurde damals nicht festgelegt, doch die Idee der sprachlichen und administrativen Grenze

⁸⁸ Der slowenische Schriftsteller und Politiker Jaša L. Zlobec malte in einem Zeitungskommentar das Bild eines inneren „Kampfes zwischen dem General und dem Poeten“, von denen der letztere gewann (Delo 1992h).

blieb ... aktuell“ (ebd.: 47). Maisters Aktion erscheint daher als eine Entscheidung für die slowenische Sprache. Ihn habe die Idee der slowenischen Unabhängigkeit und Autonomie geleitet; diese wurde allerdings „sehr bald wieder unterdrückt und so schnell wie man General Maister und seine Bedeutung ‚vergaß‘, vergaß man auch die Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in der neuen [jugoslawischen] Gemeinschaft“ (Jesenšek 2011: 244).

Obwohl auch diese Grenze, ähnlich wie die zu Kroatien, historisch als eine sprachliche wahrgenommen wird, durch die der slowenische nationale Raum entstand, wird das Raumelement Sprache hier symbolisch umgedeutet. Die gefährdete slowenische Sprache dient im Diskurs nicht etwa nur als Differenzsetzung zur Doppelmonarchie. Vielmehr wird in der Beschreibung der Entstehungsgeschichte dieser Sprachgrenze festgestellt, dass die Sprache danach, in beiden jugoslawischen Staaten, weiterhin unterdrückt wurde – ganz im Gegenteil zur Europäischen Union, in der sie gleichberechtigt erscheint. In Kommentaren wird geschrieben, dass mit dem als gleichberechtigt wahrgenommenen Beitritt zur EU, die Vision des Generals endlich erfüllt wurde.

An diesem Beispiel lässt sich aber auch zeigen, dass die heutige Grenze zu Österreich keine geschichtlich vorgegebene sprachliche war. Ähnlich wie an der kroatischen Grenze im Jahre 1991 war es eine politische Entscheidung, die zur sprachlichen Homogenisierung führte. Obwohl er dies anders interpretiert, beschreibt Jesenšek die Politik der Slowenisierung, die nach dem Zerfall der Monarchie auf dem Gebiet stattfand: Es gab kostenlosen Slowenischunterricht, Beamten hatten Zeit um Slowenisch zu lernen und bekamen ebenfalls einen kostenlosen Sprachunterricht, Straßenschilder wurden geändert etc. Nach den offiziellen Daten der Monarchie war im Jahre 1910 das Verhältnis zwischen der slowenischen und der deutschsprachigen Bevölkerung 20% zu 80%. Im Jahre 1921 im SHS-Staat war das Verhältnis genau umgekehrt (vgl. ebd. 234).

b. Die Wiederbelebung der historischen Grenze zu Italien

Die zweite anerkannte slowenische Minderheit gibt es in Italien, in der Region Friaul-Julisch und Venetien, wo das Slowenische ebenfalls eine geschützte Minderheitensprache ist. Die Minderheitenpolitik, insbesondere die Stellung der Sprache ist daher bis heute ein nationales Anliegen.⁸⁹ Das hat auch damit zu tun, dass die Grenze zu Italien historisch diejenige ist, die am häufigsten geändert wurde; endgültig bestimmt wurde sie erst im Jahr 1975.

Nach der Unabhängigkeit wurde in den Medien die Gefahr ventiliert, dass es einen erneuten Konflikt um diese Grenze geben könnte (Delo 1991d). Der damalige slowenische Außenminister Peterle äußerte die Sorge, dass Italien „möglicherweise die Absicht verfolgt, die Grenzen zu ändern“ (Večer 1994c). Die liberale Partei Italiens brachte tatsächlich eine Resolution ins Parlament, in der sie forderte, von dem gültigen Vertrag zurückzutreten und den Grenzverlauf neu zu verhandeln. Der Vertreter der italienischen Minderheit im slowenischen Parlament betonte die Gemeinsamkeiten der Menschen an diesem Gebiet: die italienische Minderheit „hat über Jahrhunderte gelebt und gearbeitet auf dem Gebiet beider Staaten“ und „so soll es auch bleiben“ (Večer 1990a). Auch bei diesem Diskurs, der nicht lange anhielt, wurde das friedliche Zusammenleben der Menschen in einem multikulturellen Europa betont (Delo 1987g).

Abgesehen von der allgemeinen Grenzhistorik, sind auch hier Grenzpraktiken zu beobachten, die auf einer nachträglichen Historisierung gründen. Mit dem Grenzvertrag von Rapallo von 1920 entstand die Grenze zwischen dem Königreich SHS und dem Königreich Italien, die bis zum Zweiten Weltkrieg Bestand hatte. Zwischen den Weltkriegen war etwa ein Drittel des heutigen slowenischen Territoriums Italien zugeteilt. Nach 1991 tritt diese Grenze erneut in Erscheinung. Auf einem Erinnerungspfad etwa lässt sich in einer Wanderung der frühere Grenzverlauf begehen, der von touristischen

⁸⁹ Siehe z. B. den wissenschaftlichen Artikel „Zur Lage des Slowenischen an der westlichen Grenze“ in einer linguistischen Fachzeitschrift. Der Autor begründet seine Motivation damit, dass die Sprache dort von nationaler Bedeutung sei (Jan 1988: 244).

Vereinen gepflegt wird, die auch organisierte Führungen anbieten.⁹⁰ Erhaltene Grenzsteine und eine befestigte Grenzwache sind jedoch nicht der Grund, dass diese frühere Grenze im neuen Slowenien erneut sichtbar gemacht wurde. Es ist eine historische Grenzziehung, welche vorrangig durch eine geschichtliche Raumvorstellung existiert und die mit dem neuen Staat rekonstruiert wurde.

Mit der Neuentdeckung dieser Grenze geht eine Zuwendung zu Italien einher bzw. wird das Grenzgebiet als eine multiethnische und mehrsprachige historische Region wahrgenommen. Ca. 1500 der im Grenzgebiet lebenden Slowenen beantragten Anfang der 1990er Jahre sogar die italienische Staatsbürgerschaft (Večer 1994f).⁹¹

Der Umstand, dass es Slowenen gibt, die die italienische Staatsbürgerschaft annehmen wollen, ist insofern aussagekräftig, als Slowenien nach der Unabhängigkeit rund 25 000 aus anderen jugoslawischen Republiken stammende, bis dahin aber offiziell in Slowenien wohnende Bürger, aus dem Bevölkerungsregister löschte (vgl. Teil III.2. dieser Arbeit). Diese verloren damit ihre Bürgerrechte und waren aufgefordert, das Land zu verlassen. Es gibt auf der einen Seite also Menschen, die aufgrund symbolischer Eigenschaften (als geschichtlich zum jugoslawischen Raum gehörend) vom neuen Slowenien ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig finden sich an der Grenze zu Italien Slowenen Menschen, die sich Italien zugehörig fühlen und seine (europäische) nationale Zugehörigkeit annehmen. Die Dynamik deutet

⁹⁰ Eine bestimmte Geschichtssynthese wird bei Erinnerungspfaden dadurch institutionalisiert, dass beim Einzelnen der Eindruck vermittelt wird, sich in einem historischen Raum (bzw. an seiner Grenze) zu bewegen. Erinnerungspfade sind ein beliebtes Mittel der nationalen und auch der europäischen Erinnerungskultur. Jugoslawien kannte den bereits erwähnten Zug der Brüderlichkeit und Einigkeit, der an Kriegsereignisse und die gegenseitige Hilfe zwischen Menschen aus unterschiedlichen Teilen des Landes erinnern sollte. Bezogen auf die Konstruktion der deutschen Nationalgeschichte gibt es in Berlin Stadtrundgänge entlang des ehemaligen Verlaufs der Berliner Mauer, die in alljährlichen Ritualen von Menschen begangen wird. An das historische Zusammenwachsen eines europäischen Raumes erinnert der „Europa-Radweg“, der unter anderem regelmäßig von Europaabgeordneten medienwirksam befahren wird.

⁹¹ Dass lang zurückliegende und territorial nicht mehr existierende Grenzziehungen den heutigen politischen Raum strukturieren und das Verhalten von Menschen beeinflussen können, ist ein Phänomen, welches zur Zeit unter dem Begriff *Phantomgrenzen* (vgl. Hirschhausen et al. 2015) diskutiert wird.

darauf, dass es sich um eine räumliche Repositionierung im Rahmen des nationalen Diskurses handelt.

Dabei wurde in den Medien die Zwischenkriegszeit durchaus auch als eine Zeit der drohenden Entnationalisierung der Slowenen gesehen: „Italien behandelte [in der Zwischenkriegszeit] die Slowenen als minderwertig, als ob sie keine eigene Geschichte, keine Kultur und kein nationales Bewusstsein hätten. Ein Vierteljahrhundert lebten sie unter einem Assimilierungsdruck. Die Italiener haben sie aus dem öffentlichen Leben verbannt, ihnen den Gottesdienst genommen, die slowenische Sprache verboten, slowenische Vereine aufgelöst...“ (Delo 1995b).⁹² Der Grund für solche Aussagen war, dass sich Slowenien vom ersten Moment seiner Unabhängigkeit an mit italienischen Forderungen seitens der „Optanten“ konfrontiert sah, die zwischen den Weltkriegen auf dem heutigen slowenischen Territorium lebten und früheren Besitz zurückforderten. Der Restitutionsstreit resultierte schließlich in einer italienischer Blockade der slowenischen Beitrittsverhandlungen zur EU und Slowenien sah sich gezwungen seine Verfassung zu ändern.⁹³ In slowenischen Medien fanden sich wiederholt Warnungen, wonach „Italien nicht bei Optanten haltmachen wird“ und der Nachbar „die Änderung der Grenzziehung zum Ziel hat“, wie es der erste demokratisch gewählte Regierungschef Sloweniens, Lojze Peterle, formulierte (Večer 1994c). Doch die Streitigkeiten mit Italien waren – im Vergleich zu denen mit Kroatien – schnell beigelegt und die kritischen Töne gegenüber Italien dauerten nur für eine kurze Zeit an.

⁹² Im Übrigen gab es aufgrund der häufigen Änderung der Grenze zu Italien auch mehrere Auseinandersetzungen über das Gebiet der Diözesen. Vogrin beschreibt, dass der Vatikan hier stets sehr zurückhaltend und vorsichtig agierte und die Bistümer letztendlich den jeweiligen Staaten anpasste. Da die Grenze zwischen Italien und Jugoslawien 1975 endgültig festgelegt war, fand die letzte Reform nach der Ratifizierung des Vertrags von Osimo statt (Vogrin 2006).

⁹³ Für eine vollständigere Ausführung vgl. Teil VI.2 dieser Arbeit.

3. *Die Auswirkung der Grenze*

Zu klären ist nicht nur die Frage, wie sich eine Gesellschaft in einer Grenzziehung findet und wie diese eine geschichtliche Legitimation bietet, sondern wie die Grenze, einmal durchgesetzt, auf das soziale Leben zurückwirkt. Der staatlichen Grenze wohnt eine normative Kraft inne, die soziale Beziehungen formt.

Simona Zavratnik-Zimic (2002) führte nach der Unabhängigkeit Sloweniens im slowenisch-kroatischen Grenzgebiet Interviews auf beiden Seiten der Grenze. Sie beschreibt die Auswirkungen der Grenze auf die sozialen Beziehungen. Obwohl es sich auch vorher um eine Grenzregion gehandelt habe, wurde dieser Raum in Jugoslawien als eine Einheit wahrgenommen und auch so gelebt. Zavratnik-Zimic kam zu dem Ergebnis, dass die slowenisch-kroatische Grenze neue formale Begrenzungen in der Alltagspraxis der lokalen Bevölkerung eingeführt habe. Die Menschen, deren soziale Erfahrung eine andere war, sahen sich über Nacht mit der sozialen Rolle des Fremden konfrontiert. Am absurdesten sei die Situation dort, wo die neue Grenze in den Alltag eingreife, weil die Bewohner alltäglich die Grenze hätten überqueren müssen, um den gewohnten Routinen nachzugehen (ebd.: 152). Ihre Schlussfolgerung war, dass sich die Grenze abrupt auf die sozialen Beziehungen auswirkte, und zwar so, dass diese weniger institutionalisiert waren (z. B. weniger Arbeitsmigration, Freizeitaktivitäten, Eheschließungen) und die Mikrointeraktion stark verringert wurden (die Kommunikation wurde erschwert) (ebd.: 153f). Sie beobachtete, dass die Grenze zu einer intensiven Homogenisierung der Sprache und der sprachlichen Selbstdefinierung der an der Grenze lebenden Bevölkerung führte; die Ähnlichkeiten zwischen den Sprachen wurden verringert, die Unterschiede gestärkt, die Sprachkenntnis wurde allgemein schlechter, und zwar auf Kosten der Beherrschung der jeweils anderen Sprache. (ebd.: 158-161).

Primož Pipan (2007) unternahm eine sozio-geografische Studie im Grenzgebiet Istriens und beschrieb die Wirkung der neuen internationalen Grenze zu Kroatien ganz ähnlich. Aufgrund besserer Arbeitsbedingungen gab

es vor 1991 eine Arbeitsmigration nach Slowenien, die nach 1991 so gut wie nicht mehr existent war; auch waren es die Nicht-Slowenen, die im Rahmen der Rezession in der ersten Hälfte der 1990er ihre Arbeitsplätze verloren hatten. Pipan erwähnte das Beispiel des Krankenhauses in Izola, das sowohl mit slowenischen wie kroatischen Beiträgen 1982 erbaut worden war und für das die Kroaten über Nacht hätten selber bezahlen müssen (Delo 1991j). Wegen Schwierigkeiten mit der Anerkennung von Schulabschlüssen war es auch im Bereich des Schulwesens zu weniger Austausch über die Grenze gekommen. Für die Bereiche Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Schulbildung stellte er fest, dass sich die „cross-border links“ minimierten.

Schließlich spiegelte sich der Einschnitt, den die kroatische Grenze markiert, auch in der Beförderung von Personen und Gütern. Obwohl Slowenien im internationalen Verkehr als ein Transitland gilt, wurde Kroatien beim Entwurf des Straßennetzes ausgeblendet. Keine der neuen slowenischen (und kroatischen) Autobahnen findet im jeweiligen Nachbar-land eine adäquate Fortsetzung.

Es ist die Eigenschaft der Grenze, dass sie eine Unterscheidung zwischen Menschen herstellt. An der neuen slowenischen Grenze wurde bisher beschrieben, wie diese die historische Wahrnehmung lenkt, wie sie sich auf soziale Beziehungen auswirkt, letztendlich auch den Sprachgebrauch ändert. Jüngere Slowenen und Kroaten, die nach dem Ende Jugoslawiens aufgewachsen sind, müssen sich heute sogar mit dem Englischen aushelfen, um adäquat kommunizieren zu können.

Der soziologischen Raumtheorie zufolge gibt es keine gesellschaftlich geteilten Räume, wenn sie nicht permanent in sozialen Institutionen reproduziert werden. Es kann daher auch keine Grenze geben, ohne deren repetitive Aufrechterhaltung. Es ist daher anzunehmen, dass der immer wieder hochkochende Grenzstreit mit Kroatien vor allem der Raumsynthese des neuen Sloweniens dient und der jahrzehntelang tradierten Raumnutzung der Menschen entgegenwirkt.

a. Der anhaltende Grenzstreit: diskursive und territoriale Grenzverletzung

Von 1991 an kam es in über zwei Jahrzehnte des Grenzstreits zu diversen einseitigen Deklarationen und zu mehreren Lösungsvorschlägen, die nie von beiden Parlamenten bestätigt wurden. Auch gab es Erklärungen zu einer friedlichen Lösung bzw. zur Verhinderung von Konflikten.⁹⁴ Trotzdem gab es zahlreiche Zwischenfälle.

Über die Jahre kam es (auf beiden Seiten der Grenze) zu diversen inszenierten Grenzverletzungen, die sowohl von Politikern wie Journalisten begangen wurden, die daraufhin über die Verhaftung durch die Grenzpolizei der anderen Seite berichten konnten. Damit wurde die Rhetorik aus der Zeit der ursprünglichen Konstitution des Staates immer wieder reproduziert. Der Streit wurde an der Grenze routiniert wiederholt und das steigende Gefühl der kroatischen Gefahr bestätigt (Delo 1992b; 1992f). 1994 besuchten mehrere slowenische Politiker einen umstrittenen Grenzabschnitt, worüber die Medien berichteten. Wenige Tage später wurde ein 4-köpfiges Team slowenischer Journalisten des nationalen Fernsehsenders festgehalten – und damit ein erneuter Anlass zur Berichterstattung geschaffen (Večer 1994e). Auskunft über die politische Brisanz der Vorfälle bietet ein ähnliches Beispiel aus dem Jahr 2006, als zunächst zwei slowenische Journalisten, die über kroatische Bauarbeiten auf umstrittenem Gebiet berichten wollten, auf eine kroatische Polizeistation abgeführt wurden. Am gleichen Tag wurden noch drei weitere Medienvertreter, die über den Vorfall berichten wollten, zeitweise festgehalten. Die slowenische Polizei reagierte mit einer 50 Mann starken Spezialeinheit; am selben Tag wurde von der slowenischen Seite eine Kuhle ausgegraben, die den Kroaten den Weg zur Baustelle versperrte. Der

⁹⁴ Die politischen Bemühungen sind über die 24-jährige Geschichte des Streits zahlreich (mehrere Initiativen und Protestnoten seitens beider Seiten und zwischenstaatlicher Kommissionen), sie müssen für diese Arbeit nicht einzeln vorgestellt werden (für einen geschichtlichen Überblick der politischen Bemühungen um die Lösung des Konflikts, inkl. einiger Dokumentation, Karten und einseitig ratifizierten Vertragstexte, siehe: Republik Slowenien 2015).

slowenische Premierminister rief noch am späten Abend die Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen zu einer Notsitzung zusammen (Večer 2006b).

Ein Grund für die lange Aufrechterhaltung des Streits kann darin gesehen werden, dass er der politischer Profilierung dient. Mitja Durnik und Marjeta Zupan beschrieben das sowohl für gemäßigte als auch für populistische Politiker, die offener nationalistisch agieren: "It seems that the main obstacle to the final solution of the border is politicians (members of a political elite) in both countries for whom the status quo is still a political strategy which keeps them at the 'top of the water'" (Durnik/Zupan 2007: 73).

Doch dahinter verbirgt sich auch eine bestimmte Raumlogik. Nicht-sprachliche Raumpraktiken (territoriale Grenzüberschreitungen und -verletzungen) resultieren nämlich in der sprachlichen Wiederholung der nationalen Raumsynthese, aus der das Kroatische ausgeschlossen wurde. Umgekehrt wurde die diskursive Grenzüberschreitung (am Beispiel des kroatisch-sprechenden Pfarrers) territorial wahrgenommen und zog eine nicht-diskursive (territoriale) Grenzüberschreitung nach sich (den Ausschluss des Pfarrers aus Slowenien). An der Grenze wird die repetitive Raumkonstitution institutionalisiert. Die Grenzverletzung dient so paradoxerweise der Verfestigung der Grenze.

Dass es sich um die Aufrechterhaltung der Raumkonstitution handelt, wird erneut an symbolischen Raumelementen deutlich: Ein bedeutender Teil des Grenzstreits bezieht sich auf die Seegrenze, bei der es vor allem um die Frage geht, ob Slowenien überhaupt ein eigener Zugang zu internationalen Gewässern zusteht. Dieser Zugang wurde im nationalen Diskurs zu einem symbolischen Gut, denn die Slowenen hätten in der Geschichte stets einen Zugang zum Meer gehabt – so das Argument. Der slowenische Außenminister Karl Erjavec formulierte den Anspruch noch 2014 so: „Der slowenische Kontakt zu internationalen Gewässern ist ein Zeichen der Freiheit, nach der Slowenien Jahrhunderte lang strebte, sie ist deshalb Teil der Identität Sloweniens als eines europäischen maritimen Staates“ (Mladina 2014). Es

wundert daher auch nicht, dass es zahlreiche Verhaftungen von Fischern gab, während sie gerade ihrer Arbeit nachgingen (Delo 1992g). Mit dem bereits beschriebenen Effekt, dass solche Vorfälle immer wieder auf Neue sprachliche Akte der ursprünglichen Raumkonstitution nach sich zogen.⁹⁵

Symbolischen Charakter hatte auch ein Weißbuch über den Grenzkonflikt. Das slowenische Außenministerium veröffentlichte es genau am 15. Jahrestag der Unabhängigkeit der beiden Staaten. Auf der Pressekonferenz versicherte der Außenminister, dies sei lediglich ein Zufall (Republik Slowenien 2006). Dabei ist das alljährliche Gedenken an den nationalen Schöpfungsakt der Ausrufung der Selbstständigkeit ein symbolisches Ritual, eine kollektive Handlung, welche die kreative Kraft des Anfangs, die ursprüngliche Konstitution des Nationalstaates bestätigen und damit territorialen Ansprüchen nicht zufällig Gewicht verleihen soll.

b. Europäisierung der Grenzen

Die fortwährende Befeuerung des Konflikts erfüllt offensichtlich eine gesellschaftliche Funktion. Durch die permanente Wiederholung wird Kroatien grundlegend negativ besetzt. Das Handeln Kroatiens an der Grenze wird häufig als aggressiv beschrieben (Delo 1992a). Die slowenische Art des Umgangs mit dem Konflikt wird dabei als unterschiedlich zu der kroatischen dargestellt: Das slowenische Vorgehen wird als prinzipiell demokratisch und europäisch bezeichnet, das kroatische als unvorhersehbar, problematisch und nicht-europäisch.

Das eigene Europäisch-Sein wird von der slowenischen Seite wiederholt herausgestellt. Politiker haben beim Streit häufig erwähnt, dass das Land ein

⁹⁵ Es gibt ebenso einige wissenschaftliche Abhandlungen, die nach dem historischen Raum der Slowenen in Istrien suchen – die Halbinsel an der nördlichen Adria gehört heute zu Italien, Slowenien und (größtenteils) Kroatien. Krnel-Umek (2004) z. B. beschreibt, dass die Verwaltungseinheiten auf diesem Gebiet historisch mehrheitlich die slowenische Bevölkerung umfassten (ihre Ausführung beginnt sie übrigens im 13. Jahrhundert). Zu diesem Komplex gehört auch eine linguistische Suche nach der historischen Grenze der Slowenen auf diesem Gebiet, die sich ethnologisch auf Fischerei-Ausdrücke stützt und aufgrund der Mischung der romanischen und slawischen Wörter schließt, dass dieses Gebiet ethnolinguistisch nicht zu Kroatien gehören kann und eher als eine Einheit für sich zu betrachten sei (Delo 1996b).

Teil Europas sei: Der Außenminister sprach von einer „gewalttätigen Politik, welche nicht in die Europäische Union gehört. Ich werde darüber anders denken müssen als bisher, als ich dachte, dass wir Kroaten helfen, dass sie unsere Freunde sind und dass wir gemeinsam in der EU den Balkan in eine moderne Welt ändern wollen“ (Večer 2006a). Die EU-Mitgliedschaft wurde von Slowenien auch politisch ausgespielt, als das Land die eigene Machtposition als EU-Mitglied durch eine Veto-Drohung der kroatischen Beitrittsverhandlungen ausspielte. Mit dem Bezug auf „Europa“, dem Verweis darauf im politischen Schlagabtausch, wollten slowenische Politiker Kroatien zum Einlenken zwingen.

Der Beitritt Sloweniens zum Schengenabkommen 2007 bedeutete eine weitere Verschärfung des Konflikts. Während die anderen Grenzen symbolisch vollkommen im Zeichen der Öffnung und der Erfüllung des europäischen Weges Sloweniens standen, waren die Grenzkontrollen an der südlichen slowenischen Grenze – gleichzeitig der Schengen-Außengrenze – restriktiver geregelt. Slowenische politische Vertreter äußerten sich stolz über den Schengenbeitritt und es schien als ob die Europatauglichkeit Sloweniens vom Schutz dieser Grenze abhing.

Pipan (2007) stellte jedenfalls fest, dass die Einführung des Schengen-Grenzregimes an der slowenisch-kroatischen Grenze die Dynamik der Abnahme der Interaktion und der Lebensqualität der im Grenzgebiet lebenden Menschen noch zusätzlich potenzierte. Bis auch Kroatien dem Schengen-Raum beitrifft, ist seine Vermutung: „cross-border contacts in the studied area will until then be a hostage of the »Fortress europe«, which simultaneously with liberalisation of internal borders erects walls where previously were none“ (234). Diese Dynamik bezeichnet er als *berlinisation*.

Europa als Synonym für die Europäische Union, wurde seit den 1980ern grundlegend mit der Offenheit der Grenzen identifiziert (Delo 1990a; 1986d). Man sprach von der „europäischen Art der Grenzüberquerung“, einer ohne Grenzpolizisten und ohne Reisepass (Delo 1996a). Der erste demokratische

gewählte Parlamentspräsident France Bučar besuchte wenige Tage nach der Ausrufung der Unabhängigkeit den slowenisch-österreichischen Verein in Wien und äußerte zu dieser Gelegenheit: „Wenn wir wirklich für ein neues Europa der Pluralität sind..., dann benötigen wir keine nationalen Grenzen.“ Seine geschichtliche Herleitung – er sprach von der „Pluralität der Völker“, die „friedlich nebeneinander leben“, so übernational verbunden seien (zitiert nach Zalokar 2009: 25) und ließ die zweimalige Weltkriegserfahrung des Kontinents einfach außer Acht. Als der Nachbar Österreich 1997 dem Schengenraum beitrug, reagierte man darauf mit Unmut. Denn der Beitritt bedeutete für Slowenen längere Warteschlangen an der Grenze zu Österreich bzw. zur EU, was den damaligen slowenische Parlamentspräsidenten Janez Podobnik veranlasste, von „harten Zeiten für Slowenen an der österreichischen Grenze“ (Delo 1997b) zu sprechen.

Der Schengenbeitritt Sloweniens wurde letztlich medial so euphorisch wie zuvor der eigentliche EU-Beitritt gefeiert. Die Titelseiten zeigten das Anheben der Grenzschraken (Večer 2007a; 2007b). Abgebildet wurde gar, wie Grenzzäune durch Rosenbüsche ersetzt wurden. „Slowenen sind nun Teil Europas ohne Grenzen“ wurde herausgestellt und damit wie beim EU-Beitritt die Richtigkeit des eigenen europäischen Weges bestätigt: „Der Eiserne Vorhang, der uns lange Jahrzehnte vom entwickelten Europa getrennt hat, ist endlich gefallen“ (Večer 2007c).

4. Zusammenfassung: Verbindung der Grenze zum Raum

Für die Slowenen war geschichtlich das Verhältnis zu den Kroaten das am wenigsten schwierige. Seit der so genannten nationalen Erweckung und bis zur tatsächlichen Staatsgründung haben (mit der Ausnahme des Zweiten Weltkriegs) Slowenen und Kroaten einen gemeinsamen politischen Raum geteilt. Der andauernde Streit über den Verlauf der Grenze zwischen Slowenien und Kroatien mag daher überraschen. Doch genau in ihm verbirgt sich die Funktion der (auch staatlichen) Grenze: Sie dient der Synthese und repetitiven Aufrechterhaltung des Raumes. Die Grenze dient der Symbolisie-

rung des Raumes und der Raumobjektivation zugleich; sie ist ein Homogenisierer und Differenzsetzer; die Grenze institutionalisiert den Ein- und Ausschlusscharakter des Raumes. Eine Grenze muss daher stets in Verbindung mit der Raumkonstitution gesehen werden. Und gerade deshalb manifestieren sich an ihr die Raumelemente, die im nationalen Diskurs bedeutend sind. Diese Elemente sind daher als Markierungen zu verstehen, anhand derer Raum als eine Einheit konstituiert wird, die an der Grenze zu verteidigen ist.

Aus diesem Grunde entstanden gleich nach der Staatsgründung historische Studien, welche die zuvor nie da gewesene politische Grenze in der Geschichte suchten und fanden – als eine sprachliche Grenze. Die Ausführungen basieren auf der Vorstellung einer geschichtlichen Kontinuität der slowenischen Sprache, die sich über Jahrhunderte hinweg bis zum heutigen Staat entwickelte. Da räumliche Vorstellung (der Ein- und Ausschluss) und geschichtliche Erinnerung (institutionelles Erinnern und Vergessen) bei diesem Beispiel durch dieselbe Differenzsetzung konstituiert werden, eignete sich die Sprache als Ausgangspunkt des Grenzstreits. Sprache hat hier eine symbolische Bedeutung sowohl in der nationalen Geschichts- wie in der Raumsynthese.

Jedes Kollektiv, jeder Staat und jeder nationale Raum erzeugen Außen-seiter und sind nicht denkbar ohne die repetitive Festschreibung des Anderen, ohne das Fortbestehen des politischen Konflikts. Eine Norm wird durch die Abweichung von dieser wahrgenommen. Das wiederholte Aufzeigen der Abweichung festigt die Struktur. So lässt sich erklären, wieso Slowenien und Kroatien es über zwei Jahrzehnte nicht gelungen ist, ihre Streitigkeiten zu beenden.

Durch die Aufrechterhaltung des Grenzstreits mit Kroatien wird immanent alles Jugoslawische abgelehnt und gleichzeitig die eigene Europa-Orientierung bestätigt. Den Streit beizulegen wurde gerade ab dem Moment ernsthaft versucht, als Kroatien 2013 der EU beitrat. Beide Staaten einigten sich auf die Einberufung eines unabhängigen Schiedsgerichts, dessen

Entscheidung über den Verlauf der Grenze zu Wasser und auf dem Festland zu respektieren sei. Die Entscheidung über eine jahrelang so strittige Frage überlässt man Dritten nur dann, wenn sie ihre Funktion, in diesem Falle die Trennung des Innen vom Außen, verliert.⁹⁶

Vor diesem Hintergrund ist auch das politische Vorhaben vor der Unabhängigkeitserklärung zu verstehen, die Grenze zu Kroatien als eine offene Grenze zu deuten. Das wäre zwar der historischen Erfahrung der im Grenzgebiet lebenden Menschen gerecht geworden, doch fußte es auf einer Fehldeutung seitens der politischen Akteure: Es kann keine Grenze geschaffen werden, die keine Abgrenzung und keinen Ausschluss darstellt und das soziale Geschehen auch in genau diesem Sinne beeinflusst.

Ähnlich muss die Dynamik des Schengen-Grenzregimes kritisch bewertet werden. Denn es schaffte nicht nur auf der politischen Landkarte unnötigerweise Mauern, es hat den slowenisch-kroatischen Grenzstreit potenziert und die Lebenswelten der Menschen weiter voneinander getrennt – trotz der dem entgegenstehenden Rhetorik des europäischen Zusammenwachsens von friedlichen Nachbarn.

Waren zu Zeiten Jugoslawiens die Außengrenzen zu Italien und Österreich diejenigen, von denen eine gewisse Gefahr auszugehen schien und die deshalb strengster Kontrolle benötigten, haben im Rahmen des nationalen Diskurses diese sukzessive ihre Bedeutung geändert und wurden politisch als offene Grenzen gedeutet. Der Prozess ihrer Europäisierung begann mit

⁹⁶ Es ist jedoch unklar, ob das Gericht seine Arbeit wird beenden können. Wenige Monate vor der erwarteten Entscheidung erklärte Kroatien im Sommer 2015 aus dem Verfahren auszutreten, da Slowenien der unlauteren Einflussnahme auf die Arbeit des Gerichts beschuldigt wurde. Es ist umstritten, ob Kroatien das Abkommen einseitig auflösen kann. Aktuell (18.12.2015) erstellt das Schiedsgericht eine Beurteilung über die Erklärung Kroatiens. Die Lösung der Grenzfrage wird auch im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise erschwert. Die slowenische Regierung reagierte im Zuge ihrer Überforderung mit der steigenden Zahl der Flüchtenden, die über die sogenannte „Balkan-Route“ das Land durchqueren wollen, mit einem Zaunbau an der Grenze zu Kroatien (auch an ihrem umstrittenen Teil), von dem bisher ca. 140 Kilometer fertiggestellt sind. Zusätzliches Gewicht verleiht auch die diskursive Vermittlung des Zaunbaus, da dieser von slowenischen politischen Akteuren als „Schutz Europas“ dargestellt wird, wodurch Kroatien erneut als nicht-europäisch markiert wird.

der Markierung dieser Grenze mit denjenigen symbolischen Elementen (Denkmalsetzung für historische Persönlichkeiten), welche auf die Verbundenheit des nationalen Raumes mit der ehemaligen k. u. k. Monarchie hinweisen. Er erreichte schließlich seinen Höhepunkt mit der symbolischen Schrankenöffnung am Tag des Schengenbeitritts Sloweniens, eines symbolischen Erfolges, den zu erreichen Kroatien noch verwehrt ist.

VI. Der EU-Beitrittsprozess

Nach der internationalen Anerkennung des Landes war das oberste Ziel der slowenischen Außenpolitik der Beitritt zur EU. Der Weg dahin verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Im April 1993 unterzeichnete Slowenien das „Handels- und Kooperationsabkommen“ mit der Europäischen Gemeinschaft. Auf dessen Grundlage begannen im Dezember des selben Jahres Verhandlungen über das „Europa-Abkommen“, welches als Vorbereitung zur Mitgliedschaft galt und neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch die Angleichung rechtlicher Rahmenbedingungen unterschiedlicher politischer Bereiche mit einbezog. In dieser Zeit kam es zu ersten Irritationen, die sich auf die Frage bezogen, ob ausländische Staatsbürgerinnen in Slowenien Immobilien erwerben dürften – was die slowenische Verfassung explizit ausschloss. Es fand eine diplomatische Auseinandersetzung mit Italien statt, welches die Verhandlungen wiederholt mit seinem Veto blockierte. Deshalb dauerte es mehr als drei Jahre, bis im Juni 1996 das Abkommen schließlich unterzeichnet werden konnte.⁹⁷ Die wesentliche Bedingung für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen, der das slowenische Parlament im Juli 1997 auch zustimmte, war die Änderung der Verfassung im Sinne einer Öffnung des Immobilienmarktes.

Obwohl es sich um einen Vorgang handelte, in dem das Land durch mühevollen Verhandlungen über Jahre hinweg ganz unterschiedliche Rechtsbereiche an die Anforderungen der EU anpasste, war das als kritisch wahrgenommene Problem eines, welches in Verbindung mit der Raumkonstitution stand. Es handelte sich letztlich um die zu klärende Frage, ob die durch die Abkehr von Jugoslawien erlangte Souveränität durch die Europäisierung wieder in Frage gestellt würde.

⁹⁷ Noch am selben Tag stellte Slowenien seinen Antrag auf die Vollmitgliedschaft – als letztes der zehn assoziierten Mittel- und Osteuropäischen Länder. Im März 1998 begannen schließlich die offiziellen Verhandlungen, die im Dezember 2002 abgeschlossen wurden. Am 25. März 2003 fand ein Referendum über den Beitritt zur EU statt, dem 89,6% der Wähler zustimmten (die Wahlbeteiligung lag bei 60%).

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Rechtfertigung der EU-Annäherung und auch die Begründung für die Verfassungsänderung weniger sachlicher Natur oder Folge einer pragmatischen Kosten-Nutzen-Abwägung waren, als vielmehr durch den emotional geprägten Bezug zum nationalen Raum rationalisiert wurde.

Im Folgenden skizziere ich *erstens* die kulturellen und geschichtlichen Deutungen der Begründung des EU-Beitritts und beschreibe *zweitens*, wie der Konflikt mit Italien dadurch gelöst wurde, dass der Vorgang der Verfassungsänderung als Schutzfunktion des neuen slowenischen Staates umgedeutet wurde. *Drittens* gehe ich auf die Betonung der wirtschaftlichen Notwendigkeit ein, durch die die Europäisierung als eine alternativlose Entwicklung dargestellt wurde.

1. *EU-Phorische geschichtliche Begründung*

Irena Brinar definiert mehrere Phasen innerhalb des slowenischen EG/EU-Annäherungsprozesses (vgl.: Brinar 2002; zusammenfassend auch Pikalo 2006).

- Zeitgleich mit der Konstitution des Staates benennt sie zunächst die Phase der *EU-Phorie*, wie sie die Wahrnehmung „Europas“ als Allheilmittel für praktisch alle Probleme des Staates nennt.
- Die Jahre der Verhandlungen zum Europa-Abkommen und den Konflikten mit Italien zwischen 1993 und 1996 beschreibt sie, seien von einer allgemeinen *EU-Skepsis* gekennzeichnet gewesen.
- In den Jahren 1996 und 1997 dominierte eine *EU-Nüchternheit*, in der ein pragmatisches Kalkül der Vor- und Nachteile der Integration ihren Platz fand.

- Seit 1997 bis zum letztendlichen Beitritt herrschte schließlich ein *EU-Realismus*, der sich in der hohen Zustimmungsrates zum Beitritt zeigte.⁹⁸

Diese Phasen spiegeln sich auch in den Umfrageergebnissen zur Unterstützung der Eingliederung in die EU seitens der slowenischen Bevölkerung. Die höchsten Zustimmungswerte wurden Anfang der 1990er und Anfang der 2000er Jahre – kurz vor dem tatsächlich erfolgten Beitritt – verzeichnet. Es war die Hochzeit der überschwänglichen historischen Synthesen, die mit der Gründung des slowenischen Staates einhergingen und bereits beschrieben wurden.

Im Jahr 1992 formulierten Staatspräsident Kučan, Ministerpräsidenten Drnovšek und Außenminister Rupel einen Brief, der an die zwölf Außenministerinnen und Regierungschefinnen der EG verschickt wurde, in dem es hieß: „Die slowenische Demokratie haben wir auf unserer Kultur begründet. ... Unsere Kultur war in der Geschichte immer an Europa und sein politisches Leben gebunden. ... Slowenien hat sein Schicksal selbst bestimmt, jedoch mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft. Mit dieser Hilfe wurde es zu einem selbstständigen, international anerkannten Land, welches genau das will, was alle Völker dieser Erde, vor allem aber die Europäischen wollen: Frieden, wirtschaftlichen Wohlstand und demokratische Einrichtungen, die keine Minderheiten und keine Mehrheiten kennen. (...) Wir wollen Ihnen versichern, dass wir in der Lage sind, in kürzester Zeit die Gestaltung des neuen politischen und wirtschaftlichen Systems zu vollenden und alle Bedingungen der politischen und ökonomischen Union zu erfüllen“ (Večer 1992a).

In auffällig unterwürfigem Ton hebt dieses Dokument die symbolischen Elemente hervor, welche Slowenien nach Ansicht der Absender mit Europa

⁹⁸ Den Beginn der ersten Phase sah Brinar übrigens noch im Rahmen Jugoslawiens der 1960er als eine Phase der „Bewusstwerdung“, in der aufgrund der jugoslawischen sozialistischen Ideologie eine engere Zusammenarbeit mit der EG praktisch unmöglich war.

verbinden soll: Kultur, Schicksal, wirtschaftlicher Wohlstand. Es handelt sich um eine Deutung, welche die endgültige Erfüllung der slowenischen Geschichte, ihren Anfang und ihr Ziel in Europa sieht. Genauso immanent ist dem Text die Abkehr von der eigenen jugoslawischen Geschichte, wie sie in einem vor dem Beitritt verfassten Kommentar von Danilo Slivnik, noch direkter angesprochen wird: „Slowenien hat die große geschichtliche Gelegenheit, sich am 1. Mai 2004 endgültig von der kommunistischen Vergangenheit zu trennen... Der Beitritt zur Union bedeutet die einmalige Gelegenheit, um mit der gescheiterten jugoslawischen Denkweise zu brechen. Slowenien wird mit dem 1. Mai 2004 auch die Gelegenheit bekommen, sich unwiderruflich von der balkanischen Inflation loszusagen und die ökonomischen Gesetze der westlichen Welt zu übernehmen“ (Mag 2002).

In diesen Dokumenten erscheint Europa als die ultimative Erfüllung des Nationalen – eine Deutung, die in den zehn Jahren zwischen der Veröffentlichung beider Texte durchaus ins Wanken geraten war:

2. Das Hinterfragen des Nationalen

Waren 1992 fast alle Befragten (92%) für eine Vollmitgliedschaft in der EU, betrug die Zustimmung zwei Jahre später lediglich 30% (vgl. Toš et al. 1999: 368). Probleme mit dem Nachbarn Italien und die daraus resultierende Verzögerung der Verhandlungen standen der uneingeschränkten EU-Phorie im Wege (vgl. Svetličič 1996: 192). Denn sie wurden als Gefahr für die Bewahrung der nationalen Identität gedeutet.⁹⁹

a. Der Konflikt mit Italien

Der Ursprung des Konflikts mit Italien ist historischer Natur. Jugoslawien enteignete und vertrieb nach dem Zweiten Weltkrieg Italienerinnen, die sogenannten „Optanten“, aus dem Gebiet, welches Jugoslawien zugeteilt wurde und heute zu Slowenien gehört (in den 1940ern und 1950ern sind bis

⁹⁹ Nach dieser EU-skeptischen Phase wurde die Unterstützung wieder deutlich größer und blieb bis zum EU-Beitritt 2004 weitgehend stabil. Um die 65% der Menschen erwarteten Vorteile von der EU (vgl. Europäische Kommission 2004: 18).

zu 300 000 Italienerinnen aus Jugoslawien ausgewandert oder vertrieben worden). 1975 schienen die Differenzen in den Verträgen von Osimo abschließend gelöst; Italien verzichtete auf Restitution, Jugoslawien wurde im Gegenzug zu Entschädigungszahlungen verpflichtet. Da Italien aber Slowenien nach dem Zerfall Jugoslawiens nicht als Rechtsnachfolger, als ererbten Vertragspartner anerkannte, verweigerte es, die Zahlungen von Slowenien anzunehmen und forderte stattdessen, die enteigneten Immobilien im Rahmen der laufenden Denationalisierung an die Vertriebenen zurückzugeben. Dem stand jedoch Artikel 68 der slowenischen Verfassung entgegen, der den Besitz von Immobilien ausschließlich slowenischen Staatsangehörigen erlaubte. Wegen der innenpolitischen Lage in Italien und dem Erfolg der neofaschistischen „Alleanza Nazionale“ wurde der Diskurs gerade von der italienischen Seite stark nationalistisch und geschichtsrevisionistisch geführt. Die Auseinandersetzung gipfelte schließlich darin, dass Italien seine Zustimmung für die Unterzeichnung des Europäischen Abkommens mit Slowenien verweigerte.

Die EU übernahm eine Vermittlerrolle und das Streitobjekt wurde zum Teil des Abkommens, worin Slowenien sich - wie oben beschrieben - verpflichtete, die Verfassung zu ändern. Seit 1997 ist es also EU-Bürgerinnen erlaubt, in Slowenien Immobilien zu besitzen (siehe Petrič 2010: 168f).

Die erste Reaktion auf die italienischen Ansprüche war jedoch die innenpolitische Forderung an die slowenische Regierung, sich unnachgiebig zu zeigen. Slowenien dürfe sich nicht von Italien erpressen lassen; es wurde vor dem Ausverkauf des Landes gewarnt, vor der „Gefährdung des Slowenentums“. Die Änderung der Verfassung wurde als ein zu hoher Preis für den EU-Beitritt angesehen (Delo 1994b). 62% der Sloweninnen positionierten sich strikt gegen eine Verfassungsänderung im Namen der europäischen Integration und 52% waren gar der Meinung, Slowenien solle unter diesen Umständen nicht auf dem EU-Beitritt bestehen (Večer 1994a; für genaue Umfragewerte vgl. Toš et al. 1999: 439).

Die Kommentatorin Romana Dobnikar-Šeruga schrieb: „Es geschieht uns Unrecht. Auf dem Weg in die Europäische Union, die wir als unsere Verbündete sehen, wurden wir durch ein diplomatisches Manöver vollkommen ungerechtfertigt von einem Staat behindert, welcher das Argument der Stärke auf seiner Seite hat. Es ist ein ungleicher Kampf zwischen David und Goliath, zwischen 60 Millionen Italienern und 2 Millionen Slowenen. Ist es möglich, dass Europa nicht erkennt, dass wir die Opfer sind...?“ (Delo 1994a). Für einen Moment war der Zauber „Europas“ verflogen. Die slowenische Unabhängigkeit und Souveränität schien auf einmal mehr wert zu sein als der angestrebte EU-Beitritt.

In den Folgejahren, bis zur Verfassungsänderung 1997 erfolgte jedoch eine prinzipielle Umdeutung des Konflikts. Ministerpräsident Drnovšek brach die Entscheidung der Sloweninnen auf eine einfache Formel herunter: „Entweder Europa oder Isolation“ (Delo 1997d). Weiter schrieb er: „Die Verfassungsänderung ist ein Imperativ für Slowenien“ (ebd.). Ähnlich äußerte sich Saša Vidmajer im Kommentar: „Werden wir endlich die staatstragende Reaktion erleben dürfen? Oder werden wir dem politischen Kampf und dem angeblichen nationalen Interesse verfallen?“ (Delo 1997c).

b. Europa als Schutz der Souveränität

Trotz der anfänglich ablehnenden Haltung, wurde der Forderung Italiens und der EU nachgegeben und als eine den slowenischen Staat bestätigende politische Reaktion gedeutet.¹⁰⁰ Europa wurde damit im nationalen Diskurs so unwiderruflich positiv bewertet, dass der gesamte Vorgang, trotz aller Aufregung, nur für eine begrenzte Zeit als eine Infragestellung der gerade erst neu gewonnenen nationalen Selbstständigkeit angesehen und vermittelt wurde.

¹⁰⁰ Obwohl in der Messung der öffentlichen Meinung Italienerinnen zu diesem Zeitpunkt stark an Beliebtheit verloren hatten, wurde Italien im Jahre 1994 nur von 17% der Menschen als eine Gefahr wahrgenommen. Zum Vergleich: Kroatien wurde von 51% der Befragten als gefährlich angesehen (vgl. Toš et al. 1999: 355, 368).

Bilaterale Hürden auf dem Weg in die Europäische Union gab es auch mit Österreich, wo eine ähnliche Dynamik bezüglich der österreichischen Forderung nach Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit, der sogenannten „Sloweniendeutschen“, zu beobachten war. Schließlich wurden sie von Slowenien nicht als Minderheit, sondern als Volksgruppe anerkannt.¹⁰¹ Einige österreichische Politikerinnen, allen voran Vertreterinnen der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), sprachen Veto-Drohungen für Sloweniens Beitrittsverhandlungen mit der EU aus. Diese Vorwürfe wurden in den slowenischen Medien, ähnlich wie der Konflikt mit Italien, als Gefährdung der Erfüllung des eigenen nationalen Weges gedeutet (Delo 1999a).

Eine Irritation mit Österreich gab es auch bzgl. des österreichisch-jugoslawischen Staatsvertrages und der Frage, ob Slowenien die Rechtsnachfolge Jugoslawiens übernehmen würde. Dies wurde von Österreich abgelehnt, da Slowenien auf dieser Grundlage völkerrechtliche Forderungen bei der Umsetzung des Artikels 7 des Abkommens hätte stellen können, in dem den in Österreich lebenden Sloweninnen (und Kroatinnen) Minderheitenrechte garantiert worden waren. Je näher der slowenische EU-Beitritt rückte, umso stiller wurde es um die Frage der Rechtsnachfolge. Slowenien hörte einfach auf, entsprechende Forderungen zu stellen. Die Frage wurde ab einem bestimmten Punkt auch in den Medien nicht mehr thematisiert, wie Ferenc und Repe (2004: 612) beobachteten.

Der symbolischen Frage nach der staatlichen Souveränität wurde in Slowenien eine hohe Bedeutung beigemessen. Die letztlich von Italien erzwungene Verfassungsänderung wurde schließlich nicht als ein Verlust an Souveränität gedeutet, sondern umgekehrt als Zugewinn. Die Politikwissenschaftler Miro Haček und Drago Zajc führen aus, wie dies zu verstehen

¹⁰¹ Die meisten nach dem 2. Weltkrieg in Jugoslawien noch verbliebenen Menschen, die sich ethnisch als Deutsche oder Österreicherinnen definierten, waren bald geflohen oder wurden zwangsweise ausgesiedelt. Ein Teil der Zurückgebliebenen waren diejenigen, die sich jugoslawischen Partisaneneinheiten anschlossen (vgl. Mladina 2004). Heute umfasst die Volksgruppe ca. 500 Personen.

war: „Die vollständige Mitgliedschaft stellt einen Quantensprung in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Sloweniens dar, wobei es sich einerseits um die Abgabe der Ausübung eines Teiles der souveränen Rechte an die EU-Institutionen handelt, doch auf der anderen Seite handelt es sich auch um die Erweiterung der Souveränität, da Slowenien als Mitglied zu Entscheidungen beiträgt, die für andere Staaten gelten“ (Haček/Zajc 2005).

Ein Indiz dafür, dass das eigene Europäisch-Sein als Schutz der Staatlichkeit wahrgenommen wurde, ist auch, dass Slowenien später die EU-Mitgliedschaft als politisches Druckmittel gegen Kroatien nutzte und im Rahmen seiner EU-Verhandlungen zunächst mit einem Veto drohte. Für Außenminister Rupel war dies „ein angemessener Rahmen für die Regelung von einigen Problemen“ (Večer 2005). Slowenien reproduzierte bei Kroatien also genau das, was es vorher selber von Seiten Italiens und Österreichs erlebte. Als das Land 2008 nun selber die Blockade ausübte und die Verhandlungen mit Kroatien so behinderte, war in den Medien keine Rede mehr von David und Goliath: „Wir können froh darüber sein, dass unsere politische Spitze so reif handelt. Anstelle von heißen Worten ohne jegliches Handeln erleben wir endlich ein entschlossenes Handeln ohne jegliche Worte“ (Žurnal24 2008). Die Verankerung in der EU wurde hier zur Bestätigung einer Position der nationalen Stärke in einem bilateralen Konflikt genutzt.¹⁰²

c. Eine alternativlose Entwicklung

Auch wenn es kurzzeitig so erscheinen mochte, als würde der europäische Weg nicht bedingungslos verfolgt, nämlich dann, wenn er politische Entscheidungsmöglichkeiten einschränkte, zeigte sich die Kraft des absolut

¹⁰² Dies resultierte in einer Vereinbarung über die Einberufung des internationalen Schiedsgerichts zur Lösung des Streits mit Kroatien. Die Veto-Drohung und eine Blockade-Haltung wird während der Beitrittsverhandlungen übrigens häufig für bilaterale Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Anwärtinnen genutzt. Frau denke dabei an die bereits seit 10 Jahren bestehende griechische Blockade der mazedonischen Beitrittsverhandlungen (ein Streit, der sich übrigens um die rein symbolische Frage der Namensgebung des mazedonischen Staates handelt).

positiven Bezuges auf Europa auch darin, dass es in Slowenien keine relevanten politischen Akteurinnen gab, die das Bild des Landes im Verbund mit der Europäischen Union nachhaltig infrage stellen wollten.

Eine erste Übereinkunft zwischen den Parteien war zunächst die Vereinbarung im Rahmen der Parlamentswahl von 1996, die Auseinandersetzungen mit Italien aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Im Juli 1997 unterzeichneten die Vorsitzenden der Parteien dazu eine Erklärung über die Zusammenarbeit beim EU-Beitritt,¹⁰³ welche praktisch bedeutete, dass im Parlament kein Widerstand und auch keine Problematisierung der einzelnen Rechtsanpassungen seitens der Opposition erfolgen würde (vgl. Fink-Hafner/Lajh 2005: 56). Zusätzlich fasste das Parlament einen Beschluss in dem erklärt wurde, dass die Europäisierung der Gesetzgebung prioritär vor allen anderen Aufgaben der Legislative zu behandeln sein würde (ebd.).

Der in der Konstitution des nationalen Raumes eingeschriebene europäische Weg wurde so zu einem konsensual angenommenen und politisch nicht zu hinterfragenden staatlichen Interesse. Würde Slowenien außerhalb des europäischen Integrationsprozesses verbleiben, wäre die Zukunft (vgl. Svetličič 1996: 34) des Landes nicht gesichert. Ministerpräsident Drnovšek äußerte hierzu: „Wir müssen uns immer real fragen: Was wäre denn eine Alternative? Slowenien muss sich aus Sicht der Wirtschaft und der Sicherheit eine stabile Position in Europa sichern... Wenn wir nicht dabei sind, werden wir schwieriger durchkommen, schlechter leben und weniger Sicherheit haben“ (Delo 1998a). Ganz ähnlich also, wie die Loslösung von Jugoslawien als alternativlos kommuniziert wurde, wurde nun auch die europäische Verankerung als unbedingte Notwendigkeit dargestellt.

¹⁰³ Von den im Parlament vertretenen Parteien war die einzige Ausnahme die populistische „Slowenische nationale Partei“ („Slovenska nacionalna stranka“), die im Parlament durchgehend ca. 5% der Sitze innehatte und nie Teil einer Regierungskoalition war. Obwohl sie die Erklärung nicht unterzeichnete, unterstützte auch sie die EU-Mitgliedschaft Sloweniens, wenn auch ihr Vorsitzender stets betonte, dass der Beitritt nicht um jeden Preis geschehen dürfe.

3. *Die wirtschaftliche Notwendigkeit*

Über die Jahre der Beitrittsverhandlungen nannten die Sloweninnen, befragt nach den Vorteilen, die sie von einer EU-Mitgliedschaft erwarten würden, an erster Stelle den Schutz der nationalen Sicherheit (mit Werten um ca. 70%)¹⁰⁴ und an zweiter (mit ca. 60%) wirtschaftliche Vorteile (vgl. Europäische Kommission 2004: 21, 32).

In den 1995 und 1997 erstellten Strategiepapieren zur europäischen Annäherung, die von der Regierung und vom Parlament bestätigt wurden (Republik Slowenien 1995; 1997), kamen passend dazu folgende Ziele der Integration Sloweniens in die EU zur Sprache:

- die Festigung des demokratischen politischen Systems und der Marktwirtschaft,
- die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung,
- die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation mit den EU-Mitgliedsstaaten,
- die Festigung der Sicherheitslage,
- die Festigung der internationalen Identität Sloweniens als ein auf Integrationsprozesse ausgerichtetes Landes.

Die Betonung der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Orientierung an Europa erfolgte nicht zuletzt aufgrund des Verlustes des jugoslawischen Absatzmarktes. Aus 23 Millionen potenziellen Kundinnen waren praktisch über Nacht nur 2 Millionen geworden (Delo 1992d). Für die slowenische, auf den Export orientierte, Wirtschaft wurde die EU die einzig vorstellbare Möglichkeit für die weitere Entwicklung. Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Janko Deželak musste auf dieser Grundlage zu dem Schluss kommen, dass „einen Nicht-Eintritt in die EU für Slowenien kein anderer

¹⁰⁴ Der Sicherheits-Diskurs war in Slowenien auch deswegen stark ausgeprägt, da das Referendum zur Frage des EU-Beitritts zusammen mit der (separat zu beantwortenden) Frage nach der Mitgliedschaft in der NATO abgehalten wurde. Für den NATO-Beitritt, der im März 2004 erfolgte, stimmten 66% der Wählerinnen.

Verbund ausgleichen kann“ (Večer 1995b). Ein stabiler und starker slowenischer Staat sei von seinem wirtschaftlichen Erfolg abhängig (vgl. Fink-Hafner/Lajh 2005: 53).

Saša Vidmajer kommentierte in Delo: „Die Politik sowohl dieser wie der vorangehenden Regierung bezüglich der europäischen Annäherung basiert auf erfolgreichen wirtschaftlichen Ergebnissen. Das ist ein wesentliches Element, das uns nicht nur den Beitritt zur EU garantiert, sondern uns auch befähigen wird, ein gleichwertiger Partner zu sein“ (Delo 2004); ein Partner, welcher Slowenien nach allen Darstellungen dieser Zeit in Jugoslawien nicht gewesen war.

Die wirtschaftliche Ausrichtung an die EU sollte bald hinreichend Anlass dafür geben, den Stolz auf das Eigene herausstellen zu können. Etwa als der Reifenhersteller Goodyear, „eines von drei Unternehmen, welche den Weltmarkt der Autoreifen beherrschen“ (Delo 1997a) eine Kooperation mit dem slowenischen Reifenhersteller Sava unterzeichnete. Der Vorstand von Goodyear, Samir Gibara, sagte im Interview: „Sava ist ein sehr bekanntes Unternehmen in Westeuropa und ich glaube, dass wir durch die gemeinsame Kooperation die Produktion [von Goodyear] in Europa verdoppeln können“ (ebd.). Der Traum aus den 1980ern, das ungeliebte „Made in Yugoslavia“ in ein erfolgreiches und anerkanntes „Made in Slovenia“ zu ändern, schien endlich erfüllt.

Das Bild der erfolgreichen europäischen Selbstverortung wurde im Rahmen der Europäisierung derart bestätigt, dass der slowenische wirtschaftliche Erfolg regelmäßig im Vergleich mit dem der anderen Beitrittskandidatinnen gesehen wurde. In der (EU-skeptischen) Anfangsphase, als der Beitrittsprozess durch Italien gebremst wurde, finden sich durchaus Aussagen, die Ärger über die Tatsache ausdrückten, dass Länder wie Rumänien und Bulgarien bereits 1994 assoziierte EU-Partner waren, Slowenien jedoch noch nicht: „[W]ie ist das nur möglich? ... obwohl sich Slowenien in Wirklichkeit auf einer höheren Stufe der Entwicklung befindet und intensivere Bezie-

hungen zur Europäischen Union pflegt“, fragt ein Kommentar von Borko de Corti (Večer 1994b). Doch nach Beendigung des Streits und dem Beitritt sah sich Slowenien in der Position, „der beste unter den neuen Mitgliedsstaaten zu sein, obwohl nur die Hälfte bis ein Drittel der [wirtschaftlichen] Leistung der westlichen EU-Länder erreicht wird“, wie der Sozialwissenschaftler Marko Kos (2005: 32) betonte. Die EU-Länder teilt er wirtschaftlich in fünf Gruppen ein, gemäß deren Produktivitätsleistung (ebd.: 31f):

- (a) Russland, Bulgarien, Rumänien,
- (b) baltische Länder und Slowakei,
- (c) Ungarn, Polen, Tschechien,
- (d) Slowenien, Portugal, Griechenland,
- (e) höchstentwickelte (westliche) Länder der EU.

Seine Ausführung zum wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Länder reflektiert ein Ost-West-Gefälle, bei dem Slowenien explizit in eine Gruppe gezählt wird, die nicht zum „Osten“ gehört.¹⁰⁵

4. Zusammenfassung

Im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses zeigten sich folgende Muster der Rechtfertigung der Europäisierung Sloweniens:

Geschichtliche und kulturelle Begründungen, welche sich als EU-Phorie in die (auch seitens der historischen Forschung gebildeten) große Narration der Entstehung des nationalen Raumes einfügen und diesen durch die Abkehr vom Sozialismus als schicksalhaft mit Europa verbunden sehen.

Die bilateralen Hürden mit Italien und Österreich im Rahmen des Beitrittsprozesses wurden zunächst als eine Bedrohung für das eigene Nationale gesehen. Unter Zuhilfenahme einer symbolischen Umdeutung beugten sich

¹⁰⁵ Obwohl er ökonomisch argumentiert, gleitet er in seiner Erklärung der ökonomischen Leistungsunterschiede ebenfalls in mentale Zuschreibungen: „Wir haben es [in Europa] mit unterschiedlichen geistigen Zuständen zu tun, mit einem unterschiedlichem Stellenwert des Pflichtbewusstseins und der Initiative: von Slowenien mit seiner Bedeutung des kapitalistischen Eigentums und Unternehmertums bis zu Staaten mit einer Bevölkerung, die vollkommen ernsthaft Sozialleistungen vom Staat verlangt, ohne Rücksicht auf die individuelle und unternehmerische Effektivität“ (Kos 2005: 32).

die politischen Vertreterinnen jedoch dem politischen Druck und stellten die von außen geforderten Anpassungen als im Grunde staatstragend dar, da sie der EU-Mitgliedschaft förderlich seien. Die europäische Ausrichtung wurde schließlich als genuiner Schutz des nationalen Raumes und damit der slowenischen Nation insgesamt angesehen.

Der wirtschaftliche Nutzen der europäischen Integration wurde darin gesehen, dass die EU die Beschränkungen des kleinen Binnenmarktes Sloweniens aufheben konnte und so eine wesentliche Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Staates bot. Schon während der, vornehmlich durch ökonomische Probleme hervorgerufenen, schrittweisen Loslösung von Jugoslawien wurde Europa als Ausweg aus der Misere „entdeckt“. Im Laufe des Beitrittsprozesses wurde die Idee der EU als wirtschaftlichem Erfolgsmodell dann zur alles bestimmenden Erzählung.

Der europäische Weg wurde schließlich als genauso alternativlos dargestellt wie es zuvor die Loslösung von Jugoslawien war. In beiden Fällen gab es keine relevanten politischen Akteure, welche das politische Vorhaben infrage stellten.

VII. Auswertende Zusammenfassung

Im Hinblick auf die räumlichen Bezüge resümiere ich zunächst die historische Beschreibung der Konstitution Sloweniens und gehe nachfolgend auf die Verbindung zwischen „Nation“ und „Europa“ in der räumlichen Ordnung des unabhängigen Staates ein. In einem dritten Schritt beziehe ich einige raumtheoretische Überlegungen ein, bevor ich schließlich auf eine Beobachtung zur heutigen EU eingehe.

1. Zusammenführung der Geschichte Sloweniens

Die akuten jugoslawischen Wirtschaftsprobleme der 1980er wurden durch symbolische Zuschreibungsmechanismen – durch die Wahrnehmung vermeintlicher Mentalitätsunterschiede – grundsätzlich räumlich vermittelt. Sukzessive entstanden im nationalen Diskurs innerhalb weniger Jahre zwei politisch-ideologische Räume innerhalb Jugoslawiens, die als jeweils homogen und dabei als miteinander unvereinbar angesehen wurden. Durch repetitive Aussagenproduktion wurde ein grundlegend negativ besetzter serbisch/jugoslawischer Raum konstruiert, von welchem eine Bedrohung für das positiv besetzte eigene Slowenische ausging. Die Gefährdung des Slowenentums aus dem Süden ist seither eine dominante politische Erzählung in Slowenien. „Europa“ bekam bereits während der Reformversuche der späten 1980er den Stellenwert einer Antithese zu Jugoslawien und wurde als nicht weiter konkretisierte Zukunftsvision der Bezugspunkt für alle politischen Akteure, sowohl für die sich im Reformprozess befindenden Kommunisten als auch für die bürgerliche Opposition.

Mit dem Kriegszustand nach Ausrufung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 wurde das Streben nach der Homogenisierung des nationalen Raumes im Inneren des staatlichen Territoriums noch intensiviert: Nicht-Slowenen, die zur Projektionsfläche für alles negativ besetzte Jugoslawische wurden, verloren im neuen Staat jegliche bürgerliche Rechte – sie wurden „ausgelöscht“.

Die Dynamik der Abkehr von Jugoslawien und der Hinwendung zu Europa zeigte sich weiterhin in repetitiven Raumroutinen: neue staatliche Feiertage und kulturelle Praktiken wurden geschaffen. Die Wiederentdeckung der eigenen christlichen Wurzeln war eine wesentliche Voraussetzung für diese Praktiken, zu denen z. B. das Feiern des Weihnachtsfestes gehörte, das in begleitenden Aussagen die kulturelle Verankerung innerhalb Europas bestätigen sollte. Dazu erscheint die neue nationale Geschichtsschreibung als eine räumliche Rekonstruktion aus der politischen Gegenwart heraus, da auch in den nationalen Geschichtssynthesen diejenigen Raumelemente vergessen wurden, die an die sozialistische Geschichte erinnerten, und diejenigen (neu-)erinnert wurden, die mit der nicht-sozialistischen Geschichte, vor allem in Form der k. u. k. Monarchie, verbunden waren. Genauso manifestieren sich an den jeweiligen staatlichen Grenzen Praktiken, die an der Grenze zu Kroatien auf eine Abgrenzung von Jugoslawien und an den Grenzen zu Österreich und Italien auf eine Zuwendung zu Europa schließen lassen.

Seit der Konstitution des unabhängigen slowenischen Nationalstaates wird dieser in einer Einheit mit Europa imaginiert. Die Europäisierung galt als genauso alternativlos wie einst die Loslösung von Jugoslawien. Beides geschah ohne nennenswerten politischen Widerstand. Auf dieser Grundlage kann auch die vergleichsweise unkomplizierte Lösung der während des EU-Beitrittsprozesses auftretenden Konflikte mit Italien und Österreich verstanden werden, welche für den neuen nationalen Raum als nicht weniger gefährlich hätten wahrgenommen werden können wie diejenigen mit Kroatien. Die angespannten Beziehungen mit dem südlichen Nachbarn seit der Staatsgründung können im Licht der räumlichen Ordnung Sloweniens erklärt werden – als eine Aufrechterhaltung der Negativsetzung der eigenen jugoslawischen Geschichte.

2. „Europa“ als nationales Konstrukt

Die Begründung für die Notwendigkeit des EU-Beitritts Sloweniens war weitaus weniger durch sachliche Argumente geprägt, als vielmehr durch jene Elemente, denen eine symbolische Bedeutung im Rahmen der Konstitution des slowenischen Staates zugeschrieben wurde. Die Europäisierung wurde als alternativlos darstellbar durch die (unter Zuhilfenahme von Mentalitätszuschreibungen untermauerte) angenommene wirtschaftliche Verbundenheit, durch den garantierten Schutz des Nationalen vor der Bedrohung von Außen, durch gemeinsame kulturelle Werte und geschichtliche Vorstellungen. Wie jede Symbolisierung erscheinen auch diese im Rahmen der Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit als Objektivationen, sind aber dennoch gesellschaftlich, kulturell und geschichtlich veränderbare Größen, die medial, politisch, historiografisch und rechtlich legitimiert werden.

Die Nation und der Nationalstaat samt seines zur Faktizität gewordenen Territoriums erscheinen daher als symbolische Ressourcen. Ähnlich wie der Nationalstaat ist selbst „Europa“ kein von sich aus festes geografisches oder politisches Gebilde, sondern ein diskursiv geschaffenes und objektiviertes Konstrukt.

Die postsozialistische Konstellation war durch eine Reorganisation des nationalen Raumes gekennzeichnet und resultierte in der Herstellung von symbolischen Bezügen zwischen dem neuen Nationalen und dem Europäischen. Der postsozialistische nationale Raum kann so als unauflösbar mit Europa verbunden betrachtet werden. Europa/europäisch erscheinen dann als objektivierte Ethnonyme in der Beschreibung des Eigenen.

3. Raumtheoretische Implikationen: Die Betonung des Symbolischen

Wenn vom Nationalstaat und den mit ihm in Verbindung stehenden Phänomenen die Rede ist, findet die symbolische Ebene der Raumkonstitution in der Forschung nicht den Stellenwert, der ihr zusteht. Die Relationenbildung, durch die der Raum als Einheit vorgestellt wird, ist ein primär

symbolischer Prozess. Nur auf Grundlage der Zuschreibungen, die der Raumwahrnehmung, seinen einzelnen Elementen und den ihn reproduzierenden Routinen innewohnen, kann der Raum letztendlich entschlüsselt werden. Es sind die Zuschreibungen, welche die auf den Raum bezogene Aussagenproduktion von Politikern, Journalisten oder Wissenschaftlern leiteten und die mit dem Raum im Zusammenhang stehende Phänomene erklärbar machen: von Politiken, die auf bewusste Grenzverletzungen setzen, über rechtliche Ausschlüsse von bestimmten Menschen, bis hin zu den historischen Synthesen.

Sich den Staat als einen starren Container vorzustellen, mag eine Illusion sein, eine wirkmächtige Illusion jedoch, wie Markus Schroer feststellte. Schließlich ist es genau diese Vorstellung, auf die sich gesellschaftspolitische Akteure grundlegend beziehen. Räume, die im Einklang mit dem nationalen Raum gedeutet werden, werden emotional genauso positiv aufgewertet wie dieser selbst. Dadurch werden auch die für die Konstitution benutzten Elemente des Raumes positiv aufgewertet. Aus diesem Grunde ist es auch möglich, dass sie zum Eigenen gezählt werden bzw. dass das Eigene mit positiver Bezugnahme zu diesen Elementen konstituiert wird. Umgekehrt werden Räume, die mit dem nationalen Raum nicht übereinstimmen, negativ besetzt. So kann erklärt werden, wieso sich der Europa-Bezug des nationalen Raumes Sloweniens im Verhältnis zum Antagonisten „Balkan“, der damit immanent mitkonstruiert wird, zeigen musste. Als die räumliche Antithese des positiv besetzte Nationalen und Europas ist der Balkan zu *der* Kenngröße für alles Negative geworden. Aufgrund der symbolischen Zuschreibungen sind für Slowenien der Balkan, die sozialistische Geschichte und selbst Kroatien beinahe Synonyme; alle werden negativ bewertet, vor ihnen muss das Gute, das Nationale geschützt werden.

Wenn also über den Nationalstaat gesprochen wird, sollte der Blick genauer auf die symbolischen Zuschreibungen gerichtet werden – auf mentale, sprachliche, politisch-ideologische, geschichtliche Differenzset-

zungen – da erst auf deren Grundlage der Raum als eine Einheit konstituiert wird.

4. Was die EU von Jugoslawien lernen kann

Auch im Rahmen des national geführten Diskurses über die EU und über ihre Krisen lohnt der Blick auf die symbolische Ebene. Die Behauptung, dass Europa aus der jugoslawischen Erfahrung lernen könne, löst häufig eine ablehnende Haltung aus, da die zwei Konstrukte ja als Gegenpole wahrgenommen werden und Europa nicht zuletzt die politischen Anomalien Jugoslawiens beseitigt haben will. Dennoch stellt Norbert Mappes-Niediek wiederholt fest, dass das heutige Europa nicht wisse, wie jugoslawisch seine Probleme seien (vgl. Mappes-Niediek 2015; 2005). Tanja Petrović sieht sowohl im Zerfall Jugoslawiens, wie in der EU die Gemeinsamkeit einer tiefen Unzufriedenheit der Menschen, die von dem Gefühl begleitet werde, dass die Mechanismen der demokratischen Repräsentanz versagen würden (vgl. Petrović 2015: 217f).

Obwohl Europa oder selbst die EU kein Staat ist, gibt es zahlreiche Analogien: Auch Jugoslawien war einst eine „Chiffre für ein besseres Leben in Würde, Frieden, Freiheit und Wohlstand“ (Calic 2010: 82). Beide folgten der Idee der Integration in einen gemeinsamen politischen Raum, unter der Beibehaltung der nationalen Komponente; beide haben einen gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen; beide sind durch ein wirtschaftliches Entwicklungsgefälle gekennzeichnet; beide wurden durch kulturelle und geschichtliche Deutungen als eine Einheit synthetisiert; und bei beiden zeigt sich, dass im Kontext von Krisen, politische Akteure homogene Räume im Innern vermitteln, sie mit nationalen Zuschreibungen versehen und sie als Gefahr für das jeweils Eigene deuten.

Führt man sich nun die symbolische Ebene der Aussagenproduktion vor Augen, erscheint die Konstruktion der innereuropäischen Räume genau auf das aus Jugoslawien bekannte einfache Positiv-/Negativ-Schema der Zuschreibungen zu bauen. Räumliche Bilder der „entwickelten“ und der

„unterentwickelten“ Mitgliedsstaaten der EU werden produziert, Aussagen darüber gemacht, dass einige Nationen verschwenderisch und deswegen verschuldet seien und auf Kosten der Anderen leben würden. Es handelt sich um mehr als nur um die Verbreitung von stereotypen Vereinfachungen. Eine solche auf das Symbolische zielende Aussagenproduktion ruft nicht nur bei den Rezipienten räumliche Vorstellungen hervor, und bildet damit die Basis für neue Ausschlüsse.

Betrachtet man die Europäische Union durch das Prisma Jugoslawiens, wird sichtbar, dass diese Union keine Schicksalsgemeinschaft ist, sie keiner Zwangsläufigkeit unterworfen ist und sie nicht die Erfüllung der Geschichte ist, zu der sie gerne erklärt wird. Es handelt sich um eine Konstruktion wie einst Jugoslawien. Ihr Fortbestand wird davon abhängen, welche neuen Konstruktionen die verschiedenen Akteure in Krisensituationen an der Schnittstelle zwischen dem Nationalen und dem Europäischen zu ihren Leitbildern wählen und öffentlich vermitteln werden.

Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Quellen

- Agnew, John A.** (2002): *Making political geography*. London: Arnold.
- Agnew, John A. und Corbridge, Stuart** (1995): *Mastering space: Hegemony, territory and international political economy*. London: Routledge.
- Ahrens, Daniela** (2001): *Grenzen der Enträumlichung: Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisierten Moderne*. Opladen: Leske + Budrich.
- Albert, Mathias und Steinmetz, Willibald** (2007): Be- und Entgrenzung von Staatlichkeit im politischen Kommunikationsraum. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 20-21/2007. S. 17-23.
- Anderson, Benedict** (2005): *Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt a. M.: Campus. 2. Aufl. der Neuausgabe von 1996. Orig. 1983.
- Ante, Ulrich** (1981): *Politische Geographie*. Braunschweig: Westermann.
- Assmann, Jan** (2002). Nachwort. In: Esposito, Elena: *Soziales Vergessen: Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 400-414.
- Bakić-Hayden, Milica** (1995): Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia. In: *Slavic Review*. Jg. 54, Nr. 4. S. 917-931. Online: http://www.reec.uiuc.edu/academics/Courses/REES_495_550/Milica_54-4.pdf (10.1.2009).
- Balažic, Milan** (2002): Evropa zdaj. In: *Teorija in praksa*. Jg. 39, Nr. 4. S. 559-578.
- Battis, Ulrich und Gusy, Christoph** (2011): *Einführung in das Staatsrecht*. Berlin: De Gruyter.
- Baur, Nina** (2005): *Verlaufsmusteranalyse: Methodologische Konsequenzen der Zeitlichkeit sozialen Handelns*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Bauriedl, Sybille** (2007): Räume lesen lernen: Methoden zur Raumanalyse in der Diskursforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*. Jg. 8, Nr. 2, Art. 13. Online: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702139> (3.11.2015).
- Benedikt, Clemens** (2004): *Diskursive Konstruktion Europas: Migration und Entwicklungspolitik im Prozess der Europäisierung*. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel.
- Benjamin, Walter** (1974). Über den Begriff der Geschichte. In: ders.: *Illuminationen. Ausgewählte Schriften. Band 1*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 251-261.
- Berger, Peter L. und Luckmann, Thomas** (2004): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer. 20. Aufl. Orig. 1966.
- Bernik, France** (2006): Nationale Identität der slowenischen Literatur. In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*. Nr. 85. S. 109-120. Online: http://leibnizsozietat.de/wp-content/uploads/2012/11/07_bernik.pdf (13.05.2014).

- Bernik, Ivan; Malnar, Brina und Toš, Niko** (1997): Slovenian political culture: Paradoxes of democratization. In: Fink-Hafner, Danica und Robbins, John R. (Hgg.): *Making a new nation: The Formation of Slovenia*. Aldershot: Dartmouth. S. 56-82.
- Boesler, Klaus-Achim** (1983): *Politische Geographie*. Stuttgart: Teubner.
- Böhme, Gernot** (2006): *Architektur und Atmosphäre*. München: Wilhelm Fink.
- Böttcher, Christina** (2009): Die (Un)möglichkeit Grenzen auf Karten zu verstehen. In: *Die Macht der Karten oder: was man mit Karten machen kann*. Online: <http://www.edumeres.net/urn/urn:nbn:de:0220-2009-0002-085> (1.12.2015).
- Brinar, Irena** (2002): *Europeanisation of public administration in Slovenia*. Konferenzbeitrag beim Treffen des Europäischen Verbandes der Entwicklungsforschung und Ausbildungsinstitutionen: "EU enlargement in a changing world". Ljubljana.
- Brink, Tobias ten** (2008): *Staatenkonflikte: Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus - ein Überblick*. Stuttgart: UTB.
- Bührmann, Andrea D. und Schneider, Werner** (2007): Mehr als nur diskursive Praxis? - Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse. In: *Forum qualitative Sozialforschung*. Jg. 8, Nr. 2, Art 28. Online: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702281> (19.11.2015.).
- (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv: Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: transcript.
- Calic, Marie-Janine** (2010): *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*. München: Beck.
- (2012): Rezension zu: Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011: Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1.12.2012. S. L20.
- Celar, Branko** (2002): *Slovenija in njene meje [Slowenien und seine Grenzen]*. Ljubljana: Visoka policijsko-varnostna šola.
- Chilla, Tobias** (2010): Europäisierung aus räumlicher Perspektive? Konzeptionelle Beiträge und Potenziale. In: *Europa Regional*. Jg. 18, Nr. 1. Online: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-312609> (15.12.2015).
- Closa Montero, Carlos** (2009): *Study on how the memory of crimes committed by totalitarian regimes in Europe is dealt with in the Member States*. Brussels: European Commission. Online: <http://bookshop.europa.eu/uri?target=EUB:NOTICE:DS0313577:EN:HTML> (01.10.2015).
- Cvetković-Sander, Ksenija** (2011): *Sprachpolitik und nationale Identität im sozialistischen Jugoslawien (1945-1991): Serbokroatisch, Albanisch, Makedonisch und Slowenisch*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Czoernig, Karl von** (1857): *Ethnographie der oesterreichischen Monarchie, Band 1*. Wien: Kaiserl. Koenigl. Direction der Administrativen Statistik.
- Deger, Petra und Hettlage, Robert** (2007): *Der europäische Raum: Die Konstruktion europäischer Grenzen*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

- Delanty, Gerard** (1995): *Inventing Europe: idea, identity, reality*. London: Macmillan Press.
- Dicke, Klaus** (2002): Raumbezogene Leitbilder in der politischen Ideengeschichte. In: Schmitt, Karl (Hg.): *Politik und Raum*. Baden-Baden: Nomos. S. 11-27.
- Dingsdale, Alan** (2001): *Mapping modernities: geographies of Central and Eastern Europe*. London: Routledge.
- Douglas, Mary** (1991): *How Institutions Think*. Syracuse: Syracuse Univ. Press. Orig. 1986.
- Dünne, Jörg** (2006a): Politisch-geographische Räume - Einleitung. In: Dünne, Jörg und Günzel, Stephan (Hgg.): *Raumtheorie: Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 371-385.
- (2006b): Soziale Räume - Einleitung. In: Dünne, Jörg und Günzel, Stephan (Hgg.): *Raumtheorie: Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 289-302.
- Durnik, Mitja und Zupan, Marjeta** (2007): Borderline dispute between Slovenia and Croatia in the post Yugoslav era: Solutions, obstacles and possible therapy. In: *CEU political science journal*. Jg. 2, Nr. 1. S. 72-89.
- Džaja, Srećko M.** (2002): *Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991) - Mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas*. München: Oldenbourg.
- Eigmüller, Monika** (2010): Räume und Grenzen in Europa. Der Mehrwert soziologischer Grenz- und Raumforschung für die Europasozologie. In: Eigmüller, Monika; Mau, Steffen und Vobruba, Georg (Hgg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik - Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 133-141.
- Elias, Norbert und Scotson, John L.** (1994): *The established and the outsiders: A sociological enquiry into community problems*. London: Sage Publ. Orig. 1965.
- Esposito, Elena** (2002): *Soziales Vergessen: Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2007): *Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fatur, Dušan** (2008): *Slovensko-hrvaška meje - kronološki pregled (z nekaterimi obrobnimi pripombami) [Slowenisch-kroatische Grenze - eine chronologische Übersicht (mit einigen Randbemerkungen)]*. Gradivo za predavanje mednarodnega sosedskega prava [Materialien zum Vortrag des Nachbarschaftsvölkerrechts]. Universität Ljubljana: Juristische Fakultät. Online: <http://www.pf.uni-lj.si/media/skrk.materiali.s.predavanja.g.d.faturja.msp.10.12.2008.pdf> (1.4.2015).
- Ferenc, Mitja** (2008): Absent from Public Memory. Hidden Grave Sites in Slovenia 60 Years After the End of World War Two. In: Čepič, Zdenko (Hg.): *1945 – A Break with the Past. A History of Central European Countries at the End of World War Two*. Ljubljana: Inst. for Contemporary History. S. 263-274.

- Ferenc, Mitja und Repe, Božo** (2004): Slovensko-avstrijski odnosi po mednarodnem priznanju [Slowenische-Österreichische Beziehungen nach der internationalen Anerkennung]. In: Nečak, Dušan; Jesih, Boris; Repe, Božo; Vodopivec, Peter; Andraschke, Katharina und Skrilec, Ksenija (Hgg.): *Slovensko-avstrijski odnosi v 20. stoletju [Slowenisch-Österreichische Beziehungen im 20. Jahrhundert]*. Ljubljana: Oddelek za zgodovino Filozofske fakultete. S. 611-653.
- Fink-Hafner, Danica und Lajh, Damjan** (2005): *Proces evropeizacije in prilagajanje političnih ustanov na nacionalni ravni [Prozess der Europäisierung und der Anpassung von politischen Institutionen auf der nationalen Ebene]*. Ljubljana: Fakulteta za družbene vede.
- Gašperič, Primož** (2007): Cartographic images of Slovenia through time. In: *Acta geographica Slovenica – Geografski zbornik*. Nr. 47-2/2007. S. 245-260.
- Glasze, Georg** (2013 (2015)): Identitäten und Räume als politisch: Die Perspektive der Diskurs- und Hegemonietheorie. In: *Europa Regional*. Jg. 21, Nr. 1-2. S. 23-35.
- Glasze, Georg und Mattisek, Annika** (2009): Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Glasze, Georg und Mattisek, Annika (Hgg.): *Handbuch Diskurs und Raum - Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 11-59.
- Godeša, Bojan** (2009): Revizija in odpiranje novih obzorij – priložnost za "drugačno" zgodovino? [Revision und die Eröffnung anderer Perspektiven – die Gelegenheit für eine "andere" Geschichte?]. In: *Zgodovinski časopis [Zeitschrift für Geschichte]*. Jg. 96, Nr. 3-4. S. 440-458.
- Grafenauer, Bogo** (1991): Jugoslovanske medrepubliške in zunanje meje: "administrativne" ali zgodovinsko zrasle? [Die jugoslawischen inneren und die äußeren Grenzen: "administrativ" oder historisch gewachsen?]. In: *Glasnik slovenske matice*. Nr. 1-2/1991. S. 4-10.
- Granda, Stane** (2008): *Slovenija: pogled na njeno zgodovino*. Ljubljana: Urad vlade za komuniciranje.
- Griesser-Pečar, Tamara** (2012): Vloga Nemčije pri osamosvojitvi Slovenije [Die Rolle Deutschlands bei der Verselbstständigung Sloweniens]. In: *Studia Historica Slovenica*. Jg. 12, Nr. 2/3. S. 355-378.
- Groys, Boris** (2005): Die postkommunistische Situation: Osteuropäische Kulturen im Zeitalter des Postkommunismus. In: Groys, Boris; Heiden, Anne von der und Weibel, Peter (Hgg.): *Zurück aus der Zukunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 36-48.
- Günzel, Stephan** (2006): Physik und Metaphysik des Raums - Einleitung. In: Dünne, Jörg und Günzel, Stephan (Hgg.): *Raumtheorie: Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 19-43.
- Haček, Miro und Zajc, Drago** (2005): *Slovenija v EU: zmožnosti in priložnosti [Slowenien in der EU: Fähigkeiten und Gelegenheiten]*. Ljubljana: Fakulteta za družbene vede.

- Haferkamp, Heinrich und Knöbl, Wolfgang** (2001). Nachwort: Die Logistik der Macht. Michael Manns Historische Soziologie als Gesellschaftstheorie. In: Mann, Michael: *Geschichte der Macht. Band 3, Teil II: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*. Frankfurt a. M., New York: Campus. S. 303-340.
- Hirschhausen, Béatrice von; Grandits, Hannes; Kraft, Claudia; Müller, Dietmar und Serrier, Thomas** (2015): *Phantomgrenzen - Räume und Akteure in der Zeit neu denken (Phantomgrenzen im östlichen Europa, Band 1)*. Göttingen: Wallstein.
- Hobsbawm, Eric J.** (2001): *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft*. München: Dt. Taschenbuchverl. Orig. 1997.
- Höpken, Wolfgang** (2010): Die Gedanken der Tat. Intellektuelle und Gewalt im früheren Jugoslawien. In: Hartwig, Susanne und Treskow, Isabella von (Hgg.): *Brüders Hüter / Brüders Mörder. Intellektuelle und innerjugoslawische Gewalt*. Berlin, New York: De Gruyter. S. 43-63.
- (2013): „Durchherrschte Freiheit“: Wie „autoritär“ (oder wie „liberal“) war Titos Jugoslawien? In: Grandits, Hannes und Sundhaussen, Holm (Hgg.): *Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat?* Wiesbaden: Harrasowitz. S. 39-68.
- Hösler, Joachim** (2006): Sloweniens historische Bürde. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 46/2006. S. 31-38.
- Hribar, Tine** (1987): Slovenska državnost [Slowenische Staatlichkeit]. In: *Nova revija*. Jg. VI, Nr. 57. S. 3-29.
- Hroch, Miroslav** (2005): *Das Europa der Nationen: Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ipsen, Detlev** (2006): *Ort und Landschaft*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Jäger, Siegfried** (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner und Viehöver, Willy (Hgg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band I: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich. S. 81-112.
- (2004): *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Jan, Zoltan** (1988): Slovenščina na zahodni meji [Das Slowenische an der westlichen Grenze]. In: *Jezik in slovstvo [Sprache und Literatur]*. Jg. 33, Nr. 7/8. S. 244-245.
- Jansen, Christian und Borggräfe, Henning** (2007): *Nation - Nationalität - Nationalismus*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Jesenšek, Marko** (2011): Položaj slovenskega jezika v Maistrovem času [Die Lage der slowenischen Sprache in Maisters Zeit]. In: *Časopis za zgodovino in narodopisje [Zeitschrift für Geschichte und Ethnografie]*. Jg. 82, Nr. 2-3. S. 230-244.
- Jönsson, Christer; Tägil, Sven und Törnqvist, Gunnar** (2000): *Organizing European space*. London [u.a.]: Sage.
- Josipovič, Damir** (2011): Slovensko-hrvaška meja: izbrane problematizacije političnega in etničnega razumevanja [Slowenisch-kroatische Grenze: ausgewählte Problematisierungen des politischen und ethnischen Verständnisses]. In: Darovec, Darko und Strčić, Petar (Hgg.): *Slovensko-hrvaško sosedstvo : Hrvatsko-slovensko susjedstvo*

- [*Slowenisch-kroatische Nachbarschaft : Kroatisch-slowenische Nachbarschaft*]. Koper: Univerzitetna založba Annales. S. 227-248.
- Jovičević, Zoran** (2008): Jugoslavija, Srbija in Slovenija 1980-1990. Kdo je koga izkoriščal [Jugoslawien, Serbien und Slowenien 1980-1990. Wer nutzte wen aus?]. In: Ferenc, Mitja und Petkovšek, Branka (Hgg.): *Mitsko in stereotipno v slovenskem pogledu na zgodovino: Zbornik 33. zborovanja Zveze zgodovinskih društev Slovenije [Mythisch und stereotyp über die slowenische Sicht der Geschichte: Sammelband der 33. Versammlung der Vereinigung der historischen Vereine Sloweniens]*. Ljubljana: Zveza zgodovinskih društev Slovenije. S. 71-82.
- Keller, Reiner** (1999): *Diskursbegriff und interpretatives Paradigma - Entwurf des Referats zum Workshop "Perspektiven der Diskursanalyse" vom 11.-12. März 1999. Universität Augsburg*. Online: <http://www.epb.uni-hamburg.de/erzwiss/lohmann/Lehre/Wint3-4/pe/keller.html> (28.10.2015).
- (2001): Wissenssoziologie Diskursanalyse. In: Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner und Viehöver, Willy (Hgg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band I: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich. S. 113-145.
 - (2003): Der Müll der Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner und Viehöver, Willy (Hgg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band 2: Forschungspraxis*. Opladen: Leske + Budrich. S. 197-233.
 - (2004): *Diskursforschung. Ein Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
 - (2006): Wissen oder Sprache? Für eine wissensanalytische Profilierung der Diskursforschung. In: Eder, Franz X. (Hg.): *Historische Diskursanalysen: Genealogie, Theorie, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 51-69.
 - (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. 2. Auflage*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Kersten, Jens** (2011): Georg Jellinek In: *Enzyklopädie zur Rechtsphilosophie*. IVR (Deutsche Sektion) und Deutsche Gesellschaft für Philosophie. Erstpublikation: 06.04.2011. Online: <http://www.enzyklopaedie-rechtsphilosophie.net/inhaltsverzeichnis/19-beitraege/102-jellinek> (13.11.2015).
- Kladnik, Tomaž** (2011): General Maister in oblikovanje slovenskih oboroženih sil v letih 1990-1991 [General Maister und die Formierung der slowenischen bewaffneten Mächte in den Jahren 1990-1991]. In: *Review for History and Ethnography*. Jg. 82, Nr. 2.-3. S. 67-85.
- Klemenčič, Matjaž** (2007): Ideja Zedinjene Slovenije do vstopa Slovenije v šengenski prostor in položaj Slovencev v sosednjih državah [Die Idee eines vereinigten Sloweniens bis zum Beitritt Sloweniens zum Schengenraum und die Lage der Slowenen in den Nachbarländern]. In: *Časopis za zgodovino in narodopisje [Zeitschrift für Geschichte und Ethnografie]*. Jg. 27, Nr. 1-2. S. 54-70.

- Knapič, Matija** (2010): Varčevalci Ljubljanske banke na območju bivše Jugoslavije [Die Sparer von Ljubljanska banka auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens]. In: *Pamfil: Časnik slušateljev juristične fakultete v Ljubljani* [Zeitschrift der Hörer der juristischen Fakultät Ljubljana]. November 2010. Online: <http://pamfil.si/prispevek/varcevalci-ljubljanske-banke-na-obmocju-bivse-jugoslavije/> (02.02.2011).
- Kollmorgen, Raj** (2005): Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp: Eine komparative Analyse. In: ders. (Hg.): *Transformation als Typ sozialen Wandels: Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche*. Münster: Lit Verlag. S. 21-46.
- (2007): *Transformation als Modernisierung: Eine meta- und gesellschaftstheoretische Nachlese*. Arbeitspapier Nr. 47 des Instituts für Soziologie der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg.
- Kos, Marko** (2005): *Velika preobrazba Slovenije: miti in realnost* [Der große Wandel Sloweniens: Mythos und Realität]. Ljubljana: Nova revija.
- Koschmal, Walter** (2006): "Europäisierung" als Metapher und Aufgabe. In: Schubert, Helga (Hg.): *"Europäisierung": Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs*. München: Forst. S. 11-18.
- Koselleck, Reinhart** (2000): *Zeitschichten: Studien zur Historik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kralj, Matej** (2006): *Das labile Geschlecht des Postsozialismus: Die androzentrische Logik des slowenischen Verfassungsdiskurses*: Unveröffentlichte Diplomarbeit. Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin.
- (2009): *Abtreibung des Sozialismus: Die Identitätsfindung im slowenischen Verfassungsdiskurs*. Konferenzbeitrag für die 17. Tagung junger Osteuropa-Experten: "Das Ende des postsozialistischen Raums? (Ent-)Regionalisierung in Osteuropa". Veröffentlicht als Arbeitspappier Nr. 104 der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. S. 97-101. Online: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoap104.pdf> (17.10.2015).
- (2014): Europa statt Sozialismus – Strategien der Aneignung der sozialistischen Vergangenheit in Slowenien. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2014: "Den Kommunismus erinnern"*. Berlin: Metropol Verlag. S. 63-76.
- (2014 (2015)): Die Entstehung Sloweniens und seiner historischen Grenzen: Wie ein neuer Staat durch Grenzphänomene wahrgenommen, vermittelt und erinnert wird. In: *Europa Regional*. Jg. 23, Nr. 3-4 (im Erscheinen).
- Kristen, Samo** (2002): *Istrsko vprašanje: Zz zgodovine slovensko-hrvaške razmejitve v Istri* [Die istrische Frage: Aus der Geschichte der slowenisch-kroatischen Grenzziehung in Istrien]. Ljubljana: Inštitut za narodnostna vprašanja.
- Krnel-Umek, Duša** (2004): Slovenci na Jadranu [Slowenen an der Adria]. In: Krnel-Umek, Duša (Hg.): *Slovensko-hrvaska meja v Istri. Preteklost in sedanjost*. [Die slowenisch-kroatische Grenze in Istrien. Vergangenheit und Genenwart.]. Ljubljana: ČGP, Ljudska čebela. S. 13-34.

- Kumer, Anton** (1999): *Die Grundlagen des "nationalen Prinzips" in Jugoslawien und seine Rolle im Prozess der Unabhängigkeitserlangung Sloweniens: ein Analysemodell*. Baden-Baden: Nomos.
- Lacoste, Yves** (1990): *Geographie und politisches Handeln*. Berlin: Wagenbach.
- Lampe, John R.** (2000): *Yugoslavia as History: Twice There was a Country*. Cambridge: Cambridge Univ. Press. 2. Aufl. Orig. 1996.
- Läpple, Dieter** (1991): Essay über den Raum: Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, Hartmut; Ipsen, Detlev und Krämer-Badoni, Thomas (Hgg.): *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler: Centaurus. S. 157-207.
- Lazarević, Žarko und Prinčič, Jože** (2000): *Zgodovina slovenskega bančništva [Die Geschichte des slowenischen Bankwesens]*. Ljubljana: Združenje bank Slovenije.
- Libeskind, Daniel** (1999): Resisting the erasure of history: Daniel Libeskind interviewed by Anne Wagner. In: Leach, Neil (Hg.): *Architecture and revolution: Contemporary perspectives on Central and Eastern Europe*. London: Routledge. S. 130-138.
- Linz, Juan J. und Stepan, Alfred C.** (1996): *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore u. A.: Johns Hopkins Univ. Press.
- Löw, Martina** (1997): Die Konstituierung sozialer Räume im Geschlechterverhältnis. In: Hradil, Stefan (Hg.): *Differenz und Integration: Die Zukunft moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus. S. 451-463.
- (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
 - (2003): *Prinz Charles, Hollywood und Hongkong. Raumsoziologische Annäherung an Architektur und ihre Bilder*. Antrittsvorlesung vom 14.5.2013. Technische Universität Darmstadt.
 - (2008): *Soziologie der Städte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Löw, Martina; Steets, Silke und Stoetzer, Sergej** (2007): *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie*. Opladen, Farmington Hills: Budrich.
- Löw, Martina und Sturm, Gabriele** (2005): Raumsoziologie. In: Kessler, Fabian (Hg.): *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 31-48.
- Luthar, Oto** (2008): *The land between: a history of Slovenia*. Frankfurt a. M.: Lang.
- Luthar, Oto und Luthar, Breda** (2006): Historische Darstellung oder/als Vergangenheitspolitik? Zur Entstehung einer radikalen Umdeutung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Sloweniens. In: *Zeitgeschichte*. Jg. 33, Nr. 3. S. 135-146.
- (2010): Von der Ideologie zur Mythologie? Historischer Revisionismus im postsozialistischen Slowenien. In: Flierl, Thomas und Müller, Elfriede (Hgg.): *Osteuropa - Schlachtfeld der Erinnerungen*. Berlin: Dietz. S. 105-130.
- Lynch, Kevin** (1960): *The image of the city*. Cambridge.

- Makarovič, Gorazd** (2008): *Ko še nismo bili Slovenci in Slovenke. Novoveške etnične identitete pred slovensko narodno zavestjo. [Als wir noch keine Slowenen waren. Neuzeitliche ethnische Identitäten vor dem slowenischen nationalen Bewusstsein.]*. Ljubljana: Društvo slovenska matica.
- Mančić, Emilija** (2012): *Umbruch und Identitätszerfall: Narrative Jugoslawiens im europäischen Kontext*. Tübingen: Francke.
- Mann, Michael** (1990): *Geschichte der Macht. Band 1: Von den Anfängen zur griechischen Antike*. Frankfurt a. M., New York: Campus. Orig. 1986.
- (2001): *Geschichte der Macht. Band 3, Teil II: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*. Frankfurt a. M., New York: Campus. Orig. 1993.
- Mappes-Niediek, Norbert** (2005): *Die Ethno-Falle: Der Balkan-Konflikt und was Europa daraus lernen kann*. Berlin: Ch. Links.
- (2015): Jugoslawisches Syndrom. In: *Freitag* vom 19.8.2015, Nr. 28/2015. Online: <http://www.freitag.de/autoren/norbert-mappes-niediek/jugoslawisches-syndrom> (14.12.2015).
- Maresch, Rudolf und Werber, Niels** (2002): *Raum - Wissen - Macht*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Marquardt, Nadine und Schreiber, Verena** (2013 (2015)): Geographien der Macht. Für einen integrierten Blick auf Raumproduktionen mit Foucault. In: *Europa Regional*. Jg. 21, Nr. 1-2. S. 36-46.
- Massey, Doreen** (1999): Philosophy and politics of spatiality: some considerations. In: *Geographische Zeitschrift*. Jg. 87, Nr. 1. S. 1-12.
- Meier, Viktor** (1995): *Wie Jugoslawien verspielt wurde*. München: Beck.
- Melcic, Dunja** (2007): *Der Jugoslawien-Krieg: Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. Opladen: Westdt. Verl.
- Mellor, Roy Egetron Henderson** (1989): *Nation, state, and territory: A political geography*. London: Routledge.
- Merkel, Wolfgang** (2010): *Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2. erw. Aufl. Orig. 2000.
- Metzeltin, Michael** (2000): *Nationalstaatlichkeit und Identität: Ein Essay über die Erfindung von Nationalstaaten*. Wien: Drei Eidechsen-Verl.
- Mihelič, Darja** (2008): Slovensko-hrvaški odnosi in ribolovne pristojnosti nad Piranskim zalivom v preteklosti [Slowenisch-kroatische Beziehungen und Fischereizuständigkeiten in der Bucht von Piran in der Geschichte]. In: *Studia Historica Slovenica*. Jg. 8, Nr. 2-3. S. 319-347.
- (2011): Piranski zaliv: Nekoč sobivanje, danes prepir [Bucht von Piran: Einst Zusammenleben, heute Streit]. In: Darovec, Darko; Strčić Petar (Hg.): *Slovensko-hrvaško soselstvo : Hrvatsko-slovensko susjedstvo [Slowenisch-kroatische Nachbarschaft : Kroatisch-slowenische Nachbarschaft]*. Koper: Univerzitetna založba Annales. S. 105-128.
- O'Donnell, Guillermo und Schmitter, Philippe C.** (1986): *Transitions from authoritarian rule: Tentative conclusions about uncertain democracies*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.
- O'Sullivan, Patrick** (1986): *Geopolitics*. London, Sydney: Croom Helm.
- Ó'Tuathail, Gearóid** (1996): *Critical geopolitics: the politics of writing global space*. London: Routledge.

- Occhionero, Marisa Ferrari** (2006): Von der europäischen Idee zur europäischen Gesellschaft. In: Hettlage, Robert und Müller, Hans-Peter (Hgg.): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK. S. 25-40.
- Pelikan, Egon** (2006): Vsi antikomunisti - vsi demokrati [Alle Antikommunisten - alle Demokraten]. In: Ferenc, Mitja und Petkovšek, Branka (Hgg.): *Mitsko in stereotipno v slovenskem pogledu na zgodovino: Zbornik 33. zborovanja Zveze zgodovinskih društev Slovenije* [Mythisch und stereotyp über die slowenische Sicht der Geschichte: Sammelband der 33. Versammlung der Vereinigung der historischen Vereine Sloweniens]. Ljubljana: Zveza zgodovinskih društev Slovenije. S. 273-283.
- Pesek, Rosvita** (2007): *Osamosvojitve Slovenije: "Ali naj Republika Slovenija postane samostojna in neodvisna država?"* [Die Verselbstständigung Sloweniens: "Soll die Republik Slowenien ein selbstständiger und unabhängiger Staat werden?"]. Ljubljana: Nova revija.
- (2008): (Ne)enotni o plebiscitu [(Un)einig über das Plebiszit]. In: Ferenc, Mitja und Petkovšek, Branka (Hgg.): *Mitsko in stereotipno v slovenskem pogledu na zgodovino: Zbornik 33. zborovanja Zveze zgodovinskih društev Slovenije* [Mythisch und stereotyp über die slowenische Sicht der Geschichte: Sammelband der 33. Versammlung der Vereinigung der historischen Vereine Sloweniens]. Ljubljana: Zveza zgodovinskih društev Slovenije. S. 93-106.
- Petrič, Ernest** (2010): *Zunanja politika: osnove teorije in praksa* [Außenpolitik: Grundlage der Theorie und die Praxis]. Ljubljana: Center za evropsko prihodnost.
- Petrović, Tanja** (2015): *Yuropa: Das jugoslawische Vermächtnis und Zukunftsstrategien in postjugoslawischen Gesellschaften*. Berlin: Verbrecher-Verl. Orig. 2012.
- Pikalo, Jernej** (2006): Slowenien in der Europäischen Union. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 46/2006. S. 14-22.
- Pipan, Primož** (2007): Čezmejno sodelovanje med Slovenijo in Hrvaško v Istri po letu 1991 [Cross-border cooperation between Slovenia and Croatia in Istria after 1991]. In: *Acta geographica Slovenica – Geografski zbornik*. Nr. 47-2/2007. S. 223-244.
- Podgoršek, Nataša** (2008): Slovensko-hrvaški boj za Istro. Kratek oris narodnostnih in političnih razmer v Istri v 2. polovici 19. stoletja [Slowenisch-kroatischer Kampf für Istrien. Umriss der nationalen und politischen Verhältnisse in Istrien in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts]. In: *Zgodovinski časopis*. Jg. 62, Nr. 3-4. S. 385-392.
- Podnar, Domen** (2000): *Die europäische Integration und die slowenischen politischen Parteien*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.
- Pott, Andreas** (2002): *Ethnizität und Raum im Aufstiegsprozeß: eine Untersuchung zum Bildungsaufstieg in der zweiten türkischen Migrantengeneration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Prunk, Janko** (1990): *Nova Slovenska samozavest: Pogovori s slovenskimi političnimi prvaki*. Ljubljana: Lumi - Panatal.
- (1996): *Slowenien - ein Abriß seiner Geschichte*. Ljubljana: Založba Grad.

- (2008): *Kratka zgodovina Slovenije [auf Deutsch: siehe Prunk 1996]*. Ljubljana: Založba Grad. 3. erw. Auflage.
- Pušnik, Maruša** (1999): Konstrukcija slovenske nacije skozi medijsko naracijo [Die Konstruktion der slowenischen Nation durch die mediale Narration]. In: *Teorija in praksa*. Jg. 36, Nr. 5. S. 796-808.
- Rahten, Andrej** (2007): Slovensko osamosvajanje in evropska ideja [Die slowenische Verselbstständigung und die europäische Idee]. In: *Studia Historica Slovenica*. Jg. 7, Nr. 1-2. S. 54-70.
- Rajšp, Vincenc** (2011): General Maister in slovenska severna meja [General Maister und die slowenische nördliche Grenze]. In: *Časopis za zgodovino in narodopisje [Zeitschrift für Geschichte und Ethnografie]*. Jg. 82, Nr. 2-3. S. 37-48.
- Ramet, Sabrina** (2008): Confronting the past: The Slovenes as subjects and as objects of history. In: *Družboslovne razprave*. Jg. 24, Nr. 58. S. 29-44.
- Ratzel, Friedrich** (1923): *Politische Geographie*. München: Oldenbourg. 3. Aufl. Orig. 1897.
- Repe, Božo** (2003): *Viri o demokratizaciji in osamosvojitvi Slovenije (II. del: Slovenci in federacija) [Quellen über die Demokratisierung und Verselbstständigung Sloweniens (II. Teil: Slowenen und die Föderation)]*. Ljubljana: Arhivsko društvo Slovenije.
- (2010): *Between myths and ideology: some views on Slovene contemporary historiography*. Ljubljana: Faculty of Arts.
- (2011): *Veränderte Sichtweisen auf die neuere slowenische Geschichte: Eine wissenschaftliche oder eine ideologische Revision?* Online: http://wwwu.uni-klu.ac.at/vsima/txtpub/Repe_Vergangenheitsdiskussion.pdf (4.12.2015).
- Repe, Božo und Nečak, Dušan** (2006): *Slowenien*. Klagenfurt: Wieser Verlag.
- Reuber, Paul; Strüver, Anke und Wolkersdorfer, Günter** (2005): *Politische Geographien Europas: Annäherungen an ein umstrittenes Konstrukt*. Münster: Lit.
- Rozman, Franc; Melik, Vasilij und Repe, Božo** (1997): Öffentliche Gedenktage bei den Slowenen von 1848 bis 1991. In: Brix, Emil und Stekl, Hannes (Hgg.): *Der Kampf um das Gedächtnis*. Wien: Böhlau. S. 293-335.
- Rupel, Dimitrij** (1987): Odgovor na slovensko narodno vprašanje [Eine Antwort auf die slowenische nationale Frage]. In: *Nova revija*. Jg. VI, Nr. 57. S. 57-73.
- Sakwa, Richard** (1999): *Postcommunism*. Buckingham: Open Univ. Press.
- Šamperl Purg, Kristina** (1998): *Janez Puh - Johann Puch, človek, izumitelj, tovarnar, vizionar [Janez Puh - Johann Puch, Mensch, Erfinder, Industrieller, Visionär]*. Ptuj: Zgodovinski arhiv.
- (2000): Veliki Slovenci na prelomu tisočletja v luči nacionalnih identitet na primeru Janeza Puha [Grosse Slowenen um die Jahrtausendwende im Lichte der nationalen Identitäten am Beispiel von Janez Puh]. In: Granda, Stane und Šatej, Barbara (Hgg.): *Temeljne prelomnice preteklih tisočletij: zbornik referatov 30. zborovanja slovenskih zgodovinarjev*. Ljubljana: Zveza zgodovinskih društev Slovenije. S. 371-382.
- Sarasin, Philipp** (2003): *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Schenk, Frithjof Benjamin** (2002): *Mental Maps: Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung*. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft*. Jg. 28, Nr. 3. S. 493-514.
- Schlögel, Karl** (2007): *Im Raume lesen wir die Zeit: Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München: Hanser. 2. Aufl.
- Schroer, Markus** (2006): *Räume, Orte, Grenzen: Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2009): *Soziologie*. In: Günzel, Stephan (Hg.): *Raumwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 354-369.
- Sewell, William H.** (2005): *Logics of history: Social theory and social transformation*. Chicago: University of Chicago Press.
- Simoniti, Vasko** (1992): O slovenskem zgodovinopisju 1945-1990 ali kako je na zgodovinopisje vplivalo staranje oblasti [Über die slowenische Geschichtsschreibung 1945-1990 oder wie die Alterung der Obrigkeit die Geschichtsschreibung beeinflusste]. In: *Zgodovinski časopis [Blätter für Geschichte]*. Jg. 46, Nr. 3. S. 387-392.
- Škrbić Alempijević, Nevena und Hjemdahl, Kirsti Mathiesen** (2006): *O Titu kao mitu: Proslava Dana mladosti u Kumrovcu [Tito als Mythos: Das Feiern des Tages der Jugend in Kumrovac]*. Zagreb: FF press.
- Slovenska zgodovina** (2010). Ohne Autor: *Slovenska zgodovina, vodič k razstavi na Ljubljanskem gradu [Slowenische Geschichte, Führer zur Ausstellung an der Burg von Ljubljana]*. Ljubljana: Muzej in galerije mesta Ljubljane.
- Sodobnost** (1984): Ohne Autor: Intervju mit France Klopčič [Interview mit France Klopčič]. In: *Sodobnost*. Jg. 32, Nr. 12. S. 1113-1116. Online: <http://www.dlib.si/?URN=URN:NBN:SI:DOC-7I6S6OV6> (5.12.2015).
- Stanovnik, Majda** (2005): *Slovenski literarni prevod 1550-2000 [Slowenische literarische Übersetzung 1550-2000]*. Ljubljana: Založba ZRC.
- Štiblar, Franjo** (2010): *Bančništvo kot hrbtenica samostojne Slovenije [Das Bankwesen als Rückgrat des selbständigen Slowenien]*. Ljubljana: Založba ZRC.
- Štih, Peter; Simoniti, Vasko und Vodopivec, Peter** (2008): *Slowenische Geschichte: Gesellschaft, Politik, Kultur*. Graz: Leykam.
- Sturm, Gabriele** (2000): *Wege zum Raum: methodologische Annäherung an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften*. Opladen: Leske+Budrich.
- Sundhaussen, Holm** (2005): Die Wiederentdeckung des Raums: Über Nutzen und Nachteil von Geschichtsregionen. In: Clewing, Konrad und Schmitt, Oliver Jens (Hgg.): *Südosteuropa: Von vormodernen Vielfalt und nationalstaatlicher Vereinheitlichung*. München: Oldenbourg.
- (2008): Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 32/2008. S. 9-18.
- (2010): Rezension zu: Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*. In: *Südost-Forschungen*. Nr. 69/70 (2010/2011). S. 601-604.
- (2012): *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011: Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*. Wien; Köln; Weimar: Böhlau.

- Svetličič, Marjan** (1996): A Small Country Going into Europe. In: Fink-Hafner, Danica und Cox, Terr (Hgg.): *Into Europe? Perspectives from Britain and Slovenia*. Ljubljana: Fakulteta za družbene vede. S. 189-224.
- Thumfart, Alexander** (1999): Westliche Perzeptionsmuster, das Fremde und der Wandel in den neuen Bundesländern - Von der Modernisierung "to something else". In: Waschkuhn, Arno und Thumfart, Alexander (Hgg.): *Politik in Ostdeutschland: Lehrbuch zur Transformation und Innovation*. München/Wien: Oldenbourg. S. 185-269.
- (2002): *Die politische Integration Ostdeutschlands*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Todorova, Maria** (1999): *Die Erfindung des Balkans: Europas bequemes Vorurteil*. Darmstadt: Primus.
- Toš, Niko; Klinar, Peter; Roter, Zdenko und Markič, Boštjan** (1999): *Vrednote v prehodu II. Slovensko javno mnenje 1990-1998 [Werte im Wandel II. Slowenische öffentliche Meinung 1990-1998]*. Ljubljana: IDV - CJMMK.
- Troha, Nevenka** (2011): Slovenske meje v 20. stoletju: Problematika nastanka državnih mej Republike Slovenije [Slowenische Grenzen im 20. Jahrhundert: Zur Problematik der Entstehung der Staatsgrenzen der Republik Slowenien]. In: Ferenc, Mitja; Hadalin, Jurij und Babič, Blaž (Hgg.): *Osamosvojitve 1991: država in demokracija na Slovenskem v zgodovinskih razsežnostih [Unabhängigkeit 1991: Der Staat und die Demokratie des Slowenischen in geschichtlicher Dimension]*. Ljubljana: Znanstvena založba Filozofske fakultete. S. 175-196.
- Trubarjevo leto** (2008). Ohne Autor: *500. obletnica rojstva [Das Trubar-Jahr 2008. 500. Jahrestag seiner Geburt]*. Ljubljana: Koordinacijski odbor za državne proslave [Koordinationsausschuss für staatliche Feiern].
- Ude, Lojze** (2006): Hrvaški varčevalci proti Republiki Sloveniji: Ali procesna odločitev EČSP vsaj posredno odgovori na katero od vsebinskih vprašanj? [Kroatische Sparer gegen die Republik Slowenien: Antwortet die Entscheidung des EGMR auf eine der inhaltlichen Fragen?]. In: *Pravna praksa [Juristische Praxis]*. Jg. 25, Nr. 44. S. 3-4.
- Urbanc, Mimi; Fridl, Jerneja; Kladnik, Drago und Perko, Drago** (2006): ATLANT and Slovene National Consciousness in the Second Half of the 19. Century. In: *Acta geographica Slovenica*. Jg. 46, Nr. 2. Online: http://giam.zrc-sazu.si/zbornik/ags46-2-4-UrbancFridlKladnikPerko_str-251-283.pdf, (13.05.2014).
- Valič, Andreja** (2011): *Pismo predsedniku vlade RS in ministroma [Ein Brief an den Regierungschef der Republik Slowenien und an zwei Minister]. Brief der Direktorin von SCNR [Study centre for national reconciliation]*. Online: <http://www.scnr.si/sl/sporocila-za-javnost/pismo-predsedniku-vlade-rs-in-ministroma/> (10.10.2015).
- Valič Zver, Andreja** (2012): Nova Revija as the political platform of the Slovenian Spring: On the occasion of the 25th anniversary of the 57th edition of Nova revija. In: *Studia Historica Slovenica*. Jg. 12, Nr. 1. S. 101-124.

- Velikonja, Mitja** (2008): *Titostalgia - A Study of Nostalgia for Josip Broz*. Ljubljana: Mirovni inštitut.
- Veres, Andreas** (2007): *Slowenien: Ein Grenzland mit Vorbildfunktion*. Dissertation. Fakultät für Geowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum
- Vobruba, Georg** (2008): Die Entwicklung der Europasozio-logie aus der Differenz national/europäisch. In: *Berliner Journal für Soziologie*. Jg. 18, Nr. 1. S. 32-51.
- Vodopivec, Peter** (2004): Slovensko zgodovinopisje med tradicijo in inovacijo [Slowenische Geschichtsschreibung zwischen Tradition und Innovation]. In: *Prispevki za novejšo zgodovino [Beiträge zur Zeitgeschichte]*. Jg. XLIV, Nr. 2. S. 19-28.
- (2006): *Od Pohlino-ve slovnice do samostojne države - slovenska zgodovina od konca 18. stoletja do konca 20. stoletja [Von der Grammatik Pohlins zum eigenständigen Staat - slowenische Geschichte vom Ende des 18. bis Ende des 20. Jahrhunderts]*. Ljubljana: Modrijan.
- Vogrin, Marjan** (2006): Uresničitev dolgoletnih želja - samostojna škofija [Die Erfüllung der langjährigen Wünsche - eigenständiges Bistum]. In: Pirjevec, Jože; Klabjan, Borut und Bajc, Gorazd (Hgg.): *Osimska meja [Die Grenze von Osim]*. Koper: Annales. S. 265-271.
- Voss, Christian** (2008): *Einheit in der Vielfalt? eine Gegenüberstellung der Kulturpolitik in Tito-Jugoslawien und der Europäischen Union*. Antrittsvorlesung vom 1.2.2008. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wakounig, Marija** (2009): Über Joachim Hösler: Von Krain zu Slowenien. Die Anfänge der nationalen Differenzierungsprozesse in Krain und der Untersteiermark von der Aufklärung bis zur Revolution 1768–1848. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*. Nr. 57/2009. S. 441-443. Online: http://www.dokumente.ios-regensburg.de/JGO/Rez/Wakounig_Hoesler_Von_Krain.html (10.11.2015).
- Wehler, Hans Ulrich** (1999): Der Nationalstaat und seine verheerenden Folgen. In: *Hamburger Abendblatt* vom 29.7.1999. Online: <http://www.abendblatt.de/archiv/1999/article204697005/Der-Nationalstaat-und-seine-verheerenden-Folgen.html> (4.2.2013).
- Zajc, Marko** (2006): *Kje se slovensko neha in hrvaško začne: Slovensko-hrvaška meja v 19. in na začetku 20. stoletja [Wo das Slowenische endet und das Kroatische beginnt: Slowenisch-Kroatische Grenze im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts]*. Ljubljana: Modrijan.
- Zalokar, Jurij** (2009): *Izigrani narodi Jugoslavije: 1991-2008 [Die ausgespielten Völker Jugoslawiens: 1991-2008]*. Trzin: AML.
- Zavratnik-Zimic, Simona** (2002): Slovensko-hrvaški obmejni prostor: Sociološki vidiki institucionalizacije državne meje [Slowenisch-kroatischer Grenzstreit: Soziologische Aspekte der Institutionalisierung der staatlichen Grenze]. Dissertation. Philosophische Fakultät der Universität Ljubljana.

Zeitungsartikel

- Delo** (1986a): **Bočkovič, Dragiša**: Močnejši od najmočnejših [Stärker als die Stärksten]. In: *Delo* vom 27.12.1986. S. 28.
- (1986b): **Kapor, Momo**: Inženirji človekovih duš [Ingenieure der Menschenseelen]. In: *Delo* vom 31.12.1986. S. 19.
 - (1986c): **Kornhauser, Aleksandra**: Doktorji znanosti - tu ali tam za okras [Wissenschaftliche Doktoren - hier und dort nur als Schmuck]. In: *Delo* vom 31.12.1986. S. 20.
 - (1986d): **Košak, Alja**: Srečanje v Londonu brez spornih točk [Das Treffen in London ohne Streitpunkte]. In: *Delo* vom 6.12.1986. S. 1.
 - (1986e): Ohne Autor: Pogovor z Olegom Vrtačnikom [Ein Gespräch mit Oleg Vrtačnik]. In: *Delo* vom 27.12.1986. S. 24.
 - (1986f): **Stanovnik, Janez**: Naša usoda ni v zvezdah. temveč gnezdi v nas samih [Unser Schicksal steht nicht in den Sternen, sondern nestet in uns selbst]. In: *Delo* vom 31.12.1986. S. 21.
 - (1986g): **Taškar, Jana**: Tesnejše vezi z domovino [Engere Kontakte mit der Heimat]. In: *Delo* vom 27.12.1986. S. 1.
 - (1987a): **Čibej, Zora**: Možje peresa so si zadali debato o mednacionalnih odnosih [Schriftsteller stellen sich der Debatte über nationale Beziehungen], Leserbrief. In: *Delo* vom 14.11.1987. S. 28-29.
 - (1987b): **Grafenauer, Bogo und Kunter, Janko**: Memorandum klubov koroških Slovencev [Das Memorandum der Vereine der Kärntner Slowenen]. In: *Delo* vom 5.12.1987. S. 27.
 - (1987c): **Kovačič, Janez**: Tuja vozila pri nas [Ausländische Fahrzeuge bei uns]. In: *Delo* vom 31.12.1987. S. 21.
 - (1987d): **Mikeln, Miloš**: Poslavljam se od iluzije o brezkonfliktni družbi [Abschied von der Illusion einer konfliktlosen Gesellschaft]. In: *Delo* vom 12.11.1987. S. 3 (Literaturbeilage).
 - (1987e): Ohne Autor: Možje peresa so si zadali debato o mednacionalnih odnosih [Schriftsteller stellen sich der Debatte über nationale Beziehungen]. In: *Delo* vom 8.10.1987. S. 9 (Literaturbeilage).
 - (1987f): Ohne Autor: Suverenost slovenske države ni ogrožena - France Popit za revijo Naš delavec [Die Souveränität Sloweniens ist nicht gefährdet - France Popit für die Zeitung Naš delavec ("Unser Arbeiter")]. In: *Delo* vom 5.12.1987. S. 3.
 - (1987g): **Poč, Miro**: Enačaj med narodnostjo in kulturo [Die Gleichsetzung der Nationalität und Kultur]. In: *Delo* vom 5.12.1987. S. 23.
 - (1987h): **Potočnik, Peter**: Kakovost Made in Slovenia [Qualität Made in Slovenia]. In: *Delo* vom 31.12.1987. S. 22.
 - (1987i): **Šoštarič, Marjeta**: Zakaj je hrana pri nas tako draga? [Wieso ist das Essen bei uns so teuer?]. In: *Delo* vom 14.22.1987. S. 24.
 - (1987j): Zeitungsannonce des Unternehmens "Iskra". In: *Delo* vom 9.10.1987. S. 15 (Hauptteil der Zeitung) und S. 17 (Literaturbeilage).
 - (1988a): **Gomelj, Igor**: Po nepotrebnem do vratu v godlji [Unnötigerweise in der Patsche]. In: *Delo* vom 30.12.1988. S. 19.

- (1988b): **Jež, Boris**: Priljudni partijski Voltaire - Portret Milana Kučana [Volknahe Partei-Voltaire - Ein Porträt von Milan Kučan]. In: *Delo* vom 30.12.1988. S. 19.
- (1989a): **Bebler, Anton**: Politična avtonomnost jugoslovanske armade [Die politische Autonomie der jugoslawischen Armee]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 25.
- (1989b): **Bibič, Polde**: Ob 200. obletnici slovenskega gledališča [Zum 200. Jubiläum des slowenischen Theaters]. In: *Delo* vom 20.12.1989. S. 2.
- (1989c): **Gruzelj, Igor**: Boksarji s prekrižanimi rokami [Boxkämpfer mit überkreuzten Armen]. In: *Delo* vom 30.12.1989. S. 2.
- (1989d): **Jež, Boris**: In kaj (kam) zdaj? [Und was (wohin) jetzt?]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 17.
- (1989e): **Jež, Boris**: Moč ironičnega nasmeška [Die Kraft des ironischen Lächelns]. In: *Delo* vom 23.12.1989. S. 17.
- (1989f): **Koren, Anton**: Koroška deželna vlada odklonila podporo Mohorjevi ljudski šoli v Celovcu [Die Kärntner Landesregierung verweigerte die Unterstützung für die Volksschule Mohorjeva in Klagenfurt]. In: *Delo* vom S. 30.
- (1989g): **Lorenci, Janko**: "Odšel sem, da ne bi bil zavora" ["Ich bin gegangen, um nicht als Bremse zu wirken"], Interview mit Milan Kučan. In: *Delo* vom 30.12.1989. S. 20.
- (1989h): **Novak, Andrej**: V gorah Balkana [In den Bergen des Balkans]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 32.
- (1989i): Ohne Autor: Prej ali slej bomo prišli v Evropo, prav nihče nam tega ne bo preprečil [Früher oder später werden wir nach Europa gelangen und es gibt niemanden der und daran hindern wird]. In: *Delo* vom 23.12.1989. S. 3.
- (1989j): **Popit, Ilja**: Ne pljuvajmo si v skledo! [Nicht in den eigenen Fressnapf spucken!]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 4.
- (1989k): **Pučko, Danijel**: Nasilje nad ekonomijo [Gewalt gegenüber der Ökonomie]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 4.
- (1989l): **Rakovec, Stane**: Slobodanu Miloševiću - strogo zaupno [An Slobodan Milošević - streng vertraulich], Leserbrief. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 3.
- (1989m): **Rupel, Dimitrij**: Zima partijskega zadovoljstva in negotova pomlad demokracije [Der Winter der Parteizufriedenheit und der ungewisse Frühling der Demokratie]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 32.
- (1989n): **Šircelj, Jože**: Na Dunaju razsodili v prid dvojezičnosti [Wiener Urteil zum Vorteil der Zweisprachigkeit]. In: *Delo* vom 30.12.1989. S. 4.
- (1989o): **Slabe, Damijan**: Obisk v odločilnem trenutku (za nas) [Ein Besuch zum entscheidenden Moment (für uns)]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 5.
- (1989p): **Sušec, Slavko**: Problem, za katerega je Slovenija mislila, da ga nima [Problem, welches Slowenien dachte nicht zu haben]. In: *Delo* vom 23.12.1989. S. 24.
- (1989q): **Šuštar, Alojzij**: Bog se ne vsiljuje [Gott drängt sich nicht auf]. In: *Delo* vom 23.12.1989. S. 20.
- (1989r): **Žakelj, Viktor**: Smo (ekonomsko) suveren narod? [Sind wir (ökonomisch) ein souveränes Volk]. In: *Delo* vom 2.12.1989. S. 21.

- (1990a): **Ačimov-Oblak, Mirjam**: Porodni krči dvanajsterice [Die Geburtskrämpfe der Zwölf]. In: *Delo* vom 3.2.1990. S. 26.
- (1990b): **Flegar, Vojko**: Dostojno prosim [Bitte anständig]. In: *Delo* vom 15.12.1990. S. 17.
- (1990c): Ohne Autor: Scenarij osamosvojitve Republike Slovenije [Szenario der Verselbstständigung der Republik Slowenien]. In: *Delo* vom 1.12.1990. S. 1.
- (1990d): Ohne Autor: Tudi dan republike ni več tisto, kar je bil [Auch der Tag der Republik ist nicht mehr, was er mal was]. In: *Delo* vom 1.12.1990. S. 1.
- (1990e): Ohne Autor: Tvegati ali privoliti v popolno gospodarsko razsulo? - Tvegati! [Den vollständigen wirtschaftlichen Verfall wagen oder nicht wagen? - Wagen!]. In: *Delo* vom 8.12.1990. S. 21.
- (1990f): Zeitungsannonce von Socialdemokratska stranka Slovenije [Sozialdemokratische Partei Sloweniens] zum Referendum über die Unabhängigkeit von Jugoslawien. In: *Delo* vom 15.12.1990. S. 4.
- (1990g): Zeitungsannonce von Stranka demokratične preнове [Partei der demokratischen Erneuerung] zum Referendum über die Unabhängigkeit von Jugoslawien. In: *Delo* vom 15.12.1990. S. 12.
- (1991a): **B. Š.**: Policisti na mejnih kontrolnih točkah - meja odprta [Polizisten an Grenzkontrollpunkten - die Grenze ist offen]. In: *Delo* vom 26.6.1991. S. 1.
- (1991b): **Bauer, Marjan und Šuligoj, Boris**: Policisti vadijo na meji [Polizisten üben an der Grenze]. In: *Delo* vom 26.06.1991. S. 2.
- (1991c): **Javornik, Alenka**: Leserbrief. In: *Delo* vom 20.12.1991. S. 22.
- (1991d): **Košir, Darijan**: Nesporna dejstva v prid Sloveniji [Unstrittige Fakten zum Vorteil Sloweniens]. In: *Delo* vom 1.6.1991. S. 19.
- (1991e): Lesjak, Miran: Dr. Drnovšek še v predsedstvu [Dr. Drnovšek noch im Präsidium]. In: *Delo* vom 26.6.1991.
- (1991f): **Lorenci, Janko**: In narodi Jugoslavije se znova strnejo... Aktualni pogovor: Janez Janša [Und die Völker Jugoslawiens rücken erneut zusammen... Aktuelles Gespräch mit Janez Janša]. In: *Delo* vom 16.3.1991. S. 19, 22.
- (1991g): **M. D.**: Bo carinska unija med Slovenijo in Hrvaško? [Wird es eine Zollunion zwischen Slowenien und Kroatien geben?]. In: *Delo* vom 26.6.1991. S. 2.
- (1991h): Ohne Autor: "Naredili smo odločilni korak" ["Wir machten den entscheidenden Schritt"]. In: *Delo* vom 26.6.1991. S. 3.
- (1991i): **Pleterski, Janko**: Kontinuiteta slovenskih narodnih odločitev [Die Kontinuität der slowenischen nationalen Entscheidungen]. In: *Delo* vom 14.12.1991. S. 20-21.
- (1991j): **Šuligoj, Boris**: Istra zavrača zaprto mejo [Istrien gegen eine geschlossene Grenze]. In: *Delo* vom 8.6.1991. S. 3.
- (1991k): **Zalokar, Jurij**: Ustava Republike Slovenije [Die Verfassung der Republik Slowenien], Leserbrief im Namen der Christdemokraten, Ortsverband Škofljica. In: *Delo* vom 21.12.1991. S. 22.
- (1991l): Zeitungsannonce des Einkaufshauses "Kvik". In: *Delo* vom 24.12.1992. S. 1.

- (1992a): **Čemažar, Jakob**: Odgovor dr. Bogu Grafenauerju [Eine Antwort an dr. Bogo Grafenauer], Leserbrief. In: *Delo* vom S. 22.
- (1992b): **Drobnikar-Šeruga, Romana**: "Ne moremo si privoščiti nasprotnikov" ["Wir können uns keine Gegner leisten"], Interview mit Dimitrij Rupel. In: *Delo* vom 3.6.1992. S. 5.
- (1992c): **Jakopec, Marko**: Paprika v predvolilnem boju [Paprik im Wahlkampf]. In: *Delo* vom 23.5.1992. S. 2.
- (1992d): **Kovač, Bogomir**: "Dan izvoza", kot Korejci? ["Tag des Exports", wie die Koreaner?]. In: *Delo* vom 12.12.1992. S. 12.
- (1992e): Ohne Autor: Imamo Slovenci kamnito srce? [Haben wir Slowenen ein Herz aus Stein?]. In: *Delo* vom 9.5.1992. S. 20.
- (1992f): **Pojbič, Jože**: Skok čez državno mejo se je končal ugledno [Der Sprung über die staatliche Grenze endete respektabel]. In: *Delo* vom 19.9.1992. S. 2.
- (1992g): **Starman, Danijel**: "Rudolfova meja" čez zaliv [Die "Rudolf"-Grenze durch die Bucht]. In: *Delo* vom 23.5.1992. S. 18.
- (1992h): **Zlobec, Jaša L.**: Ne izganjajte pesnikov iz države [Nicht die Dichter aus dem Land verjagen]. In: *Delo* vom 24.12.1992. S. 64.
- (1993): **Hojnik, Žarko**: Pritisk na južno mejo [Der Druck auf die südliche Grenze]. In: *Delo* vom 25.4.1993. S. 28.
- (1994a): **Dobnikar-Šeruga, Romana**: Pet minut za Slovenijo [Fünf Minuten für Slowenien]. In: *Delo* vom 3.12.1994. S. 25.
- (1994b): **Partlič, Slava**: Javnost pričakuje odločnost in nepopustljivost do Italije [Die Öffentlichkeit erwartet Entschiedenheit und Unnachgiebigkeit gegenüber Italien]. In: *Delo* vom 3.12.1994. S. 4.
- (1995a): **Poljšak, Marjan**: Anatomija (ne)strpnosti [Die Anatomie der (In)toleranz]. In: *Delo* vom 2.12.1995. S. 30.
- (1995b): **Zagradnik, Maruša**: Terjatve in dolgovi na zahodni meji [Forderungen und Schuld an der westlichen Grenze]. In: *Delo* vom 7.10.1995. S. 32.
- (1996a): **Drčar-Murko, Mojca**: Evropa se ne igra [Europa macht keine Spiele]. In: *Delo* vom 2.12.1996. S. 2.
- (1996b): **Gaberc, Slavko**: Ribiške štorije in baldorije skozi čas [Die Geschichten der Fischer durch die Zeit]. In: *Delo* vom 17.2.1996. S. 3-4.
- (1997a): **Pipan, Gordana**: Globalizacija krepí konkurenco [Globalisierung stärkt die Konkurrenz], Interview mit Samir Gibara. In: *Delo* vom 20.12.1997. S. 34.
- (1997b): **Šlamberger, Vlado**: Tedensko ogledalo [Wochenspiegel]. In: *Delo* vom 10.5.1997. S. 3.
- (1997c): **Vidmajer, Saša**: In vendar odločnost [Dann doch die Entschlossenheit]. In: *Delo* vom 10.5.1997. S. 1.
- (1997d): **Vidmajer, Saša**: Vlada zdaj išče večino za spremembo ustave [Die Regierung sucht nach einer Mehrheit für die Verfassungsänderung]. In: *Delo* vom 10.5.1997. S. 1.
- (1998a): **Lorenci, Janko**: Nisem tip za populista [Ich bin nicht der Typ für einen Populisten]. In: *Delo* vom 31.12.1998. S. 28-29.
- (1998b): Ohne Autor: Očitki vladi zaradi lipicancev [Vorwürfe an die Regierung wegen der Lipizzaner]. In: *Delo* vom 31.12.1998. S. 2.

- (1999a): **Drčar-Murko, Mojca**: Priročna, preveč negibna tarča - Slovensko-avstrijski odnosi [Handliche, zu reglose Zielscheibe - Slowenisch-österreichische Beziehungen]. In: *Delo* vom 29.5.1999. S. 39.
- (1999b): **Mačanovič, Božo**: Ah, ta merila [Ah, diese Maßstäbe]. In: *Delo* vom 6.10.1999. S. 6.
- (1999c): Ohne Autor: Sloveniji (še) ne grozi begunski val [Die Flüchtlingswelle droht Slowenien (noch) nicht]. In: *Delo* vom 1.4.1999. S. 5.
- (2001): Ohne Autor: EU - Dolg LB ni stvar pristopnih pogajanj [EU - Die Schulden von LB sind keine Sache der Verhandlungen]. In: *Delo* vom 31.01.2001.
- (2003): **Jenko, Miha**: Nov signal Zagrebu [Neues Signal an Zagreb]. In: *Delo* vom 11.03.2006. S. 4.
- (2004): **Vidmajer, Saša**: Ne bi vedeževal [Ich möchte nicht wahrsagen], Interview mit Zoran Thaler. In: *Delo* vom 10.5.1997. S. 31-32.
- (2006): **Jenko, Miha**: Slovenija odgovarja Hrvaški [Slowenien antwortet Kroatien]. In: *Delo* vom 11.03.2006.
- (2010): Ohne Autor: Poveličevanje Tita je v nasprotju z ustavo [Die Verherrlichung Titos steht im Widerspruch zur Verfassung]. In: *Delo* vom 13.10.2010. S. 1.

Dnevnik (2003): **Lacič, Marjan**: Izpolnitev obljub [Erfüllung von Versprechen]. In: *Dnevnik* vom 11.1.2003. S. 4.

FAZ (2012): **Martens, Michael**: "Die Deutschen waren eingeschüchtert", Interview mit Marie-Janine Calic. In: *FAZ* vom 15.1.201. Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/im-gespraech-marie-janine-calic-die-deutschen-waren-eingeschuechtert-11605776.html> (17.3.2015).

Finance (2006): **Novkovič, Goran**: Gospod Janša, prosim, rešite nas Dimitrija [Herr Janša, bitte erlösen sie uns von Dimitrij]. In: *Finance* vom 13.03.2006.

Mag (2002): **Slivnik, Danilo**: Zaseda na Gorenjskem, kolumna [Der Hinterhalt in Oberkrain, Kolumne]. In: *Mag* vom 27.11.2002.

Mladina (2004). **Mekina, Igor**: Nemci, ki so bili partizani [Deutsche, die Partisanen waren]. In: *Mladina* vom 27.2.2004. Online: http://www.mladina.si/96562/nar--zgodovina-igor_mekina [14.5.2014].

- (2010): **Repe, Božo**: Pozabljena dejstva [Vergessene Fakter]. In: *Mladina* vom 18.03.2010. S. 30.
- (2014): Ohne Autor: Sosed sosedu "junction" - Arbitražno sodišče je objavilo stališča Slovenije in Hrvaške [Nachbar dem Nachbar ein "junction" - Das Schiedsgericht veröffentlichte die Standpunkte Sloweniens und Kroatiens]. In: *Mladina* vom 31.10.2014. Online: <http://www.mladina.si/157672/sosed-sosedu-junction> (28.10.2015).

STA (2003): *Janša o odnosih s Hrvaško* [Janša über die Beziehungen mit Kroatien]. Meldung der slowenischen Presseagentur STA vom 18.08.2003.

Večer (1980a): **Meršnik, M.**: Reforma zavesti [Eine Reform des Bewusstseins]. In: *Večer* vom 14.6.1980. S. 6.

- (1980b): **Munda, M.**: Dogovor - edina pot [Vereinbarung - der einzige Weg]. In: *Večer* vom 2.6.1980. S. 2.

- (1980c): **Ploj, S.**: Izvoz znanja edina možnost [Der Export vom Wissen die einzige Möglichkeit]. In: *Večer* vom 27.12.1980. S. 5.

- (1981): Ohne Autor: Rastemo pod Titovo zastavo [Wir wachsen unter der Flagge Titos]. In: *Večer* vom 23.3.1981. S. 2.

- (1983a): Ohne Autor: Vlak bratskih vezi [Der Zug der brüderlichen Bindung]. In: *Večer* vom 6.5.1983. S. 3.

- (1983b): **Šostarič, Nikola**: V Sloveniji ni kritično [In Slowenien nicht kritisch]. In: *Večer* vom 23.6.1983. S. 3.

- (1984a): Ohne Autor: Za hrano že pol plače [Für das Essen bereits die Hälfte des Gehalts]. In: *Večer* vom 6.3.1984. S. 4.

- (1984b): **Ze, Zlatko**: Lajšanje bremen [Die Linderung der Last]. In: *Večer* vom 6.3.1984. S. 4.

- (1985a): **Corti, Borko de**: Še preveč gospodarskih tabu tem [Noch zu viele wirtschaftliche Tabuthemen]. In: *Večer* vom 21.12.1985. S. 11.

- (1985b): **Grizelj, Jug**: Davek na uspeh [Steuer auf Erfolg]. In: *Večer* vom 7.12.1985. S. 6.

- (1985c): **Ze, Zlatko**: Inflacija proti trimestnemu številu [Inflation in Richtung einer dreistelligen Nummer]. In: *Večer* vom 9.3.1985. S. 1.

- (1985d): **Zupanič, Jelka**: Življenje s priokusom matematike [Das Leben mit dem Beigeschmack von Mathematik]. In: *Večer* vom 14.12.1985. S. 3.

- (1986a): **Predan, Milan**: Božič [Weihnachten]. In: *Večer* vom 13.12.1986. S. 17.

- (1986b): **Tomasetig, Cesare**: Alternativa je odpiranje, ne imobilizem [Die Alternative ist Öffnung, nicht Immobilisation]. In: *Večer* vom 20.12.1986. S. 20.

- (1988a): **Mihelčič, Ivanka**: Zmanjkalo vneme [Es fehlt an Eifer]. In: *Večer* vom 26.1.1988. S. 1.

- (1988b): Ohne Autor: Odrivanje gospodarske logike [Das Zurückdrängen der Wirtschaftslogik]. In: *Večer* vom 29.1.1988. S. 3.

- (1988c): **Picerko, Slavica**: Dan mladosti poslej drugače [Der Tag der Jugend ab jetzt anders]. In: *Večer* vom 27.1.1988.

- (1988d): **Rakuša, Jože**: Ljubezen do svojega ni nacionalizem [Die Liebe zum Eigenen ist kein Nationalismus]. In: *Večer* vom 19.9.1988. S. 2.

- (1988e): **Štruc, Janko**: Blokada kot spodbuda [Blockade als Anreiz]. In: *Večer* vom 2.12.1988. S. 3.

- (1989a): Ohne Autor: Dever let od Titove smrti [Neuen Jahre seit Titos Tod]. In: *Večer* vom 3.5.1989. S. 1.

- (1989b): **Šeruga, Silva**: Dogodek brez dogodka [Ereignis ohne des Ereignisses]. In: *Večer* vom 3.5.1989. S. 1.

- (1990a): **Krajnc, Jože**: Meja naj ne poglobi razlik [Grenze soll die Unterschiede nicht vergrößern]. In: *Večer* vom 15.12.1990. S. 26-27.

- (1990b): **Mencingern, Uroš**: Ubogi pionirji [Die armen Pioniere]. In: *Večer* vom 7.4.1990. S. 21.
- (1990c): **Predan, Milan**: Strah pred Albanci [Angst vor Albanern]. In: *Večer* vom 15.2.1990. S. 3.
- (1990d): **Rakuša, Jože**: Kje so meje hrvaškega Međimurja? [Wo sind die Grenzen des kroatischen "Međimurje"?]. In: *Večer* vom 15.12.1990. S. 27.
- (1990e): **Vatovac-Einspieler, Violeta**: Strpnost in enakopravnost [Toleranz und Gleichberechtigung]. In: *Večer* vom 15.12.1990. S. 17.
- (1991a): **Ivačič, Ivo**: Kako postati državljan Slovenije [Wie zur Staatsbürgerschaft Sloweniens], Interview mit Nada Končina. In: *Večer* vom 4.5.1991. S. 3.
- (1991b): **Jaušovec, Boris**: Ob zaostritvah mednarodna arbitraža [Bei Verschärfung folgt internationale Arbitrage]. In: *Večer* vom 13.2.1991. S. 2.
- (1991c): Ohne Autor: Meje le formalnost [Grenzen nur eine Formalität]. In: *Večer* vom 26.6.1991. S. 1, 24.
- (1991d): Ohne Autor: Z obeh strani meje [Von beiden Seiten der Grenze]. In: *Večer* vom 9.5.1992. S. 6.
- (1991e): **Pediček, Damjana**: Prazničen december [Festlicher Dezember]. In: *Večer* vom 7.12.1991. S. 29.
- (1991f): **Saradjen, Janko**: Odložen sprejem nove ustave? [Aufschiebung der Verabschiedung der neuen Verfassung?]. In: *Večer* vom 4.12.1991. S. 5.
- (1991g): **Štuhec, Ivan**: Splav v žarišču [Schwangerschaftsabbruch im Brennpunkt]. In: *Večer* vom 17.12.1991. S. 18.
- (1992a): Ohne Autor: Vezani na Evropo [An Europa gebunden]. In: *Večer* vom 27.6.1992. S. 3.
- (1992b): **Šalamon, Brane**: Miklavž ali Nikolaj ["Miklavž" oder Nikolaus]. In: *Večer* vom 5.12.1991. S. 7.
- (1992c): **Uranič, Gregor**: V Sloveniji morajo biti Slovenci absolutni gospodarji [In Slowenien müssen Slowenen die absoluten Herrscher sein]. In: *Večer* vom 15.2.1992. S. 16.
- (1993a): **Jančič, Peter**: Srečni v slabih časih [Glücklich in schlechten Zeiten]. In: *Večer* vom 4.12.1993. S. 29.
- (1993b): **Niedorfer, Srečko**: Kdo se boji Bajage? [Wer hat Angst vor Bajaga?]. In: *Večer* vom 18.12.1993. S. 6.
- (1993c): **Šoštarič, Nikola**: Hrvaška iz vic v pekel [Kroatien ausm Fegefeuer in die Hölle]. In: *Večer* vom 3.4.1993. S. 40.
- (1993d): **Žunec, Branko**: Z redovno sestro vido vstajenje na Razkrižju [Mit der Ordensschwester Vida zur Auferstehung in Razkrižje]. In: *Večer* vom 9.1.1993. S. 29.
- (1994a): **Corti, Borko de**: Kopica težav [Eine Schar an Schwierigkeiten]. In: *Večer* vom 24.12.1994. S. 29.
- (1994b): **Corti, Borko de**: Vstop v unijo leta 2001 [Beitritt zur Union in 2001?]. In: *Večer* vom 16.4.1994. S. 29.
- (1994c): **Lorenci, Mirko**: Pri nas je zunanji minister kot predpražnik. [Bei uns ist der Außenminister wie ein Fußabtreter], Interview mit Lojze Peterle. In: *Večer* vom 24.6.1994. S. 30.

- (1994d): Ohne Autor: Nemška pridiga v slovenski cerkvi [Deutsche Messe in der slowenischen Kirche]. In: *Večer* vom 24.6.1994. S. 2.
 - (1994e): Ohne Autor: Zadržali ekipo RTV Slovenija [Das Team von RTV Slovenija festgehalten]. In: *Večer* vom 24.6.1994. S. 24.
 - (1994f): **Žerjavič, Peter**: spopadi za državljane [Konflikte um die Staatsbürger]. In: *Večer* vom 27.8.1994. S. 29.
 - (1995a): **Forstnerič-Hajnžek, Melita**: Vse doslej izdane slovenske biblije [Alle bisher erschienenen slowenischen Bibeln]. In: *Večer* vom 25.11.1995. S. 12.
 - (1995b): **Gerovac, Ksenija**: Strateški cilji Slovenije [Strategische Ziele Sloweniens]. In: *Večer* vom 22.4.1995. S. 2.
 - (1995c): **Jančič, Peter**: Ustavno sodišče naj odloči [Das Verfassungsgericht soll entscheiden]. In: *Večer* vom 28.10.1995. S. 3.
 - (1995d): **Keček, Peter**: "Sem trčen, nisem pa znorel" ["Ich bin bekloppt, aber nicht verrückt"], Interview mit Bora Đorđević. In: *Večer* vom 4.2.1995. S. 37.
 - (1995e): **Šulek, Katarina**: "Vztrajala bova do konca - do celotnega izplačila" ["Wir werden bis zum Ende durchhalten - bis zur vollen Bezahlung"]. In: *Večer* vom 4.2.1995. S. 8.
 - (2002): **Maksimovič, Branko**: V aktualnem besednjaku: umiriti je treba žogo [Aus dem aktuellen Wortschatz: Der Ball muss beruhigt werden], Interview mit Dimitrij Rupel. In: *Večer* vom 15.06.2002.
 - (2004): **Ivačič, Ivo**: Večna igra z referendumom [Das ewige Spiel mit Referenden]. In: *Večer* vom 1.4.2004. S. 5.
 - (2005): **Maksimovič, Branko**: V odnosih s Hrvaško nič novega [In Beziehungen mit Kroatien nichts neues]. In: *Večer* vom 14.12.2005. S. 2.
 - (2006a): **Maksimovič, Branko**: Neevropsko ravnanje hrvaških oblasti [Uneuropäisches Handeln der kroatischen Behörden]. In: *Večer* vom 14.9.2006. S. 3.
 - (2006b): Ohne Autor: Policija ščiti interese države pri Hotizi [Die Polizei schützt die staatlichen Interessen bei Hotiza]. In: *Večer* vom 14.9.2006. S. 1.
 - (2006c): Ohne Autor: Želja, da se zgodba konča [Der Wunsch, die Geschichte zu beenden]. In: *Večer* vom 11.03.2006.
 - (2007a): Ohne Autor: Simbolični dvig zapornic [Symbolisches Anheben der Schranken]. In: *Večer* vom 20.12.2007. S. 24.
 - (2007b): Ohne Autor: Tri meje so padle [Drei Grenzen sind gefallen]. In: *Večer* vom 21.12.2007. S. 1.
 - (2007c): **Zorman, Elizabeta; Potočnik, Karin; Žunec, Branko und Rijavec, Rosana**: Slovenci del Evrope brez meja [Slowenen ein Teil Europas ohne Grenzen]. In: *Večer* vom 21.12.2007. S. 3.
 - (2011): **Kores, Darinko**: Parole za nekoč in danes [Parolen von einst für heute]. In: *Večer* vom 17.9.2011. S. 17.
- Žurnal24** (2008): **Novkovič, Goran**: Za Pahorjev veto, proti referendumu [Für ein Veto Pahors und gegen dem Referendum]. In: *Žurnal24* vom 19.12.2008.

Regierungsquellen, Parteiprogramme

DEMOS (1990): *Parteiprogramm von "Združena opozicija DEMOS" ["Vereinigte Opposition - DEMOS"]*. Ljubljana.

Europäische Kommission (2004): *Eurobarometer 2004.1: Javno mnenje v državah kandidatkah. Nacionalno poročilo za Slovenijo [Öffentliche Meinung in den Beitrittsländern. Nationalbericht für Slowenien]*. Ljubljana. Online: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/nat_sl.pdf (22.11.2015).

Republik Slowenien (1990a): *Gradivo vlade in Skupščine Republike Slovenije [Arbeitsmaterialien der Regierung und der Staatsversammlung]: Osamosvajanje Slovenije, 30.11.1990 [Die Verselbstständigung Sloweniens, 30.11.1990]*. In: Repe, Božo: *Viri o demokratizaciji in osamosvojitvi Slovenije (II. del: Slovenci in federacija) [Quellen über die Demokratisierung und Verselbstständigung Sloweniens (II. Teil: Slowenen und die Föderation)]*. S. 238-248. Online: <http://wff1.ff.uni-lj.si/oddelki/zgodovin/wwwrepe/viri-18.pdf> (17.2.2015).

- (1990b): *Republiški komite za mednarodno sodelovanje [Republikkomite für internationale Zusammenarbeit]: Ozemeljska suverenost Slovenije in državne meje SFR Jugoslavije (Mednarodnopravni vidiki in problemi) [Territoriale Souverenität und Staatsgrenzen von SFR Jugoslawien (Internationale Aspekte und Probleme)]*. In: Repe, Božo: *Viri o demokratizaciji in osamosvojitvi Slovenije (II. del: Slovenci in federacija) [Quellen über die Demokratisierung und Verselbstständigung Sloweniens (II. Teil: Slowenen und Föderation)]*. S. 86-89. Online: <http://wff1.ff.uni-lj.si/oddelki/zgodovin/wwwrepe/viri-18.pdf> (17.2.2015).

- (1995): *Zavod Republike Slovenije za makroekonomske analize in razvoj [Das Amt der Republik Slowenien für makroökonomische Analysen und Entwicklungen]: Strategija gospodarskega razvoja: Približevanje Evropi - Rast, Konkurenčnost in integriranje. [Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung: Europäische Annäherung - Wachstum, Konkurrenz und Integration]*. Ljubljana.

- (1997): *Zavod Republike Slovenije za makroekonomske analize in razvoj [Das Amt der Republik Slowenien für makroökonomische Analysen und Entwicklungen]: Strategija za vključevanje Republike Slovenije v Evropsko unijo [Strategie der Eingliederung der Republik Slowenien in die Europäische Union]*. Ljubljana.

- (2006): *Ministerium für auswärtige Angelegenheiten: Verschriftlichte Tonbandaufnahme der Pressekonferenz mit dem Außenministerium dr. Dimitrij Rupel vom 19.6.2006 zur Veröffentlichung von "Weißbuch über die Grenze zwischen der Republik Slowenien und Republik Kroatien"*. Online: http://www.mzz.gov.si/fileadmin/pageuploads/dokumenti/060619-magnetogram-BELA_KNJIGA.doc (15.3.2015).

- (2010): Ministerium für innere Angelegenheiten: *Izbrisani - Informacije o ureditvi statusa izbrisanih iz registra stalnega prebivalstva Republike Slovenije [Ausgelöschte - Informationen über die Regelung des Statutes der Ausgelöschten aus dem Register der ständigen Bewohner der Republik Slowenien]*. Ljubljana.
- (2015): Ministerium für auswärtige Angelegenheiten: *Zgodovina reševanja vprašanja meje [Die Geschichte der Schlichtung der Grenzfrage]*. Online: http://www.vlada.si/teme_in_projekti/arhiv_projektov/arbitrazni_sporazum/zgodovina_resevanja_vprasanja_meje/ (30.11.2015).